

Wirtschaftsbericht 2017



Das Land
Steiermark

Wirtschaftsbericht Steiermark 2017

Für den Inhalt verantwortlich:

Ing. Mag. Raimund Kurzmann

Ausgearbeitet von:



Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport
Nikolaiplatz 3
8020 Graz

www.verwaltung.steiermark.at/cms/ziel/75777498/DE/

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

DI Stephan Pech
Dr. Gerd Gratzner
Mag. Daniel Hansmann
Monika Mencigar
Christina Pickl-Herk, BA MSc.
Martin Janderka

Coverfoto: alphaspirt – stock.adobe.com

Graz, Mai 2018

Wirtschaftsbericht 2017



Vorwort

Der vorliegende Wirtschaftsbericht liefert einen Überblick über die Entwicklungen am Wirtschaftsstandort Steiermark im Jahr 2017 – ein Jahr, das für die heimische Wirtschaft äußerst positiv verlaufen ist: Im Jahresschnitt waren rund 564.700 Menschen in unserem Bundesland in Beschäftigung. Zu den 496.700 unselbstständig Erwerbstätigen kamen 68.000 Selbstständige. Die Steiermark konnte damit das höchste Beschäftigungswachstum aller österreichischen Bundesländer verzeichnen. Auch in Bezug auf die Arbeitslosigkeit war das vergangene Jahr sehr erfreulich. Die Steiermark war im Juli 2016 das erste Bundesland mit rückläufiger Arbeitslosigkeit. Seither sinkt die Zahl der Menschen, die auf Jobsuche sind, kontinuierlich, sodass wir für das Gesamtjahr 2017 auch beim Rückgang der Arbeitslosigkeit in Österreich auf Platz eins waren.

Trotz dieser positiven Entwicklungen gibt es auch Herausforderungen, vor denen unsere Betriebe stehen. Bei meinen Betriebsbesuchen und den Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern dominieren dabei vor allem zwei Themen: die Versor-

gung mit Breitbandinternet und die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Fachkräften. Beim Breitbandausbau ist in den vergangenen Jahren in Österreich zu wenig passiert. Die flächendeckende Versorgung mit Hochleistungsinternet gehört im 21. Jahrhundert zur Daseinsvorsorge. Deshalb werden wir uns seitens des Landes in Zukunft stärker engagieren. Wir werden mit einer eigenen Breitbandinfrastrukturgesellschaft des Landes den Ausbau in jenen Regionen forcieren, in denen private Anbieter keine Infrastruktur errichten. Diese Gesellschaft wird künftig auch alle Aktivitäten in Bezug auf den Breitbandausbau koordinieren. Basis dafür werden regionale Masterpläne sein, die in allen Regionen erstellt und mit denen wir den Ausbau strategischer vorantreiben werden.

Die Nachfrage nach qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den heimischen Unternehmen ist groß. Deshalb steht der Bereich Qualifizierung besonders im Fokus. Neben der Förderung von Unternehmerinnen und Unternehmern, die sich oder ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterbilden,

gehört dazu auch Bewusstseinsbildung. Wir müssen vor allem im Bereich Bildung und Berufsorientierung die Anstrengungen verstärken, um jungen Menschen alle Karrieremöglichkeiten aufzuzeigen, damit unsere Unternehmen sie als Fachkräfte gewinnen und ausbilden können.

Insgesamt ist es mein vorrangiges Ziel, die steirischen Unternehmen weiterhin dabei zu unterstützen, Zukunftschancen zu nutzen, Investitionen zu tätigen, zu wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Im Fokus unserer Maßnahmen stehen drei Schwerpunkte: die Stärkung der Wirtschaft in den Regionen, Maßnahmen, die unseren Unternehmen helfen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, und der weitere Ausbau von Forschung, Entwicklung und Innovation.

Das Wirtschaftsressort hat 2017 insgesamt 2.414 Förderfälle mit einem Fördervolumen von 41,7 Millionen Euro abgewickelt. Über die Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport wurden dabei 88 Projekte mit

insgesamt 1,5 Millionen Euro gefördert. Die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) hat 2.326 Projekte mit 40,2 Millionen Euro unterstützt. Damit waren Investitionen der Unternehmen in den Wirtschaftsstandort Steiermark von insgesamt 284,7 Millionen Euro verbunden.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wirtschaftsressort für ihren Einsatz und ihr Engagement. Stellvertretend danke ich HR Dr. Hellmuth Schnabl sowie HR Dr. Karl-Heinz Kohrgruber und ihrem Team in der Abteilung 12 sowie Dr. Burghard Kaltenbeck und seinem Team in der SFG. Den Mitgliedern des Wirtschaftsförderungsbeirates danke ich für ihr konstruktives Mitwirken und ihre Expertise.

MMag.^a Barbara Eibinger-Miedl
Wirtschaftslandesrätin

Inhaltsverzeichnis

1	Das Wirtschaftsjahr im Überblick	VII
2	Wirtschaft und Beschäftigung	1
2.1	KONJUNKTURELLE ENTWICKLUNG	2
2.2	DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG IN DER STEIERMARK	11
2.3	BESCHÄFTIGUNG IN DER STEIERMARK	17
2.4	BESCHÄFTIGUNG NACH NATIONALITÄTEN	33
2.5	LEHRLINGSAUSBILDUNG IN DER STEIERMARK	36
2.6	DIE EINKOMMENSITUATION IN DER STEIERMARK	41
2.6.1	Einkommen am Arbeitsort	41
2.6.2	Einkommen am Wohnort	44
2.7	ARBEITSLOSIGKEIT	47
2.7.1	Arbeitslosenquote	50
2.7.2	Arbeitslosigkeit nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen	52
2.7.3	Arbeitslosigkeit nach Nationalitäten	60
2.8	UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN IN DER STEIERMARK	61
2.9	INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSVERFLECHTUNGEN	64
2.10	DER TECHNOLOGIE- UND INNOVATIONSSTANDORT STEIERMARK	78
2.11	DAS COMET-PROGRAMM	84
3	Wirtschaftsförderung in der Steiermark	89
3.1	RAHMENBEDINGUNGEN AUF EU-EBENE	90
3.2	RAHMENBEDINGUNGEN AUF BUNDESEBENE	101
3.3	DIE DIREKTE WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG DES BUNDES	108
3.4	AUSGEWÄHLTE MONETÄRE FÖRDERUNGEN DES LANDES STEIERMARK	110
3.4.1	Die Steirische Wirtschaftsförderung im Überblick	110
3.4.2	Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025	112
3.4.3	EU-Programmplanungsperiode 2014–2020 – Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014–2020“	120
3.4.4	Förderungen der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG)	125
3.4.5	Die regionale Betrachtung der steirischen Wirtschaftsförderung	132
4	Executive Summary	137
5	Quellenverzeichnis	139
6	Glossar	143
7	Abbildungs- und Tabellenanhang	147
8	Beteiligungsbericht 2017	161

Das Wirtschaftsjahr im Überblick



1 Das Wirtschaftsjahr im Überblick

Das Jahr 2017 brachte eine deutliche Beschleunigung des Wachstums der Weltwirtschaft und des Welthandels. Die Dynamik konnte über das gesamte Jahr gesteigert werden und wurde auch in das Jahr 2018 mitgenommen. Vor allem die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern stützte den Welthandel. In den Schwellenländern erfolgte die Festigung der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem durch die gesteigerte Rohstoffproduktion. Konjunkturhemmend wirkten die gestiegene Volatilität auf den Finanzmärkten sowie leicht erhöhte allgemeine Konjunkturrisiken. Die aktuellen Schätzungen für das reale Weltwirtschaftswachstum für das abgelaufene Jahr 2017 des Internationalen Währungsfonds (IWF) betragen +3,7 %, die Europäische Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2018 ebenfalls von einem Zuwachs von +3,7 % aus. Für die EU-28 und den Euroraum wird ein Zuwachs von jeweils +2,4 % erwartet. Alle Staaten der EU-28 verzeichneten 2017 deutliche Wachstumsgewinne. Vor allem die osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU-28 generierten hohe Zuwächse. Rumänien mit +6,9 % führte dieses Ranking vor Slowenien mit +5,0 % und Polen mit +4,6 % an. Die höchste Zuwachsrate in der EU-28 realisierte Irland mit +7,8 %, vor Malta mit +6,6 %. Die großen Industrienationen Deutschland (+2,2 %), Frankreich (+1,8 %) und Italien (+1,5 %) konnten ebenfalls Wachstumsgewinne verbuchen. Das „Brexit-Votum“ Großbritanniens belastete die eigene Wirtschaftsdynamik (+1,8 %), zudem wird das zukünftige Wirtschaftswachstum schwächer als zuletzt eingeschätzt. Außerhalb der EU-28 kam es im abgelaufenen Jahr 2017 laut IWF vor allem in den Schwellenländern China (+6,9 %) und Indien (+6,7 %) zu hohen Zuwächsen. Insbesondere konnten Russland (+1,5 %) und Brasilien (+1,0 %) die Rezession überwinden und wieder einen Wachstumspfad beschreiten. Die USA, gestützt durch die gute Inlandsnachfrage und die expansive Wirtschaftspolitik, werden voraussichtlich mit +2,3 % ein ebenfalls deutlich gesteigertes Wirtschaftswachstum ausweisen können.

Die hohe Dynamik der österreichischen Wirtschaft des Jahres 2017 wurde von beinahe allen Wirtschaftsbereichen getragen. Die Exporte wie auch die Importe Österreichs legten deutlich zu. Der Außenhandel konnte wieder einen positiven Wachstumsbeitrag liefern und so das Wachstum beschleunigen. Die realen Exporte wuchsen um +5,7 %, die Importe um +5,4 %. Der reale private Konsum wurde um +1,3 % ausgeweitet, die Bruttoinvestitionen um +6,1 %. Zusammen ergab sich ein reales Wirtschaftswachstum (BIP) von +2,9 % für das Jahr 2017. Das Wachstum Österreichs lag damit erstmals seit Jahren wieder über jenem der Eurozone 19 (+2,4 %) und auch der EU-28 mit ebenfalls +2,4 %. Die unselbstständige Aktivbeschäftigung konnte um +2,0 % ausgedehnt werden, die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen sank um -4,9 %, das erste Mal seit sechs Jahren. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsmethode sank um -0,5 %-Punkte auf 8,5 %. Nach Eurostatdefinition ergab sich ebenfalls ein Rückgang von -0,5 %-Punkten auf 5,5 %.

Die Weltwirtschaft war 2017 von einer hohen wirtschaftlichen Dynamik geprägt. Die große Nachfrage nach Investitionsgütern wirkte deutlich beschleunigend.

Im Vergleich zum Vorjahr kam es im Jahr 2017 nach den vorläufigen Ergebnissen der Warenaußenhandelsstatistik der STATISTIK AUSTRIA zu einer starken Ausweitung der Warenexporte Österreichs von +8,2 % auf einen Rekordwert von € 141,92 Mrd. Im Gegensatz zu den Vorjahren kamen starke Exportimpulse aus allen Regionen der Welt. Die Warenexporte nach Amerika konnten um +12,2 % auf € 13,5 Mrd. gesteigert werden und stellten somit 9,5 % der österreichischen Warenausfuhren. Die Verkäufe nach Australien/Ozeanien wurden um +11,2 % gesteigert und betragen € 1,3 Mrd. bzw. 0,9 % der gesamten österreichischen Warenexporte. Europa ist weiterhin mit einem Anteil von 79,3 % an den gesamten Wa-

renexporten die Zielregion Nummer eins. Hier konnte ein Zuwachs von +7,9 % auf € 112,6 Mrd. verbucht werden. Warenexporte nach Asien stellten mit einem Zuwachs von +7,5 % auf € 12,8 Mrd. erneut 9,1 % aller Warenausfuhren. Der Export nach Afrika konnte im Vorjahr mit der allgemeinen Dynamik nicht mithalten. Der Warenexportanstieg auf € 1,7 Mrd. brachte einen Zuwachs von +2,7 %.

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2017 sehr dynamisch (+2,9 %), das Wachstum lag damit über dem Durchschnitt der EU-28 von +2,4 %.

Erstmals seit Jahren konnten alle Bundesländer laut Konjunkturerhebung der STATISTIK AUSTRIA wieder Zuwächse bezüglich des Produktionswertes der abgesetzten Produktion im produzierenden Bereich erzielen. Die Steiermark erzielte im Jahr 2017 eine abgesetzte Produktion von € 36,8 Mrd. (+6,9 %) und lag damit geringfügig unter dem Österreichdurchschnitt der Dynamik von +8,2 % (€ 251,3 Mrd.). Die gesamte steirische Entwicklung der Produktionstätigkeit wurde von einem Zuwachs des Bereiches Bergbau und Herstellung von Waren (B/C) von +7,4 % auf € 29,3 Mrd., einem Zuwachs im Bereich der Energie- und Wasserversorgung (D/E) von +4,2 % auf € 2,8 Mrd. und einer Produktionsausweitung im Bereich Bauwesen (F) von +5,5 % auf € 4,8 Mrd. geprägt. Neben der Gesamtwahrnehmung einer dynamischen Produktionsentwicklung in der Steiermark zeigte die Branchenbetrachtung deutliche Wachstumsbereiche auf. Die Metallerzeugung und -bearbeitung konnte mit +21,7 % bzw. € +771 Mio. die höchste absolute Zunahme verzeichnen. An zweiter Stelle lag der Fahrzeugbau mit +14,7 % bzw. € +611 Mio. Die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen erzielte die höchste relative Veränderung (+26,0 % bzw. € +359 Mio.). Einen Rückgang in der Höhe von -7,0 % bzw. € -255 Mio. realisierte der Maschinenbau. Das Jahr 2017 brachte in der Steiermark (+15,4 %) wie auch in Österreich (+10,1 %) einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Jahr 2016. Unterjährig waren bei den Auftragseingängen jedoch deutliche Schwankungen zu erkennen.

Angetrieben durch die sehr dynamische internationale und nationale Konjunktur konnte die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen im Jahres-

durchschnitt 2017 in Österreich erstmals seit sechs Jahren einen Rückgang verbuchen. Die Steiermark konnte mit einem Rückgang von -9,5 % bzw. -4.198 die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen auf 40.189 reduzieren. Dies war die höchste Reduktion aller Bundesländer (Österreich: -4,9 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 waren steiermarkweit 17.230 Frauen und 22.960 Männer als arbeitslos vorgemerkt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um -7,7 % bzw. -1.442 bei den Frauen und -10,7 % bzw. -2.756 bei den Männern. Im Gegensatz dazu wurde in der Steiermark (+4,8 %) und in Österreich insgesamt (+7,3 %) die Schulungsaktivität des AMS deutlich ausgeweitet.

Die Arbeitslosenquote (ALQ) sank im Jahresdurchschnitt in der Steiermark deutlich um -0,9 %-Punkte auf 7,3 % und lag somit erneut unter der nationalen Arbeitslosenquote. In Österreich wurde ein Rückgang von -0,5 %-Punkten auf 8,5 % verzeichnet.

Unterteilt nach Vormerkdauer war 2017 die Kategorie „unter 3 Monaten“ am stärksten besetzt. 19.837 Personen (-6,9 %) wurden in dieser Kategorie in der Steiermark gezählt. In der Kategorie „3 Monate bis unter 6 Monate“ gab es einen Rückgang um -16,5 % auf 7.439 Personen. Bei der Vormerkdauer „6 Monate bis unter 1 Jahr“ wurden -19,4 % weniger (5.747 Personen) gezählt. Die Gruppe mit einer Vormerkdauer von „1 Jahr und länger“ nahm erneut zu, wenn auch nur geringfügig (+2,0 %; Österreich: +5,4 %). Auch in Gesamtösterreich zeigte sich dieser Trend. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Langzeitarbeitslosigkeit in der Steiermark in der Altersgruppe „bis 24 Jahre“ um +48,9 % bzw. +19 Personen auf durchschnittlich 57 Personen. Ebenfalls gestiegen ist diese in der Altersgruppe „50 Jahre und älter“, hier um +16,1 % bzw. +495 auf durchschnittlich 3.576 Personen. In der Altersgruppe „25 bis 49 Jahre“ kam es zu einem Rückgang von -9,6 % bzw. -376 auf durchschnittlich 3.533 Personen.

Das Jahr 2017 brachte in der Steiermark den stärksten Rückgang der Arbeitslosigkeit (-9,5 %) im Bundesländervergleich (Österreich: -4,9 %).

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten alle Ausbildungskategorien Rückgänge an als arbeitslos vorgemerkten Personen. Die Rückgänge in den Ausbildungskategorien „Universität bzw. Hochschule“

(-1,8 %) und „Matura“ (-6,5 %) waren unterdurchschnittlich, jene in den Gruppen „keine abgeschlossene Pflichtschule“ (-10,0 %), „Pflichtschulabschluss“ (-9,5 %) und „Lehre und mittlere Schule“ (-11,1 %) lagen hingegen im Steiermarkdurchschnitt (-9,5 %).

In der Steiermark reduzierte sich die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen gegenüber dem Jahr 2016 in den Berufsabteilungen „Industrie/Gewerbe“ (-12,3 %), „Handel/Verkehr“ (-10,4 %) und „Verwaltung/Büro“ (-9,8 %) überdurchschnittlich. Geringere Rückgänge der Arbeitslosigkeit gab es in den Berufsgruppen „Unbestimmt“ (-0,5 %) sowie „Gesundheit“ (-3,8 %) und „Dienstleistungen“ (-6,0 %).

Die sich immer stärker beschleunigende Konjunktur brachte 2017 einen erneuten enormen Anstieg der beim AMS gemeldeten offenen Stellen. Im Jahresdurchschnitt 2017 wurden beim AMS Steiermark 7.408 offene Stellen gemeldet und somit um insgesamt +2.530 bzw. +51,9 % mehr als im Vorjahr. Der höchste Anteil an offenen Stellen war der Abteilung „Industrie/Gewerbe“ (41,4 %; 3.065 offene Stellen) zuzurechnen, gefolgt von „Dienstleistungen“ (19,0 %; 1.408) und „Handel/Verkehr“ (13,6 %; 1.006).

Die unselbstständige Aktivbeschäftigung in der Steiermark erfuhr im Jahresdurchschnitt 2017 eine Ausweitung von +2,5 % bzw. +12.103 Beschäftigungsverhältnissen auf 496.719 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2016 (Österreich: +2,0 %). Dies war die höchste Dynamik aller Bundesländer vor Tirol (+2,45 %) und gleichzeitig ein erneuter Höchststand an Beschäftigungsverhältnissen in der Steiermark. Frauen (+2,2 %) wie Männer (+2,7 %) konnten vom starken Beschäftigungszuwachs profitieren. Die weibliche Aktivbeschäftigung stieg in Summe um +4.803 Beschäftigungsverhältnisse, die der Männer um +7.300. Wie im Vorjahr brachte auch das Jahr 2017 für den Dienstleistungssektor eine starke, wenn auch etwas unterdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung von +2,3 % mit sich. Mit einem absoluten Zuwachs von +7.663 Beschäftigungsverhältnissen stellte der Dienstleistungssektor beinahe zwei Drittel (63,3 %) des gesamten Beschäftigungszuwachses. Getragen wurde diese Ausweitung vor allem von den erweiterten Wirtschaftsdiensten, die im Jahresdurchschnitt um +8,4 % bzw. +4.596 Beschäftigungsverhältnisse zunahmen. Hier muss aber angemerkt werden, dass die Wirtschaftsdienste neben der eigenen Dynamik auch von einzelnen Branchenumgliederungen

profitiert haben. Der zweite große Wachstumsbereich im Dienstleistungsbereich war der öffentliche Bereich, der rund +2.300 bzw. +1,8 % mehr Beschäftigungsverhältnisse auswies als im Jahr davor. Der produzierende Bereich konnte seine Beschäftigung im Jahr 2017 um +2,9 % bzw. +4.142 Beschäftigungsverhältnisse ausbauen und entwickelte sich damit deutlich dynamischer als der Dienstleistungsbereich. Das verarbeitende Gewerbe als Teil des produzierenden Bereichs konnte seine Beschäftigung um +3,9 % bzw. +3.887 Beschäftigungsverhältnisse ausweiten. Der Wachstumsmotor war im Jahr 2017 vor allem der Fahrzeugbau, der durch die Kapazitätsausweitung des Grazer Magnastandortes für einen enormen Beschäftigungsschub sorgte. Die gute internationale Konjunktur brachte aber für fast alle Branchen Beschäftigungsgewinne. Neben dem Fahrzeugbau (+17,3 % bzw. +1.683) verzeichneten die Bereiche Möbel und sonstige Waren (+6,3 % bzw. +448), Papierindustrie (+7,7 % bzw. +323) und Holzindustrie (+6,5 % bzw. +309) die höchsten Zugewinne.

Die Land- und Forstwirtschaft (+6,8 % bzw. +298) erzielte zwar einen hohen Beschäftigungsgewinn, konnte damit aber die Verluste des Vorjahres nicht vollständig kompensieren und blieb unter dem Beschäftigtenstand des Jahres 2015.

Die unselbstständige Aktivbeschäftigung in der Steiermark konnte 2017 um +2,5 % erhöht werden.

Das Beschäftigungswachstum wurde von allen Wirtschaftsbereichen getragen. Insbesondere der steirische Fahrzeugbau, die Arbeitskräfteüberlasser und der Maschinenbau waren große absolute Wachstumsträger.

Das Beschäftigungswachstum in der Steiermark (+2,5 % bzw. +12.103 Beschäftigungsverhältnisse) wurde im Jahr 2017 erneut primär durch den Großraum Graz (Bezirke Graz-Stadt, Graz-Umgebung) getrieben. Hier stieg die Zahl der Aktivbeschäftigten im Vergleich zu 2016 im Jahresdurchschnitt um +3,7 % oder +8.402 Beschäftigungsverhältnisse. Damit gingen beinahe 70 % des gesamtsteirischen Beschäftigungswachstums auf den Großraum Graz zurück. Alle steirischen Bezirke konnten ein Beschäftigungswachstum verzeichnen. Die höchsten Zuwächse erzielten die Bezirke Graz-Umgebung mit +5,0 %, Deutsch-

landsberg mit +4,4 % und Graz-Stadt mit +3,4 %. In Graz-Stadt wirkte sich besonders die Kapazitätsausweitung bei Magna positiv auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Die niedrigsten Wachstumsraten wiesen die Bezirke Murtal (+0,2 %), Südoststeiermark (+0,2 %) und Leibnitz (+0,3 %) auf.

Bei der Zahl der Lehrlinge in der Steiermark war zum 31.12.2017 seit dem Jahr 2009 erstmals kein Rückgang zu beobachten. Ende Dezember 2017 standen in der Steiermark 15.329 Lehrlinge (+0,0 % bzw. +3 Lehrlinge) in Ausbildung (Österreich: -0,3 %). Spartenspezifisch betrachtet war der höchste Anteil der Lehrlingszahlen steiermarkweit in der Sparte „Gewerbe und Handwerk“ (43,1 %), gefolgt von der „Industrie“ (17,2 %) und dem „Handel“ (13,6 %), zu finden. Unterteilt nach Lehrberufen konnten die Lehrlingszahlen bei den jungen Frauen in nennenswerter Höhe in den Ausbildungsberufen Gastronomiefachfrau (+25), Verwaltungsassistentin (+24) und Metalltechnik (+15) erhöht werden. Bei den jungen Männern wurde vermehrt der Lehrberuf Elektrotechnik (+40) nachgefragt. Alle weiteren Top-Ten-Berufe verzeichneten teils deutliche Rückgänge. Regional betrachtet war ein Zuwachs an Lehrlingen in den Bezirken Deutschlandsberg (+3,7 %), Graz-Umgebung (+3,0 %), Leibnitz (+2,4 %), Murtal (+2,3 %), Graz-Stadt (+1,4 %) sowie ein unveränderter Bestand im Bezirk Voitsberg zu beobachten. Alle anderen Bezirke realisierten Bestandsrückgänge.

Die Lehrlingszahlen konnten 2017 im Vergleich zum Vorjahr gehalten werden. Bei den weiblichen Lehrlingen kam es zu einem Zuwachs von +51 bzw. +1,0 %, bei den männlichen Lehrlingen zu einem Rückgang von -48 bzw. -0,5 %.

In den Jahren 2008 bis 2018 nahm die Bevölkerung in der Steiermark um +3,0 % zu. Somit zählte die Steiermark zum 1.1.2018 nach vorläufigen Zahlen der STATISTIK AUSTRIA insgesamt 1.240.299 Einwohnerinnen und Einwohner, das waren +0,24 % bzw. +3.001 im Vergleich zum 1.1.2017. Österreichweit zeigte sich die Entwicklung weiterhin deutlich dynamischer: Mit 8.823.054 Personen zum 1.1.2018 zählte Österreich um +6,2 % an Wohnbevölkerung mehr als noch zum 1.1.2008 bzw. um +0,6 % mehr als zum 1.1.2017. Die Wohnortkonzentrationen haben sich

in den letzten Jahren immer weiter in Richtung von Zentralräumen verschoben, hier insbesondere auf den Zentralraum Graz. Zum 1.1.2018 lebten 35,4 % der steirischen Bevölkerung in den Kerngebieten Graz-Stadt und Graz-Umgebung. Alle anderen Bezirke wiesen Anteile von unter 10 % auf. Die aktuelle Bevölkerungsprognose der STATISTIK AUSTRIA vom 12. Oktober 2017 geht von einem weiter stetigen geringen Bevölkerungswachstum für die Steiermark bis 2030 aus, das aber deutlich unter der Einschätzung der letzten Prognose liegt. Ab dem Jahr 2017 wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von +0,25 % bzw. +3.100 Personen erwartet. Dieser Zuwachs wird, wie auch schon in den letzten Jahren, durch eine positive Wanderungsbilanz und eine negative Geburten/Sterbebilanz getragen werden. Von 2030 bis 2045 wird eine deutliche Verlangsamung der Bevölkerungsdynamik erwartet, wobei der Bevölkerungshöchststand von 1,30 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt 2050 erwartet wird. Die Zeit bis 2060 wird aus heutiger Sicht von einem geringen jährlichen Bevölkerungsrückgang von rund -300 Personen pro Jahr geprägt sein. Im Jahr 2060 wird ein Bevölkerungsstand von 1,30 Mio. Personen erwartet (-3.000 weniger als 2050). Obwohl die Bevölkerungszahl in der Steiermark wächst, ist zunehmend eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur wahrnehmbar. Der Anteil der unter 20-jährigen jungen Personen an der Gesamtbevölkerung nimmt aufgrund schwacher Geburtenjahrgänge kontinuierlich ab. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der unter 20-Jährigen in der Steiermark noch 22,6 %. Bis 2030 wird dieser Anteil weiter auf 18,2 % sinken. Der Wanderungssaldo, die Differenz zwischen Zuzügen und Wegzügen, betrug 2016 für die Steiermark +6.315 und somit nur rund die Hälfte des Vorjahres (2015: +12.046). 17.839 Zuzügen standen 11.496 Wegzüge gegenüber, ebenfalls nur rund jeweils die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr. Per Saldo wuchs die steirische Bevölkerung durch internationale Wanderungen um +6.343 Personen und schrumpfte durch Binnenwanderungen aus anderen Bundesländern um -28 Personen. Bezogen auf 1.000 Personen betrug der Gesamtwanderungssaldo in der Steiermark 5,1 (2015: 9,8) und in Österreich 7,4 (2015: 13,1). Am 1.1.2018 lebten in der Steiermark 131.767 Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft, d. h. 10,6 % (1.1.2017: 10,2 %) der steirischen Gesamtbevölkerung verfügten über eine nicht österreichische Staatsbürgerschaft (Österreich: 15,8 %). In Graz-Stadt war der Anteil mit 22,2 % am höchsten.

Die steirische Bevölkerung wächst weniger dynamisch als die Bevölkerung in Österreich, das Bevölkerungswachstum konzentriert sich auf den Zentralraum Graz-Stadt und Graz-Umgebung.

In der Steiermark stieg die Zahl der registrierten Gründungen auf 6.247 (+0,7 % gegenüber dem Vorjahr) – ein neuer Rekordwert. Die Gründungen ohne Personenbetreuer stiegen um +5,5 % ebenfalls auf ein Allzeithoch von 4.149. Zudem wurde hier die höchste Dynamik aller Bundesländer, absolut (+217) und relativ (+5,5 %), erzielt. Die Zahl der Gründungen bei den selbstständigen Personenbetreuern reduzierte sich um -7,7 % auf 2.098.

Die steirische Gründungsdynamik wurde, wie auch in den vergangenen Jahren, von Einzelunternehmensgründungen dominiert. Mit 5.634 Neugründungen (+1,0 %) entfielen 90,2 % des steirischen Gründungsgeschehens auf diese Gruppe. Österreichweit betrug der Anteil der Einzelunternehmensgründungen 86,5 % (-2,5 % auf 34.570).

Die spartenbezogene Analyse des steirischen Gründungsgeschehens 2017 zeigt deutlich, dass die Dynamik von den Sparten Industrie (+57,1 % bzw. +4 Gründungen), Transport und Verkehr (+33,4 % bzw. +54), Information und Consulting (+1,5 % bzw. +10) und Gewerbe und Handwerk (+0,6 % bzw. +23) getragen wurde. Die Sparten Tourismus (-6,8 % bzw. -23) und Handel (-2,2 % bzw. -25) verzeichneten hingegen Rückgänge.

Der Zentralraum Graz war 2017 für beinahe 40 % des steirischen Gründungsgeschehens verantwortlich. Die Bezirke Graz-Stadt und Graz-Umgebung stellten mit einer vorläufigen Zahl von 2.318 Neugründungen 37,1 % der steirischen Unternehmensneugründungen. Der Großteil entfiel mit 1.428 Neugründungen auf die Stadt Graz selbst, die damit auch eine Gründungsintensität von 5,0 Neugründungen je 1.000 Einwohner auswies. Der gründungsstärkste Bezirk, gemessen an der Gründungsintensität, war erneut, wie bereits seit 2014, der Bezirk Murtal (6,7;

487 Neugründungen). Steiermarkweit lag die Gründungsintensität 2017 wie auch schon 2016 bei 5,0 Neugründungen und österreichweit bei 4,6.

Die höchste relative Dynamik verzeichnete der Bezirk Hartberg-Fürstenfeld mit einem Zuwachs von +15,9 % auf 554 Neugründungen. Die Bezirke Graz-Umgebung mit +11,8 % bzw. 890 und Voitsberg mit +4,6 % und 250 Neugründungen folgten auf den Plätzen zwei und drei.

Mit insgesamt 6.247 Unternehmensgründungen (+0,7 % gegenüber 2016) und davon 4.149 (+5,5 %) gewerblichen Gründungen verzeichnete die Steiermark in beiden Fällen die höchste je gemessene Anzahl an Unternehmensneugründungen.

Das Niveau der steirischen Warenexporte sank im Jahr 2016 um -2,1 %, jenes der Warenexporte Österreichs um -0,3 %. Im ersten Halbjahr 2017 konnten die Warenexporte laut den vorläufigen Zahlen in der Steiermark wieder ausgebaut werden (+5,7 %; Österreich: +8,0 %). Die steirischen Warenimporte im Jahr 2016 stiegen um +4,7 % (Österreich: +1,6 %). Zu den wichtigsten steirischen Exportgütern zählten im Jahr 2016 Maschinen, Apparate, mechanische Geräte (24,5 %), Beförderungsmittel (22,7 %) sowie unedle Metalle und Waren daraus (16,1 %). Im Jahr 2016 gingen drei Viertel aller Exporte (74,9 %) nach Europa und mehr als vier Fünftel aller Importe (81,7 %) in die Steiermark stammten aus Europa. Die Steiermark konnte im Jahr 2016 die Exportumsätze z. B. nach Deutschland (+1,1 %), Polen, Slowenien oder Ungarn erhöhen, hingegen kam es zu teils deutlichen Rückgängen in die Vereinigten Staaten (-15,6 %), nach China, Großbritannien, Frankreich und in die Schweiz. Die Warenexporte für das erste Halbjahr 2017 zeigen aber wieder deutlich nach oben. So legten die Warenexporte z. B. in die Vereinigten Staaten um mehr als ein Fünftel (+20,4 %) oder nach Deutschland um +4,3 % zu. Hohe Zuwächse wurden auch bei den Warenlieferungen nach Slowenien, Polen und Ungarn erzielt.

2016 sanken die steirischen Warenexporte um -2,1 %, im ersten Halbjahr 2017 kam es einem Zuwachs von +5,7 %.

Die Steiermark verzeichnete erneut die höchste F&E-Quote aller Bundesländer (aktuellster Wert 2015: 5,14 %; Österreich 3,05 %). Es ist davon auszugehen, dass das auch in Zukunft so sein wird. Dafür spricht, dass sich die Steiermark 2017 erneut als der Forschungs- und Entwicklungsstandort in Österreich behauptet hat. Nicht zuletzt dank der guten Kooperation zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen konnte das COMET-Programm als Positionierungsinstrument weiter genutzt werden. Im dritten Call für COMET-Zentren (K2) im Jahr 2017 wurde die Förderung von drei bereits bestehenden COMET-Zentren (K2) verlängert. Zwei dieser drei Forschungszentren haben ihren Hauptsitz in der Steiermark (IC-MPPE und Digital Mobility) und können damit ihre Forschungsarbeit nahtlos weiterführen. Derzeit ist die Steiermark an 25 von österreichweit 44 Kompetenzzentren beteiligt, von denen 19 ihren Hauptsitz in der Steiermark haben.

Eine F&E-Quote von 5,14 % für die Steiermark 2015 zeigt erneut die Innovationskraft des Landes. Die Steiermark ist weiterhin das Innovationsbundesland Nummer eins.

Die AWS konnte nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2016 diesen im Jahr 2017 mehr als wettmachen. Die Zusagen stiegen österreichweit um +40,9 % auf 5.396 und lagen damit auch deutlich über jenen des Jahres 2015. In beinahe selber Höhe (+40,0 %) stiegen auch die Finanzierungsleistungen auf € 1,1 Mrd. im abgelaufenen Jahr 2017 für Zuschüsse, Garantien sowie Kredite und Darlehen. Die Zusagen für die Steiermark stiegen um +41,6 % auf 647 und umfassten eine Förderungsleistung von € 93,6 Mio. (+21,2 % gegenüber 2016). Somit konnte die Steiermark 8,5 % (2016: 9,8 %) der gesamten österreichischen Förderungsleistung für sich verbuchen.

Die Steiermark verbuchte im Jahr 2017 einen Förderungsbarwert der AWS in der Höhe von € 29,1 Mio. und lag damit im Bundesländer-ranking an vierter Stelle.

Der Barwert der gesamten österreichischen Förderungsleistung des Jahres 2017 erhöhte sich um +151,5 % gegenüber 2016 auf insgesamt € 246 Mio. (2016: € 98,0 Mio.). Der steirische Barwert erfuhr beinahe eine Verdreifachung (+180,9 %) gegenüber 2016 auf € 29,1 Mio. für das Jahr 2017. Bezüglich des Förderungsbarwertes ergab sich für die Steiermark mit € 29,1 Mio. der vierte Rang hinter Oberösterreich (€ 73,6 Mio.), Niederösterreich (€ 44,0 Mio.) und Wien (€ 43,2 Mio.).

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete die Steiermark im Jahr 2017 eine deutliche Ausweitung innerhalb des Basisprogrammes der FFG. So stieg die Anzahl der Beteiligungen um +5,6 % auf 397 und die geförderten Projektkosten erreichten € 167,5 Mio. (+25,9 %). Die damit verbundene Gesamtförderung von € 81,5 Mio. stieg um mehr als ein Fünftel (+21,5 %). Der daraus resultierende Barwert nahm beinahe um ein Viertel (+23,8 %) auf € 48,6 Mio. zu. Die Steiermark belegte bezüglich des Barwertes der Förderungen wie in den Vorjahren erneut den ersten Platz im Bundesländer-ranking vor Oberösterreich (€ 42,1 Mio.) und Wien (€ 30,9 Mio.). Dies ist zum wiederholten Male ein klares Indiz für die aktive steirische Forschungslandschaft.

Die Steiermark verzeichnete auch 2017 bei der FFG den höchsten Barwert aller Bundesländer (€ 48,6 Mio.).

Die Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG) wickelte 2017 in Summe 2.326 Förderungsfälle (+2,6 %) mit einem Förderungsvolumen von € 40,2 Mio. (-1,4 %) ab. Über die Abteilung 12 Wirtschaft, Tourismus und Sport des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung wurden im Rahmen wirtschaftsbezogener Förderungen 88 Förderungsfälle mit einem Förderungsvolumen von € 1,6 Mio. unterstützt.

Übersichtstabelle über aktuelle Wirtschaftsindikatoren der Steiermark

Indikatoren	Steiermark				Österreich	
	2015	2016	2017	Veränderung 17/16 in %	2017	Veränderung 17/16 in %
Unselbstständig Aktivbeschäftigte¹⁾	477.477	484.617	496.719	2,5	3.573.088	2,0
davon Frauen	215.983	218.923	223.726	2,2	1.631.158	1,8
davon Männer	261.493	265.694	272.994	2,7	1.941.931	2,2
Aktive WK-Mitglieder 31.12.	68.143	70.333	72.684	3,3	517.477	2,2
Gründungen*	5.702	6.204	6.247	0,7	39.965	-2,1
davon Gründerinnen*	3.292	3.685	3.703	0,5	20.712	-2,6
davon Gründer*	1.803	1.892	1.931	2,1	13.858	-2,4
davon Gesellschaftsgründungen*	607	627	613	-2,2	5.395	0,8
Arbeitslosenquote in %**	8,3	8,2	7,3	-0,9 %-Punkte	8,5	-0,5 %-Punkte
Vorgemerkte Arbeitslose	44.461	44.388	40.189	-9,5	339.976	-4,9
davon Frauen	18.437	18.672	17.230	-7,7	147.150	-3,7
davon Männer	26.024	25.716	22.960	-10,7	192.825	-5,7
davon Jugendliche	6.025	5.629	4.539	-19,4	37.756	-14,5
davon ältere Arbeitslose (50+)	11.485	12.540	12.442	-0,8	102.090	2,7
davon länger als 1 Jahr arbeitslos	4.879	7.029	7.167	2,0	58.537	5,4
Schulungsteilnehmer/-innen	8.332	7.962	8.341	4,8	72.098	7,3
Vorgemerkte Arbeitslose und Schulungsteilnehmer/-innen	52.793	52.350	48.531	-7,3	412.074	-2,9
F&E-Ausgaben in Mio. €***	2.235				11.325	3,8
F&E-Quote in % des BRP***	5,14				3,16	0,0 %-Punkte
Warenexporte in Mio. €****	19.716	19.305	20.890	8,2	141.918	8,2

Tabelle 1

Quelle: HVSV, AMS, Wirtschaftskammer Steiermark, STATISTIK AUSTRIA. * Für 2017 vorläufige Daten. ** Nationale Berechnung. *** Aktuelle Daten zu F&E-Indikatoren für die Steiermark beziehen sich auf das Jahr 2015. **** Nominelle Werte, STATISTIK AUSTRIA, Steiermark 2017 – Schätzung der Abteilung 12.

¹⁾ Durch die Umstellung der Beschäftigungsstatistik mit Jänner 2011 werden jetzt auch freie Dienstnehmer/-innen zu den Beschäftigten gezählt.

Ausblick

In der aktuellen Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF, World Economic Outlook April 2018) wird von einem weiter hohen Weltwirtschaftswachstum ausgegangen. Mit einem Wachstum von +3,8 % konnte das Jahr 2017 das höchste Wachstum seit dem Jahr 2011 realisieren. Durch die weiterhin günstige konjunkturelle Entwicklung wird für die Jahre 2018 und 2019 mit +3,9 % ein noch kräftigeres Wachstum als 2017 erwartet. Weiterhin wird das Wachstum von einer breiten Masse von Staaten getragen werden. Entwickelte Staaten wie auch die meisten Schwellenländer werden ihre Wachstumsdynamik fortsetzen können, hier profitieren diese von steigenden Rohstoffpreisen.

Für die EU-28 wird ein Wachstum von +2,5 % für 2018 und +2,1 % für 2019 prognostiziert. Die Dynamik der Eurozone wird mit +2,4 % und +2,0 % etwas geringer ausfallen. Wie bereits 2017 werden die osteuropäischen Länder wiederum die höchsten Wachstumsraten ausweisen.

Die konjunkturellen Aufwärts- und Abwärtsrisiken in der kurzen Frist werden vom IWF als ausgeglichen bewertet. Weiterführend werden aber die Risiken nach unten deutlich zunehmen. Dazu zählen eine mögliche Verschärfung der finanziellen Bedingungen, wachsende Handelsspannungen sowie die Gefahr zur Verlagerung hin zu protektionistischen Maßnahmen und geopolitischen Spannungen. Die aktuellen Empfehlungen des IWF an die Wirtschaftspolitik sind vielschichtig. Die derzeitige Konjunkturlage würde die Gelegenheit bieten, Reformen voranzutreiben, die mittelfristig Wachstum für alle fördern und durch die eventuelle Abschwünge besser verkraftet werden könnten. Ebenso ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit eine gute Investition in die Zukunft.

Die hohe Dynamik zu Beginn des Jahres 2017 konnte das ganze Jahr über beobachtet werden und brachte insgesamt ein reales Wirtschaftswachstum für Österreich von +2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Laut aktuellen nationalen Prognosen wird auch im Jahr 2018 weiterhin mit einer ähnlich hohen Dynamik gerechnet. So gehen das WIFO und das IHS in ihren aktuellen Prognosen vom 16. März 2018 von einem Wirtschaftswachstum von +3,2 % (WIFO) bzw. +2,8 % (IHS) aus, das noch stärker ausfallen sollte als im Vorjahr. In ihren Prognosen für das Jahr 2019 erwarten beide Institute eine weiterhin positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Das WIFO geht von einem Wachstum von +2,2 % und das IHS von +1,9 % für das Jahr 2019 aus. Damit wird die Dynamik wieder stärker als im Euroraum bzw. der EU-28 insgesamt eingeschätzt.

Die derzeitige konjunkturelle Lage in Österreich profitiert weiterhin auch von der internationalen Nachfrage, da auch die Handelspartner Österreichs in einer Wachstumsphase sind. WIFO und IHS erwarten, dass die realen Warenexporte sowie die realen Warenimporte weiter anziehen werden. Daher wird der Außenhandel neben dem privaten Konsum und den Bruttoinvestitionen in den beiden kommenden Jahren einen positiven Wachstumsbeitrag leisten können.

Die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden auch 2018 und abgeschwächt 2019 zu spüren sein. So soll die unselbstständige Aktivbeschäftigung um +1,9 % zulegen können, 2019 um weitere +1,1 % (WIFO) bzw. +1,2 % (IHS). Gleichzeitig erfolgt ein weiterer Rückgang an vorgemerkten arbeitslosen Personen und damit eine Reduktion der Arbeitslosenquote.

Wirtschaft und Beschäftigung



2 Wirtschaft und Beschäftigung

2.1 Konjunkturelle Entwicklung

Internationale Konjunktur: die Welt und Europa

Im Jahr 2017 expandierte die Weltwirtschaft und der Welthandel mit hohem Tempo über das gesamte Jahr und konnte die Dynamik auch in das Jahr 2018 mitnehmen. Vor allem die hohe Nachfrage nach Investitionsgütern stützte und stützt weiterhin den Welthandel. Damit wurde die Konjunktur in nahezu allen großen Volkswirtschaften deutlich gestärkt. Die Produktion expandierte dadurch ebenfalls sehr stark. In den Schwellenländern erfolgte die Festigung der wirtschaftlichen Entwicklung vor allem durch die gesteigerte Rohstoffproduktion. Konjunkturrehemmend wirkten die gestiegene Volatilität auf den Finanzmärkten sowie leicht erhöhte allgemeine Konjunkturrisiken. Die Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom April 2018 im World Economic Outlook für das reale Weltwirtschaftswachstum für das abgelaufene Jahr 2017 betragen +3,8 %, die Europäische Kommission geht in ihrer Schätzung im Rahmen der Frühjahrsprognose 2018 von einem Zuwachs von +3,7 % aus. Für die EU-28 und den Euroraum wird ein Zuwachs von jeweils +2,4 % erwartet. Alle Staaten der EU-28 konnten 2017 deutliche Wachstumsgewinne verzeichnen. Vor allem die osteuropäischen Mitgliedsstaaten der EU-28 generierten hohe Zuwächse. Rumänien mit +6,9 % führte dieses Ranking vor Slowenien mit +5,0 % und Polen mit +4,6 % an. Die höchste Zuwachsrate in der EU-28 realisierte Irland mit +7,8 % vor Malta mit +6,6 %. Die großen Industrienationen Deutschland (+2,2 %), Frankreich (+1,8 %) und Italien (+1,5 %) konnten ebenfalls Wachstumsgewinne verbuchen. Das „Brexit-Votum“ Großbritanniens belastete die eigene Wirtschaftsdynamik, sodass das Wach-

tum mit +1,8 % für 2017 unter dem des Vorjahres zu liegen kam. Die Wachstumsaussichten für 2018 und 2019 werden zunehmend weniger dynamisch eingeschätzt. Außerhalb der EU-28 kam es im abgelaufenen Jahr 2017 laut IWF vor allem in den Schwellenländern China (+6,9 %) und Indien (+6,7 %) zu hohen Zuwächsen. Insbesondere konnten Russland (+1,5 %) und Brasilien (+1,0 %) die Rezession überwinden und wieder einen Wachstumspfad beschreiten. Die USA, gestützt durch die gute Inlandsnachfrage und die expansive Wirtschaftspolitik, werden voraussichtlich mit +2,3 % ein ebenfalls deutlich gesteigertes Wirtschaftswachstum ausweisen können.

Der Euroraum, der noch 2013 von einer Rezession gekennzeichnet war, zeigte seither immer einen verhaltenen Aufschwung. Das reale Wirtschaftswachstum im Euroraum im Jahr 2017 betrug laut aktueller Schätzung der Europäischen Kommission vom April 2018 +2,4 %. Ohne Ausnahme konnten alle Länder der EU-28 die positive Entwicklung des Jahres 2016 auch 2017 weitertragen.

Das Jahr 2018

Die hohe Dynamik der Weltwirtschaft wird sich auch im Jahr 2018 fortsetzen. Der prosperierende Welthandel, die gesteigerte Nachfrage nach Investitionsgütern und weiterhin günstige Finanzierungsmöglichkeiten sichern den globalen Wachstumspfad. So geht der IWF von einem Weltwirtschaftswachstum von +3,9 % für die Jahre 2018 und 2019 aus. In den USA hält der Aufschwung in unverändert hohem Tempo an, wenngleich die Risiken für eine Abschwächung der Konjunktur allmählich zunehmen. Die Arbeitslosenquote liegt nahe ihrem historischen Tiefstwert und die Sparquote der privaten Haushalte ist so nied-

Veränderung des saisonal und arbeitstagig bereinigten realen Bruttoinlandsprodukts in % gegenüber der Vorperiode, Prognose für 2017 und 2018

Region	2016	2016	2016	2016	2017	2017	2017	2017	Europäische Kommission (Apr. 2018)	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	2018	2019
Österreich	0,3	0,4	0,3	0,7	1,2	0,7	0,8	0,8	2,8	2,2
Weltwirtschaft									3,9	3,9
Euroraum (19 Länder) ¹⁾	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	2,3	2,0
Europäische Union (28 Länder)	0,5	0,4	0,4	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	2,3	2,0
Deutschland	0,6	0,5	0,3	0,4	0,9	0,6	0,7	0,6	2,3	2,1
Italien	0,3	0,1	0,2	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	1,5	1,2
Vereinigte Staaten									2,9	2,7
China									6,6	6,3
Frankreich	0,6	-0,1	0,2	0,5	0,7	0,6	0,5	0,7	2,0	1,8
Spanien	0,7	0,8	0,7	0,7	0,8	0,9	0,7	0,7	2,9	2,4
Portugal	0,2	0,2	1,2	0,7	0,7	0,3	0,6	0,7	2,3	2,0
Griechenland	-0,6	-0,4	0,5	-0,4	0,6	0,7	0,4	0,1	1,9	2,3

Tabelle 2

Quelle: Quartalsveranderungen: EUROSTAT (13.4.2018), Code namq_10_gdp; Jahreswerte: Europäische Kommission (EK 04/2018).

¹⁾ Bestehend aus Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern und Litauen.

rig wie zuletzt vor der Finanzmarktkrise. Im Euroraum bleibt die Konjunktur lebhaft und die Produktion wird kräftig zunehmen. Auch in den ostmitteleuropaischen Ländern und in den meisten Schwellenländern wird mit einem weiterhin hohen Wachstum gerechnet. Hinsichtlich der Dynamik in den entwickelten Volkswirtschaften werden Zuwächse in der Höhe von +2,5 % für 2018 und +2,2 % für 2019 erwartet. Die Schwellenländer sowie die Entwicklungsländer werden insgesamt um +4,9 % im Jahr 2018 und +5,1 % im Jahr 2019 zulegen können. Insbesondere China mit +6,6 % und +6,4 % sowie Indien mit +7,4 % und +7,8 % werden diese starke Entwicklung tragen. Die Entwicklung in der Eurozone wird laut Frühjahrsprognose 2018 der Europäischen Kommission mit +2,3 % für 2018 und +2,0 % für 2019 etwas geringer als noch im Vorjahr eingeschätzt. Das gilt auch für Deutschland (+2,3 % und +2,1 %), Frankreich (+2,0 % und +1,8 %) und auch Italien (+1,5 % und +1,2 %). Als mögliche Risiken für eine Abschwächung der globalen Wirtschaftsdynamik sind vor allem politische Unsicherheiten, insbesondere bezüglich möglicher Handelsbarrieren, oder geopolitische Spannungen zu nennen, aber auch Extremwetterereignisse. Im Bereich der Finanzmärkte sind höhere Vulnerabilitäten als mögliche Risikofaktoren auszumachen.

Die Arbeitslosigkeit

Die gute konjunkturelle internationale Lage hatte ohne Ausnahmen deutliche positive Auswirkungen auf den europäischen Arbeitsmarkt. In allen europäischen Staaten konnte die Arbeitslosigkeit – teilweise sogar massiv – gesenkt werden, aber es sind weiterhin zahlreiche europäische Länder mit hohen Arbeitslosenzahlen konfrontiert. Auch bleibt die Mahnung aufrecht, dass die strukturellen Probleme der Vergangenheit weiterhin nicht gelöst sind.

Im Euroraum 19 betrug die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2017 9,1 % nach 10,0 % im Jahr 2016. Dahinter stehen 14,7 Millionen arbeitslose Personen, um -1,5 Millionen Personen weniger als noch 2016. Die Staaten Griechenland (21,5 %), Spanien (17,2 %), Kroatien (11,1 %), Zypern (11,1 %), Frankreich (9,4 %) und Portugal (9,0 %) stellten, trotz aller Bemühungen für den Arbeitsmarkt, weiterhin die höchsten Arbeitslosenquoten innerhalb der EU-28. Alle hier genannten Staaten konnten ihre Arbeitslosenquote deutlich senken, insbesondere Spanien, Kroatien, Portugal und Griechenland um jeweils mehr als -2 %-Punkte. Die Arbeitslosenquote in der EU-28 betrug 2017 7,6 % (2016: 8,6 %). Die Europäische Kommission geht in ihrer Frühjahrsprognose 2018

von einer weiteren Reduktion der Arbeitslosenquote für die EU-28 auf 7,1 % im Jahr 2018 und auf 6,7 % für 2019 aus. Es wird weiterhin für 2018 und auch 2019 für die meisten Staaten der EU-28, insbesondere für die strukturschwachen Staaten, von einer weiteren Reduktion der Arbeitslosenquoten ausgegangen, an den strukturellen Problemen in diesen Staaten wird sich dadurch aber nur geringfügig etwas ändern.

Die Jugendarbeitslosigkeit ist und bleibt eine große Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik. Hier brachte das Jahr deutliche Reduktionen in allen europäischen Ländern, am Grundproblem änderte diese Entwicklung aber nichts. Die Jugendarbeitslosenquote in der EU-28 im Jahr 2017 betrug 16,8 % und fiel damit um -1,9 %-Punkte geringer aus als noch 2016. In absoluten Zahlen waren 3,8 Millionen Jugendliche durchschnittlich ohne Job, um -10,7 % weniger als noch im Vorjahr. Innerhalb der EU-28 war die Jugendarbeitslosigkeit wie bisher in Griechenland mit 43,7 % (2016: 47,3 %) und in Spanien mit 38,6 % (2016: 44,4 %) am höchsten. Nach wie vor fand ein großer Teil der unter 25-Jährigen, die offiziell nach Arbeit suchten, keinen Arbeitsplatz. Viele Jugendliche verlassen weiterhin ihre Heimatstaaten, um anderswo eine Chance auf Arbeit und damit Selbstbestimmtheit zu finden. In Italien waren 34,7 % der Jugendlichen arbeitslos (nach 37,8 % im Jahr 2016), in Kroatien 27,0 % (nach 31,8 % im Jahr 2016). Diese anhaltende Situation bringt weiter die Gefahr von sozialen Unruhen mit sich. Vor allem die hohe Jugend-

arbeitslosigkeit bedingt dauerhafte Auswirkungen auf die Entwicklung von Staaten. Menschen, die in jungen Jahren nicht in den Arbeitsmarkt integriert werden können, weisen in der Regel häufiger unstete Erwerbskarrieren auf. Die Internationale Arbeitsorganisation der UNO (ILO) warnt nach wie vor vor dem Heranwachsen einer „verlorenen Generation“ und empfiehlt den Regierungen, den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ganz oben auf die politische Agenda zu setzen. Die aktuelle und zu erwartende Wachstumsdynamik in den Jahren 2018 und 2019 sollte das Wirtschaftswachstum in Europa so ausweiten, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin merkbar reduziert werden kann. Die Lage auf den Arbeitsmärkten, vor allem in strukturschwachen Ländern in der EU-28, wird dennoch auch zukünftig angespannt bleiben. Vor allem in Bezug auf die Jugendarbeitslosigkeit (bis unter 25 Jahre) wird eine weitere Erholung erwartet.

Die konjunkturelle Entwicklung in Österreich

Das Jahr 2017 mit seiner robusten internationalen Entwicklung hatte Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Die österreichische Konjunktur verlief sehr dynamisch. Die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte im gesamten Jahr 2017 sehr stark. Die Exporte wie auch die Importe Österreichs legten deutlich zu. Der Außenhandel konnte wieder einen positiven Wachstumsbeitrag liefern und so das

Konjunkturprognosen für Österreich				
	IHS (März 2018)		WIFO (März 2018)	
	2018	2019	2018	2019
in % gegenüber dem Vorjahr				
Bruttoinlandsprodukt, real	2,8	1,9	3,2	2,2
Private Konsumausgaben, real	1,4	1,2	1,8	1,6
Warenexporte, real	5,2	4,2	5,5	4,5
Warenimporte, real	3,5	3,3	4,6	3,8
Verbraucherpreisindex	2,1	2,2	1,9	1,9
Unselbstständig Aktivbeschäftigte	1,9	1,2	1,9	1,1
Arbeitslosenquote in % der Erwerbspersonen (EUROSTAT) bzw. unselbstständig Beschäftigten (national)				
EUROSTAT ¹⁾	5,2	5,2	5,2	5,0
National ²⁾	7,8	7,7	7,7	7,3

Tabelle 3 Quelle: IHS (2018), WIFO (2018).

¹⁾ Arbeitslosenquote nach internationaler Definition: Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen. Zu den Erwerbspersonen zählen arbeitslose Personen und Erwerbstätige. Die Zahlen zur Arbeitslosigkeit werden anhand eines Mikrozensus erhoben.
²⁾ Anteil der beim Arbeitsmarktservice als arbeitslos vorgemerkten Personen am Arbeitskräftepotenzial. Das Arbeitskräftepotenzial umfasst die beim AMS als arbeitslos vorgemerkten Personen sowie unselbstständig Beschäftigte, lt. HVSV.

Wachstum beschleunigen. Die realen Exporte wuchsen um +5,7 %, die Importe um +5,4 %. Der reale private Konsum wurde um +1,3 % ausgeweitet, die Bruttoinvestitionen um +6,1 %. Zusammen ergab sich ein reales Wirtschaftswachstum (BIP) von +2,9 % für das Jahr 2017. Das Wachstum Österreichs lag damit erstmals seit Jahren wieder über jenem der Eurozone 19 (+2,4 %) und auch der EU-28 mit ebenfalls +2,4 % (siehe Tabelle 2).

Nachdem die Warenexporte Österreichs im Jahr 2016 um -0,3 % im Vergleich zum Vorjahr schrumpften, kam es im Jahr 2017 nach den vorläufigen Ergebnissen der Warenaußenhandelsstatistik der STATISTIK AUSTRIA zu einer starken Ausweitung von +8,2 % auf einen Rekordwert von € 141,92 Mrd. Im Gegensatz zu den Vorjahren kamen starke Exportimpulse aus allen Regionen der Welt. Die Warenexporte nach Amerika konnten um +12,2 % auf € 13,5 Mrd. gesteigert werden und stellten somit 9,5 % der österreichischen Warenausfuhren. Europa ist weiterhin mit einem Anteil von 79,3 % an den gesamten Warenexporten die Zielregion Nummer eins. Hier konnte ein durchschnittlicher Zuwachs von +7,9 % auf € 112,6 Mrd. verbucht werden. Warenexporte nach Asien stellten mit einem Zuwachs von +7,5 % auf € 12,8 Mrd. erneut 9,1 % aller Warenausfuhren. Der weiterhin wichtigste Außenhandelspartner Österreichs ist und bleibt Deutschland. Im Jahr 2017 betrug der Anteil der Warenexporte nach Deutschland 30,1 % (2016: 30,5 %), der Anteil der Importe 36,8 % (2016: 37,2 %). Auf den nunmehr zweitstärksten Handelspartner USA entfiel ein Exportanteil von 6,8 % (2016: 6,7 %), gefolgt von Italien mit einem Exportanteil von 6,4 % (2016: 6,4 %). In allen Zielregionen gab es, mit kleinen Ausnahmen, ein deutliches Wachstum auch auf detaillierter Staatenebene. Der sich insgesamt ergebende negative Warenbilanzsaldo als Differenz von Warenexporten und Warenimporten stieg gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel auf € 5,6 Mrd. (2016: € 4,5 Mrd.).

Die Arbeitslosigkeit (nach nationaler Berechnung) konnte dank der guten Wirtschaftsentwicklung in Österreich erstmals seit sechs Jahren wieder gesenkt

werden. Es kam zu einer Verringerung um durchschnittlich -4,9 % bzw. -17.337 als arbeitslos vorgemerkte Personen auf einen Durchschnittsbestand von 339.976. Es ist aber trotzdem darauf hinzuweisen, dass der Bestand an als arbeitslos vorgemerkten Personen noch immer deutlich über dem Vorkrisenniveau von 212.253 Personen im Jahr 2008 liegt. Vor allem Jugendliche bis 24 Jahre (-14,5 %) und Personen im Haupterwerbssalter von 25 bis 49 Jahren (-6,4 %) konnten vom Rückgang profitieren. Der Bestand an als arbeitslos vorgemerkten Personen, die 50 Jahre und älter waren, erhöhte sich hingegen nur mehr moderat, nochmals um +2,7 %. Insgesamt profitierten Frauen wie Männer gleichermaßen von der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten (inklusive Präsenzdienster und KinderbetreuungsgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis) laut HVSV stieg um +1,9 % auf 3.655.297 Beschäftigungsverhältnisse. Auch hierbei profitierten Frauen wie Männer gleichermaßen. Unterstützt durch die sehr positive Entwicklung im Rahmen der unselbstständigen Beschäftigung, konnte die Arbeitslosenquote nach nationaler Berechnungsmethode um -0,5 %-Punkte auf 8,5 % gesenkt werden. Auch die Berechnung nach der Eurostatdefinition ergab einen Rückgang von -0,5 %-Punkten auf 5,5 %.

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2017 erstmals seit geraumer Zeit deutlich dynamischer als der Euroraum 19 und die EU-28.

Das Jahr 2018

Der starke Konjunkturaufschwung des Jahres 2017 konnte das ganze Jahr über beobachtet werden und brachte ein reales Wirtschaftswachstum von +2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Laut aktuellen nationalen Prognosen wird auch im Jahr 2018 weiterhin mit einer ähnlich hohen Dynamik gerechnet. So geht das WIFO in der aktuellen Prognose vom 16. März 2018 von ei-

nem Wirtschaftswachstum von +3,2 % aus, das damit noch stärker ausfallen sollte als im Vorjahr. Das IHS geht dagegen von einer gleichbleibenden Gesamtdynamik (+2,8 %) für das Jahr 2018 aus. In ihren Prognosen für das Jahr 2019 erwarten beide Institute eine weiterhin positive Entwicklung der österreichischen Wirtschaft. Das WIFO geht von einem Wachstum von +2,2 % und das IHS von +1,9 % für das Jahr 2019 aus (siehe dazu Tabelle 3). Damit werden erneut höhere Wachstumsraten als im Euroraum und der EU-28 insgesamt erwartet. Der Konjunkturaufschwung ist in fast allen Ländern angekommen und damit breit aufgestellt. Die derzeitige konjunkturelle Lage in Österreich profitiert weiterhin auch von der internationalen Nachfrage, da auch die Handelspartner Österreichs in einer Wachstumsphase sind. Dadurch wird von WIFO und IHS erwartet, dass die realen Warenexporte im Jahr 2018 um mehr als +5 % zulegen können, im Jahr 2019 nochmals um mehr als +4 %. Ebenso ziehen die Warenimporte an, wenn auch mit einer etwas geringeren Dynamik. Daher wird der Außenhandel auch in den beiden kommenden Jahren neben dem privaten Konsum und den Bruttoinvestitionen einen positiven Wachstumsbeitrag leisten können.

Die Verbraucherpreise werden sich bis inklusive 2019 um rund +2 % jährlich erhöhen. Die positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden auch 2018 und abgeschwächt 2019 zu spüren sein. So soll die unselbstständige Aktivbeschäftigung 2018 um +1,9 % zulegen können, 2019 um weitere +1,1 % bzw. +1,2 %. Gleichzeitig erfolgt ein weiterer Rückgang an vorgemerkten arbeitslosen Personen und damit eine Reduktion der Arbeitslosenquote.

Die Entwicklung in der Steiermark

Nach Jahren geringer Dynamik brachte das Jahr 2017 bezüglich des Produktionswertes der abgesetzten Produktion im produzierenden Bereich¹ laut Konjunkturerhebung der STATISTIK AUSTRIA für Gesamtösterreich einen Zuwachs von +8,2 % gegenüber dem Vorjahr (2016: -0,1 %; 2015: +0,5 %; siehe dazu Tabelle 4 und Tabelle 5). Erstmals seit Jahren konnten alle Bundesländer wieder Zuwächse erzielen, die Bandbreite reichte von +4,3 % in Vorarlberg bis +12,3 % in Kärnten. Die Steiermark konnte eine Erhöhung der abgesetzten Produktion von +6,9 % rea-

¹ Die abgesetzte Produktion des produzierenden Bereiches wird im Rahmen der Konjunkturerhebung der STATISTIK AUSTRIA erhoben und monatlich publiziert.

Entwicklung der abgesetzten Produktion in den Bundesländern, Veränderung 2017 gegenüber 2016 in %

Bundesland	Produktionsbereich (B–F) ²⁾	Bergbau und Herstellung von Waren (B/C)	Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung (D/E)	Bauwesen (F)
Burgenland	6,8	7,1	5,3	6,9
Kärnten	12,3	10,2	31,8	8,6
Niederösterreich	7,9	7,9	7,7	8,4
Oberösterreich	8,0	7,8	8,3	8,8
Salzburg	4,3	3,2	14,4	3,2
Steiermark	6,9	7,4	4,2	5,5
Tirol	8,4	6,9	7,1	15,3
Vorarlberg	4,3	1,2	18,1	17,4
Wien	11,2	2,2	17,7	7,1
Österreich	8,2	6,6	14,7	8,5

Tabelle 4

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Konjunkturerhebung, Berechnungen der Abteilung 12.

²⁾ Der Produktionsbereich umfasst die folgenden Abschnitte laut ÖNACE 2008: B (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), C (Herstellung von Waren = Verarbeitendes Gewerbe), D (Energieversorgung), E (Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung) und F (Bauwesen).

lisieren und belegte damit den sechsten Rang unter den Bundesländern. Neben Kärnten konnten auch die Bundesländer Wien mit +11,2 %, Tirol mit +8,4 %, Oberösterreich mit +8,0 % und Niederösterreich mit +7,9 % überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnen.

Die Steiermark erzielte im Jahr 2016 eine abgesetzte Produktion von € 36,8 Mrd. (+6,9 %) und lag damit geringfügig unter dem Österreichdurchschnitt der Dynamik von +8,2 % (€ 251,3 Mrd.).

Abgesetzte Produktion in der Steiermark und in Österreich 2017, Anteil sowie Veränderung zu 2016 in %

Branche (ÖNACE 2008)	in Mio. €	Anteil in %	Veränderung zum Vorjahr in %
Steiermark			
Produzierender Bereich insgesamt (B–F)	36.837	100,0	6,9
Bergbau und Herstellung von Waren (B/C)	29.267	79,5	7,4
Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung (D/E)	2.758	7,5	4,2
Bauwesen (F)	4.812	13,1	5,5
Österreich			
Produzierender Bereich insgesamt (B–F)	251.335	100,0	8,2
Bergbau und Herstellung von Waren (B/C)	174.932	69,6	6,6
Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung (D/E)	42.537	16,9	14,7
Bauwesen (F)	33.867	13,5	8,5

Tabelle 5 Quelle: Konjunkturerhebung STATISTIK AUSTRIA, Berechnungen der Abteilung 12.

Abgesetzte Produktion im produzierenden Bereich (B–F), Veränderung zum Vorjahresquartal in %, 4. Quartal 2006 bis 4. Quartal 2017

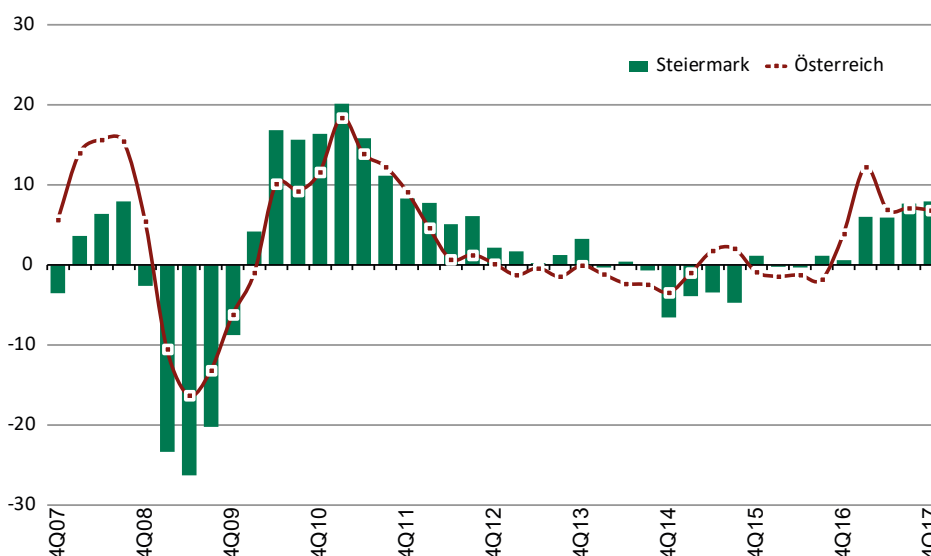


Abbildung 1 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Konjunkturerhebung, Darstellung der Abteilung 12.

Waren im Vorjahr noch einzelne Wirtschaftsabschnitte in den Bundesländern von Rückgängen betroffen, hier vor allem die Energie- und Wasserversorgung (D/E) in allen Bundesländern, so erzielten alle betrachteten Wirtschaftsabschnitte im abgelaufenen Jahr 2017 nennenswerte Zuwächse in allen Bundesländern.

Die gesamte steirische Entwicklung der Produktionsstätigkeit (+6,9 %) wurde von einem Zuwachs des Bereiches Bergbau und Herstellung von Waren (B/C) von +7,4 % auf € 29,3 Mrd., einem Zuwachs im Bereich der Energie- und Wasserversorgung (D/E) von +4,2 % auf € 2,8 Mrd. und einer Produktionsausweitung im Bereich Bauwesen (F) von +5,5 % auf € 4,8 Mrd. geprägt.

Im Jahr 2017 verbuchte das Bauwesen in allen Bundesländern Produktionssteigerungen. Die Steiermark stellte mit einem Zuwachs von +5,5 % nur den achten Rang vor Salzburg mit +3,2 %. Österreichweit wurde eine Zunahme von +8,5 % realisiert. Die Wachstumstreiber waren die Bundesländer Vorarlberg mit +17,4 % und Tirol mit +15,3 %. Im Bereich Energie- und Wasserversorgung verantwortete die Steiermark die geringste Dynamik mit +4,2 %, hatte aber im Vorjahr im Gegensatz zu den meisten Bundesländern keinen Produktionseinbruch zu verkräften. Die höchste Dynamik erreichte hier Kärnten mit +31,8 % vor Vorarlberg mit +18,1 % und Wien mit +17,7 %, Österreich insgesamt steigerte die Produktion um +14,7 %.

Die Steiermark verzeichnete eine Produktionsausweitung von +7,4 % im Bereich Bergbau und Herstellung von Waren (B/C) und belegte damit den vierten Rang unter den Bundesländern. Kärnten (+10,2 %), Niederösterreich (+7,9 %) und Oberösterreich (+7,8 %) lagen vor der Steiermark. In Gesamtösterreich ergab sich in diesem Bereich eine Steigerung von +6,6 %. Vorarlberg (+1,2 %) und Wien (+2,2 %) erfuhren die geringsten Zuwächse im Bundesländer-ranking.

Das Bundesland Kärnten erzielte in der Gesamtdynamik mit +12,3 %, innerhalb des Bereiches Bergbau und Herstellung von Waren (B/C) mit +10,2 % und im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung (D/E) mit +31,8 % die jeweils höchste Produktionsausweitung gegenüber dem Vorjahr. Das Bauwesen (F) konnte in Vorarlberg am stärksten zulegen (+17,4 %), verzeichnete aber über den gesamten produzierenden Bereich gemeinsam mit Salzburg die geringste Ausweitung (+4,3 %). Im Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie Abfallentsorgung (D/E) realisierten die Steiermark (+4,2 %) und das Burgenland (+5,3 %) die geringsten Produktionsgewinne. Das Bauwesen (F) hatte in Salzburg (+3,2 %) und in der Steiermark die geringste Dynamik (+5,5 %).

Die Gesamtproduktionsentwicklung der Steiermark war im ganzen Jahr 2017 von einer deutlichen Dynamiksteigerung im Vorjahresvergleich geprägt. Die Zuwächse in den ersten beiden Quartalen mit

Veränderung des nominellen Bruttoregionalprodukts und der realen Bruttowertschöpfung in %, Steiermark und Österreich 2012–2017

	Nominelles Bruttoregionalprodukt (BRP) bzw. BIP					
	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017
Steiermark	3,8	0,8	3,3	1,8	1,9	5,0*
Österreich	2,7	1,6	2,8	3,4	2,6	4,5
	Reale Bruttowertschöpfung (BWS)					
	2011/2012	2012/2013	2013/2014	2014/2015	2015/2016	2016/2017
Steiermark**	2,2	0,7	1,1	1,1	0,8	n. v.
Österreich	0,5	0,1	0,9	0,9	1,3	3,1

Tabelle 6

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, regionalwirtschaftliche Gesamtrechnung (RGR), Stand 6.12.2017;
* Berechnungen der Abteilung 12 vom 20.4.2018.

+6,0 % und +5,9 % fielen geringer als die folgenden aus. Die Ausweitung von +7,6 % im dritten Quartal und +7,9 % im vierten Quartal 2017 bedeutete eine Wachstumsbeschleunigung. Österreichweit wurde in den ersten beiden Quartalen (+12,2 % bzw. +6,9 %) eine höhere Dynamik als in der Steiermark beobachtet, hingegen blieb die Dynamik im dritten und vierten Quartal (+7,1 % bzw. +6,8 %) hinter jener der Steiermark (siehe Abbildung 1).

Neben der Gesamtwahrnehmung einer dynamischen Produktionsentwicklung der Steiermark zeigte die Branchenbetrachtung deutliche Wachstumsbereiche auf. Die Metallherzeugung und -bearbeitung konnte mit +21,7 % bzw. € +771 Mio. die höchste absolute Zunahme verzeichnen. An zweiter Stelle lag der Fahrzeugbau mit +14,7 % bzw. € +611 Mio. Die Herstellung von elektrischen Ausrüstungen erzielte die höchste relative Veränderung (+26,0 % bzw. € +359 Mio.). Einen Rückgang in der Höhe von -7,0 % bzw. € -255 Mio. realisierte der Maschinenbau.

Die Auftragseingänge stellen einen wichtigen Indikator für die Stimmung innerhalb der einzelnen Branchen dar. Das Jahr 2017 brachte in der Steiermark (+15,4 %) wie auch in Österreich (+10,1 %) einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Jahr 2016. Bei den Auftragseingängen sind oftmals größere monatliche Schwankungen zu erkennen als bei der Produktionstätigkeit, was im Jahr 2017 aber nicht zu beobachten war. Die Auftragseingänge gingen nur im Dezember 2017 in der Steiermark um -1,7 % und in Österreich um -1,2 % zurück, hingegen stiegen sie im Mai 2017 um +41,5 % in der Steiermark bzw. im März 2017 um +18,8 % in Österreich an.

Um einen interregionalen Vergleich der wirtschaftlichen Aktivität zu ziehen, wird häufig das Bruttoregionalprodukt (BRP) verwendet. Das nominelle BRP stellt das regionale Äquivalent zum nominellen Bruttoinlandsprodukt dar und wird wie dieses zu Marktpreisen angegeben. Das BRP kann pro Kopf dargestellt werden, um einen besseren interregionalen Vergleich zu erhalten. Bei der Betrachtung des BRP

Bruttoregionalprodukt¹⁾ (BRP) je Einwohner/-in 2016

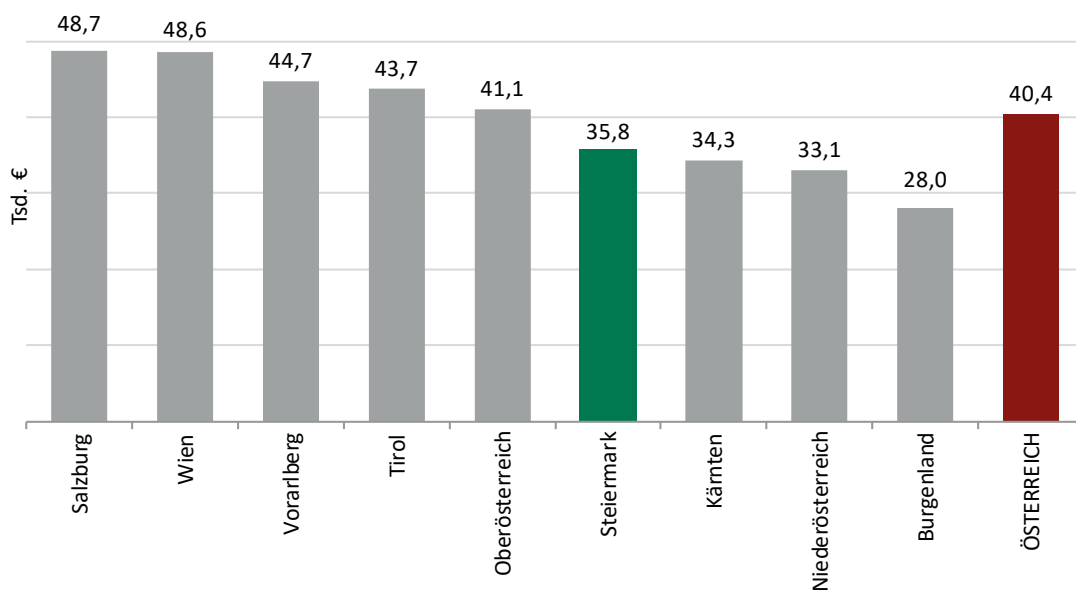


Abbildung 2 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, RGR, Stand Dezember 2017.

¹⁾ Das nominelle Bruttoregionalprodukt ist das regionale Äquivalent zum Bruttoinlandsprodukt und wird wie dieses zu Marktpreisen angegeben.

pro Kopf ist anzumerken, dass das BRP nach dem Arbeitsplatzkonzept errechnet, die Bevölkerungsanzahl jedoch nach dem Wohnortkonzept erhoben wird. Daher wird für Bundesländer, die mehr Aus- als Einpendler aufweisen, die „tatsächliche“ Wertschöpfung pro Kopf unterschätzt und umgekehrt.

Das BRP der Steiermark

Im Zuge des neuen Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 2010) wurden umfassende methodische und inhaltliche Änderungen zur Vorversion (ESVG 1995) vorgenommen. Aktuell liegt das dritte Mal eine Berechnung des Bruttoregionalprodukts (BRP) nach dem ESGV 2010 für die Bundesländer vor. Es stehen jetzt belastbare regionale Zeitreihen für die Jahre 2000 bis 2015 und eine erste Schätzung für das Berichtsjahr 2016 zur Verfügung. Diese Daten wurden am 6.12.2017 publiziert.

Für das Jahr 2016 wurde ein nominelles BRP für die Steiermark von € 44,3 Mrd. errechnet. Dies entsprach einem Zuwachs zum Vorjahr von +1,9 % (Österreich: +2,6 %).

Die aktuelle Schätzung der STATISTIK AUSTRIA vom 28.2.2018 für das nominelle BIP Österreichs für das Berichtsjahr 2017 ergab ein Wachstum von +4,5 %. Für die Steiermark erstellte die Abteilung 12 eine Fortschreibung für das Jahr 2017, in der ein Wachstum von +5,0 % geschätzt wurde. Die reale Bruttowertschöpfung konnte in Österreich im Jahr 2017 im Vorjahresvergleich um +3,1 % zulegen (2016: +1,3 %). Für die Steiermark wies die STATISTIK AUSTRIA für das Berichtsjahr 2016 ein Wachstum von +0,8 % aus. Für 2017 gibt es noch keine Schätzungen für diese Größe.

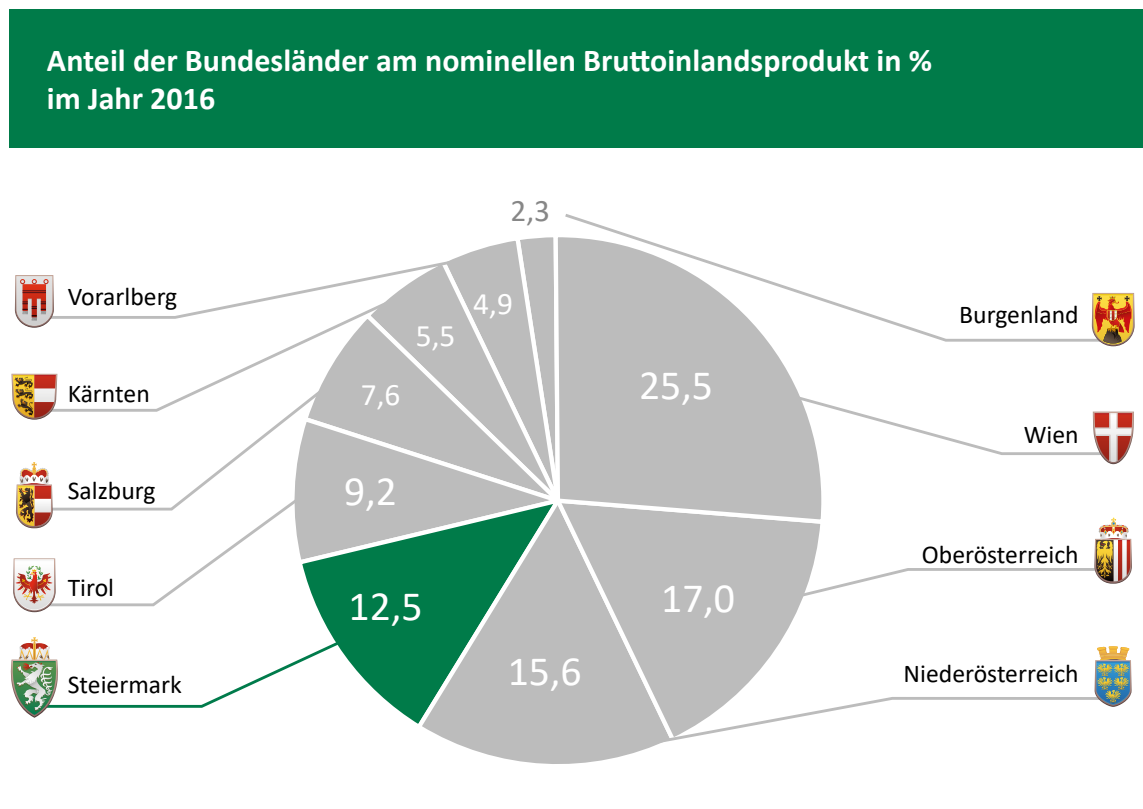


Abbildung 3 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnungen der Abteilung 12.

2.2 Demografische Entwicklung in der Steiermark

Die Bevölkerungsdynamik ist österreichweit, wie auch in der Steiermark, von Zuwanderung getrieben. Nachdem das Jahr 2015 – bedingt durch die großen Migrationsströme aus den Krisenherden Asiens, vor allem aus Afghanistan und Syrien – eine überdurchschnittliche Bevölkerungsdynamik in Österreich und den Bundesländern hervorrief, ging sie im Zeitraum 1.1.2016 bis 1.1.2017 auf ein durchschnittliches Niveau zurück. Zum 1.1.2017 waren 1.237.298 Personen in der Steiermark als wohnhaft gemeldet, um +0,43 % bzw. +5.286 mehr als zum 1.1.2016. Der Zuwachs fiel damit nur rund halb so hoch aus wie im Jahr 2015. Mit einer negativen Geburtenbilanz (-1.097) und einer beinahe ausgeglichenen Binnenwanderungsbilanz (-28) war die gesamte Bevölkerungsausweitung auf einen positiven internationalen Wanderungssaldo (+6.343) zurückzuführen. Abermals verdeutlicht die aktuelle Bevölkerungsprognose der STATISTIK AUSTRIA vom 12. Oktober 2017 eine im österreichischen Vergleich

Die urbane Agglomeration Graz wird in Zukunft einer der am stärksten wachsenden Zentralräume in Österreich sein.

unterdurchschnittliche demografische Entwicklung in der Steiermark. In dieser Prognose sind bereits die aktuellen Entwicklungen der Jahre 2015 und 2016 bezüglich der internationalen Wanderung inkludiert. Weiterhin wird eine geringe regionale Bevölkerungsdynamik wie in der Vergangenheit erwartet. Bis 2075 wird die Bevölkerung in der Steiermark gegenüber dem Jahr 2016 um +6,0 % zulegen können. Dies wird mit Ausnahme von Kärnten, für das ein Bevölkerungsrückgang von -3,8 % bis 2075 prognostiziert wird, die mittel- wie langfristig schwächste demografische Entwicklung in Österreich (+13,6 %). Der gesamten Obersteiermark als schrumpfender Region wird auch in Zukunft ein stark wachsender Zentralraum Graz gegenüberstehen. Diese Entwicklung ist auch deutlich aus der Altersverteilung der Bevölkerung ersichtlich. Vor allem im Nord-Süd-Vergleich sind die regionalen Disparitäten diesbezüglich beträchtlich. Der von zunehmend älteren Bevölkerungsanteilen geprägten

Obersteiermark steht der wachsende junge Grazer Zentralraum gegenüber.

Regionale Bevölkerungsentwicklung

In den Jahren 2008 bis 2018 nahm die Bevölkerung in der Steiermark um +3,0 % zu. Somit zählte die Steiermark zum 1.1.2018 nach vorläufigen Zahlen der STATISTIK AUSTRIA insgesamt 1.240.299 Einwohnerinnen und Einwohner, ein Zuwachs von +0,24 % bzw. +3.001 im Vergleich zum 1.1.2017. Österreichweit zeigte sich die Entwicklung weiterhin deutlich dynamischer: Mit 8.823.054 Personen zum 1.1.2018 zählte Österreich um +6,2 % an Wohnbevölkerung mehr als noch zum 1.1.2008. Im Vorjahresvergleich wuchs die Wohnbevölkerung Österreichs um +0,6 % bzw. +50.189 Personen.

Die Konzentrationen haben sich in den letzten Jahren immer weiter in Richtung von Zentralräumen verschoben, hier insbesondere auf den Zentralraum Graz. Zum 1.1.2008 lebten 32,4 % der steirischen Bevölkerung in den Kerngebieten Graz-Stadt und Graz-Umgebung. Am 1.1.2018 waren es bereits 35,4 % der steirischen Bevölkerung. Alle anderen Bezirke wiesen Anteile von unter 10 % auf: Bruck-Mürzzuschlag (8,0 %), gefolgt von Hartberg-Fürstenfeld und Weiz mit jeweils 7,3 %; die geringsten Bevölkerungsanteile verzeichneten die Bezirke Voitsberg (4,1 %) und Murau mit 2,3 %. Deutliche Anteilsgewinne gab es im 10-Jahresvergleich nur für die Bezirke Graz-Stadt und Graz-Umgebung, gefolgt von Leibnitz und Weiz, die aber ihrerseits nur geringfügige Anteilsgewinne verbuchen konnten.

Die urbane Agglomeration Graz war und ist einer der am stärksten wachsenden Zentralräume Österreichs. Zudem ist in der Steiermark nur noch in den gut erreichbaren Bezirken Leibnitz und Weiz ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum zu beobachten. Die obersteirischen Industrieregionen in der Mur-Mürz-Furche mussten deutliche Bevölkerungsrückgänge hinnehmen, wie die nachfolgende Abbildung verdeutlicht.

Vorläufiger Bevölkerungsstand der steirischen Bezirke zum 1.1.2018 und Bevölkerungsentwicklung zum Jahresanfang 2008 bis 2018 in %

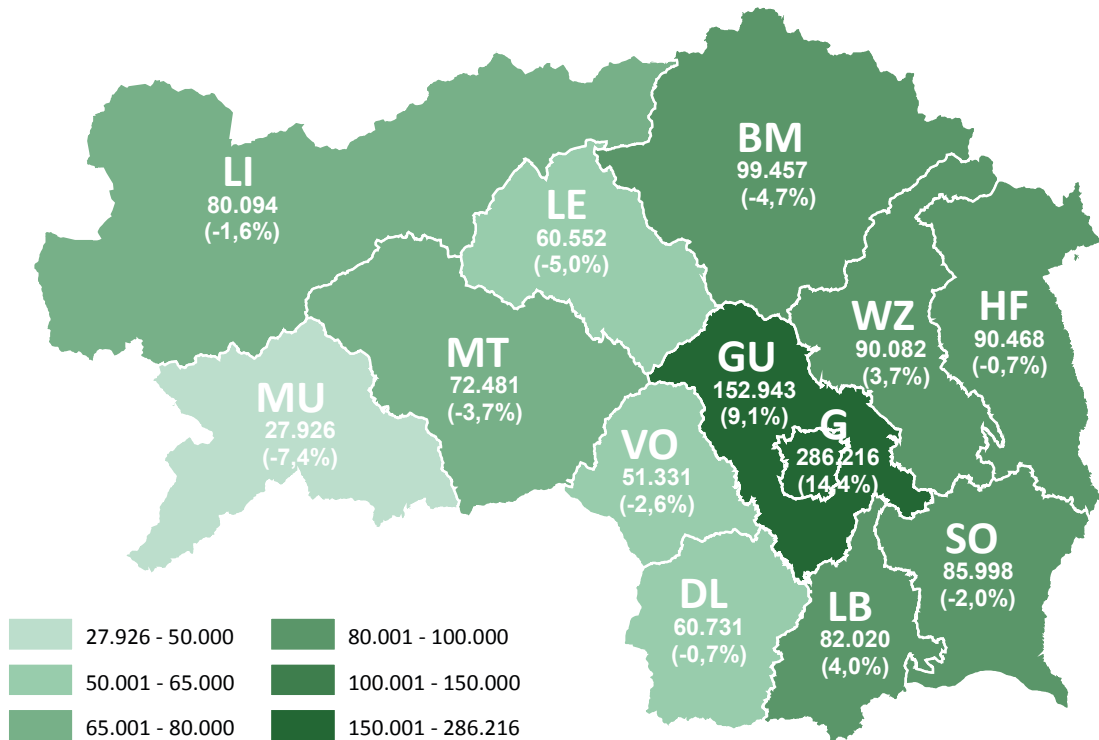


Abbildung 4 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnungen der Abteilung 12; Gebietsstand seit dem Inkrafttreten des Steiermärkischen Gemeindestrukturreformgesetzes (StGsrG) am 1.1.2015.

Demografische Indikatoren

Zwei Phänomene des demografischen Wandels werden bereits seit einiger Zeit zunehmend beobachtet. Einerseits ist eine zunehmende Konzentration der Bevölkerung in Richtung Zentralräume zu beobachten, andererseits wird die Bevölkerung zunehmend älter. So verändern sich auch die demografischen Indikatoren im Laufe der Zeit und werden jährlich neu dargestellt. Unter den Annahmen der Sterblichkeitsverhältnisse des Jahres 2016 sahen sich in der Steiermark neugeborene Mädchen (2016) einer Lebenserwartung von 84,3 Jahren und Burschen von 79,4 Jahren gegenüber. Die zu erwartende Altersdifferenz der Lebenserwartung zwischen Frauen und Männern betrug im Schnitt somit +4,9 Jahre (2015: +5,3 Jahre). Bis zum Jahr 2030 wird sich die Lebenserwartung sowohl bei Frauen (+2,3 Jahre) als auch bei Männern (+2,7 Jahre) deutlich erhöhen. Österreichweit ist die höchste Lebenserwartung aktuell (2016) für Män-

ner in Salzburg und für Frauen in Oberösterreich zu finden, die niedrigste Lebenserwartung weiterhin in Wien.

Im Jahr 2016 betrug der Saldo aus Geburten- und Sterbefällen in der Steiermark -1.097 Personen.

Die Gesamtfertilitätsrate (GFR), die Anzahl an lebend geborenen Kindern pro Frau, stagniert seit Mitte der 1970er-Jahre bei etwa 1,4 Kindern pro Frau. Für eine stabile Bevölkerung werden 2,1 Kinder pro Frau benötigt. Anfang der 1960er-Jahre, in Zeiten des Baby-Booms, war eine GFR von 2,8 zu beobachten. Die Steiermark wies im Jahr 2016 eine gleichbleibende GFR von 1,44 aus (2015: 1,45). Österreichweit zeigte sich eine Gesamtfertilitätsrate von 1,53, nach 1,49 im Jahr 2015.

Einer weiterhin zu geringen GFR stand ein zunehmendes durchschnittliches Fertilitätsalter (das Durchschnittsalter einer Mutter bei der Geburt eines Kindes) gegenüber. Im Jahr 2016 lag das Gesamtfertilitätsalter in der Steiermark bei 30,5 und in Österreich bei 30,6 Jahren (2015: Steiermark: 30,4 Jahre, Österreich: 30,6 Jahre). Bis 2030 wird in der Steiermark (31,4 Jahre) wie auch in Österreich (31,6 Jahre) das durchschnittliche Alter der Mutter bei der Geburt weiter ansteigen.

Zudem nimmt die Geburtenziffer, die Anzahl lebend geborener Kinder bezogen auf 1.000 Personen der Gesamtbevölkerung, stetig ab. Eine Ausnahme bildeten die Jahre 2016 und 2015, in denen die Geburtenziffer in der Steiermark bei außergewöhnlichen 9,1 nach 2014 mit 8,6 lag. Bis zum Jahr 2030 wird diese aber laut aktueller Prognose auf 8,4 sinken. Aber nicht nur die Geburtenziffer, auch die Geburtenbilanz, der Saldo aus Geburten- und Sterbefällen, nimmt deutlich ab. Im Jahr 1965 wurde eine positive Geburtenbilanz von +7.771 Personen beobachtet, die sich ab den 1970er-Jahren der Nulllinie annäherte. Seit dem Jahr 1997 wies die Geburtenbilanz jedoch negative Werte aus, vor allem aufgrund von geburtenschwachen Jahrgängen. Im Jahr 2016 betrug die Geburtenbilanz in der Steiermark -1.097 Personen. Bezogen auf 1.000 Personen betrug diese somit -0,9 (Österreich: +0,8).

Wanderungsbewegungen

Neben der natürlichen Bevölkerungsveränderung, den Geburten- und Sterbefällen, beeinflussen Wanderungen die Dynamik der Bevölkerungsentwicklung. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen wandern, maßgeblich vom Alter bestimmt. Aus der jeweiligen Lebenssituation heraus lassen sich spezifische Bedürfnisse und Motivationen ableiten. Bildung und Ausbildung, aber auch Kultur und Freizeitaktivitäten sind beispielsweise in der Alterskohorte der 18- bis 24-Jährigen zentrale Motive. Vor allem die Zuwanderung in Kernstädte, wie beispielsweise Graz, dominiert bei den jungen Erwachsenen, die das dortige Bildungsangebot, Angebot an Arbeitsplätzen sowie soziokulturelle Umfeld positiv wahrnehmen. Bei den 25- bis 35-Jährigen spielen Jobsuche und

Arbeitsplatzwechsel eine zentrale Rolle, zudem darf die Bedeutung von Kinderbetreuungsmöglichkeiten im städtischen Umfeld nicht unterschätzt werden. Familie und Beruf lassen sich für Frauen oftmals nur in Städten vereinbaren. Insgesamt entfallen Wanderungsgewinne auf strukturstarke Verdichtungsräume Österreichs, in peripheren Regionen überwiegen hingegen Wanderungsverluste. Im Bundesländervergleich bleibt Wien das überwiegende Ziel internationaler Zuwanderung.

Die Steiermark wächst weiterhin nur durch Zuwanderung.

Bezüglich der wanderungsspezifischen demografischen Indikatoren war das Jahr 2015, das durch hohe Flüchtlingsströme nach Europa geprägt war, ein Ausnahmejahr. Der Wanderungssaldo, die Differenz zwischen Zuzügen und Wegzügen, betrug 2016 für die Steiermark +6.315 und somit nur rund die Hälfte des Vorjahres (2015: +12.046). 17.839 Zuzügen standen 11.496 Wegzüge gegenüber, ebenfalls nur rund jeweils die Hälfte im Vergleich zum Vorjahr. Per Saldo wuchs die steirische Bevölkerung durch internationale Wanderungen um +6.343 Personen und schrumpfte durch Binnenwanderungen aus anderen Bundesländern um -28 Personen. Im Jahr 2016 entfielen 56 % der Zuzüge in die Steiermark und 45 % der Wegzüge aus der Steiermark auf internationale Wanderungen. Bezogen auf 1.000 Personen betrug der Gesamtwanderungssaldo in der Steiermark 5,1 (2015: 9,8) und in Österreich 7,4 (2015: 13,8).

Der Zentralraum Graz war und ist Ziel nationaler und internationaler Zuwanderung. Im Jahr 2016 wies Graz-Stadt einen Gesamtwanderungssaldo pro 1.000 Einwohner von 9,9 (2015: 19,2) und Graz-Umgebung einen von 14,9 (2015: 12,4) aus. Hingegen hatten die Bezirke Leoben (-3,9), Murau (-4,2), Murtal (-0,5) und Voitsberg (-0,1) Wanderungsverluste zu verzeichnen, die ausschließlich auf Binnenwanderungsverluste zurückzuführen waren. Details sind der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen. Die Regionen der Obersteiermark waren neben Wanderungsverlusten vor allem aufgrund negativer Geburtenbilanzen weiterhin von Bevölkerungsrückgängen betroffen.

Gesamtwanderungssaldo bezogen auf 1.000 der Bevölkerung in den steirischen Bezirken im Jahr 2016

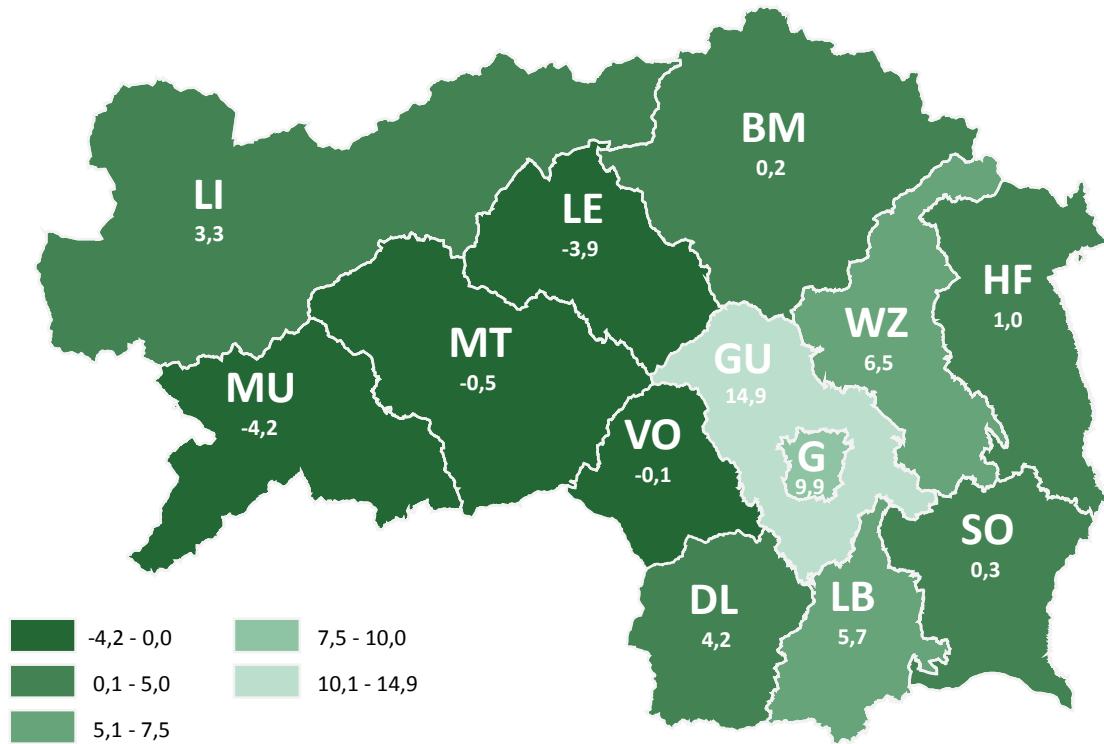


Abbildung 5

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnungen der Abteilung 12; Gebietsstand seit dem Inkrafttreten des Steiermärkischen Gemeindestrukturreformgesetzes (StGsrG) am 1.1.2015.

Migration

Am 1.1.2018 lebten in der Steiermark 131.767 Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft, d. h., 10,6 % (1.1.2017: 10,2 %) der steirischen Gesamtbevölkerung verfügten über eine nicht österreichische Staatsbürgerschaft. Dieser Anteil lag dabei unter dem Österreichdurchschnitt von 15,8 % (1.1.2017: 15,3 %). Im Vergleich zum Jahr 2008 war in allen steirischen Bezirken eine Erhöhung des Bevölkerungsanteils mit nicht österreichischer Staatsbürger-

schaft zu beobachten. Dabei ergaben sich regionale Disparitäten sowohl in Bezug auf die Zahl der ausländischen Bevölkerung als auch auf deren Entwicklung. Die höchsten Anteile an Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft waren in Graz-Stadt mit 22,2 % gefolgt von Leoben (10,2 %) zu finden, die niedrigsten in Deutschlandsberg (4,8 %) und Murau (4,3 %). Am stärksten stieg der Anteil nicht österreichischer Staatsbürger in den Jahren 2008 bis 2018 in den Bezirken Graz-Stadt (+8,7 %-Punkte) und Murtal (+4,0 %-Punkte).

In der Landeshauptstadt betrug zum 1.1.2018 der Anteil der Bevölkerung mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft 22,2 Prozent.

Bevölkerungsprognose für die Steiermark bis 2060

Die aktuelle Bevölkerungsprognose der STATISTIK AUSTRIA vom 12. Oktober 2017 geht von einem weiter stetigen geringen Bevölkerungswachstum für die Steiermark bis 2030 aus, das aber deutlich unter der Einschätzung der letzten Prognose liegt. Ab dem Jahr 2017 wird ein durchschnittliches jährliches Wachstum von +0,25 % bzw. +3.100 Personen erwartet. Dieser Zuwachs wird, wie auch schon in den letzten Jahren, durch eine positive Wanderungsbilanz und eine negative Geburten/Sterbepbilanz getragen werden. Von 2030 bis 2045 wird eine deutliche Verlangsamung der Bevölkerungsdynamik erwartet, wobei der Bevölkerungshöchststand von 1,30 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt 2050 erwartet wird. Die Zeit bis 2060 wird aus heutiger Sicht von einem geringen jährlichen Bevölkerungsrückgang von rund -300 Personen pro Jahr geprägt sein. Im Jahr 2060 wird ein Bevölkerungsstand von 1,30 Mio. Personen erwartet (-3.000 weniger als 2050). Obwohl die Bevölkerungszahl in der Steiermark wächst, ist zunehmend eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur wahrnehmbar. Einerseits stehen immer weniger Junge einer wachsenden Zahl der älteren Bevölkerung gegenüber, andererseits ist eine Reduktion der 20- bis 64-jährigen Personen zu beobachten. Der Anteil der unter 20-jährigen jun-

gen Personen an der Gesamtbevölkerung nimmt aufgrund schwacher Geburtenjahrgänge kontinuierlich ab. Im Jahr 2000 betrug der Anteil der unter 20-jährigen in der Steiermark noch 22,6 %. Bis 2030 wird dieser Anteil weiter auf 18,2 % sinken. Zudem werden deutlich mehr Menschen ins Pensionsalter übertreten, als junge Erwachsene bzw. junge Zuwanderer hinzukommen. Zu einer zunehmenden Herausforderung wird die stetig steigende Lebenserwartung. Der Anteil der über 65-jährigen Personen nimmt kontinuierlich zu. Waren im Jahr 2000 noch rund 16,5 % aller Personen in der Steiermark im Alter von 65+ Jahren und 2015 rund 19,7 %, so wird bis 2030 jede vierte Person (25,3 %) in der Steiermark diese Altersgruppe erreicht haben. Die Veränderung der Bevölkerungsstruktur resultiert jedoch auch in einer Abnahme der Personen in der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre. Anfang 2030 wird diese Altersgruppe nur mehr rund 56,5 % der Bevölkerung stellen, nach 60,9 % im Jahr 2000. Regional altert die Steiermark unterschiedlich schnell. Diese regionalen Disparitäten sind vor allem im Nord-Süd-Vergleich beträchtlich. Einer von zunehmend älteren Bevölkerungsanteilen geprägten Obersteiermark steht ein wachsender, deutlich jüngerer Grazer Zentralraum gegenüber. Die Herausforderung an eine für alle passende Familienpolitik inklusive der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird zunehmend wichtiger werden.

Im Österreichvergleich zeigt sich eine unterdurchschnittliche demografische Entwicklung in der Steiermark.

Alterstruktur nach drei Altersgruppen der Wohnbevölkerung in der Steiermark, 2000 bis 2060, in %

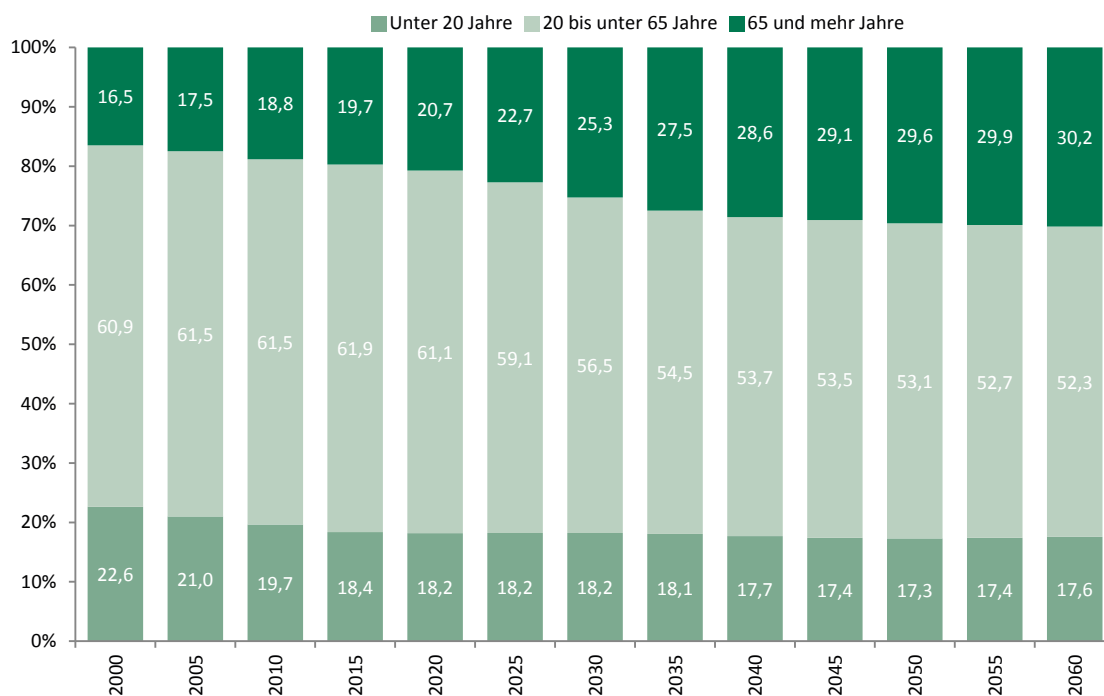


Abbildung 6

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2017, Hauptvariante; erstellt am 12.10.2017, Darstellung der Abteilung 12.

2.3 Beschäftigung in der Steiermark

Wie wird Beschäftigung gezählt?

Der Begriff „Beschäftigung“ ist vielschichtig und wird in den Statistiken vielfach unterschiedlich definiert. Je nach Quelle sind verschiedene Merkmalsausprägungen (z.B. Geschlecht, Alter, Ausbildung, Voll- bzw. Teilzeit, Arbeitsort, Wohnort etc.) darstellbar. Grundsätzlich wird zwischen selbstständigen und unselbstständigen Beschäftigten unterschieden. Im Bereich der unselbstständig Beschäftigten sind weiters mehrere Unterscheidungen in der Form der Beschäftigung, die sich meist an sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen orientiert (z. B. geringfügig Beschäftigte), zu berücksichtigen. Für eine zeitnahe Erfassung der selbstständigen Beschäftigung stehen nur bedingt (vollständige) Statistiken zur Verfügung.

Die für die Konjunkturbeobachtung am besten geeignete Quelle (bezüglich der unselbstständigen Beschäftigung) ist die auf Monatsbasis verfügbare Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungen (HVSV). Diese Statistik ist eine Vollerhebung aller in Österreich sozialversicherungsmäßig erfassten Arbeitsverträge. Sie umfasst Informationen von allen in Österreich gemeldeten Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen, Beamten, freien Dienstnehmern und geringfügig Beschäftigten. In der folgenden Übersicht werden unterschiedliche Beschäftigungs-

kategorien, für die es monatliche Auswertungen gibt, dargestellt. Zu beachten ist, dass Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden und nicht Personen. Die im Bericht meist gewählte zeitliche Darstellungseinheit ist der Jahresdurchschnitt, der aus den 12 Monatsendbeständen berechnet wird.

Für die Steiermark wurden im Jahresdurchschnitt 2017 in der Beschäftigtenstatistik des HVSV 508.478 Beschäftigungsverhältnisse über der Geringfügigkeitsgrenze gezählt (+2,4 % bzw. +11.895 gegenüber dem Vorjahr). Davon waren 496.719 unselbstständige Aktivbeschäftigungsverhältnisse (+2,5 % bzw. +12.103). Zusätzlich wurden noch 50.791 geringfügig Beschäftigte (+0,2 %) und 3.183 geringfügig freie Dienstverträge (-2,2 %) erfasst.

Im Jahresdurchschnitt 2017 wurden in der Steiermark somit insgesamt 562.452 (+2,2 %) sozialversicherungsrechtliche Arbeitsverträge (Beschäftigungsverhältnisse) registriert.

Die steirische Beschäftigungsentwicklung im Jahr 2017 nach den hier ausgewählten Merkmalen war deutlich dynamischer als im Österreichvergleich. Insbesondere die unselbstständige Aktivbeschäftigung zeigte mit einem Zuwachs von +2,5 % die höchste Dynamik aller Bundesländer. Details für die Steiermark und Österreich sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Für die Konjunkturbetrachtung, aber auch für andere volkswirtschaftlich relevante Belange (z. B. Bestimmung der Arbeitslosenquote), wird immer nur die Teilmenge der unselbstständig Beschäftigten über der Geringfügigkeitsgrenze herangezogen. Innerhalb dieser Gruppe erfolgt eine Unterteilung in unselbst-

ständig „aktiv“ Beschäftigte und „KinderbetreuungsgeldbezieherInnen und Präsenzdienner mit aufrechtem Dienstverhältnis“. In weiterer Folge wird, wie auch in den letzten Jahren, nur die unselbstständige Aktivbeschäftigung diskutiert.

Aufstellung von ausgewählten Merkmalen aus der Beschäftigtenstatistik des HVSV für die Steiermark und Österreich für den Jahresdurchschnitt 2017 und Veränderung zum Vorjahr

Status	Steiermark			Österreich		
	2017	Veränderung zum Vorjahr		2017	Veränderung zum Vorjahr	
		in %	absolut		in %	absolut
1–3 Unselbstständige Gesamtbeschäftigung	508.478	2,4	11.895	3.655.297	1,9	68.425
1 Unselbstständige Aktivbeschäftigung	496.719	2,5	12.103	3.573.088	2,0	70.657
2 KinderbetreuungsgeldbezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis	10.984	-1,6	-175	77.256	-2,1	-1.665
3 Präsenzdienner mit aufrechtem Dienstverhältnis	775	-4,0	-33	4.952	-10,3	-567
4 Geringfügig Beschäftigte	50.791	0,2	107	348.388	0,8	2.756
5 Geringfügig freie Dienstverträge	3.183	-2,2	-71	27.378	-3,6	-1.018
1–5 Gesamte Beschäftigungsverhältnisse	562.452	2,2	11.932	4.031.063	1,8	70.163

Tabelle 7

Quelle: HVSV, Berechnung der Abteilung 12; Arbeitsortkonzept.

Unterscheidung Arbeitsort- und Wohnortkonzept innerhalb der Beschäftigtenstatistik

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, die (regionale) Beschäftigung zu betrachten: nach dem Arbeitsortkonzept und/oder dem Wohnortkonzept. Das Arbeitsortkonzept als die gängige Variante zählt die Beschäftigten am Arbeitsort (also dort, wo die jeweiligen Personen einer Tätigkeit nachgehen). Das Wohnortkonzept gibt Auskunft darüber, wo die Beschäftigten ihren Hauptwohnsitz haben (also unabhängig vom Arbeitsort). Im Rahmen der Beschäftigtenstatistik des HVSV wird die Wohnortinformation über die Zustelladresse für die E-Card abgebildet.

Nach dem Arbeitsortkonzept ergaben sich für das Bundesland Steiermark folgende Ergebnisse bezüglich der unselbstständigen Aktivbeschäftigung, gezählt in Beschäftigungsverhältnissen: Von den 496.719 Beschäftigungsverhältnissen, die im Jahresdurchschnitt 2017 dem Arbeitsort Steiermark zugeordnet wurden, war bei 462.333 (93,1 %) auch der Wohnsitz in der Steiermark. 16.115 (3,2 %) waren dem Ausland, 6.415 (1,3 %) dem Burgenland und 3.715 (0,7 %) dem Bundesland Kärnten zuzuordnen.

Nach dem Wohnortkonzept betrachtet wurden im Jahresdurchschnitt 2017 485.620 Aktivbeschäftigungsverhältnisse mit Wohnort Steiermark gezählt. 462.333 (Anteil von 95,2 %) davon hatten auch als Arbeitsort die Steiermark. Von den 23.287 Beschäfti-

ungsverhältnissen außerhalb der Steiermark entfielen die meisten auf Wien (5.710; 1,2 %) gefolgt von Niederösterreich (3.867), Burgenland (3.663) und Oberösterreich (3.652) mit einem Anteil von jeweils 0,8 %. Über die Beschäftigung im Ausland gibt diese Statistik keine Auskunft. Es ist aber anzunehmen, dass es sich hier nur um eine kleine Anzahl von Personen handelt.

Die unselbstständige Aktivbeschäftigung² laut HVSV

Die gute internationale wie nationale Konjunktur, die sich über alle Wirtschaftszweige ausbreitete, wirkte sich auch auf den Arbeitsmärkten sehr positiv aus. So konnte die unselbstständige Aktivbeschäftigung in allen Bundesländern nennenswert gesteigert werden. Die Betrachtung des Arbeitsmarktes über den Jahres-

Die Steiermark verzeichnete im Jahr 2017 einen Zuwachs von +2,5 % an unselbstständiger Aktivbeschäftigung – die höchste Dynamik aller Bundesländer. Frauen (+2,2 %) wie Männer (+2,7 %) konnten gleichermaßen von dieser Ausweitung profitieren.

verlauf 2017 zeigt, dass die positive Entwicklung, die bereits zum Jahresanfang einsetzte, das ganze Jahr weitergetragen wurde. Es wird erwartet, dass diese Entwicklung auch das ganze Jahr 2018 weiter anhalten wird.

Die unselbstständige Aktivbeschäftigung erfuhr im Jahresdurchschnitt 2017 in der Steiermark eine Ausweitung von +2,5 % bzw. +12.103 Beschäftigungsverhältnissen auf 496.719 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2016 (Österreich: +2,0 %). Dies war die höchste Dynamik aller Bundesländer vor Tirol (+2,45 %).

² Im gesamten Bericht beziehen sich alle Angaben zu den unselbstständig Beschäftigten auf die sogenannten „Aktivbeschäftigten“ laut HVSV, d. h. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen oder den Präsenzdienst ableisten (sich davor aber in einem Beschäftigungsverhältnis befanden), werden nicht gezählt. Ebenfalls nicht enthalten sind die geringfügig Beschäftigten. Durch die Umstellung der Beschäftigungsstatistik mit Jänner 2011 werden jetzt auch freie Dienstnehmer zu den Beschäftigten gezählt. Es stehen hier Vergleichsdaten für den Zeitraum 2008 bis 2010 zur Verfügung. In der Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungen (HVSV) werden nicht Personen, sondern Beschäftigungsverhältnisse gezählt. Das bedeutet, wenn eine Person zwei Beschäftigungsverhältnisse hat, wird sie doppelt gezählt. Auch ist eine Änderung in der Zählweise der Beschäftigten im Jahr 2004 zu berücksichtigen. So werden seit Januar 2004 Schulungsteilnehmer des AMS, die eine Beihilfe zur Deckung des Lebensunterhaltes (DLU-Beihilfe) beziehen, nicht als Beschäftigte gezählt. Da in diesen Fällen das AMS als Arbeitgeber aufschien, wurden diese Personen der Wirtschaftsabteilung „öffentliche Verwaltung“ zugeordnet, die jetzt um diese Personen geschrumpft ist. Dieser Umstand wirkt sich dadurch auch auf die Gesamtbeschäftigung aus. Um einen Vergleich mit der Vergangenheit zu ermöglichen, wurden die Jahre bis 2003 um die DLU-Bezieher korrigiert (sie wurden abgezogen), um so vergleichbare Wachstumsraten zu erhalten.

Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren ist es wahrscheinlich, dass ein Großteil des Wachstums in der Steiermark auf Vollzeitbeschäftigung zurückzuführen ist, da ein Drittel des Beschäftigtenzuwachses direkt im produzierenden Bereich (+4.141 bzw. +2,9 %) erfolgte. Der Dienstleistungsbereich erfuhr eine Ausweitung um +7.663 Beschäftigungsverhältnisse bzw. +2,3 %. Auch in diesem Bereich kann man annehmen, dass viele Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse entstanden sind, hier insbesondere im Bereich der Wirtschaftsdienste (+4.596 bzw. +8,4 %). Rückschlüsse auf die geleisteten Arbeitsstunden können im Rahmen dieser Statistik nicht gezogen werden.

Im Bundesländervergleich erreichten die Steiermark und Tirol mit jeweils +2,5 % im Jahr 2017 mit deutlichem Abstand die höchste Beschäftigungsdynamik. Vorarlberg (+2,1 %) war das dritte Bundesland, das über dem Bundesdurchschnitt von +2,0 % zulegen konnte. Das Bundesland Wien lag mit +2,0 % im Österreichdurchschnitt, gefolgt von Oberösterreich und Burgenland mit +1,9 %. Niederösterreich und Salzburg (jeweils +1,8 %) lagen knapp dahinter. Kärnten verzeichnete, etwas abgeschlagen, einen Zuwachs von +1,5 %. Das Jahr 2017 brachte für alle Bundesländer spürbare Ausweitungen in Bezug auf die unselbstständige Beschäftigung.

Geschlechterspezifisch betrachtet konnten in der Steiermark im Jahresdurchschnitt 2017 Männer (+2,7 %) etwas mehr von der Beschäftigungsausweitung profitieren als Frauen (+2,2 %). Diese Entwicklung konnte auch in den Bundesländern Wien, Salzburg, Kärnten und Niederösterreich beobachtet werden. In allen Bundesländern konnten Frauen wie Männer die unselbstständige Aktivbeschäftigung ausbauen.

Veränderung der Aktivbeschäftigung in den Bundesländern im Jahresvergleich 2017 zu 2016 in %

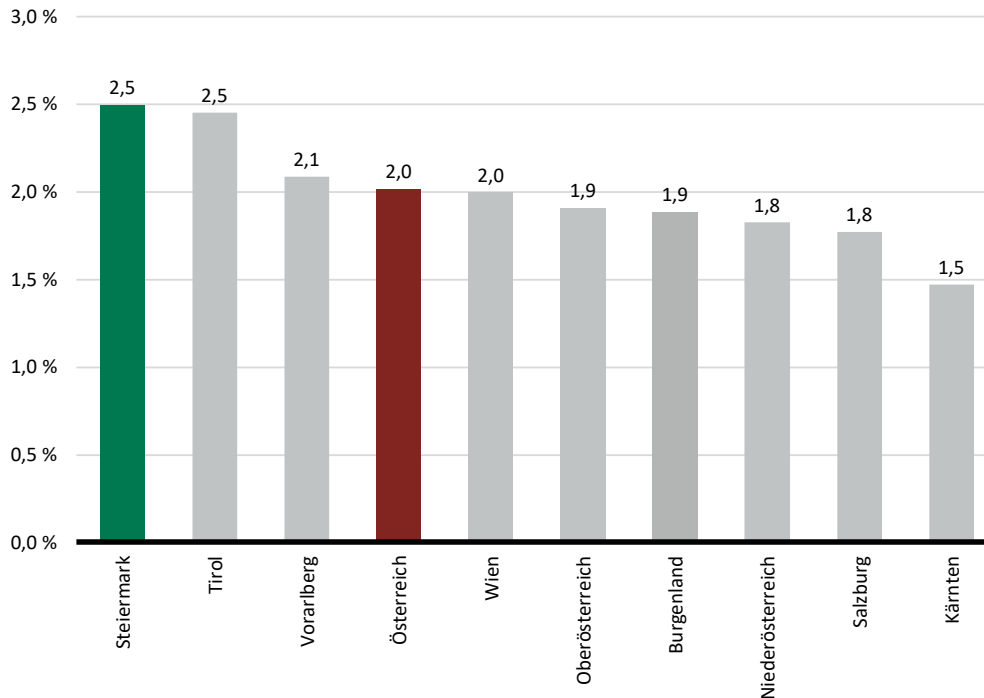


Abbildung 7

Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Beschäftigungsstruktur und Beschäftigungsentwicklung nach Branchen

Die Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung entlang der Branchenentwicklungen ist immer wieder von kleineren und größeren Umschichtungen in den Rohdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungen (HVSV) beeinflusst. Da die Information zur Branchenzugehörigkeit der jeweiligen Arbeitgeberkonten laufend über das Unternehmensregister der STATISTIK AUSTRIA in die entsprechenden Datenbanktabellen des HVSV eingespielt werden, wirken sich Änderungen im Unternehmensregister direkt auf die Beschäftigtenstatistik, die jeweils die Zählung zum Monatsletzten vorsieht, aus. In einigen Branchen kam es im Jahresverlauf 2017 durch diesen Effekt zu Verschiebungen innerhalb der Branchenzuordnung, daher sind die Vorjahresveränderungen in einzelnen Branchen nur bedingt aussagekräftig. Dies muss bei

der folgenden Betrachtung der Dynamik mitberücksichtigt werden.

Das Jahr 2017 brachte merkbare Veränderungen in der Struktur der Beschäftigtenstatistik nach Branchen. Der Dienstleistungsbereich verlor -0,16 %-Punkte und erreichte einen Beschäftigungsanteil von 69,8 % aller in der Steiermark unselbstständig Aktivbeschäftigten. Zu einem Teil ging der Verlust an den produzierenden Bereich, der um +0,12 %-Punkte auf 29,2 % zulegen konnte, sowie an die Land- und Forstwirtschaft, die um +0,04 %-Punkte zunahm und einen Anteil von 0,9 % der unselbstständig Aktivbeschäftigten der Steiermark hielt. Dieser Wandel wurde deutlich von der hohen Beschäftigungsausweitung im steirischen Fahrzeugbau im Magnawerk Graz getrieben.

Innerhalb des Dienstleistungsbereiches wurde im Jahr 2017 ein moderater Strukturwandel registriert.

Struktur der Aktivbeschäftigung in der Steiermark im Jahr 2017 nach der Wirtschaftssystematik ÖNACE 2008 (insgesamt 496.719 Beschäftigungsverhältnisse)

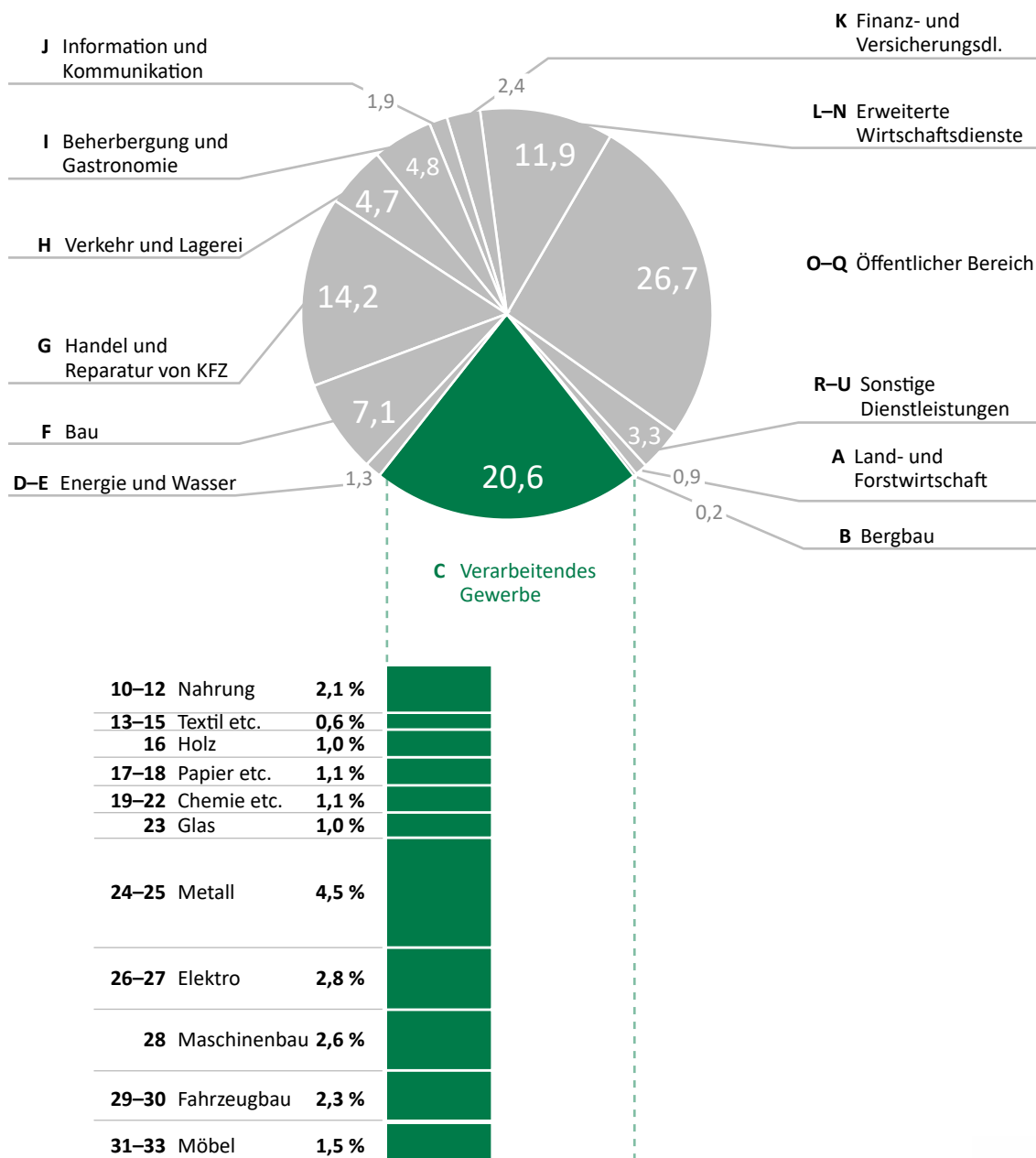


Abbildung 8 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Das Aggregat Öffentlicher Bereich (O–Q) reduzierte seinen Anteil, bezogen auf die gesamte Aktivbeschäftigung der Steiermark, um -0,19 %-Punkte auf 26,7 %. Dieses Aggregat umfasst die öffentliche Verwaltung, das Erziehungs- und Unterrichtswesen sowie das Gesundheitswesen. Die Erweiterten Wirtschaftsdienste (L–N) konnten +0,7 %-Punkte zulegen und stellten rund 11,9 % der steirischen Aktivbeschäftigung. Innerhalb der Gruppe expandierte vor allem der Bereich der Arbeitskräfteüberlasser überdurchschnittlich. Der Bereich Information und Kommunikation (J) konnte seinen Anteil um +0,1 %-Punkte auf 1,9 % ausbauen. Der Bereich Handel kam auf 14,2 % und verlor im Vorjahresvergleich -0,3 %-Punkte. Der Bank- und Versicherungsbereich (K) verlor -0,1 %-Punkte und kam auf 2,4 %. Der Verkehr (4,7 %) und der Tourismus (4,8 %) konnten ihre Anteile an der gesamten Aktivbeschäftigung in der Steiermark halten.

Im produzierenden Bereich (B–F) kam es zu ebenfalls zu größeren Verschiebungen. Das Bauwesen mit einem Anteil von 7,1 % verlor -0,2 %-Punkte. Die Energie- und Wasserversorgung (1,3 %) und der Bergbau (0,2 %) konnten ihre Beschäftigungsanteile halten.

Der größte Wirtschaftsabschnitt innerhalb des produzierenden Bereiches – das verarbeitende Gewerbe (C) – gewann +0,3 %-Punkte und stellte weiterhin mehr als jeden fünften Arbeitsplatz in der Steiermark (Anteil 20,6 %).

Im Jahresdurchschnitt 2017 wurden im verarbeitenden Gewerbe (C) 102.556 Aktivbeschäftigungsverhältnisse gezählt, was einem Zuwachs von +3.887 bzw. +3,9 % entsprach. Damit arbeiteten erstmals seit 2008 wieder mehr als 100.000 Personen im steirischen verarbeiteten Gewerbe. Die größten Bereiche darin waren „Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen“ (Anteil an der gesamten steirischen Aktivbeschäftigung: 4,5 %), „Elektrotechnik und Elektronik“ (2,8 %), „Maschinenbau“ (2,6 %) sowie „Fahrzeugbau“ (2,3 %). Auf den Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen entfiel ein Anteil von 14,2 % und auf den Bereich der erweiterten Wirtschaftsdienste ein Anteil von 11,9 %. Es folgten das Bauwesen (7,1 %) und der Tourismus (4,8 %) sowie der Bereich Verkehr und Lagerei mit einem Anteil von 4,7 %. Details dazu sind der Abbildung 8 zu entnehmen.

Veränderung der Aktivbeschäftigung in der Steiermark im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 in % und absolut

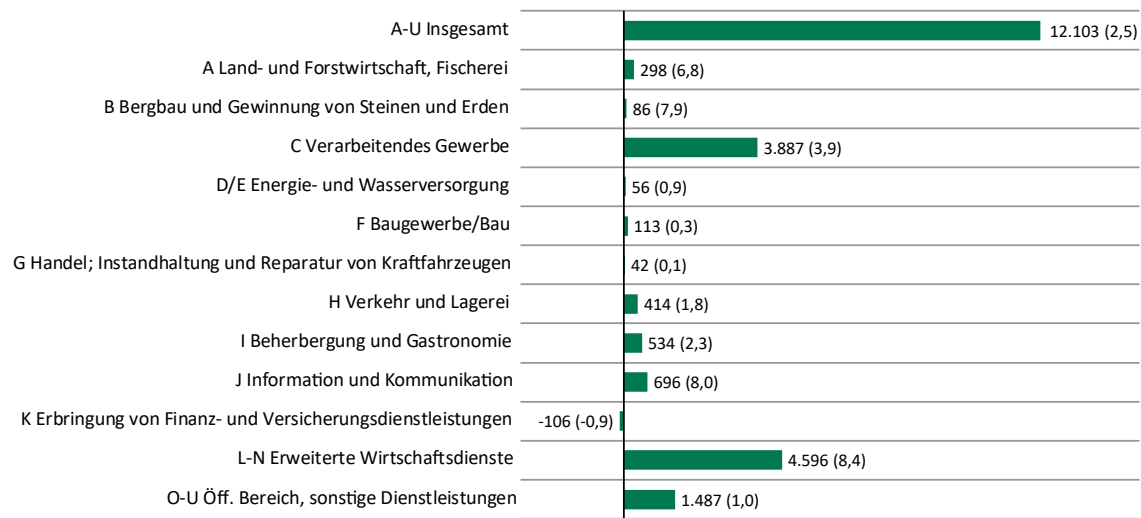


Abbildung 9 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Wie im Vorjahr brachte auch das Jahr 2017 für den Dienstleistungssektor eine starke, wenn auch etwas unterdurchschnittliche Beschäftigungsausweitung von +2,3 % mit sich. Mit einem absoluten Zuwachs von +7.663 Beschäftigungsverhältnissen stellte der Dienstleistungssektor beinahe zwei Drittel (63,3 %) des gesamten Beschäftigungszuwachses. Getragen wurde diese Ausweitung vor allem von den erweiterten Wirtschaftsdiensten, die im Jahresdurchschnitt um +8,4 % bzw. +4.596 Beschäftigungsverhältnisse zunahm. Hier muss aber angemerkt werden, dass die Wirtschaftsdienste neben der eigenen Dynamik auch von einzelnen Branchenumgliederungen profitiert haben. Der zweite große Wachstumsbereich im Dienstleistungsbereich war der öffentliche Bereich, der rund +2.300 bzw. +1,8 % mehr Beschäftigungsverhältnisse auswies als im Jahr davor. Der produzierende Bereich konnte seine Beschäftigung im Jahr 2017 um +2,9 % bzw. +4.142 Beschäftigungsverhältnisse ausbauen und entwickelte sich damit deutlich dynamischer als der Dienstleistungsbereich. Die Land- und Forstwirtschaft (+6,8 % bzw. +298) verzeichnete einen hohen Beschäftigungsgewinn, konnte damit aber die Verluste des Vorjahres nicht vollständig kompensieren und blieb unter dem Beschäftigtenstand des Jahres 2015.

Das Jahr 2017 brachte für beinahe alle Wirtschaftsbeiriche deutliche Beschäftigungszuwächse. Im Folgenden werden nur einige davon näher dargestellt. Der Bereich Forschung und Entwicklung erfuhr das größte relative Wachstum von +31 % bzw. +896, was aber zu einem Großteil einem Umgliederungsgewinn aus der Elektroindustrie geschuldet ist. Der steirische Fahrzeugbau konnte mit einem Zuwachs von +17,3 % bzw. +1.683 ein enormes Wachstum vor allem am Standort Graz realisieren. Die Wirtschaftsdienste (L–N) erzielten einen Zuwachs von +8,4 % bzw. +4.596. Die größte Ausweitung innerhalb dieses Aggregates konnten die Arbeitskräfteüberlasser (N78) für sich verzeichnen. Der Beschäftigtenstand wurde um beinahe ein Viertel (+23,5 % bzw. +3.302) im Vorjahresvergleich erhöht. Der Bereich Information und Kommunikation (J) weitete den Beschäftigtenstand um +8,0 % bzw. +696 aus. Die Papierindustrie konnte um +7,7 % bzw. +323, die Holzindustrie um +6,5 % bzw. +309 Beschäftigte zulegen. Die Herstellung von Möbeln und sonstigen

Waren und Reparatur (C31–C33) konnte einen Zuwachs an Beschäftigten von +6,3 % bzw. +448 realisieren. Der Bereich Maschinenbau in der Steiermark baute seinen Mitarbeiterstand um +5,6 % bzw. +689 aus. Zu Verlusten kam es im Bereich der Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, der um -0,9 % bzw. -106 Beschäftigte weniger zählte als im Vorjahresvergleich. Die Metallherzeugung und Herstellung von Metallherzeugnissen verbuchte einen Rückgang von -2,9 % bzw. -665, welcher aber durch Umgliederungsverluste erklärbar ist. Die Textilindustrie baute abermals Beschäftigte ab (-7,0 % bzw. -97).

Beschäftigungsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe

Wie bereits erwähnt, gibt es im Vorjahresvergleich einige Umgliederungen hinsichtlich der Branchenzugehörigkeit. Davon ist insbesondere die Metallindustrie betroffen, die dadurch Beschäftigte direkt an den Maschinenbau verlor. Die gute Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2017 ist aber klar sichtbar. Das verarbeitende Gewerbe konnte seine Beschäftigung um +3,9 % bzw. +3.887 Beschäftigungsverhältnisse ausweiten. Der Wachstumsmotor war im Jahr 2017 vor allem der Fahrzeugbau, der durch die Kapazitätsausweitung des Grazer Magnastandortes für einen enormen Beschäftigungsschub sorgte. Die sehr gute internationale Konjunktur bescherte aber auch allen anderen Branchen des steirischen verarbeitenden Gewerbes ein gutes Wirtschaftsjahr. Die Beschäftigung stieg beinahe in allen Branchen an. Neben dem Fahrzeugbau (+17,3 % bzw. +1.683) verzeichneten die Bereiche Möbel und sonstige Waren (+6,3 % bzw. +448), die Papierindustrie (+7,7 % bzw. +323) und die Holzindustrie (+6,5 % bzw. +309) die höchsten Zugewinne. Verluste gab es für die Textilindustrie, hier konnte die negative Tendenz der letzten Jahre nicht gestoppt werden (-7,0 % bzw. -97). Weitere Details sind der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.

Im Jahr 2017 verzeichnete das verarbeitende Gewerbe in der Steiermark eine Beschäftigungsausweitung von +3,9 %. Getrieben wurde das Wachstum vor allem vom Fahrzeugbau mit +17,3 % bzw. +1.683 Beschäftigungsverhältnissen.

Veränderung der Aktivbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe in der Steiermark im Jahr 2017 im Vergleich zu 2016 in % und absolut

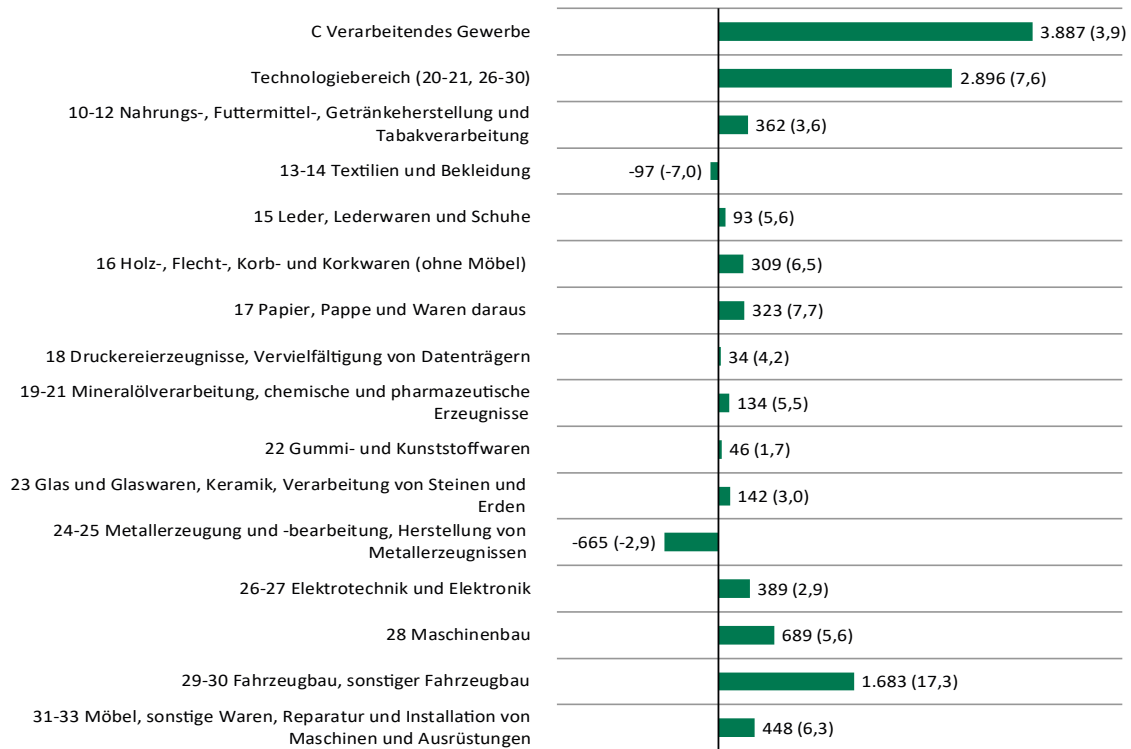


Abbildung 10 Quelle: HVS, Darstellung der Abteilung 12.

Im direkten Vergleich zu Gesamtösterreich konnte die Steiermark eine noch deutlich positivere Entwicklung verzeichnen. Die Beschäftigungsausweitung war mit +3,9 % deutlich besser als in Gesamtösterreich mit +3,2 %. Insbesondere der Technologiebereich zeigte eine hohe Dynamik mit +7,6 % in der Steiermark und nur +4,8 % in Österreich. Auch in der detaillierten Betrachtung erreichte die Steiermark in den allermeisten Branchen eine höhere Dynamik als in Österreich insgesamt. Weitere Details sind aus Abbildung 11 ersichtlich.

Regionale Beschäftigungsentwicklung

Regional betrachtet waren 13,9 % der unselbstständigen Aktivbeschäftigten Österreichs der Steiermark zuzuordnen. Innerhalb der Steiermark konzentrierte sich 2017 die Aktivbeschäftigung deutlich auf den Grazer Zentralraum. Im Bezirk Graz-Stadt waren 38,3 % (190.233 Beschäftigungsverhältnisse) der unselbstständig Beschäftigten tätig. Geschlechtsspe-

zifisch betrachtet verstärkt sich diese Konzentration: 43,0 % der Frauen und mehr als ein Drittel aller Männer (34,4 %) waren in Graz-Stadt unselbstständig beschäftigt. Als zweitgrößte Beschäftigungsregion zeigte sich Graz-Umgebung mit einem Beschäftigungsanteil von 9,1 %. Somit waren dem Großraum Graz rund die Hälfte (47,4 %) der gesamten Aktivbeschäftigungsverhältnisse in der Steiermark zuzuordnen.

Das Beschäftigungswachstum in der Steiermark (+2,5 % bzw. +12.103 Beschäftigungsverhältnisse) wurde im Jahr 2017 erneut primär durch den Großraum Graz (Bezirke Graz, Graz-Umgebung) getrieben. Hier stieg die Zahl der Aktivbeschäftigten im Vergleich zu 2016 im Jahresdurchschnitt um +3,7 % oder +8.402 Beschäftigungsverhältnisse. Damit gingen beinahe 70 % des gesamtsteirischen Beschäftigungswachstums auf den Großraum Graz zurück.

Ungeachtet dieser sich allmählich steigernden Konzentration auf den Großraum Graz konnten im abgelaufenen Jahr alle steirischen Bezirke ein Beschäftigungswachstum verzeichnen, wenngleich in deutlich unterschiedlicher Höhe. Die höchsten Zu-

wächse erzielten die Bezirke Graz-Umgebung mit +5,0 %, Deutschlandsberg mit +4,4 % und Graz-Stadt mit +3,4 %. In Graz-Stadt wirkte sich besonders die Kapazitätsausweitung bei Magna positiv auf die Beschäftigungsentwicklung aus. Die niedrigsten Wachstumsraten wiesen die Bezirke Murau (+0,2 %), Südoststeiermark (+0,2 %) und Leibnitz (+0,3 %) auf.

Neben dem Zentralraum Graz mit einem Anteil von 47,4 % aller steirischen Aktivbeschäftigten sind die Bezirke Bruck-Mürzzuschlag (7,0 %), Weiz (6,8 %) und Liezen (5,5 %) als steirische Arbeitgeberregionen auszumachen. Die geringsten Beschäftigungsanteile verzeichneten im Jahr 2017 hingegen die Bezirke Murau (1,4 %) und Voitsberg (2,5 %). 2,0 % der 496.719 unselbstständigen Aktivbeschäftigungsverhältnisse der

Steiermark konnten nicht direkt zugeordnet werden. Daher sind diese Beschäftigungsverhältnisse in Abbildung 12, in der die regionale Zuordnung der Aktivbeschäftigung in der Steiermark dargestellt wird, nicht inkludiert.

Geschlechterspezifisch betrachtet überstieg der Frauenanteil im Jahr 2017 mit 50,6 % der unselbstständig Beschäftigten den Männeranteil lediglich im Bezirk Graz-Stadt. In den weiteren Bezirken der Steiermark lag der Männeranteil teils deutlich über dem Beschäftigungsanteil der Frauen. Besonders ausgeprägt zeigte sich die Differenz in Graz-Umgebung mit einem Anteil der männlichen unselbstständigen Beschäftigten von 64,3 %, in Weiz (62,5 %) sowie in Deutschlandsberg (60,4 %).

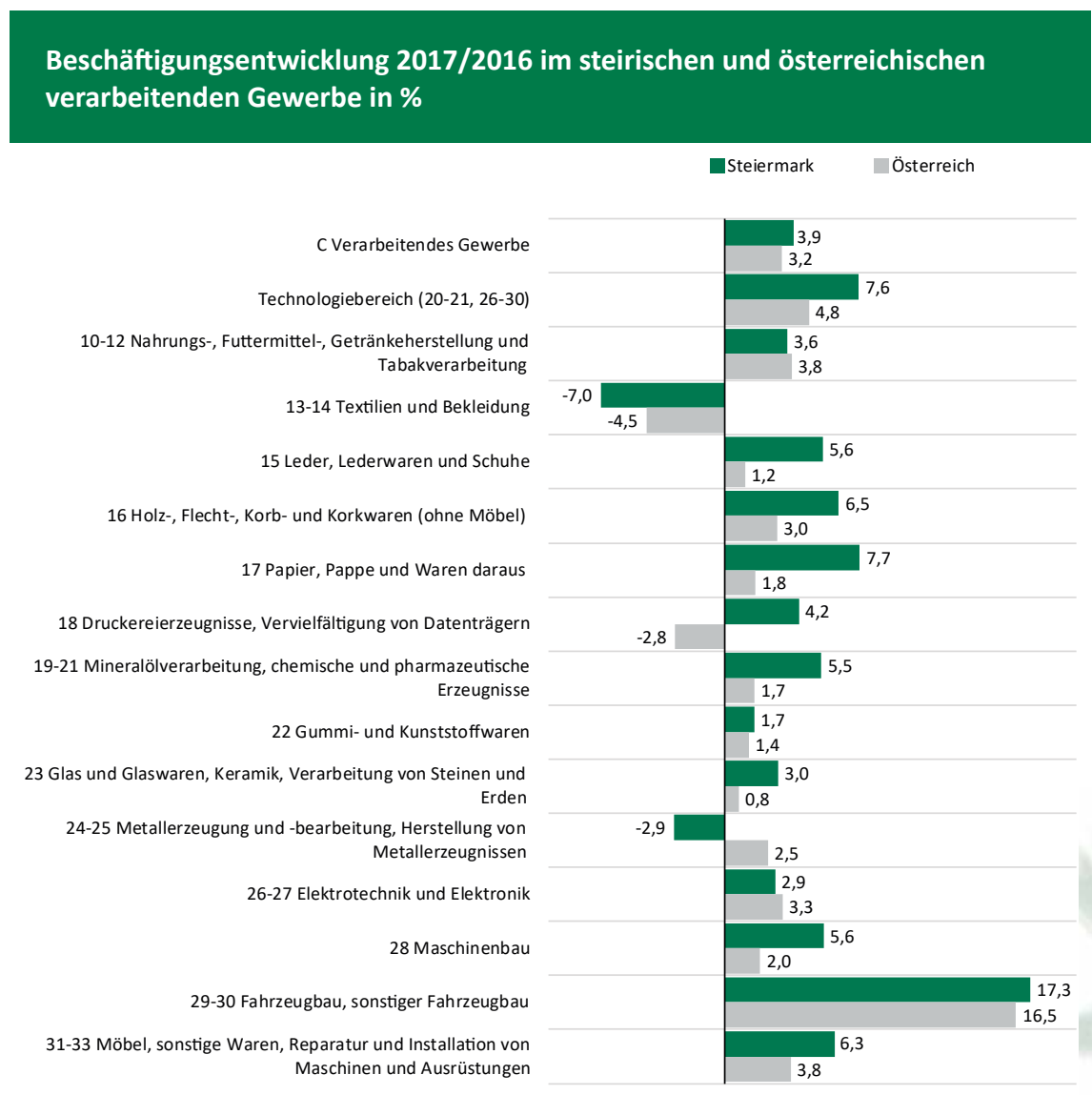


Abbildung 11 Quelle: HVS, Darstellung der Abteilung 12.

Beschäftigung am Arbeitsplatz in den Bezirken der Steiermark 2017

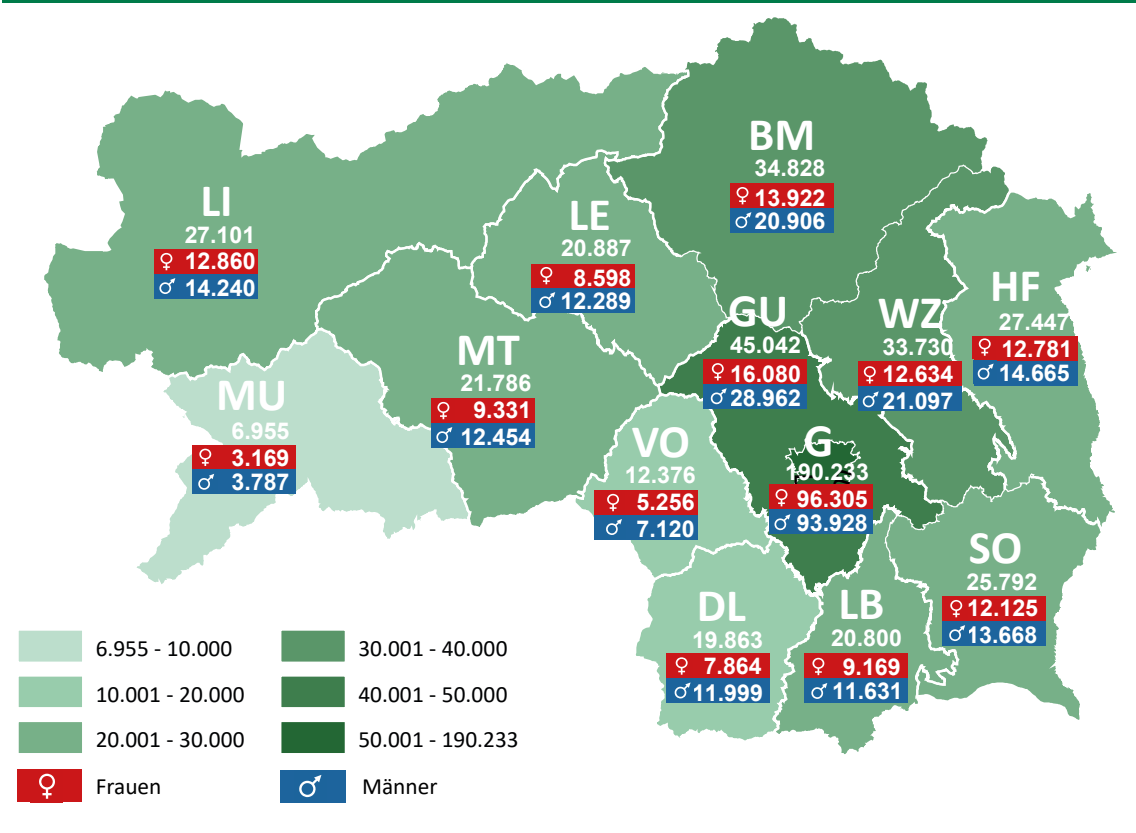


Abbildung 12 *Quelle: WIBIS Steiermark, Darstellung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.*

In der mittelfristigen Betrachtung (2013 bis 2017) erhöhte sich die unselbstständige Beschäftigung österreichweit um +5,3 %. In der Steiermark wurde ein Beschäftigungsplus registriert (+5,9 %), das über jenem Österreichs lag. Dieses Beschäftigungswachstum wurde in der Steiermark, wie auch in Österreich, von beiden Geschlechtern getragen. Insgesamt wurde die unselbstständige Beschäftigung der Frauen steiermarkweit um +5,9 % erhöht (Österreich: +5,3 %). Die Beschäftigung der Männer wurde im Vergleichszeitraum um ebenfalls +5,9 % ausgeweitet (Österreich: +5,4 %).

Im Vergleichszeitraum 2013 bis 2017 entwickelte sich die Beschäftigung vor allem in den Bezirken Graz-Umgebung (+10,6 %) und in Graz-a-Stadt (+8,6 %) äußerst dynamisch. Die Bezirke Deutschlandsberg (+8,5 %) und Weiz (+7,3 %) konnten den Bestand der unselbstständigen Beschäftigung ebenfalls überdurchschnittlich erhöhen. Beschäftigungsrückgänge wurden im Zeitraum 2013 bis 2017 in den Bezirken Murtal (-1,2 %) und Murau (-0,2 %) festgestellt. Weitere Details sind der folgenden Abbildung zu entnehmen.

Beschäftigungsentwicklung in den Bezirken der Steiermark 2013–2017 in %

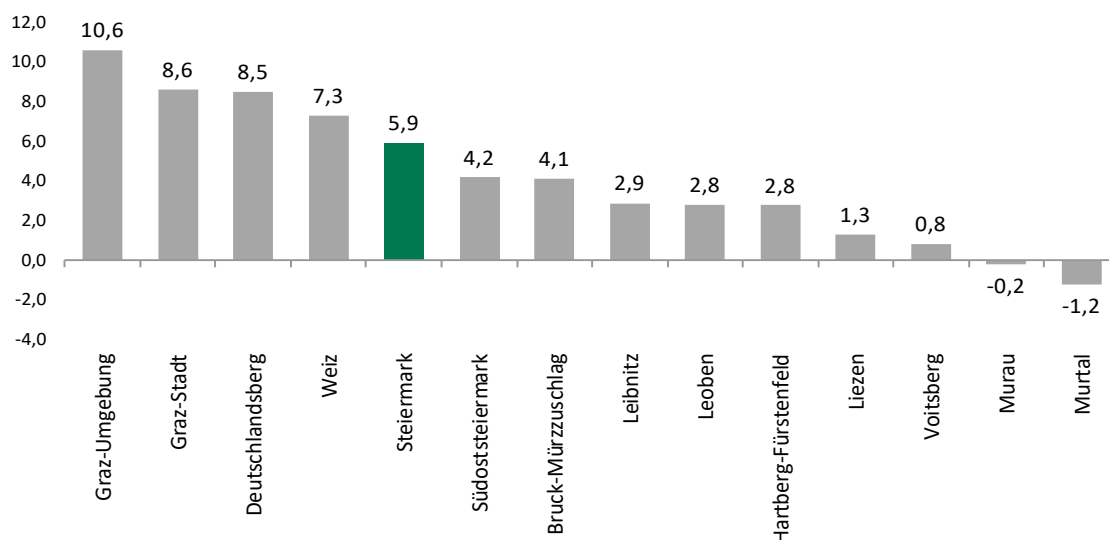


Abbildung 13

Quelle: WIBIS Steiermark, eigene Berechnungen und Darstellung der Abteilung 12, Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Geringfügigkeit sowie Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung in der Steiermark

Das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre beruhte vorwiegend auf einer Zunahme der geringfügigen Beschäftigung wie auch der Teilzeitbeschäftigung. Das heißt, die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse bzw. Jobs hat eine deutlich höhere Dynamik als die Entwicklung des Arbeitsvolumens in Stunden gemessen. Im Jahr 2016 wurde in Österreich ein Arbeitsvolumen von 6,98 Mrd. Arbeitsstunden (+1,9 % gegenüber 2015) laut der regionalwirtschaftlichen Gesamtrechnung der STATISTIK AUSTRIA (Stand: Dezember 2017) erreicht. Für die Steiermark ergaben sich als erste Schätzung 0,99 Mrd. Arbeitsstunden, ein Zuwachs von +2,5 % gegenüber dem Jahr 2015.

Die geringfügige Beschäftigung verzeichnete in der Steiermark im Jahr 2017 mit +0,2 % abermals eine geringere Dynamik als die Ausweitung der unselbstständigen Aktivbeschäftigung mit +2,5 %. In Österreich kam es zu einer Ausdehnung von +0,8 % bei der geringfügigen Beschäftigung und einem Zuwachs von +2,0 % bei der unselbstständigen Aktivbeschäftigung. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten an den unselbstständig Aktivbeschäftigten (inkl. der geringfügig Beschäftigten) reduzierte sich etwas und lag bei 9,3 % (Österreich: 8,9 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 waren

in der Steiermark 32.038 Frauen (-0,3 %) und 18.753 Männer (+1,1 %) geringfügig beschäftigt. Der Männeranteil im Rahmen der geringfügigen Beschäftigung steigt ungebrochen an. Lag er im Jahr 2008 erst bei 31,4 %, stieg er 2017 bereits auf 36,9 %.

Nicht nur die geringfügige Beschäftigung gewinnt zunehmend an Bedeutung, insgesamt ist eine deutliche Veränderung der Arbeitszeitverteilung zu beobachten. Im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung für Österreich wurden im Jahr 2017 rund 6,93 Mrd. geleistete Arbeitsstunden gezählt (+0,1 % gegenüber 2016). Informationen zu Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung sind in den administrativen Daten des HVSV nicht enthalten, hierbei wird auf die Auswertungen der Arbeitskräfteerhebung der STATISTIK AUSTRIA für die Erwerbstätigen am Wohnort zurückgegriffen. Das heißt, dass Arbeitspendler aus dem Ausland nicht erfasst werden.

Die Vollzeitbeschäftigung (nach Selbstzuordnung) in Österreich stieg im Jahresdurchschnitt 2017 um +0,9 % auf 3.035.800 Personen, die Teilzeitbeschäftigung um +1,1 % auf 1.225.100. Die steiermarkspezifischen Daten dazu ergeben einen Rückgang von -1,1 % bei der Vollbeschäftigung auf 420.900 Personen, die Teilzeitbeschäftigung erhöhte sich um +6,1 % auf 176.900. Für die Steiermark wurden unterteilt nach Vollzeit (36 Stunden und mehr) und Teilzeit (zwölf bis unter 36 Stunden) im Jahr 2017 rund 564.000 Erwerbstätige gezählt, dadurch wurde das Vorjahresniveau um +0,7 % übertroffen.

Geschlechtsspezifische Betrachtung der Beschäftigungsentwicklungen

Das Jahr 2017 brachte, wie bereits im Vorjahr, in beinahe allen Bundesländern eine zwischen den Geschlechtern ausgewogene Beschäftigungsausweitung. So blieben auch die Beschäftigungsanteile im Vorjahresvergleich in vielen Bundesländern unverändert. In allen Bundesländern überwog auch 2017 der Männeranteil an der unselbstständigen Aktivbeschäftigung. Der Frauenanteil in der Steiermark lag im Vergleich zu 2013 unverändert bei 45,0 %, dasselbe galt auch für Österreich (45,7 %). Im 5-Jahres-Vergleich erhöhte sich der Frauenanteil am stärksten in Vorarlberg (+0,5 %-Punkte auf 45,2 %) und Oberöster-

reich (+0,2 %-Punkte auf 43,8 %). In Wien reduzierte sich der Frauenanteil geringfügig (-0,2 %-Punkte auf 48,3 %), obgleich hier der höchste Wert aller Bundesländer, gefolgt von Salzburg (46,6 %), erreicht wurde. Die genaue Verteilung ist aus der folgenden Abbildung ersichtlich. Im Jahresdurchschnitt 2017 waren in der Steiermark insgesamt 223.726 weibliche und 272.994 männliche unselbstständig Aktivbeschäftigte gemeldet.

Der Frauenanteil der unselbstständigen Aktivbeschäftigung lag 2017 in der Steiermark mit 45,0 % geringfügig unter dem österreichischen Durchschnitt von 45,7 %.

Geschlechterverteilung der unselbstständig Aktivbeschäftigten in den Bundesländern im Jahr 2017 in %

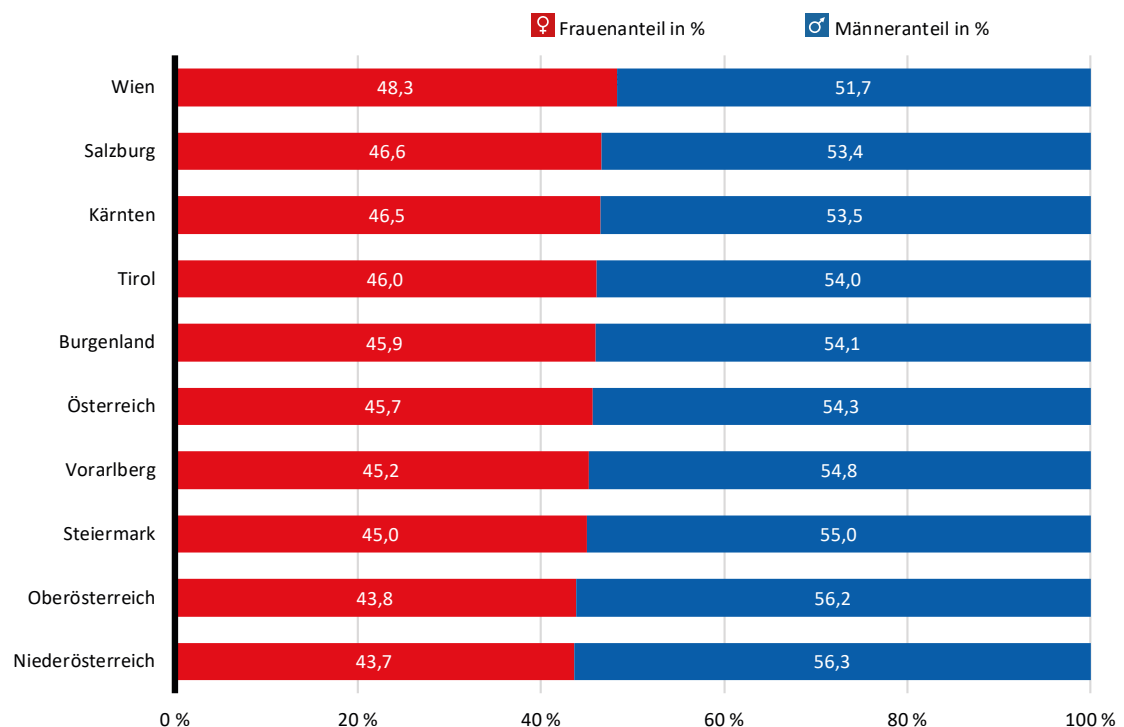


Abbildung 14 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Der Frauenanteil an den unselbstständig Aktivbeschäftigten in der Steiermark (45,0 %) lag im Jahr 2017 um -0,7 %-Punkte unter dem nationalen Durchschnitt. Unterteilt nach Wirtschaftsbereichen zeigten sich hingegen teils deutliche Abweichungen, wie aus der nachfolgenden Abbildung ersichtlich ist. Der insgesamt geringere Anteil der weiblichen Aktivbeschäftigung in der Steiermark lässt sich weiterhin vor allem auf einen niedrigeren Frauenanteil im Bereich der erweiterten Wirtschaftsdienste (43,2 % bzw. -5,0 %-Punkte im Vergleich zu Österreich) sowie im verarbeitenden Gewerbe (23,0 % bzw. -2,0 %-Punkte) zurückführen. Im gesamten produzierenden Bereich lag der Frauenanteil in der Steiermark um -0,7 %-Punkte unter dem österreichischen Durchschnitt. Das Aggregat Industrie (ÖNACE B–E) verzeich-

nete einen um -1,7 %-Punkte geringeren Frauenanteil (22,8 %; Österreich: 24,5 %). Im Vorjahresvergleich reduzierte sich der Frauenanteil innerhalb der Wirtschaftsdienste, hier vor allem durch die Ausweitung in der Branche der Arbeitskräfteüberlasser, die stark männerdominiert ist. Hingegen wuchs der Frauenanteil im produzierenden Bereich auf 20,3 % (Österreich: 21,1 %).

Überdurchschnittlich im Vergleich zu Österreich zeigten sich die Wirtschaftsbereiche Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie (+7,1 %-Punkte), Handel (+2,8 %-Punkte) und Energie- und Wasserversorgung (+2,2 %-Punkte). Im Vergleich zum Vorjahr kam es zu keinen nennenswerten Anteilsverschiebungen entlang der Wirtschaftsbereiche.

Frauenanteile an den unselbstständig Aktivbeschäftigten nach ÖNACE-Aggregaten in der Steiermark und in Österreich im Jahr 2017 in %

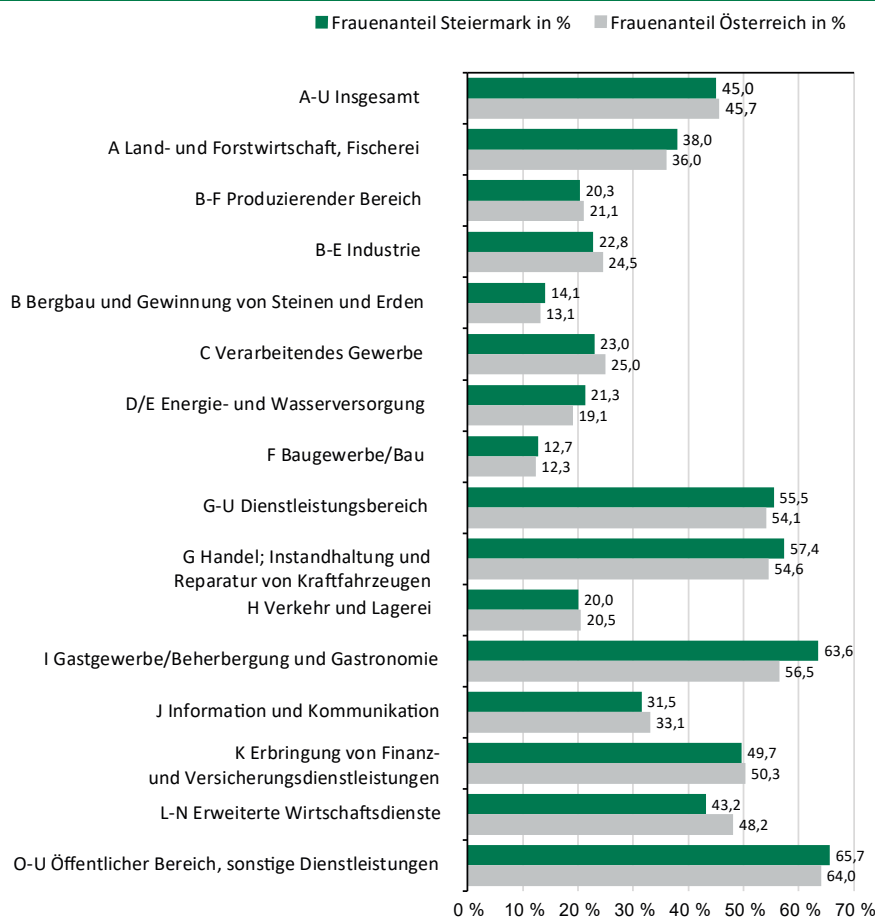


Abbildung 15 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Im Jahr 2017 konnte die Zahl der unselbstständig beschäftigten Frauen um +2,2 % und die der Männer um +2,7 % merkbar angehoben werden. Die weibliche Aktivbeschäftigung stieg in Summe um +4.803 Beschäftigungsverhältnisse, die der Männer um +7.300.

Insgesamt überwog auch im Jahr 2017 der Männeranteil mit 55,0 % der unselbstständigen Beschäftigung in der Steiermark und stieg damit gegenüber 2016 um +0,2 %-Punkte an, wobei dies vor allem durch die Beschäftigungsausweitung im produzierenden Bereich bedingt wurde. Unterteilt nach Wirtschaftsbereichen verdeutlichten sich die Unterschiede

de in der Geschlechterverteilung. Den höchsten Frauenanteil in der Steiermark wies das Aggregat Öffentlicher Bereich, sonstige Dienstleistungen mit 65,7 % gefolgt vom Tourismus mit 63,6 % auf. Überdurchschnittlich hohe Frauenanteile wurden innerhalb des Dienstleistungssektors (55,5 %) und im Handel (57,4 %) gemessen. Im produzierenden Bereich überwog klar der Männeranteil mit 79,7 %. Innerhalb dieses Aggregates waren überdurchschnittlich hohe Männeranteile im Baugewerbe (87,3 %), im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden (85,9 %) sowie in der Energie- und Wasserversorgung (78,7 %) zu finden. In der steirischen Industrie betrug der Männeranteil 77,2 % (2016: 77,5 %).

Geschlechterverteilung innerhalb der Wirtschaftsabschnitte bzw. Wirtschaftsaggregate in der Steiermark im Jahr 2017

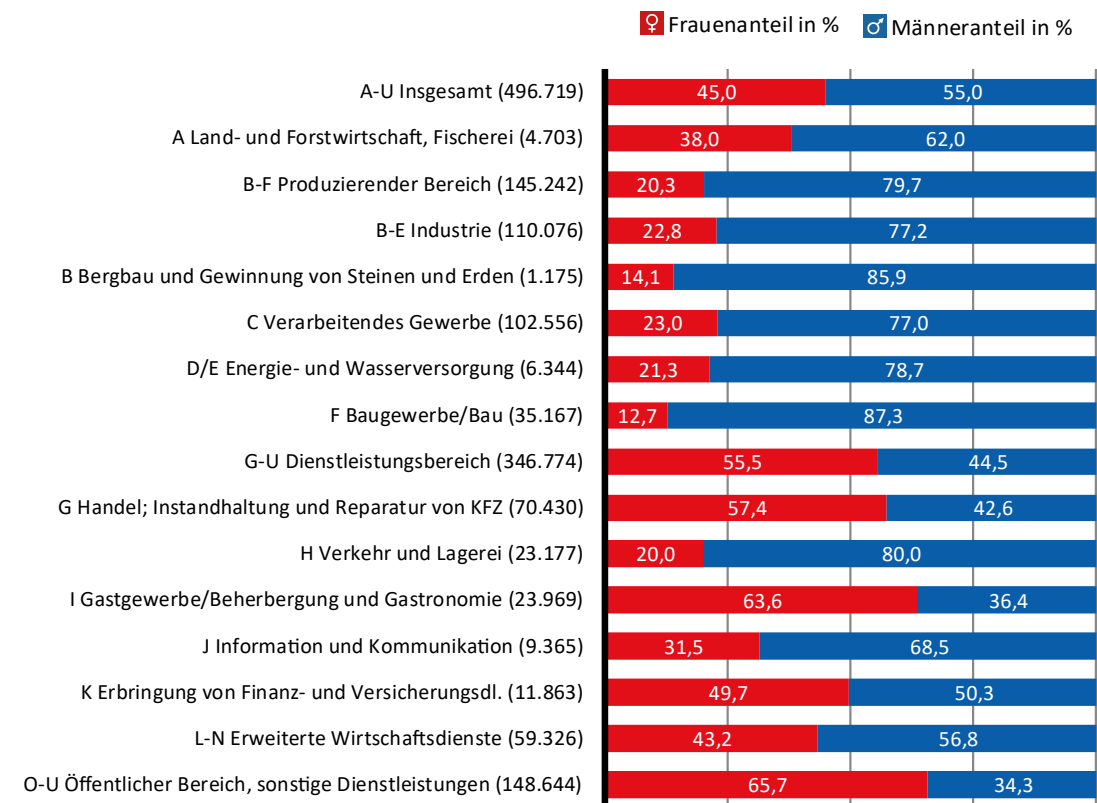


Abbildung 16 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Geschlechtsspezifische Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe war die Geschlechterverteilung im Jahr 2017 wie im übergeordneten produzierenden Bereich eindeutig männerdominiert (77,0 %; 2016: 77,3 %). Bis auf den Bereich Textilien und Bekleidung, in dem im Jahr 2017 die Frauen in Aktivbeschäftigung mit 52,1 % über der 50%-Marke vertreten waren, überwog der Männeranteil in allen Bereichen dieses Aggregates klar. Im Bereich Glas und Glaswaren beispielsweise betrug der Männer-

anteil 86,1 %, (2016: 86,1 %). In den Kernbranchen der steirischen Industrie überwog der Männeranteil ebenfalls deutlich, z. B. in der Metallerzeugung und -bearbeitung (85,3 %), im Fahrzeugbau und sonstigen Fahrzeugbau (84,9 %) und im Maschinenbau (83,1 %). Im Vergleich zum Vorjahr fanden auch hier nur marginale Veränderungen statt.

Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes überwog der Beschäftigungsanteil der Frauen lediglich im Bereich Textilien und Bekleidung.

Geschlechterverteilung im verarbeitenden Gewerbe im Jahr 2017 in %

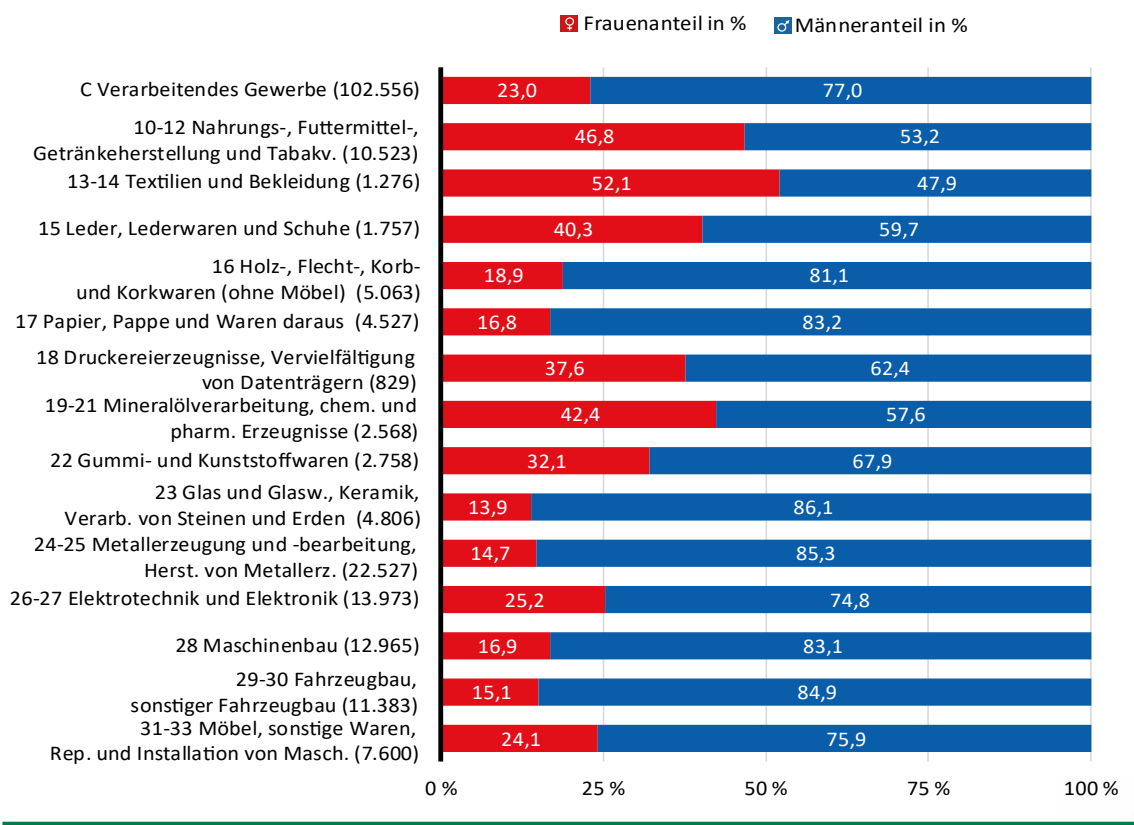


Abbildung 17 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

Alter der Beschäftigten

Bezogen auf die geschlechtsspezifische Altersverteilung der unselbstständig Aktivbeschäftigten in der Steiermark im Jahr 2017 zeigte sich erneut, dass in der

Altersgruppe 15 bis 39 Jahre die Männer stärker vertreten waren als die Frauen (48,8 % zu 45,0 %). In der Altersgruppe 40 bis 54 Jahre ergab sich ein umgekehrtes Bild (43,1 % zu 37,7 %), während in der Gruppe 55 Jahre und älter wieder die Männer höhere Anteile einnahmen (13,5 % zu 11,8 %). Absolut gesehen sind

in jeder Altersgruppe die Männer stärker vertreten als die Frauen. Der schleichende demografische Wandel ist deutlich erkennbar: Die Anteile der jüngeren Altersgruppen nehmen kontinuierlich zugunsten der älteren ab.

Der relativ geringe Anteil der Frauen im Alter von 25 bis 34 Jahren spiegelt Ausbildungs-, Kinderbetreuungs- bzw. Karenzzeiten wider. Das Durchschnittsalter aller unselbstständig aktivbeschäftigten Frauen lag 2017 mit 40,3 Jahren (2016: 40,1 Jahre) nur gering über jenem der Männer mit 39,8 Jahren (2016: 39,7 Jahre).

Dies ist unter anderem auch auf den geringen Anteil der Frauen in der Altersgruppe 60+ infolge des weiterhin niedrigen durchschnittlichen Pensionsantrittsalters zurückzuführen (59,1 Jahre im Jahr 2016; 2015: 59,2; 2014: 58,6). Männer hingegen treten durchschnittlich zwei Jahre später die Pension an (2016: 60,9 Jahre; 2015: 61,3; 2014: 60,8). In den vergangenen Jahren war ein kontinuierlicher Anstieg des

durchschnittlichen Pensionsantrittsalters zu beobachten. Im Jahr 2016 hingegen ging das Durchschnittsalter bei den Frauen um -0,1 Jahre, jenes der Männer um -0,4 Jahre zurück. In die Alterspension gingen Männer im Durchschnitt mit 63,3 Jahren (2015: 63,6 Jahre) und Frauen mit 60,1 Jahren (2015: 60,2 Jahre).

Die Aufgaben für die Sozialpolitik sind klar vorgegeben: Dem mittelfristigen Sinken des Arbeitskräfteangebotes muss durch geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsquoten insbesondere bei den Frauen sowie älteren Personen entgegengewirkt werden. Die Herausforderung an die Familienpolitik wird stärker und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zunehmend wichtiger werden.

Im Jahr 2017 waren 43,1 % der Frauen in Aktivbeschäftigung zwischen 40 und 54 Jahre alt. Der Anteil bei den Männern belief sich in dieser Altersgruppe auf 37,7 %.

Altersverteilung in der unselbstständigen Aktivbeschäftigung nach Geschlecht, Steiermark im Jahr 2017

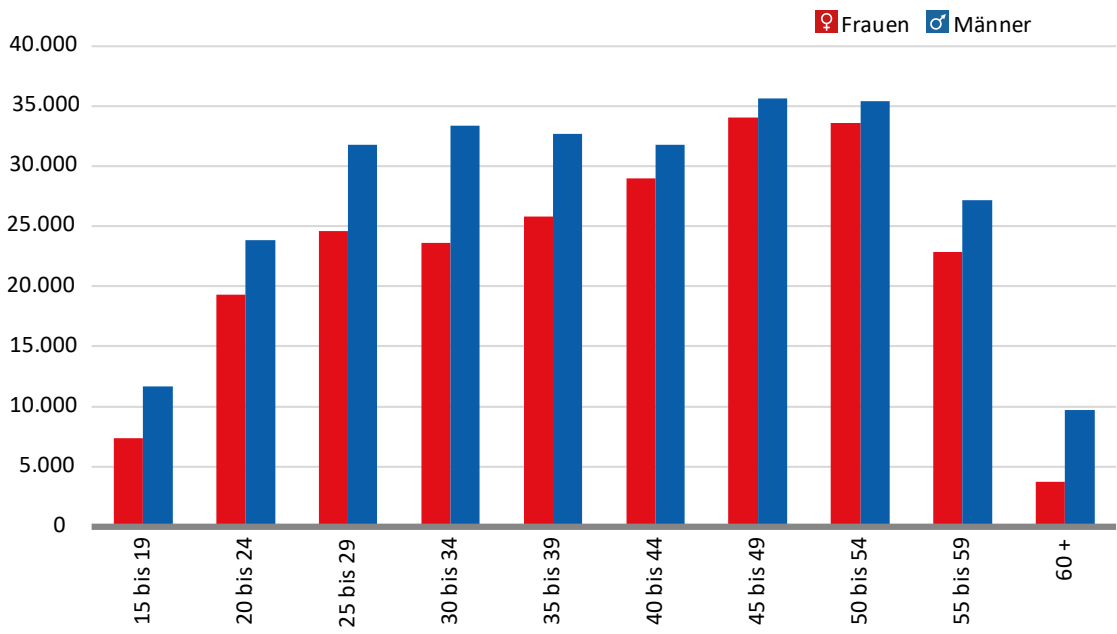


Abbildung 18

Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

2.4 Beschäftigung nach Nationalitäten

Der Anteil der unselbstständig Aktivbeschäftigten in der Steiermark mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft erhöhte sich auch im Jahre 2017 und lag bei 14,1 % (2016: 13,0 %) bzw. 70.169 Beschäftigungsverhältnissen (Österreich: 19,5 %; 2016: 18,6 %). Die höchsten Ausländeranteile bezüglich der unselbstständigen Beschäftigung verzeichneten die Bundesländer Wien (26,5 %), Vorarlberg (24,3 %) und Burgenland mit 24,2 %. Die geringsten Anteile wiesen die Steiermark mit 14,1 % und Kärnten mit 13,4 % auf.

Wie bereits seit Jahren beobachtbar, ist das Wachstum der unselbstständigen Aktivbeschäftigung ungebrochen (Ausnahme 2009). Dies ist durch unterschiedliche Faktoren erklärbar: einerseits durch

die vermehrte Erwerbsbeteiligung der Frauen (Inländerinnen wie Ausländerinnen), die auch verstärkt in das Erwerbsleben eintreten – hier insbesondere in der Form der Teilzeitarbeit –, und andererseits die vermehrte internationale Zuwanderung von Erwerbspersonen.

Im Jahresdurchschnitt 2017 hatten die positiven internationalen Rahmenbedingungen deutliche Auswirkungen auf die unselbstständige Aktivbeschäftigung in der Steiermark, die einen Durchschnittsbestand von 496.719 Beschäftigungsverhältnissen (ohne geringfügig Beschäftigte) verzeichnen konnte. Das entsprach einem Zuwachs von +2,5 % bzw. +12.103 Beschäftigungsverhältnissen.

Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen der Großteil des gesamten Beschäftigtenzuwachses auf Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft zurückging, stieg der Bestand inländischer Beschäftigter in der Steiermark im Jahresdurchschnitt 2017 um +1,2 % bzw. +5.017. Somit wurden 41,5 % des Zuwachses von Inländern abgedeckt. Der Beschäftigtenzuwachs von Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft betrug +11,2 % bzw. +7.086, oder 58,8 % der gesamten Beschäftigtenausweitung. Der Anteil von unselbstständigen Aktivbeschäftigten mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft in der Steiermark erhöhte sich damit 2017 von 13,0 % auf 14,1 %. Von den 70.169 beschäftigten Ausländern stammten rund 92 % aus Europa.

Nach Staatsbürgerschaften gereiht, stellten, wie bereits die Jahre zuvor, Slowenen (Anteil von 17,3 %), Ungarn (12,9 %), Rumänen (12,3 %) und Deutsche (9,7 %) die Top vier. Kroaten (8,2 %) und Bosnier (8,0 %) nahmen die Plätze fünf und sechs ein, wobei sie im Vergleich zum Vorjahr die Plätze tauschten. Diese sechs Staaten stellten im Jahr 2017 mit insgesamt 47.948 Beschäftigten wiederum mehr als zwei Drittel (68,3 %) aller beschäftigten Ausländer in der Steiermark.

Ausländeranteil in den einzelnen Wirtschaftsabschnitten

Der Ausländeranteil von 14,1 % des Jahres 2017 (2016: 13,0 %) innerhalb der gesamten steirischen unselbstständigen Aktivbeschäftigung (Österreich: 19,5 %; 2016: 18,6 %) ist auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche sehr heterogen verteilt. Der höchste Ausländeranteil mit 52,3 % (2.461 Beschäftigte) wurde in der Land- und Forstwirtschaft inklusive Fischerei erreicht. Das ist auch der einzige Wirtschaftsbereich, in dem ein marginal höherer Ausländeranteil als im Österreichvergleich (52,2 %) realisiert wurde. Mehr als jeder dritte Beschäftigte im Tourismus (38,3 % bzw. 9.185) und fast jeder vierte Beschäftigte in den Wirtschaftsdiensten (23,5 % bzw. 13.913) wiesen eine nicht österreichische Staatsbürgerschaft auf. Im Bauwesen waren es 19,2 % (Österreich: 27,0 %), im Bereich Verkehr und Lagerei 15,8 % und im verarbeitenden Gewerbe 13,0 % (Österreich: 17,7 %). Weitere Details sind der folgenden Abbildung zu entnehmen.

Ausländeranteile der unselbstständig Aktivbeschäftigten 2017 in der Steiermark und in Österreich in %

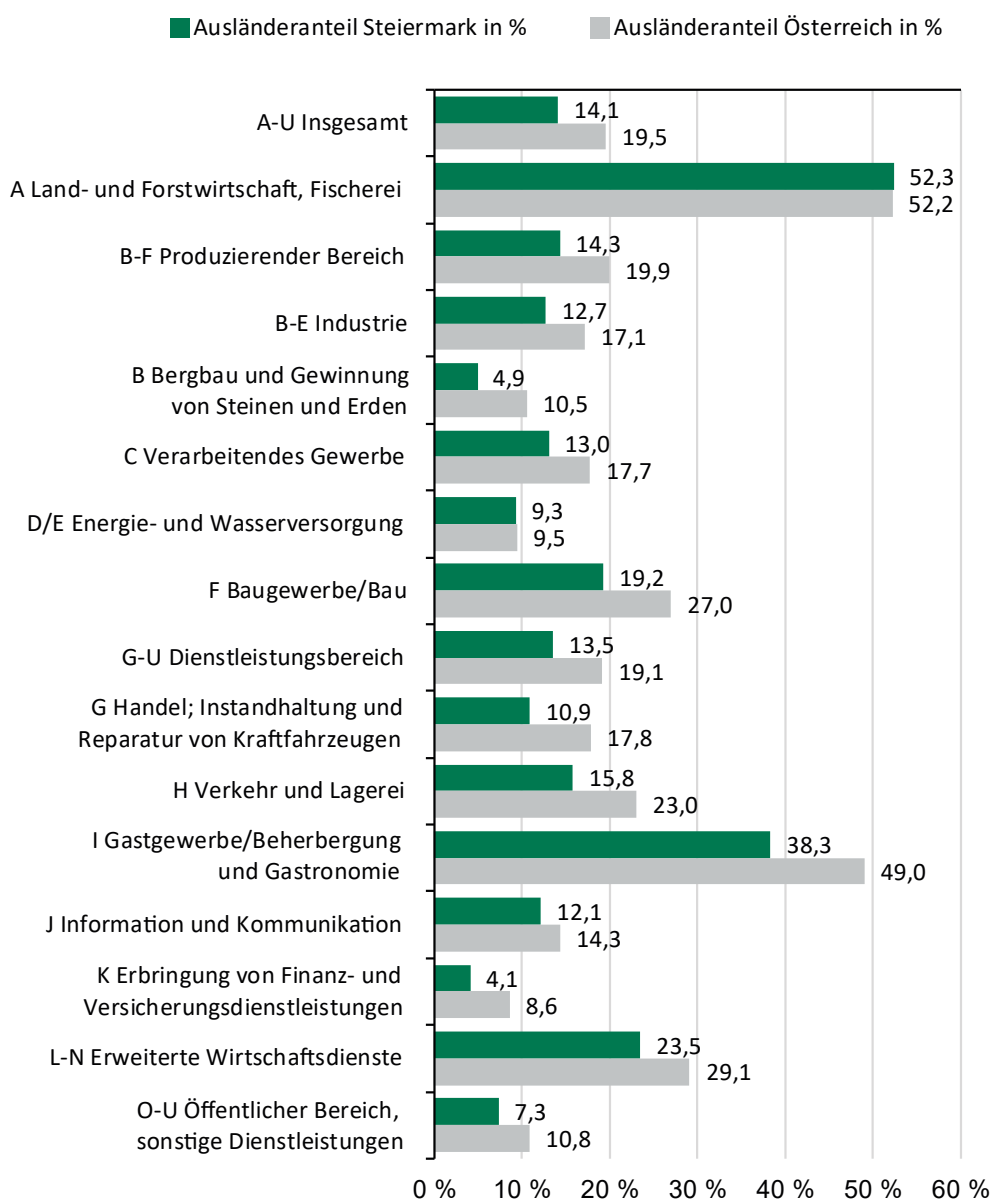


Abbildung 19

Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

2.5 Lehrlingsausbildung in der Steiermark

Bei der Zahl der Lehrlinge in der Steiermark war zum 31.12.2017 seit dem Jahr 2009 erstmals kein Rückgang zu beobachten. Ende Dezember 2017 standen in der Steiermark 15.329 Lehrlinge (+0,0 % bzw. +3 Lehrlinge) in Ausbildung. Somit konnte der negative Trend in der Lehrlingsausbildung, vor allem bedingt durch den demografischen Wandel und die damit einhergehende sinkende Zahl der jugendlichen Bevölkerung, gestoppt werden. Die Zahl der Lehrlinge im 1. Lehrjahr stieg um +0,9 % bzw. +40 auf 4.696 Lehrlinge in betrieblicher wie auch überbetrieblicher Ausbildung. Bezogen auf die steirische 15-jährige Wohnbevölkerung im Jahresdurchschnitt 2017 wählten 41,6 % dieser Gruppe den Weg der dualen Ausbildung (2016: 40,9 %).

Menschen einem Lehrberuf nach. Dieser Rückgang kann über alle Lehrjahre beobachtet werden. Unterteilt nach Lehrberufen konnten die Lehrlingszahlen bei den jungen Frauen in nennenswerter Höhe in den Ausbildungsberufen Gastronomiefachfrau (+25), Verwaltungsassistentin (+24) und Metalltechnik (+15) erhöht werden. Bei den jungen Männern wurde vermehrt der Lehrberuf Elektrotechnik (+40) nachgefragt.

Die Anzahl der Lehrlinge stieg im Jahr 2017 in der Steiermark, wenn auch nur marginal, erstmals seit dem Jahr 2009 wieder (+0,0 % bzw. +3).

Der 5-Jahresvergleich zeigt dennoch einen deutlichen Rückgang von Lehrlingen in der Steiermark. Konnten mit 31.12.2013 in der Steiermark noch 17.580 Lehrlinge gezählt werden, so gingen zum Jahresende 2017 mit 15.329 um -12,8 % weniger junge

Insgesamt stieg die Zahl der Lehrlinge in der Steiermark im Vergleich zum Vorjahr marginal um +0,0 % bzw. +3 (nach -3,1 % im Vorjahr). Von den 15.329 Personen in Lehrausbildung waren 30,6 % im 1. Lehrjahr (4.696 Personen) beschäftigt, um +0,9 % mehr als im

Entwicklung der Lehrlingszahlen in der Steiermark sowie Anteil der Lehrlinge im ersten Lehrjahr in %, 2007 bis 2017

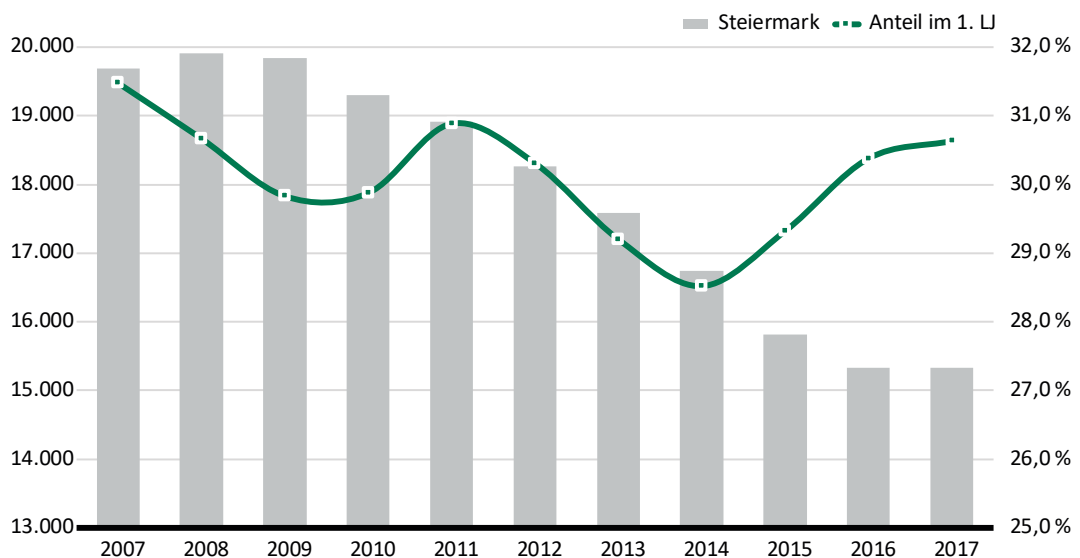


Abbildung 20

Quelle: WKO-Lehrlingsstatistik, jeweils 31.12.

Vorjahr. Ebenso stieg die Gesamtzahl der Lehrlinge im 2. Lehrjahr geringfügig um +1,2 %, im 3. und 4. Lehrjahr kam es zu Rückgängen um -0,5 % bzw. -4,1 %.

Zum Stichtag 31.12.2017 waren 5.077 (+51 bzw. +1,0 %) junge Frauen und 10.252 (-48 bzw. -0,5 %) junge Männer in einem Lehrberuf tätig. Dadurch nahm der Frauenanteil im Bereich der Lehrausbildung erstmals seit Jahren wieder zu. Über alle Lehrjahre hinweg betrug der Frauenanteil steiermarkweit 33,1 % (2016: 32,8 %). Die Betrachtung der Geschlechterverteilung nach absolvierten Lehrjahren zeigte deutlich unterschiedliche Ausprägungen: In den ersten drei Lehrjahren lag der Frauenanteil in der Steiermark zwischen 35,5 % und 36,1 %, im vierten Lehrjahr waren die Frauen mit lediglich 12,7 % vertreten. Dieser Unterschied ergibt sich durch die traditionell gewählten Lehrberufe der Mädchen, bei denen meist nur eine dreijährige Lehrzeit besteht. Im Gegensatz zur Steiermark waren österreichweit im Jahr 2017 die Lehrlingszahlen wiederholt rückläufig, wenn auch deutlich geringer als in den letzten Jahren:

Im Vorjahresvergleich gingen insgesamt 106.613 Personen, das sind um -0,3 % bzw. -337 junge Menschen weniger als 2016, einer Lehre nach. Die Bundesländer Niederösterreich (-1,4 %), Oberösterreich (-0,9 %) und Kärnten (-0,6 %) verzeichneten Lehrlingsrückgänge, alle anderen Bundesländer realisierten, wenn auch nur in geringem Maße, Zuwächse zwischen +0,7 % (Vorarlberg) und +0,0 % (Steiermark).

2017 traten überwiegend männliche Lehrlinge in einen Lehrberuf ein, der Frauenanteil stieg aber auf 33,1 %.

Österreichweit kam es zu einem Rückgang von -1,2 % bei den weiblichen Lehrlingen. Nur in den Bundesländern Kärnten (+1,6 %), Steiermark (+1,0 %) und Burgenland (+0,6 %) wurden mehr weibliche Lehrlinge ausgebildet. Alle anderen Bundesländer, vorrangig Niederösterreich mit -2,6 %, hatten weniger weibliche Lehrlinge als im Vorjahr.

Geschlechterverteilung in % der Lehrlinge in der Steiermark im Jahr 2017 nach Lehrjahren

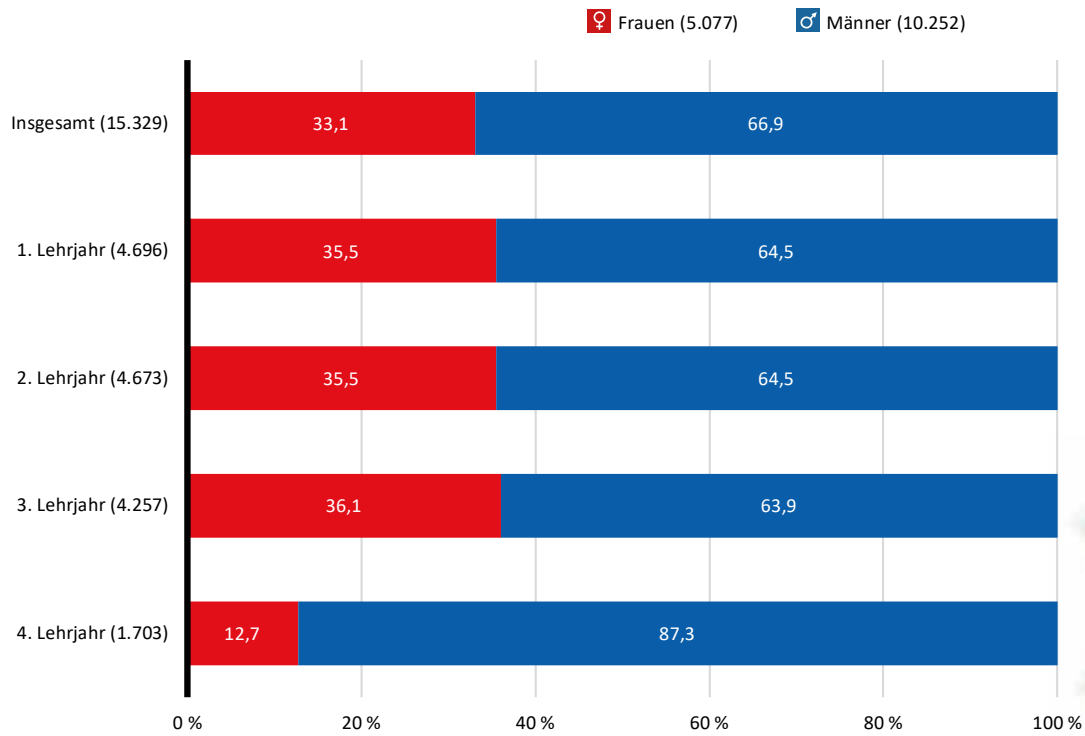


Abbildung 21 Quelle: WKO-Lehrlingsstatistik, Stand 31.12.2017.

Der Anteil junger Frauen bei den Lehrlingen betrug in der Steiermark über alle Lehrjahre hinweg rund ein Drittel (33,1 %) und lag somit im Österreichdurchschnitt von 33,0 %. Im Bundesländervergleich wiesen die Bundesländer Wien (37,2 %) gefolgt von Kärnten (36,1 %) und Salzburg (34,4 %) den höchsten und Niederösterreich mit 28,2 % den niedrigsten Frauenanteil auf. Der Anteil junger Frauen im vierten Lehrjahr lag österreichweit mit 10,9 % deutlich unter dem Durchschnitt der Steiermark (12,7 %), der zugleich der höchste aller Bundesländer war.

Die meisten Lehrlinge waren in den Sparten „Gewerbe und Handwerk“ sowie „Industrie“ tätig.

Spartenspezifisch betrachtet war der höchste Anteil der Lehrlinge 2017 steiermarkweit in der Sparte Gewerbe und Handwerk zu finden: 43,1 % bzw. 6.608 Lehrlinge arbeiteten zum Stichtag 31.12.2017 in die-

sem Bereich. Der zweithöchste Lehrlingsanteil entfiel traditionell auf die Industrie (17,2 %) gefolgt vom Handel (13,6 %). Der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft waren insgesamt 7,6 % der Lehrlinge zugeordnet. Mit 0,6 % stellte die Sparte Bank- und Versicherungswesen den geringsten Lehrlingsanteil (siehe nachfolgende Abbildung). Der Anteil der Nichtkammermitglieder lag bei 8,1 %. Der Lehrlingsanteil in überbetrieblicher Lehrlingsausbildung, Nichtkammer §§ 29/30 und § 30b überbetriebliche Ausbildung (AMS) betrug 7,1 %.

Im Vergleich zum nationalen Durchschnitt gingen in der Steiermark im Jahr 2017 anteilmäßig deutlich mehr Lehrlinge in den Sparten Industrie (Österreich: 14,2 %) und Gewerbe und Handwerk (Österreich: 41,8 %) einem Lehrberuf nach. In allen anderen Sparten war der Lehrlingsanteil in der Steiermark hingegen unterdurchschnittlich. Der Anteil der Lehrlinge bei Nichtwirtschaftskammermitgliedern lag über dem Österreichwert, Ausbildungseinrichtungen verbuchten hingegen niedrigere Werte.

Verteilung der Lehrlinge auf die Sparten in der Steiermark, Stand 31.12.2017

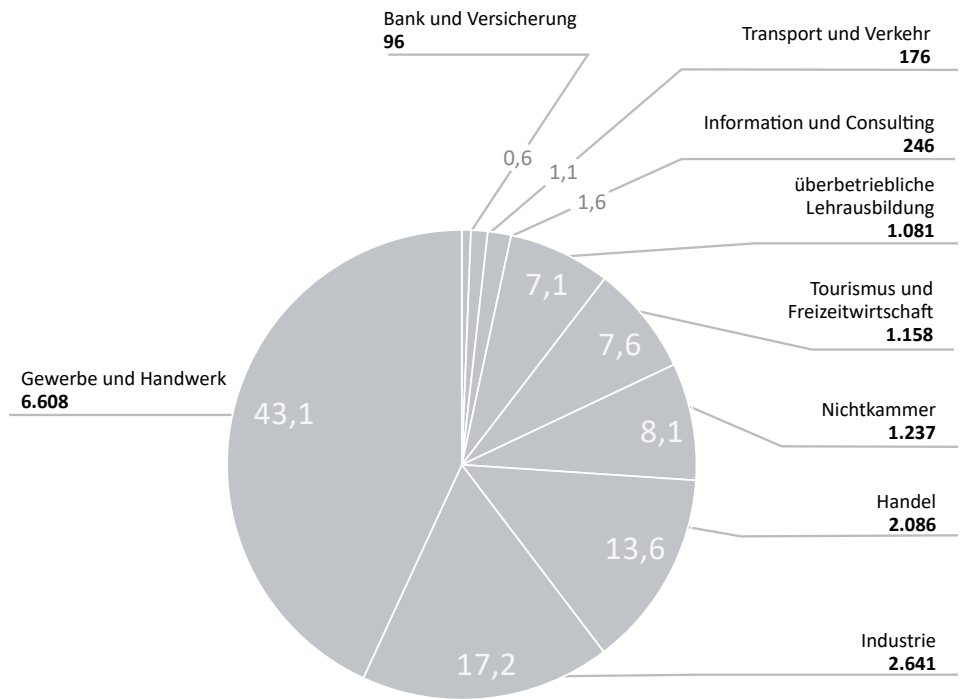


Abbildung 22 Quelle: WKO-Lehrlingsstatistik, Stand 31.12.2017. Hierbei ist anzumerken, dass die Spartensystematik der Wirtschaftskammer nicht mit der Wirtschaftsklassensystematik (ÖNACE 2008), die in den Bereichen Beschäftigung und Produktion verwendet wird, vergleichbar ist.

Im Vergleich zum Vorjahr gab es in der Steiermark 2017 in den Sparten Transport und Verkehr (+12,8 % bzw. +20), Information und Consulting (+12,8 % bzw. +28) sowie Tourismus und Freizeitwirtschaft (+2,1 % bzw. +24) einen Zuwachs an Lehrlingen, ebenso wie bei den Nichtkammermitgliedern (+6,8 % bzw. +79). Insgesamt wurden hier 151 Lehrlinge mehr als vor einem Jahr ausgebildet. Hingegen sanken 2017 in der Steiermark die Lehrlingszahlen, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, in den Sparten Bank und Versicherung (-8,6 % bzw. -9), Gewerbe und Handwerk (-1,0 % bzw. -68) sowie Handel (-0,2 % bzw. -4) und Industrie (-0,1 % bzw. -2), wenn auch nicht so deutlich wie im Vorjahr. Die Gruppe der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen (-5,7 % bzw. -65) verzeichnete merkbare Rückgänge im Vorjahresvergleich.

Österreichweit kam es zu Rückgängen der Lehrlingszahlen in den Sparten Gewerbe und Handwerk (-0,7 % bzw. -307), Handel (-1,1 % bzw. -163) und Bank und Versicherung (-1,4 % bzw. -16). Ebenso reduzierte sich die Zahl der Lehrlinge in Ausbildungseinrichtungen (-1,5 % bzw. -143) sowie bei Nichtkammermitgliedern (-0,7 % bzw. -52). Alle Rückgänge

fielen moderater als im Jahr 2016 aus. Österreichweit erhöhte sich der Lehrlingsbestand in den Sparten Transport und Verkehr (+4,0 % bzw. +105), Information und Consulting (+2,0 % bzw. +42), Tourismus und Freizeitwirtschaft (+1,3 % bzw. +117) sowie Industrie (+0,5 % bzw. +80).

Im Ranking der beliebtesten Lehrberufe gibt es keine Änderungen. Der mit Abstand größte Teil der weiblichen Lehrlinge in der Steiermark ging per 31.12.2017 einem Lehrberuf als Einzelhandelskauffrau (1.261 Lehrlinge) nach. Am zweithäufigsten wurde der Lehrberuf als Bürokauffrau (496) ausgeübt, gefolgt von Friseurin und Perückenmacherin/Stylistenin (481). Danach folgen Metalltechnikerin (240), Köchin (191), Restaurantfachfrau (177), Verwaltungsassistentin (149) und Gastronomiefachfrau (140). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Lehrlingszahlen in nennenswerter Höhe bei den Frauen im Lehrberuf Gastronomiefachfrau (+25), Verwaltungsassistentin (+24) und Metalltechnikerin (+15).

Bei den männlichen Lehrlingen lagen weiterhin die technischen Lehrberufe im Trend. Der im Jahr 2017 am häufigsten von jungen Männern ausgeüb-

Lehrlingszahlen in der Steiermark und in Österreich 2017 und Veränderungen in % und absolut zum Jahr 2016

Sparte	Steiermark			Österreich		
	2017	17/16 in %	17/16 absolut	2017	17/16 in %	17/16 absolut
Gewerbe und Handwerk	6.608	-1,0	-68	44.602	-0,7	-307
Industrie	2.641	-0,1	-2	15.159	0,5	80
Handel	2.086	-0,2	-4	14.892	-1,1	-163
Bank und Versicherung	96	-8,6	-9	1.135	-1,4	-16
Transport und Verkehr	176	12,8	20	2.753	4,0	105
Tourismus und Freizeitwirtschaft	1.158	2,1	24	8.905	1,3	117
Information und Consulting	246	12,8	28	2.185	2,0	42
Nichtkammer	1.237	6,8	79	7.881	-0,7	-52
Überbetriebliche Ausbildung §§ 29/30 und § 30b (AMS)	1.081	-5,7	-65	9.101	-1,5	-143
Insgesamt	15.329	0,0	3	106.613	-0,3	-337

Tabelle 8

Quelle: WKO-Lehrlingsstatistik, jeweils 31.12.

te Lehrberuf war Metalltechniker (1.822), gefolgt von Elektro- und Fahrzeugtechniker (1.308 bzw. 1.104). Weitere häufig gewählte Lehrberufe waren Installations- und Gebäudetechniker (604), Einzelhandelskaufmann (554), Tischler (438), Mechatroniker (401), Maurer (359), Koch (317) und Zimmerer (211). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Lehrlingszahlen in den Top 10 lediglich bei den Lehrberufen Elektrotechnik (+40) und Koch (+7). Hohe Rückgänge erfuhren die Lehrberufe Metalltechnik (-65), Mauer (-30) und Installations- und Gebäudetechniker (-24).

als ein Viertel (25,6 % bzw. 3.926 Lehrlinge) und auf den Bezirk Graz-Umgebung 9,5 % bzw. 1.457 der steirischen Lehrlinge. Somit war im Durchschnitt jeder dritte Lehrling im Zentralraum Graz (Graz-Stadt und Graz-Umgebung) tätig. Zudem waren vor allem Unternehmen in den Bezirken Weiz (8,4 % der Lehrlinge) und Bruck-Mürzzuschlag (8,3 %) sowie Hartberg-Fürstenfeld (8,1 %) und Liezen (8,0 %) Arbeitgeber für steirische Lehrlinge.

Sanken im Vorjahr noch in allen Bezirken mit Ausnahme des Bezirkes Graz-Umgebung die steirischen Lehrlingszahlen, hat sich das Bild im Jahr 2017 deutlich geändert: In den Bezirken Deutschlandsberg (+3,7 %), Graz-Umgebung (+3,0 %), Leibnitz (+2,4 %), Murtal (+2,3 %) und Graz-Stadt (+1,4 %) kam es zu einer Ausweitung der Lehrlingszahlen, Voitsberg konnte den Bestand halten. Rückgänge gab es in den Bezirken Liezen (-3,7 %), Murau (-3,6 %), Südoststeiermark (-2,7 %), Hartberg-Fürstenfeld (-2,2 %), Bruck-Mürzzuschlag (-2,0 %), Leoben (-1,5 %) und Weiz (-1,2 %).

Regionale Verteilung der Lehrlingszahlen

Ende 2017 waren in der Steiermark 14,4 % der gesamtösterreichischen Lehrlinge beschäftigt. Regional betrachtet zeigte sich abermals eine klare Konzentration auf den Zentralraum Graz (siehe nachfolgende Abbildung). Auf den Bezirk Graz-Stadt entfiel mehr

Regionale Verteilung der Lehrlinge in der Steiermark am 31.12.2017 und Veränderung zum Vorjahr in %

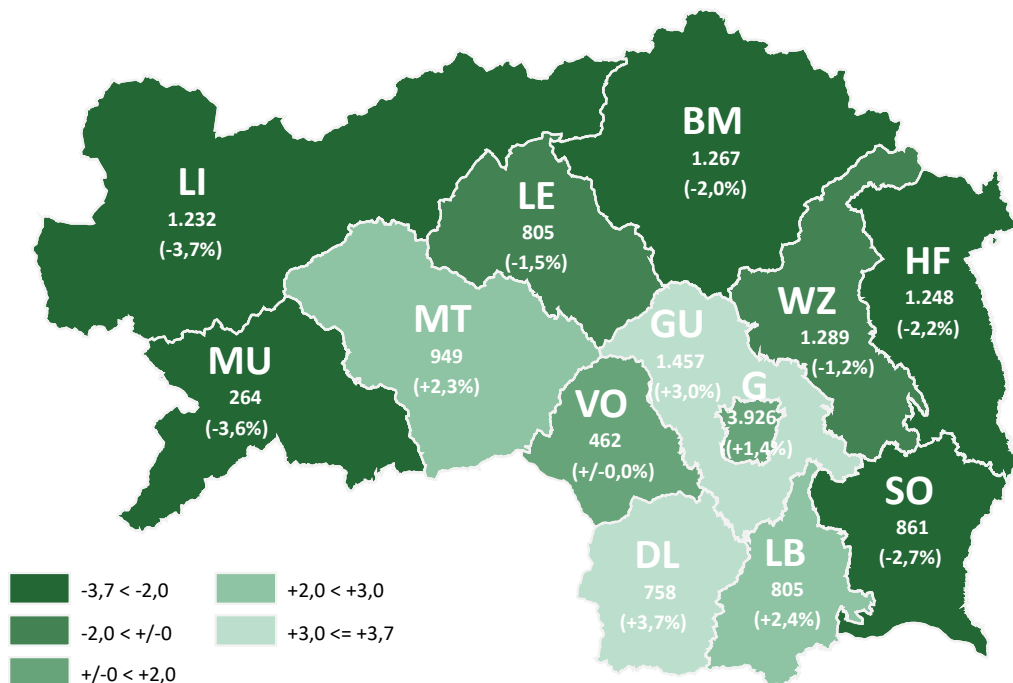


Abbildung 23

Quelle: WKO-Lehrlingsstatistik, Stand 31.12.2017.

2.6 Die Einkommenssituation in der Steiermark

2.6.1 Einkommen am Arbeitsort

Das monatliche Bruttomedianeinkommen³ des Jahres 2016 betrug in der Steiermark € 2.483. Gegenüber 2015 ergab sich ein Zuwachs von € +53 bzw. +2,2 %. Österreichweit war mit € 2.520 eine Erhöhung um € +41 bzw. +1,7 % zu verzeichnen. Damit lag die Dynamik etwas unter dem Jahr 2015, in dem Zuwächse von +2,4 % in der Steiermark und +2,3 % in Österreich verbucht wurden. Die folgende Abbildung zeigt die Entwicklung des monatlichen Bruttomedianeinkommens in der Steiermark und in Österreich in den Jahren 2006 bis 2016. In der Steiermark lag der Zuwachs

des Bruttomedianeinkommens in den Jahren 2012 bis 2013 sowie 2015 und auch 2016 über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt. Absolut gesehen war im Jahr 2016 das monatliche Bruttomedianeinkommen in Österreich um € +37 höher als in der Steiermark.

Das monatliche Bruttomedianeinkommen in der Steiermark erhöhte sich im Jahr 2016 um +2,2 % gegenüber 2015.

Jährliches Wachstum des monatlichen Bruttomedianeinkommens in der Steiermark und in Österreich in %, 2006 bis 2016

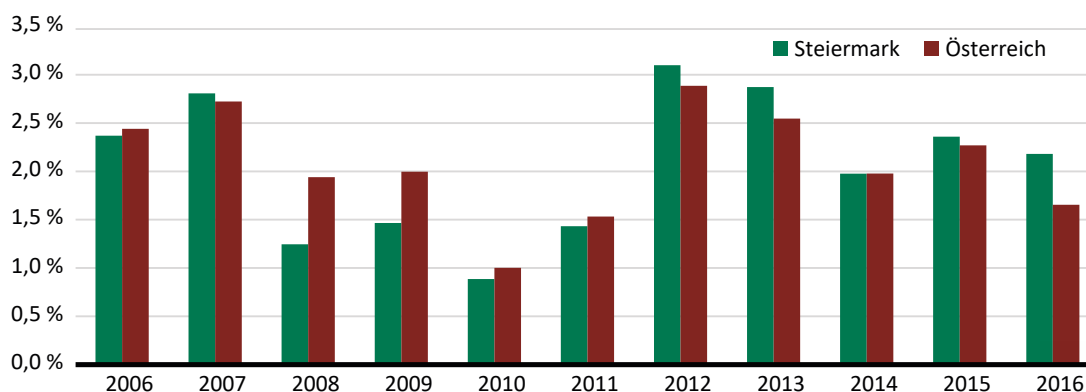


Abbildung 24 Quelle: HVSV.

³ Median des mittleren Monats-Bruttoeinkommens einschließlich Sonderzahlungen (auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld) aller sozialversicherten Arbeiter und Angestellten, ausgenommen Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte und Beamte. Der Median gibt jenen Wert an, bei dem 50 % der Werte darunter und 50 % der Werte darüber liegen. Das ausgewiesene Bruttomedianeinkommen ist arbeitsortbezogen und nicht teilzeitbereinigt.

Die geschlechterspezifische Betrachtung für die Steiermark zeigt, dass das Bruttomedianeinkommen der Frauen im Jahr 2016 um € +43 bzw. +2,3 % auf € 1.876 stieg und jenes der Männer um € +44 bzw. +1,5 % auf € 2.916. Der Abstand zwischen Frauen und Männern war 2016 mit € 1.040 in der Steiermark etwas stärker und in Gesamtösterreich mit € 903 etwas geringer als 2015 ausgeprägt. Zu beachten ist jedoch, dass das Bruttomedianeinkommen nicht teilzeitbereinigt ist. Die höhere Teilzeitquote bei Frauen wirkt sich deutlich auf das Bruttomedianeinkommen aus. Im Vergleich zu Österreich war das Bruttomedianeinkommen der Frauen in der Steiermark um € -152 (-7,5 %) geringer und bei den Männern betrug die Differenz € -15 (-0,5 %). Insgesamt verdiente man in der Steiermark um durchschnittlich € -37 (-1,5 %) weniger als im Österreichdurchschnitt.

Die manifestierten Einkommensunterschiede zwischen den Regionen wurden auch 2016 wieder bestätigt. Die höchsten Bruttomedianeinkommen wiesen erneut die obersteirischen Bezirke Bruck-Mürzzuschlag (€ 2.859) und Leoben (€ 2.754) aus, die niedrigsten die Bezirke Südoststeiermark (€ 2.044) und Murau (€ 2.131).

Die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bestanden in der industriell geprägten Obersteiermark.

Die höchsten geschlechterspezifischen Unterschiede bestanden weiterhin in den industriell geprägten Bezirken der östlichen Obersteiermark, die gleichzeitig auch die höchsten Bruttomedianeinkommen aufwiesen. So erzielten die Männer, die im Bezirk Bruck-

Mürzzuschlag beschäftigt waren, ein um € +1.560 höheres Bruttomedianeinkommen als die Frauen vor Ort. Im Bezirk Leoben betrug die Differenz € +1.404. Details sind in der nachfolgenden Abbildung zu sehen.

Umgekehrt waren geringe Abweichungen zwischen den Geschlechtern in den Bezirken mit schlechteren Verdienstmöglichkeiten zu beobachten. Die niedrigsten absoluten Differenzen zwischen den mittleren Einkommen von Frauen und Männern verzeichneten die Bezirke Liezen (€ +758) und Südoststeiermark (€ +823). Im Steiermarkdurchschnitt erzielten die Frauen 64,3 % (2015: 63,8 %) des mittleren Einkommens der Männer, im Österreichdurchschnitt 69,2 %. In den Industriebezirken Bruck-Mürzzuschlag (53,6 %) und Leoben (57,2 %) waren diese Anteile am niedrigsten, während sie in den Bezirken Liezen (71,6 %) und Graz-Stadt (69,2 %) am höchsten waren.

Eine wesentliche Ursache für den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen findet sich, neben der höheren Teilzeitquote, grundsätzlich bereits beim Berufseinstieg. Frauen sind überproportional in Branchen mit einem niedrigeren Lohnniveau tätig. Der produzierende Bereich, der durch ein hohes Lohnniveau gekennzeichnet ist, ist hingegen weiterhin eine klassische Männerdomäne. Daran haben auch viele politische Anstrengungen der letzten Jahre nichts geändert. Aber auch innerhalb der Branchen und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Teilzeitquoten bestehen signifikante Unterschiede bei den Einkommen von Männern und Frauen. Neben den Kinderbetreuungspflichten, die in Zusammenhang mit der Teilzeitquote stehen, sind unter anderem die nur teilweise Anrechnung von Karenzzeiten sowie ein dadurch langsamerer beruflicher Aufstieg von Frauen verantwortlich.

Bruttomedianeinkommen nach Geschlecht 2016 (nicht teilzeitbereinigt)

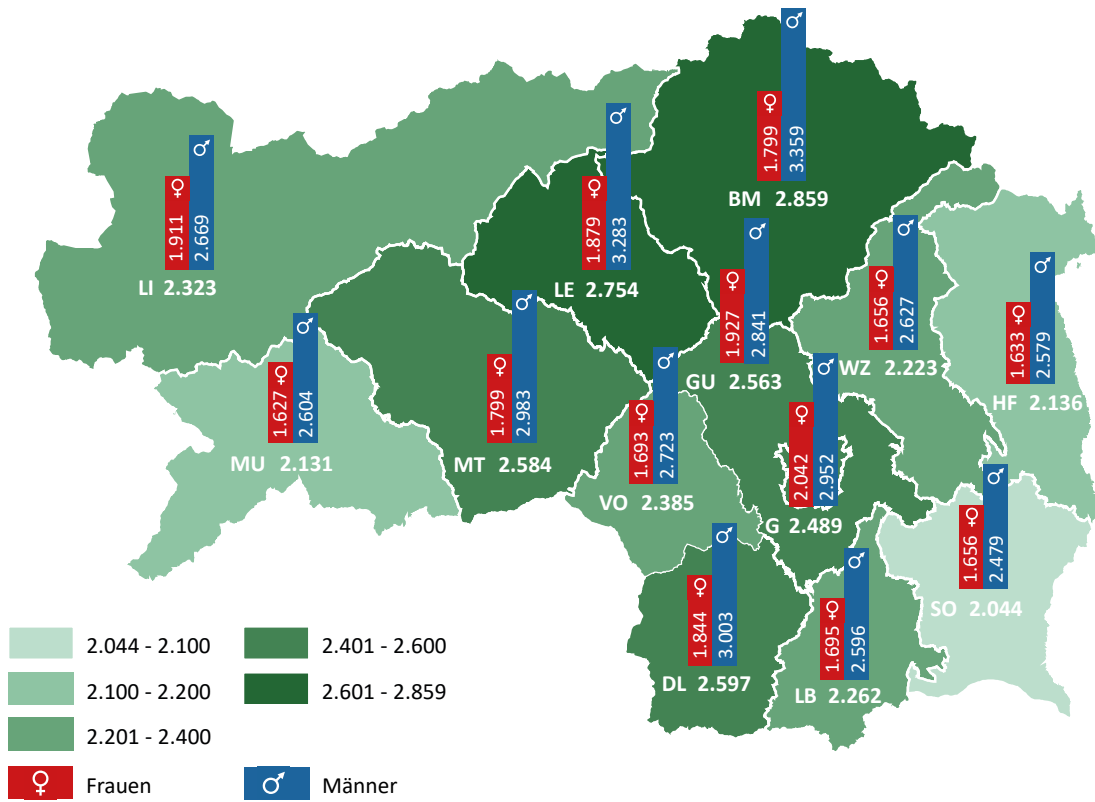


Abbildung 25 Quelle: HVSV, Darstellung der Abteilung 12.

2.6.2 Einkommen am Wohnort⁴

Das Einkommensniveau am Wohnort wird in Form des durchschnittlichen Bruttobezugs, der im Rahmen der Lohnsteuerstatistik erhoben wird, angegeben. Um die Vergleichbarkeit zu erhöhen, wird hier nur auf die Einkommen von ganzjährig beschäftigten Personen Bezug genommen. Der durchschnittliche Bruttobezug⁵ von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Steiermark betrug im Jahr 2016 € 3.278 (+2,7 % gegenüber 2015) und somit rund 96 % des durchschnittlichen Bruttobezugs in Österreich (€ 3.400 bzw. +2,9 %). Der Anstieg des durchschnittlichen Bruttobezugs in der Steiermark lag somit geringfügig unter dem österreichischen Durchschnitt. In der Steiermark ergab sich eine absolute Erhöhung um € +86, in Österreich um € +95. Der durchschnittliche Bruttobezug von in der Steiermark lebenden ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen betrug € 2.766 (+3,9 %) und der von Männern € 3.519 (+2,0 %).

Der durchschnittliche Bruttobezug in der Steiermark stieg 2016 um +2,7 %. Frauen (+3,9 %) profitierten deutlich stärker als Männer (+2,0 %) von der Erhöhung.

Der Einkommensunterschied zwischen Frauen und Männern reduzierte sich erneut geringfügig und

betrug 2016 in der Steiermark € 753 (Österreich: € 727). Frauen in der Steiermark verdienten demnach rund ein Fünftel (21,4 %; Österreich 19,9 %) weniger als Männer. In allen Bezirken war die Einkommensdynamik der Frauen stärker ausgeprägt als jene der Männer. Im Bezirk Murtal betrug der Unterschied +2,7 %-Punkte zugunsten der Frauen, im Bezirk Murau war die Einkommensdynamik mit +0,2 %-Punkten am geringsten.

Die folgende Abbildung zeigt die regionalen Unterschiede in den Einkommen von ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Wohnort im Jahr 2016. Auch hier ist die zunehmende Manifestierung der regionalen Einkommensverteilung klar erkennbar. Der Bezirk Graz-Stadt wies erneut den mit Abstand höchsten durchschnittlichen Bruttobezug innerhalb der steirischen Bezirke (€ 3.669) aus. Der zweithöchste Wert entfiel mit € 3.535 auf Graz-Umgebung, gefolgt von den Bezirken der östlichen Obersteiermark Leoben mit € 3.384 und Bruck-Mürzzuschlag mit € 3.289.

Die geringsten durchschnittlichen Bruttobezüge wurden erneut in den oststeirischen Bezirken verzeichnet (Südoststeiermark: € 2.904; Hartberg-Fürstentfeld: € 2.948).

⁴ Für die Bestimmung des Einkommens der unselbstständig Beschäftigten am Wohnort steht die Lohnsteuerstatistik der STATISTIK AUSTRIA zur Verfügung. Hier werden, im Gegensatz zur Einkommensstatistik des HVSV, alle unselbstständig Beschäftigten (Arbeiter/-innen, Angestellte, Lehrlinge und Beamtinnen und Beamte) erfasst. Die Lohnsteuerstatistik stellt damit Indikatoren für die regionale Kaufkraft zur Verfügung, während die Einkommensstatistik des HVSV einen Indikator für die Einkommensmöglichkeiten in einem Bezirk darstellt.

⁵ Der durchschnittliche Bruttobezug entspricht dem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen (arithmetisches Mittel) exklusive Sonderzahlungen der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen (= Jahresbruttoeinkommen / 14).

Durchschnittlicher Bruttobezug der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen nach Geschlecht 2016 (Lohnsteuerstatistik)

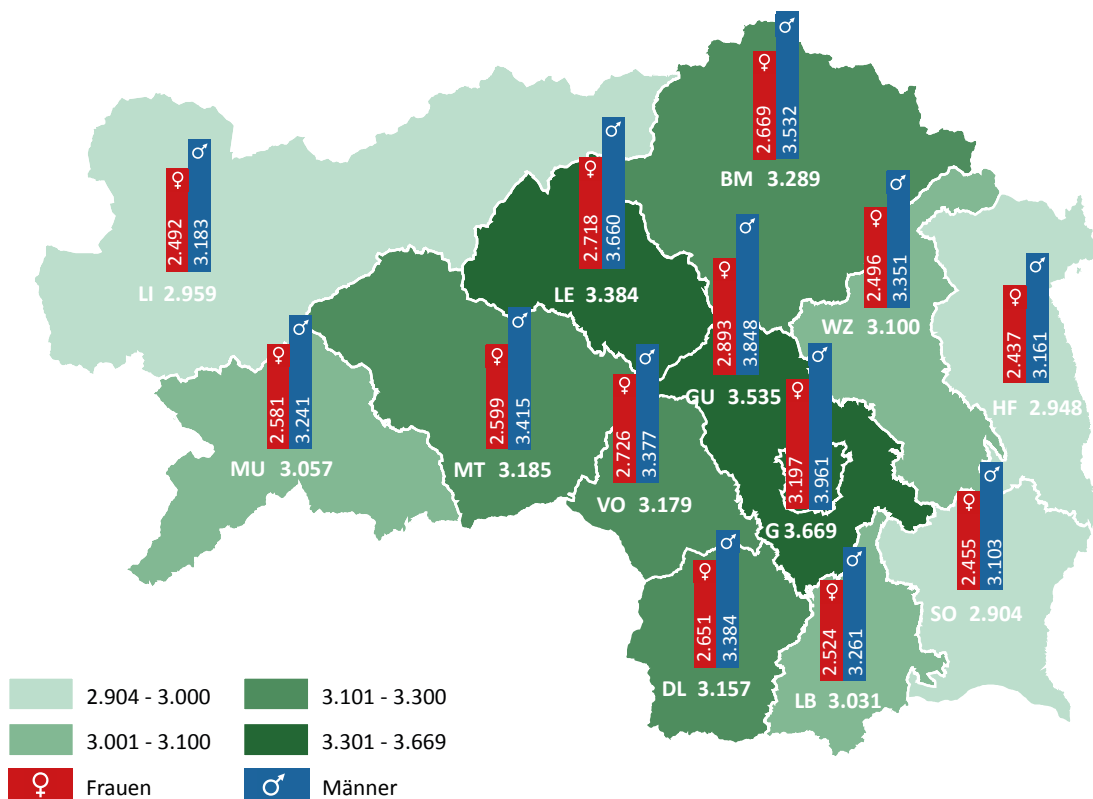


Abbildung 26

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Darstellung der Abteilung 12.

Zudem lassen sich klare regionale Unterschiede hinsichtlich der geschlechterspezifischen Verteilung ausmachen. Den geringsten geschlechterspezifischen Unterschied wiesen 2016 die Bezirke Voitsberg und Graz-Stadt gefolgt von Murau aus. In den ersten beiden Fällen erreichten die Frauen rund 81 % des Einkommens der Männer, im dritten Fall rund 80 %. Mit € 3.197 erzielten die Frauen in Graz-Stadt 80,7 % des durchschnittlichen Bruttobezugs der Männer (€ 3.961). Am höchsten sind die Einkommensunterschiede weiterhin in den industriell geprägten

Bezirken. Hier profitierten in der Vergangenheit in erster Linie Männer vom höheren Lohnniveau im exportorientierten produzierenden Bereich. Das Jahr 2016 brachte für die Frauen erneut eine höhere Dynamik der Bruttobezugsentwicklung. In Leoben kam es beispielsweise zu einem Anstieg um +5,0 % bei den Frauen, hingegen nur um +2,7 % für die Männer. Bedingt durch das große absolute Einkommensgefälle kamen zum Beispiel in Leoben wohnende Frauen mit € 2.718 dennoch nur auf 74,3 % (2015: 72,6 %) des Männereinkommens von € 3.660 (2015: € 3.654).

Teilzeitbeschäftigung

Um den Teilzeitaspekt bezüglich des Einkommens abzubilden, werden hier ebenfalls die ganzjährig teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in der Lohnsteuerstatistik erfasst werden, dargestellt. Im Gegensatz zur Vollzeitbeschäftigung sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Teilzeitbeschäftigung nur sehr gering ausgeprägt. Steiermarkweit verdienten im Jahr 2016 die Frauen (€ 1.352)

monatlich um nur -1,6 % weniger als die Männer (€ 1.373). In zwei Bezirken der Steiermark erzielten die Frauen ein höheres Einkommen als die Männer: In Graz-Stadt lag das Einkommen der Frauen mit monatlich € 1.378 um +12,1 % und in Leoben mit € 1.358 um +6,3 % über jenem der Männer. Die größten Differenzen wurden in den Bezirken Hartberg-Fürstenfeld (-15,1 %) und Weiz (-14,5 %) verzeichnet. Die folgende Abbildung zeigt die regionalen Unterschiede der Teilzeiteinkommen der ganzjährig teilzeitbeschäftigten Personen im Jahr 2016.

Durchschnittlicher Bruttobezug der ganzjährig teilzeitbeschäftigten Personen nach Geschlecht 2016 (Lohnsteuerstatistik)

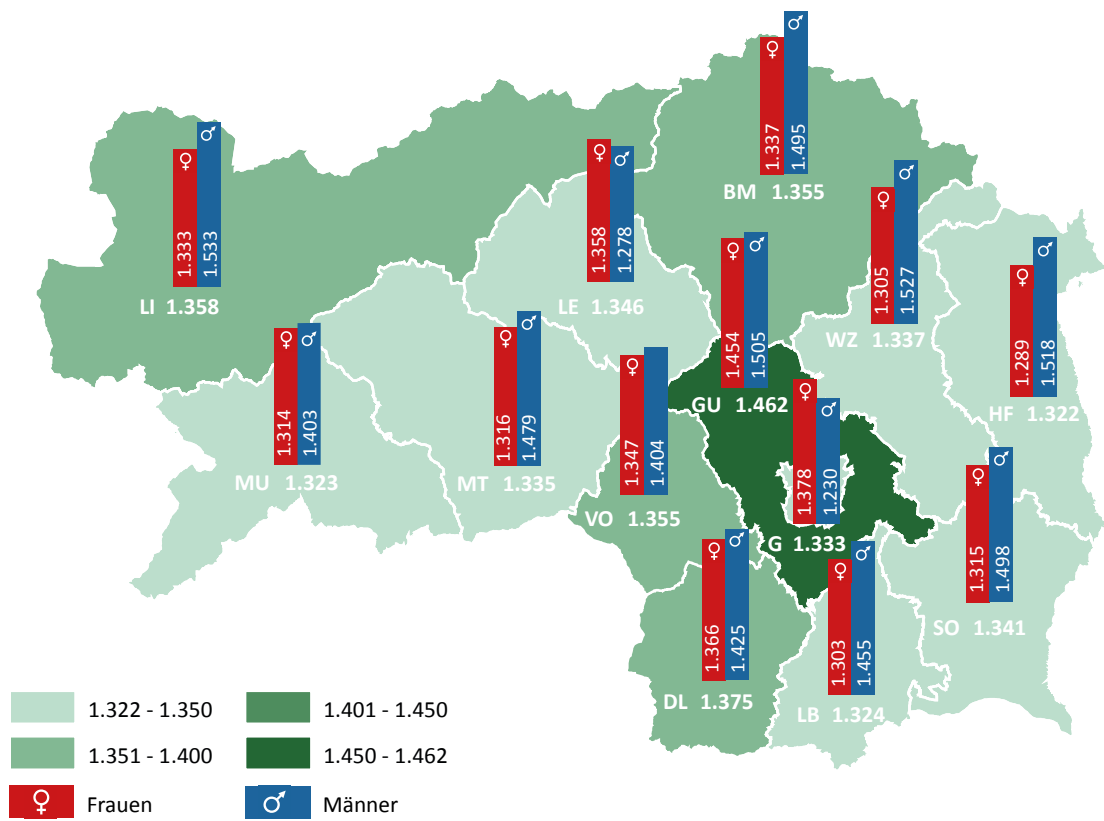


Abbildung 27

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Darstellung der Abteilung 12.

2.7 Arbeitslosigkeit

Angetrieben durch die sehr dynamische internationale und nationale Konjunktur konnte die Zahl der als vorgemerkt arbeitslos gemeldeten Personen erstmals seit sechs Jahren im Jahresdurchschnitt 2017 in Österreich einen Rückgang verbuchen. Sie reduzierte sich um -4,9 % bzw. -17.337 auf einen Jahresdurchschnittsbestand von 339.976. Alle Bundesländer trugen zu dieser positiven Entwicklung für Österreich ihren Teil bei, allen voran die Steiermark, die einen Rückgang von -9,5 % bzw. -4.198 auf 40.189 vorgemerkte Arbeitslose realisierte. Die Bundesländer Tirol mit -8,7 %, Burgenland mit -6,8 % und Kärnten mit -6,3 % realisierten ebenfalls überdurchschnittliche Verringerungen bei der Zahl der vorgemerkten arbeitslosen Personen. In Vorarlberg (-1,1 %) und Niederösterreich (-3,1 %) wurden die geringsten Rückgänge verzeichnet. Ein Wermutstropfen der aktuellen Entwicklung ist jedoch, dass die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auch 2017 deutlich über dem Vorkrisenniveau lag. Ausgewählte Details für die Steiermark und Österreich sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

Das Jahr 2017 brachte die stärkste relative Verringerung (-9,5 %) und zweithöchste absolute Verringerung (-4.198) der Arbeitslosigkeit in der Steiermark im Bundesländervergleich. In Gesamtösterreich kam es zu einer Reduktion um -4,9 %.

Von der sehr positiven Entwicklung am österreichischen und speziell am steirischen Arbeitsmarkt, unter anderem getrieben von der Produktionsausweitung der Magnawerks am Standort Graz, wo rund 3.000 neue Arbeitsplätze bis Mitte 2018 geschaffen werden sollen, konnten Frauen wie Männer gleichermaßen profitieren. Im Jahresdurchschnitt 2017

waren steiermarkweit 17.230 Frauen und 22.960 Männer als arbeitslos vorgemerkt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um -7,7 % bzw. -1.442 bei den Frauen und -10,7 % bzw. -2.756 bei den Männern. In beiden Fällen fand in der Steiermark eine deutlich günstigere Entwicklung als im österreichischen Durchschnitt statt (-3,7 % vs. -5,7 %).

Im Vergleich zur Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen wurde die Zahl der Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS in Österreich deutlich ausgeweitet. Diese Dynamik wurde in Österreich vor allem von asylberechtigten Personen getrieben. Für diese Personengruppe werden spezielle Kurse angeboten, insbesondere Sprachkurse, da Sprachkenntnisse als essenzielle Grundvoraussetzungen für eine Integration, egal auf welcher Ebene, gesehen werden. Im Jahresdurchschnitt 2017 waren in Österreich 72.098 Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS, ein Zuwachs von +7,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Frauen (+7,4 %) wie Männer (+7,2 %) trugen diese Entwicklung gleichermaßen. In der Steiermark kam es zu einer Steigerung um +4,8 % bzw. +380 auf durchschnittlich 8.341 Personen in Schulungsmaßnahmen. Frauen waren um +1,8 % bzw. +74 und Männer um +8,2 % bzw. +305 stärker vertreten als im Vorjahr. Im Bundesländervergleich hatte das Bundesland Wien den höchsten Zuwachs an Schulungsteilnehmern mit +12,7 % auf durchschnittlich 31.073 Personen zu verzeichnen. Somit stellte Wien rund 43 % aller Personen in Schulungsmaßnahmen.

Bei der gemeinsamen Betrachtung von als arbeitslos vorgemerkten Personen und Personen in Schulung konnte 2017 ein Rückgang von -2,9 % in Österreich gemessen werden. Alle Bundesländer, voran die Bundesländer Tirol mit -7,8 % und die Steiermark mit -7,3 %, erzielten Rückgänge, wobei in Wien mit -0,5 % die geringste Abnahme verzeichnet wurde.

Vorgemerkte Arbeitslose (AL) und Personen in Schulung 2017 und Veränderungen in %

Veränderungen in % bzw. Absolutwerte		Absolut	Gesamtperiode	Subperiode	
		2017	2017/2013	Ø2016/2013	2017/2016
Gesamt					
AL und Personen in Schulung	Österreich	412.074	14,2	5,6	-2,9
	Steiermark	48.531	1,9	3,2	-7,3
davon Arbeitslose	Österreich	339.976	18,4	7,6	-4,9
	Steiermark	40.189	3,8	4,7	-9,5
davon Personen in Schulung	Österreich	72.098	-1,9	-2,9	7,3
	Steiermark	8.341	-6,2	-3,6	4,8
Frauen					
AL und Personen in Schulung	Österreich Frauen	182.448	14,3	5,2	-1,8
	Steiermark Frauen	21.546	0,5	2,2	-6,0
davon Arbeitslose	Österreich Frauen	147.150	20,6	7,8	-3,7
	Steiermark Frauen	17.230	4,9	4,4	-7,7
davon Personen in Schulung	Österreich Frauen	35.297	-6,3	-4,4	7,4
	Steiermark Frauen	4.316	-13,9	-5,4	1,8
Männer					
AL und Personen in Schulung	Österreich Männer	229.626	14,2	5,9	-3,8
	Steiermark Männer	26.985	3,1	4,0	-8,3
davon Arbeitslose	Österreich Männer	192.825	16,7	7,4	-5,7
	Steiermark Männer	22.960	3,0	4,9	-10,7
davon Personen in Schulung	Österreich Männer	36.801	2,7	-1,4	7,2
	Steiermark Männer	4.025	3,7	-1,4	8,2

Tabelle 9

Quelle: AMS Österreich.

Die Vormerkdauer⁶ der arbeitslos gemeldeten Personen in der Steiermark entsprach wie auch bereits in den vorangegangenen Jahren weitgehend dem Österreichdurchschnitt. Steiermarkweit wiesen rund die Hälfte (49,4 %) der insgesamt 40.189 im Jahresdurchschnitt 2017 beim AMS als arbeitslos vorgemerkten Personen eine Vormerkdauer von bis zu drei Monaten aus. 18,5 % waren zwischen drei und sechs Monate als arbeitslos vorgemerkt und 14,3 % zwischen einem halben Jahr und einem Jahr. Von Langzeitarbeitslosigkeit, d. h. von einer Vormerkdauer von mindestens einem Jahr, waren in der Steiermark 17,8 % der Personen betroffen, wie aus nachfolgender Abbildung hervorgeht. Im Vorjahresvergleich konnte die Zahl der Personen am deutlichsten in den Gruppen mit einer Vormerkdauer zwischen sechs und zwölf Monaten (-19,4 %) und zwischen drei und sechs Monaten (-16,5 %) gesenkt werden. Die Gruppe mit einer Vormerkdauer bis drei Monate reduzierte sich um -6,9 %, die Gruppe der langzeitarbeitslosen Personen nahm um +2,0 % zu.

Im Bundesländervergleich waren die höchsten Anteile der Langzeitarbeitslosigkeit den Bundesländern Niederösterreich (23,0 %), Wien (18,2 %), Steiermark (17,8 %) und Burgenland (17,7 %) zuzuordnen. Die höchsten Anteile von Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer von bis zu drei Monaten zeigten sich hingegen mit Abstand in Tirol (68,3 %), Salzburg (62,4 %) und Vorarlberg (58,1 %).

Im Vergleich zum Vorjahr sank in Österreich, wie auch in allen Bundesländern (mit der Ausnahme von Vorarlberg in der Kategorie bis unter drei Monate), die Arbeitslosigkeit in den Kategorien bis unter drei Monate (-4,2 %), drei bis sechs Monate (-9,8 %) und sechs Monate bis unter ein Jahr (-10,3 %). Die Anzahl der Personen, die ein Jahr und länger in Arbeitslosigkeit waren, stieg in Österreich moderat an (+5,4 %). In Tirol (-8,5 %) und Kärnten (-0,2 %) wurden Rückgänge verzeichnet, in allen anderen Bundesländern kam es zu Ausweitungen, die stärkste wurde in Salzburg mit +16,6 % gemessen.

Anteile der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahr 2017 nach Vormerkdauer und Bundesländern in %

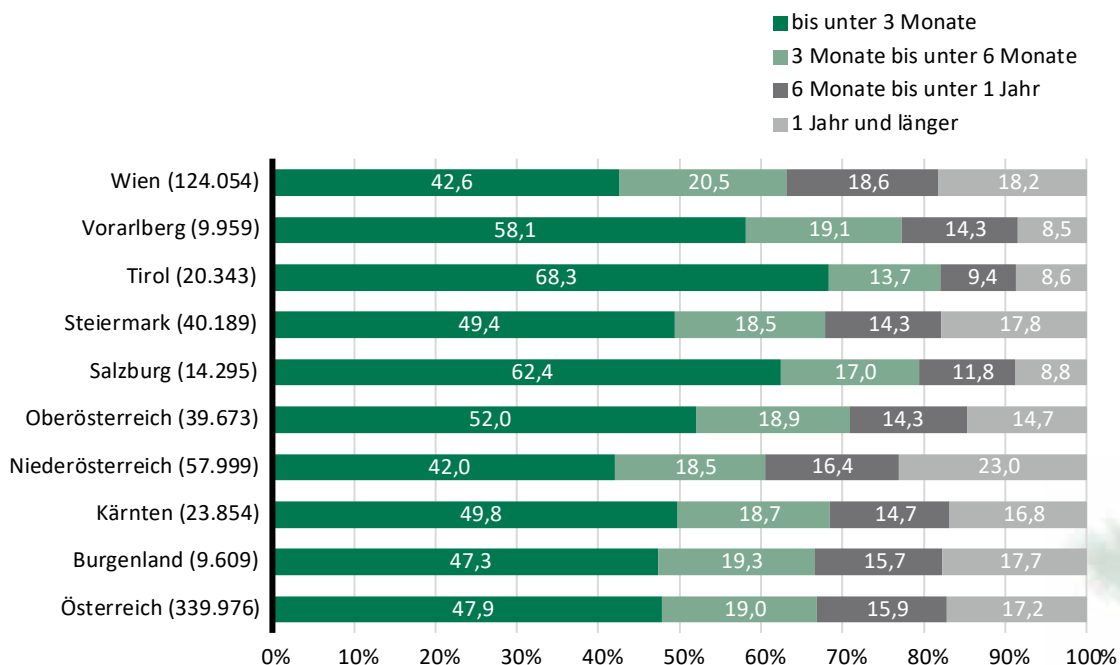


Abbildung 28 Quelle: AMS Österreich.

⁶ Die Vormerkdauer lt. AMS ist jene Zeitspanne, die zwischen dem Beginn einer Arbeitslosigkeit und dem Stichtagsdatum liegt.

2.7.1 Arbeitslosenquote

Das stark dynamische konjunkturelle internationale wie nationale Umfeld bewirkte ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum und eine deutliche, wenn auch von vielen Experten als zu gering eingestufte Verringerung der Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen. Die aus diesen beiden Größen abgeleitete Arbeitslosenquote (ALQ)⁷ sank im Jahresdurchschnitt in der Steiermark deutlich um -0,9 %-Punkte auf 7,3 % und lag somit erneut unter der nationalen Arbeitslosenquote. In Österreich wurde ein Rückgang

von -0,5 %-Punkten auf 8,5 % verzeichnet. Im direkten Vergleich der Bundesländer wurden die höchsten Arbeitslosenquoten in Wien (13,0 %), Kärnten (10,2 %) und Niederösterreich (8,7 %) beobachtet, die niedrigsten hingegen in Salzburg (5,3 %) und in den Bundesländern Oberösterreich, Vorarlberg und Tirol mit jeweils 5,8 %. In allen Bundesländern kam es zu einer Reduktion der Arbeitslosenquote im Vergleich zu 2016.

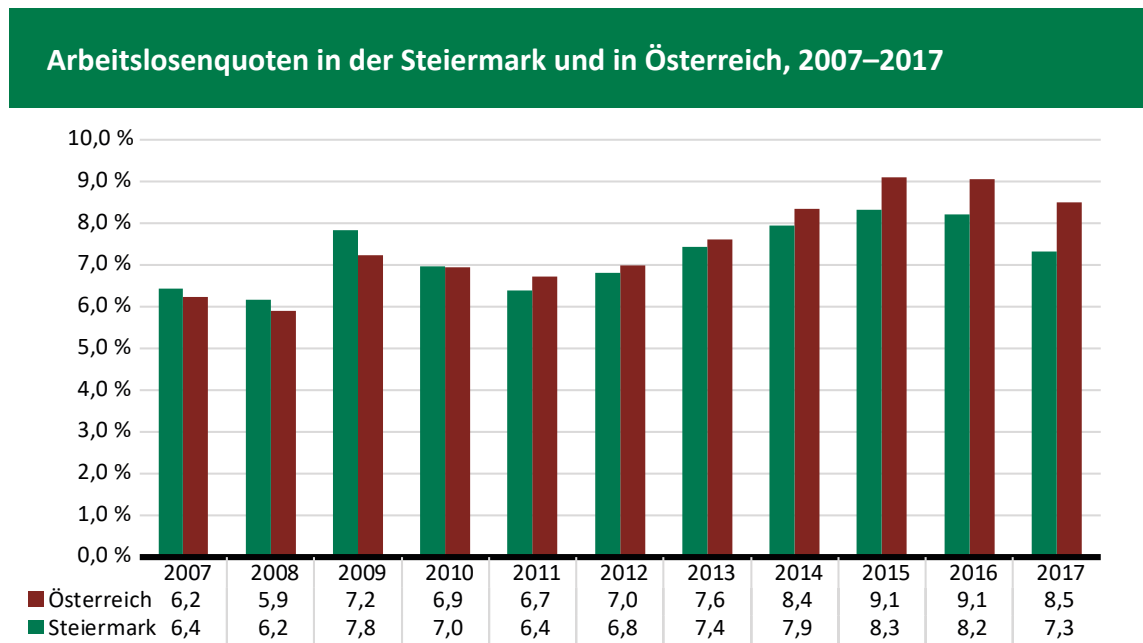


Abbildung 29 Quelle: AMS Österreich.

⁷ Die Arbeitslosenquote wird wie folgt errechnet: Die Anzahl der beim AMS vorgemerkten arbeitslosen Personen wird durch das Arbeitskräftepotenzial dividiert. Das Arbeitskräftepotenzial ergibt sich aus der Summe der vorgemerkten Arbeitslosen laut AMS und der Gesamtsumme aller in der Beschäftigtenstatistik des HVSV gezählten Beschäftigungsverhältnisse.

Die Arbeitslosenquote in der Steiermark sank im Jahr 2017 um -0,9 %-Punkte auf 7,3 %.

Nach dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenquote im Krisenjahr 2009 zeichnete sich bis 2011 eine Erholung des Arbeitsmarktes ab. Im Zeitraum 2012 bis 2015 stieg die Arbeitslosenquote jedoch wieder an. Im Jahr 2016 kam es dann zu einer erstmaligen Reduktion der Arbeitslosenquote, die sich im Jahr

2017 deutlich fortsetzte. So sank die Arbeitslosenquote der Frauen in der Steiermark um -0,7 %-Punkte auf 6,8 % (Österreich: -0,4 %-Punkte auf 7,9 %). Die Arbeitslosenquote bei den Männern reduzierte sich noch deutlicher um -1,1 %-Punkte auf 7,7 % in der Steiermark und in Österreich um -0,7 %-Punkte auf 9,0 %. Wie die nachfolgende Abbildung verdeutlicht, unterschritt die Arbeitslosenquote des Jahres 2017 erneut jene des Krisenjahres 2009, lag aber weiterhin über den Vorkrisenwerten.

Frauen- und Männerarbeitslosenquoten in % für Österreich und die Steiermark in den Jahren 2007–2017

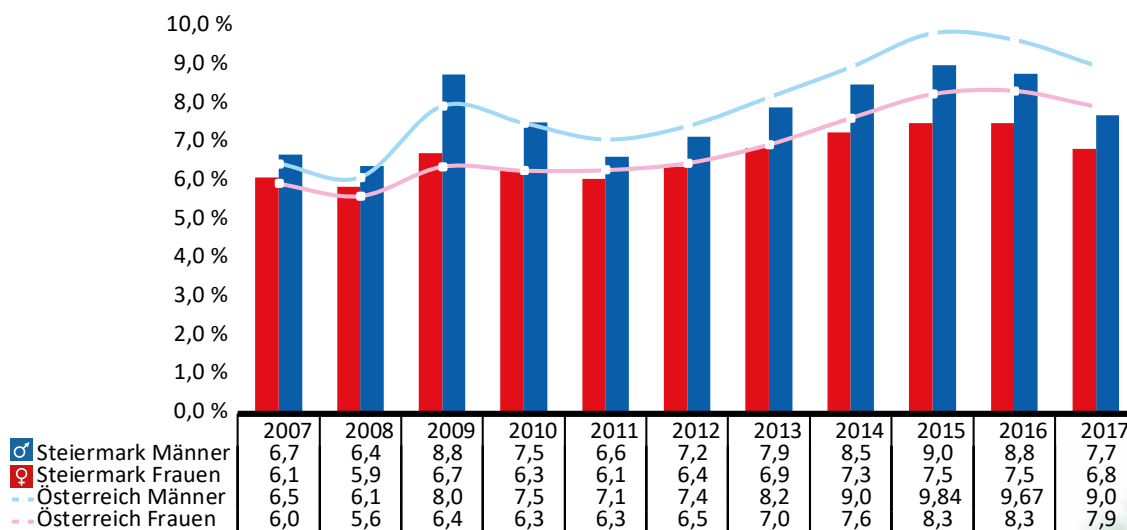


Abbildung 30 Quelle: AMS Österreich.

2.7.2 Arbeitslosigkeit nach ausgewählten sozioökonomischen Merkmalen

Arbeitslose nach Geschlecht und Ausbildung

In der Steiermark reduzierte sich im Jahresdurchschnitt 2017 die Zahl der beim AMS als arbeitslos vorgemerkten Personen auf 40.189 (-9,5 % weniger als 2016) deutlich. Von den Ausbildungskategorien „keine Angabe bzw. kein Abschluss“, „Pflichtschule“, „Lehre und mittlere Schule“, „Matura“ und „Universität“ waren die Kategorien „maximal Pflichtschule“ (16.958 Personen) und „Lehre und mittlere Schule“ (16.593) mit jeweils 42,2 % aller in der Steiermark als arbeitslos vorgemerkten Personen am stärksten vertreten. 9,3 % der Arbeitslosen (3.731 Personen) wiesen die Matura und 6,3 % (2.548) eine tertiäre Ausbildung auf. Die beiden letzten Gruppen verzeichneten etwas höhere Anteile als im Vorjahr.

Die Stadt Graz wies 2017 den höchsten Anteil der als arbeitslos gemeldeten Personen bei den Ausbildungskategorien Universität, Matura und Pflichtschule aus.

Im direkten Vergleich über die steirischen Bezirke hinweg zeigte sich ein eindeutiges Bild. Der höchste Anteil der als arbeitslos vorgemerkten Personen mit Universitätsabschluss und damit anteilmäßig auch weit über dem Steiermarkdurchschnitt (6,3 %) war im Zentralraum Graz zu finden. Die Stadt Graz wies 2017 erneut nicht nur den höchsten Anteil bei den Arbeitslosen mit Universitätsabschluss (11,7 %) und Matura (11,6 %) auf, sondern auch bei jenen mit maximal Pflichtschulabschluss (51,1 %). Der höchste Anteil der als arbeitslos vorgemerkten Personen mit Lehre oder Abschluss einer mittleren Schule zeigte sich in Murau mit 63,1 % gefolgt von den Bezirken Weiz (55,1 %) und Liezen (55,0 %). Die geringsten Anteile im Bereich der höheren Ausbildungskategorien wurden im Bezirk Südoststeiermark beobachtet („Matura“: 6,0 %; „Universität“: 2,3 %).

Anteile der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahr 2017 nach Ausbildung und Bezirken

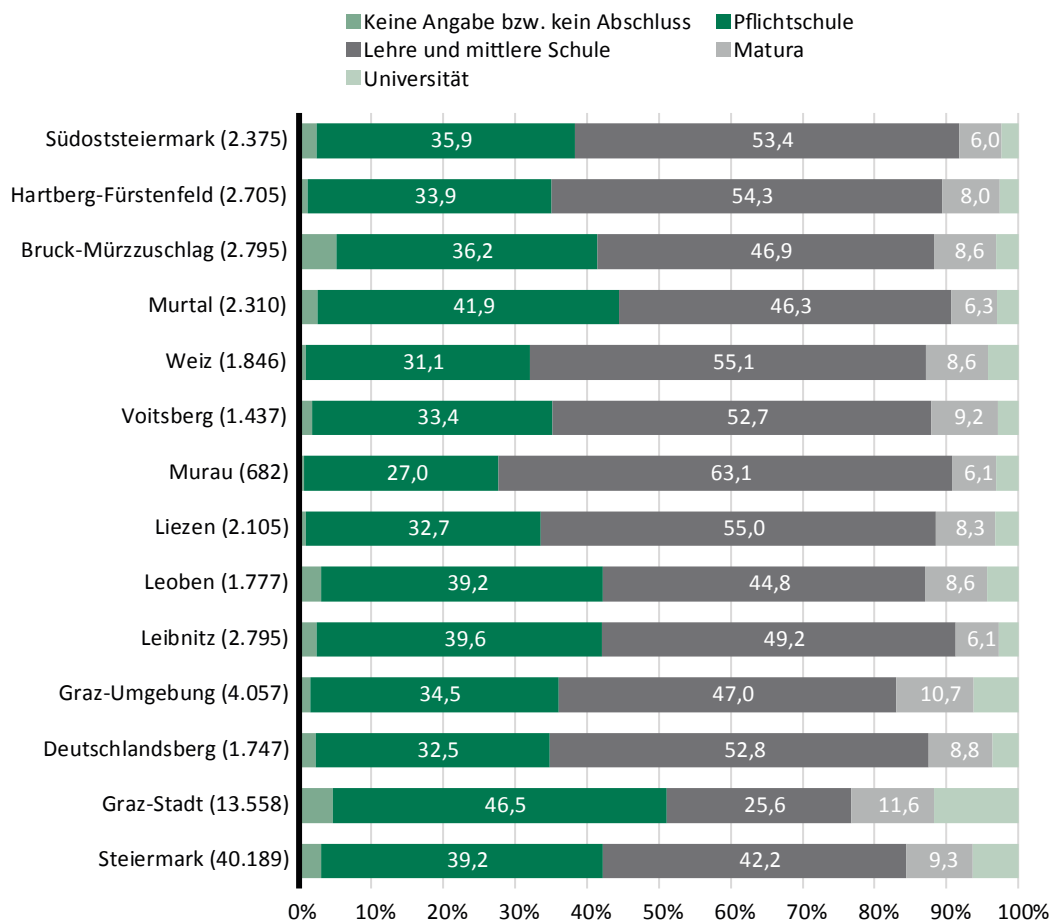


Abbildung 31 Quelle: AMS Österreich.

Innerhalb der betrachteten Ausbildungskategorien überwog der Frauenanteil mit 55,1 % lediglich im universitären Bereich. In der Ausbildungskategorie „maximal Pflichtschule“ betrug der Frauenanteil 44,3 % und bei „Lehre und mittlere Schule“ 38,3 %. Anteilsmäßig etwa gleich stark betroffen waren Personen mit Matura (Frauen: 49,1 %).

Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten alle Ausbildungskategorien Rückgänge an als arbeitslos vorgemerkten Personen. Die Rückgänge in den Ausbildungskategorien „Universität bzw. Hochschule“ (-1,8 %) und „Matura“ (-6,5 %) waren unterdurchschnittlich, jene in den Gruppen „keine abgeschlossene Pflichtschule“ (-10,0 %), „Pflichtschulabschluss“ (-9,5 %) und „Lehre und mittlere Schule“ (-11,1 %) lagen hingegen im Steiermarkdurchschnitt (-9,5 %).

Vorgemerkte Arbeitslose in der Steiermark nach Geschlecht und Ausbildung im Jahr 2017

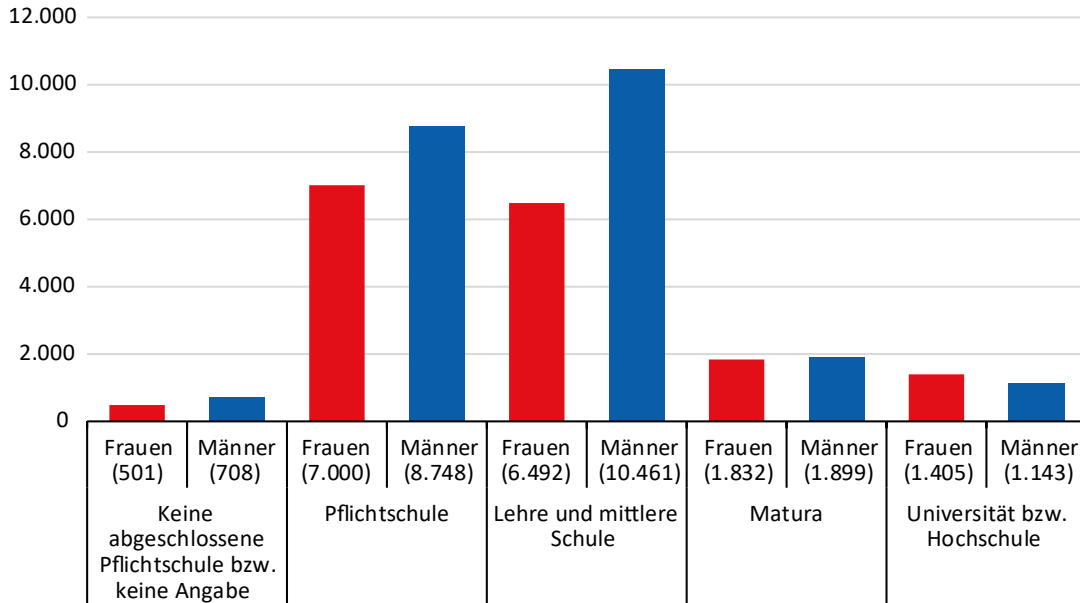


Abbildung 32 Quelle: AMS Österreich.

Arbeitslose nach Geschlecht und Vormerkdauer

Unterteilt in die Altersgruppen „bis 24 Jahre“, „25 bis 49 Jahre“ und „50 Jahre und älter“ waren im Jahr 2016 in der Steiermark 11,3 % der arbeitslos gemeldeten Personen unter 25 Jahre alt. 57,7 % der Personen waren in der Altersklasse „25 bis 49 Jahre“ und 31,0 % der als arbeitslos vorgemerkten Personen waren 50 Jahre und älter, hier kam es zu einem Anstieg gegenüber 2016 um +2,7 %-Punkte. Geschlechterspezifisch betrachtet überwiegt der Männeranteil der als arbeitslos vorgemerkten Personen in allen betrachteten Altersgruppen.

Unterteilt nach Vormerkdauer war 2017 die Kategorie „unter 3 Monaten“ in allen Altersgruppen am häufigsten zu beobachten. Rund jede zweite vorge-

merkte arbeitslose Person in der Steiermark (49,4 %; Österreich: 47,9 %) war dieser Kategorie zuzuordnen. Durchschnittlich wurden 19.837 Personen (-6,9 %) in dieser Kategorie in der Steiermark gezählt. In der Kategorie „3 Monate bis unter 6 Monate“ gab es einen Rückgang um -16,5 % auf 7.439 Personen. Bei der Vormerkdauer von „6 Monaten bis unter 1 Jahr“ wurden -19,4 % weniger (5.747 Personen) gezählt. Die Gruppe mit einer Vormerkdauer von „1 Jahr und länger“ nahm erneut zu, wenn auch nur geringfügig

In der Steiermark stellte die Altersgruppe „50 Jahre oder älter“ im Jahr 2017 31,0 % aller als arbeitslos vorgemerkten Personen.

(+2,0 %; Österreich: +5,4 %). Auch in Gesamtösterreich zeigte sich dieser Trend, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht.

Bei den unter 25-jährigen Personen war eine Vormerkdauer von bis zu 3 Monaten in der Steiermark mit einem Anteil von 77,7 % am häufigsten. Bei den 25- bis 49-Jährigen betrug dieser Anteil 51,1 % und in der Altersgruppe „50 Jahre und älter“ 35,8 %. Diese Altersgruppe war auch jene, die mit einem Anteil von mehr als einem Viertel (28,7 %) am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen war. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Langzeitarbeitslosigkeit in der Altersgruppe „bis 24 Jahre“ um +48,9 % bzw. +19 Personen auf durchschnittlich 57 Personen. Ebenfalls gestiegen ist diese in der Altersgruppe „50 Jahre und älter“, hier um +16,1 % bzw. +495 auf durchschnittlich 3.576 Personen. In der Altersgruppe „25 bis 49 Jahre“

kam es zu einem Rückgang von -9,6 % bzw. -376 auf durchschnittlich 3.533 Personen.

Im Vergleich zum Vorjahr sank die Zahl der betroffenen Personen in allen betrachteten Altersgruppen. 2017 waren durchschnittlich 12.442 Personen (-0,8 % gegenüber dem Vorjahr; Österreich: +2,7 %) ab 50 Jahren in der Steiermark als arbeitslos vorgemerkt. Bei den unter 25-Jährigen reduzierte sich die Zahl der betroffenen Personen sehr deutlich um -19,4 % auf 4.539 (Österreich: -14,5 %). Auch in der Altersgruppe 25 bis 49 Jahre kam es zu einem Rückgang um -11,5 % auf 23.208 (Österreich: -6,4 %).

Vorgemerkte Arbeitslose nach Vormerkdauer in der Steiermark und in Österreich 2017

Vormerkdauer	2017		Veränderung zu 2016 in %	
	Steiermark	Österreich	Steiermark	Österreich
bis unter 3 Monate	19.837	162.727	-6,9	-4,2
3 Monate bis unter 6 Monate	7.439	64.612	-16,5	-9,8
6 Monate bis unter 1 Jahr	5.747	54.100	-19,4	-10,3
1 Jahr und länger	7.167	58.537	2,0	5,4
Gesamt	40.189	339.976	-9,5	-4,9

Tabelle 10

Quelle: AMS Österreich.

Vorgemerkte Arbeitslose in der Steiermark nach Geschlecht, Altersgruppen und Vormerkdauern im Jahr 2017

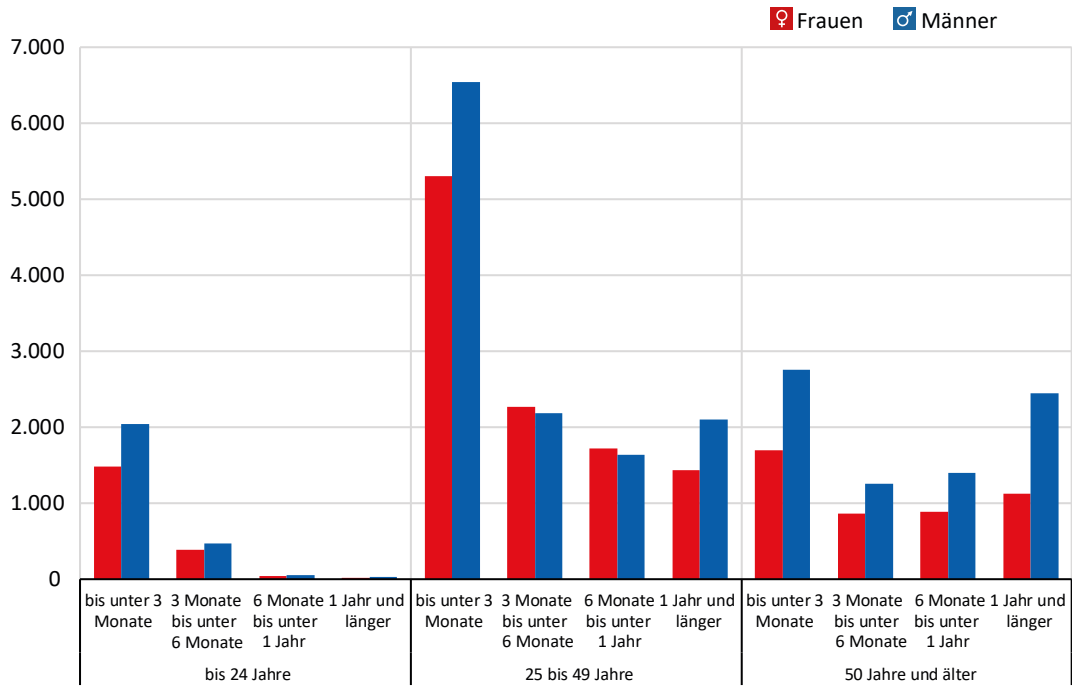


Abbildung 33 Quelle: AMS Österreich.

Arbeitslose nach Geschlecht und Berufsabteilung

Unterteilt nach Berufsabteilungen entfiel im Jahr 2017 der höchste Anteil von den insgesamt 40.189 Personen, die in der Steiermark beim AMS als arbeitslos vorgemerkt waren, auf den Bereich „Industrie/Gewerbe“. Dieser Berufsabteilung waren 37,8 % der betroffenen Personen zuzuordnen. Den zweithöchsten Anteil mit 23,1 % nahm die Abteilung „Dienstleistungen“ ein. Weiters entfielen 13,7 % auf „Handel/Verkehr“ und 10,8 % auf die Berufsabteilung „Verwaltung/Büro“ (siehe dazu Abbildung 34). Die Struktur verschob sich im Vorjahresvergleich nur geringfügig. Alle Berufsabteilungen verzeichneten Rückgänge im Durchschnittsbestand.

2017 ging in allen Berufsabteilungen die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen zurück.

Geschlechterspezifisch betrachtet waren 2017 die höchsten Frauenanteile bei den vorgemerkten arbeitslosen Personen mit 71,3 % (2.146 Frauen) der Abteilung Gesundheit zuzuordnen, gefolgt von den „Dienstleistungen“ mit 67,9 % (6.303 Frauen). Männer waren hingegen mit einem Anteil von 84,9 % (12.908 Männer) in der Abteilung „Industrie/Gewerbe“ am stärksten vertreten. Zudem war vor allem in der Berufsabteilung „Technische Berufe“ ein hoher Männeranteil zu beobachten (81,0 %; 1.182 Männer).

In der Steiermark reduzierte sich die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen gegenüber dem Jahr 2016 in den Berufsabteilungen „Industrie/Gewerbe“ (-12,3 %), „Handel/Verkehr“ (-10,4 %) und

„Verwaltung/Büro“ (-9,8 %) überdurchschnittlich. Geringere Rückgänge der Arbeitslosigkeit gab es in den Berufsgruppen „Unbestimmt“ (-0,5 %) sowie „Gesundheit“ (-3,8 %) und „Dienstleistungen“ (-6,0 %).

Vorgemerkte Arbeitslose in der Steiermark im Jahr 2017 nach Berufsabteilungen und Geschlecht

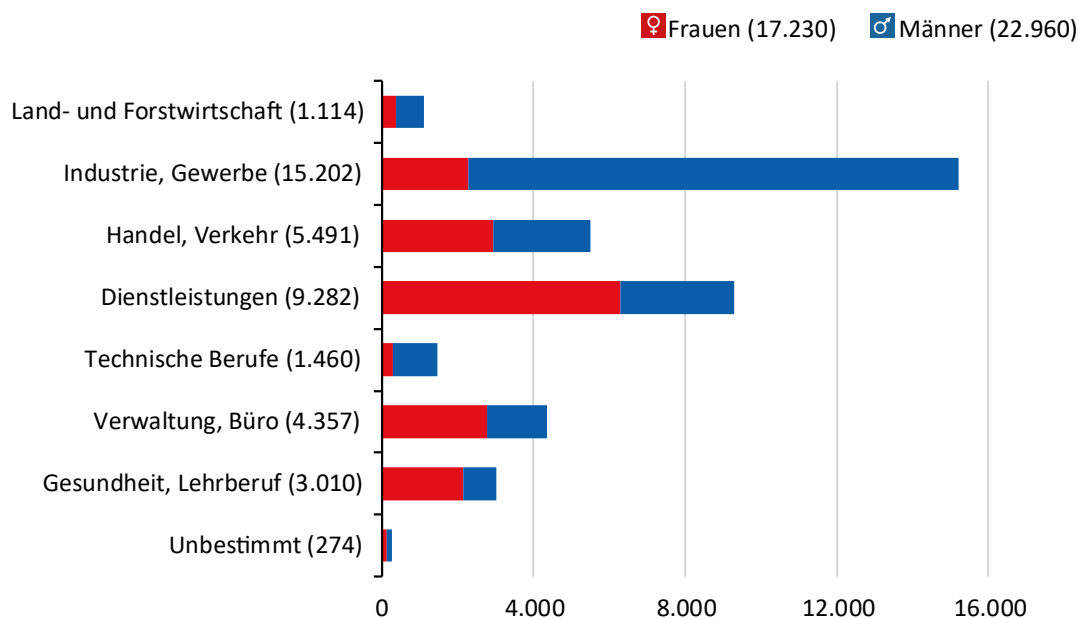


Abbildung 34 Quelle: AMS Österreich.

Offene Stellen nach Berufsabteilung

Die sich immer stärker beschleunigende Konjunktur brachte 2017 einen erneuten enormen Anstieg der beim AMS gemeldeten offenen Stellen. Im Jahresdurchschnitt 2017 wurden beim AMS Steiermark 7.408 offene Stellen gemeldet und somit um insgesamt +2.530 bzw. +51,9 % mehr als im Vorjahr. Der höchste Anteil an offenen Stellen war der Abteilung „Industrie/Gewerbe“ (41,4 %; 3.065 offene Stellen) zuzurechnen, gefolgt von „Dienstleistungen“ (19,0 %; 1.408) und „Handel/Verkehr“ (13,6 %; 1.006), siehe dazu nachfolgende Abbildung.

Unterteilt nach Berufsabteilung meldeten im Jahr 2017 alle Unternehmen in sämtlichen Bereichen deutlich mehr offene Stellen als noch im Vorjahr. Absolut gesehen konnte das größte Plus in den Abteilungen „Industrie/Gewerbe“ (+1.178 offene Stellen; +62,5 %), „Dienstleistungen“ (+420; +42,4 %) und „Handel/Verkehr“ (+382; +61,3 %) beobachtet werden.

2017 stieg in der Steiermark die Zahl der offenen Stellen um +51,9 % auf durchschnittlich 7.408.

Offene Stellen in der Steiermark im Jahr 2017 nach Berufsabteilungen

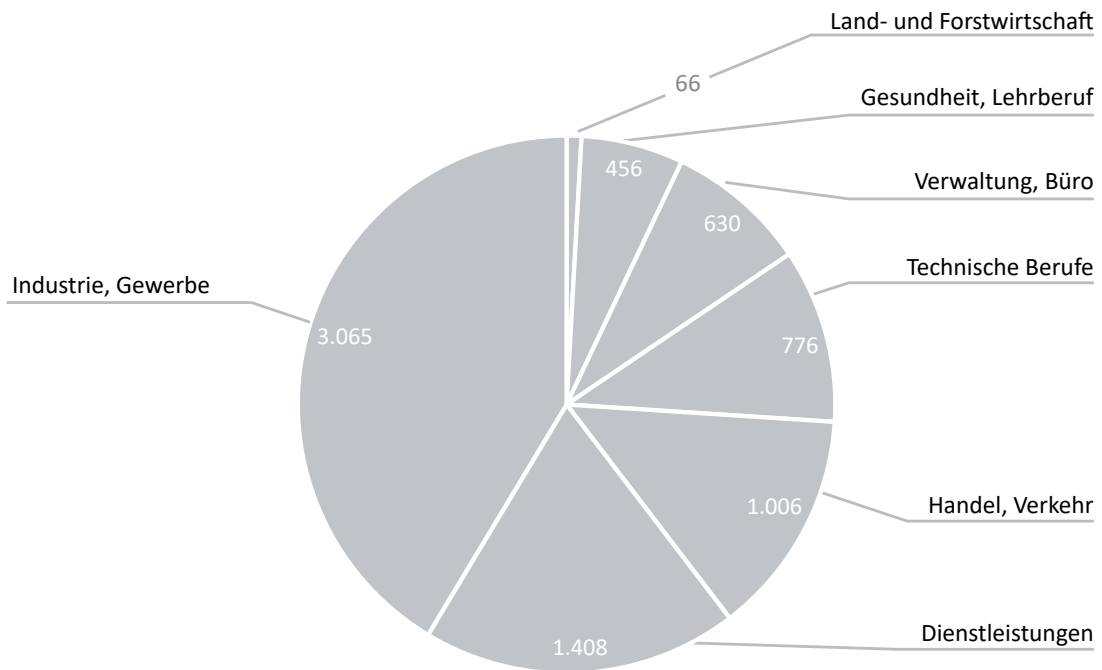


Abbildung 35 Quelle: AMS Österreich.

Regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit

Regional betrachtet zeigte sich für das Jahr 2017 folgende Verteilung der als arbeitslos vorgemerkten Personen: Von den steiermarkweit 40.189 Personen waren ein Drittel (33,7 %) Graz-Stadt, 10,1 % dem Bezirk Graz-Umgebung und 7,0 % den Bezirken Bruck/Mürzzuschlag und Leibnitz zuzuordnen. Am unteren Ende der Anteilsbetrachtung stehen die Bezirke Murau mit 1,7 % und Voitsberg mit 3,6 % aller in der Steiermark arbeitslos gemeldeten Personen. Die stärksten Rückgänge an vorgemerkten arbeitslosen Personen im Jahresdurchschnitt 2017 gab es im Bezirk Voitsberg mit -17,4 % bzw. -302, gefolgt von den Bezirken Weiz mit -13,6 % bzw. -291, Bruck-Mürzzuschlag mit -13,1 % bzw. -423 und Deutschlandsberg

mit -13,1 % bzw. -262. Die Bezirke Liezen (-6,8 %), Graz-Umgebung (-7,2 %) und Graz-Stadt mit -7,3 % verzeichneten die geringsten Rückgänge an vorgemerkten arbeitslosen Personen.

Die Arbeitslosenquote konnte 2017 in allen Bezirken der Steiermark gesenkt werden.

Die Arbeitslosenquote (ALQ)⁸ reduzierte sich in der Steiermark im Jahr 2017 um -0,9 %-Punkte auf 7,3 %. Im Österreichdurchschnitt kam es zu einer Verringerung um -0,5 %-Punkte auf 8,5 %. In allen Bundesländern kam es zu einer Reduktion der Arbeitslosenquote gesamt sowie auch bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung.

⁸ Seit 2008 wird die regionale Arbeitslosenquote (auf NUTS-3-Ebene) ähnlich der nationalen bzw. jener auf Bundeslandebene (NUTS 2) berechnet: vorgemerkte Arbeitslose dividiert durch vorgemerkte Arbeitslose plus unselbstständig Beschäftigte nach Wohnortbezirk lt. HVSV. Mit Betrachtung der unselbstständig Beschäftigten am Wohnort wird gewährleistet, dass sich keine Verzerrungen der regionalen Arbeitslosenquote durch das Pendelverhalten ergeben.

Im innersteirischen Vergleich auf Bezirksebene zeigte sich abermals in Graz-Stadt die höchste Arbeitslosenquote (11,9 %; 2016: 13,2 %), gefolgt von Murtal (7,6 %; 2016: 8,4 %) und Leibnitz (7,5 %; 2016: 8,4 %), wie in nachfolgender Abbildung dargestellt. Die Arbeitslosenquote aller anderen Bezirke lag unter dem steirischen Durchschnitt. Die geringste Arbeits-

losenquote nach Weiz (4,6 %; 2016: 5,4 %) zeigte sich wiederum in Graz-Umgebung (5,2 %; 2016: 5,7 %).

Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Arbeitslosenquote in allen 13 Bezirken gesenkt werden. Die stärksten Rückgänge zeigten sich in den Bezirken Voitsberg, Graz-Stadt und Bruck-Mürzzuschlag.

Arbeitslosenquoten in % der unselbstständigen Erwerbspersonen auf Bezirksebene für die Steiermark (Jahresdurchschnitt 2017)

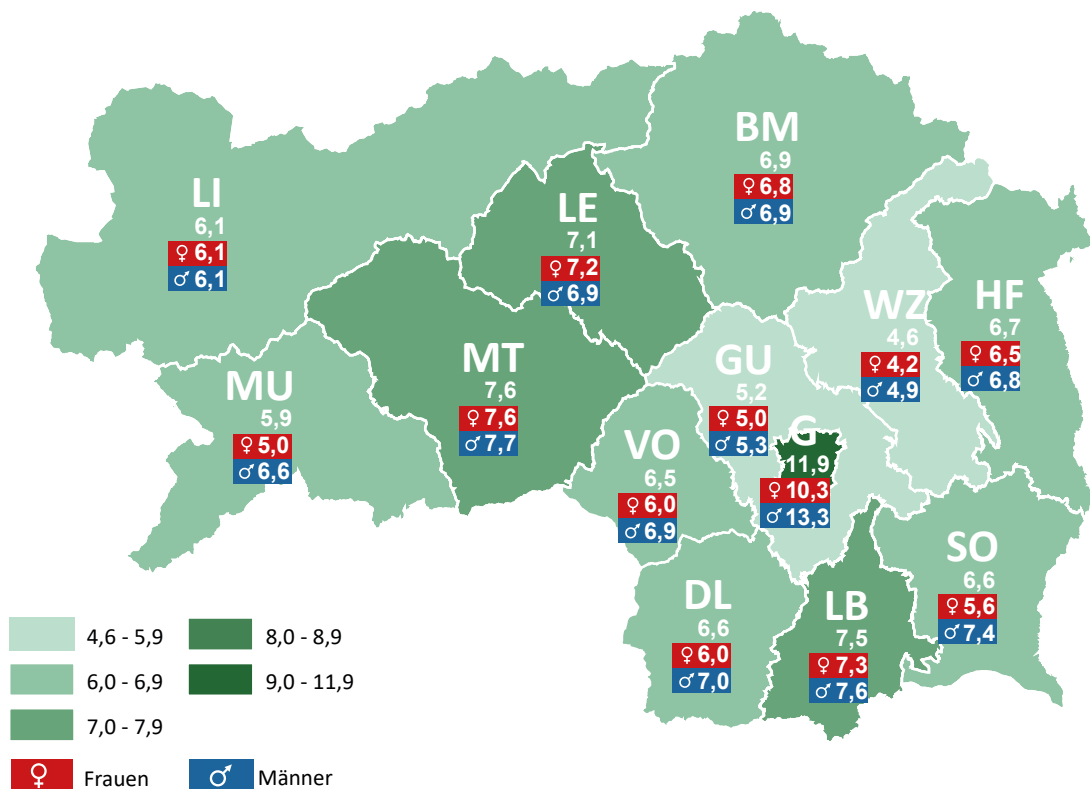


Abbildung 36 Quelle: AMS Österreich, Darstellung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

2.7.3 Arbeitslosigkeit nach Nationalitäten

Im Jahr 2017 besaß mehr als ein Fünftel (22,5 %) der vorgemerkten arbeitslosen Personen in der Steiermark keine österreichische Staatsbürgerschaft: Im Jahresdurchschnitt waren 31.163 Personen (-10,5 %) mit einer österreichischen und 9.027 (-5,7 %) mit einer nicht österreichischen Staatsbürgerschaft beim AMS als arbeitslos registriert. Davon waren den zehn am häufigsten vertretenen Nationalitäten rund zwei Drittel (66,5 %) aller als arbeitslos vorgemerkten Personen (mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft) zuzuordnen, darunter: Rumänien (1.383), Türkei (964), Kroatien (819), Bosnien-Herzegowina (779) und Deutschland (572). Eine nennenswerte Erhöhung der Arbeitslosigkeit nach einzelnen Staaten ist aus den vorhandenen Daten nicht ersichtlich.

Die Anzahl der als arbeitslos vorgemerkten Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft konnte im Jahr 2017 erstmals seit Jahren wieder gesenkt werden (-5,7 %). Im Jahr 2016 kam es noch zu einer Ausweitung von +6,9 % nach +13,1 % im Jahr 2015. Im Gegensatz dazu sank die Arbeitslosigkeit von Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Jahr 2017 um -10,5 % nach -2,0 % im Jahr 2016 und einem Anstieg von +4,6 % im Jahr 2015. Frauen (-2,6 %) wie Männer (-7,8 %) mit einer nicht österreichischen Staatsbürgerschaft waren im Jahr 2017 weniger von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl inländischer Frauen bei den vorgemerkten Arbeitslosen sank um -9,1 %, die der Männer um -11,6 %.

2.8 Unternehmensgründungen in der Steiermark⁹

Wie beinahe alle Statistiken ist auch die Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Österreich immer wieder neuen Anpassungen unterworfen. Die wichtigste Anpassung der letzten Jahre war die ausdrückliche Regelung der selbstständigen Personenbetreuung in der Gewerbeordnung, die zu einem sprunghaften Anstieg von Mitglieder- und Gründungszahlen im Jahr 2008 führte. Mit dem Berichtsjahr 2015 wurde die zugrunde liegende Datenbasis zur Berechnung der Gründungen durch die Wirtschaftskammer Österreich neu aufgebaut.

Im Jahr 2017 wurden in Österreich 39.965 Neugründungen (inklusive selbstständige Personenbetreuer) registriert (-2,1 % gegenüber dem Vorjahr). Ohne Personenbetreuer waren es 29.878 Gründungen (bzw. +1,9 %).

In der Steiermark stieg die Zahl der registrierten Gründungen¹⁰ auf 6.247 (+0,7 % gegenüber dem Vorjahr) – ein neuer Rekordwert. Die Gründungen ohne Personenbetreuer stiegen um +5,5 % ebenfalls auf ein Allzeithoch von 4.149. Zudem wurde hier die höchste Dynamik aller Bundesländer, absolut (+217) und relativ (+5,5 %), erzielt. Die Zahl der Gründungen bei den selbstständigen Personenbetreuern reduzierte sich um -7,7 % auf 2.098. Zu beachten ist, dass derzeit für 2017 nur vorläufige Gründungsdaten verfügbar sind und die endgültigen Daten für 2017 erst mit Juli 2018 veröffentlicht werden.

Im Jahr 2008 wurden 1.086 Gründungen von selbstständigen Personenbetreuern registriert. Mit Ausnahme der Jahre 2009 und 2017 (2.098 Gründungen bzw. -7,7 %) konnte diese Gruppe regelmäßig deutliche Zuwächse verbuchen. Die Gründungszahlen der gewerblichen Gründer hingegen blieb von 2008 bis 2010 annähernd unverändert: Den Rückgängen der Jahre 2011 und 2012 folgten entsprechende Zuwächse in den Jahren 2013 und 2014. Das Jahr 2015 brachte

einen geringen Rückgang von -0,6 % auf 3.635 Gründungen (revidierte Zahlen). Im Jahr 2016 kam es zu einer Zunahme von +8,2 % und im abgelaufenen Jahr 2017 stieg die Zahl der Gründungen um weitere +5,5 % auf 4.149. Die folgende Abbildung zeigt den Zeitverlauf für die Steiermark seit 2008 getrennt nach den beiden genannten Gruppen. In weiterer Folge wird bei der Betrachtung des Gründungsgeschehens nicht mehr zwischen diesen beiden Gruppen unterschieden.

6.247 Unternehmen wurden laut vorläufigen Zahlen 2017 in der Steiermark neu gegründet, ein Plus von +0,7 % im Vorjahresvergleich und gleichzeitig die höchste Zahl an Gründungen, die in der Steiermark je gemessen wurde. Mit 4.149 gewerblichen Gründungen wurde in der Steiermark ebenfalls ein Allzeithoch verzeichnet. Auch stellte die Steiermark im gewerblichen Bereich die höchste relative wie auch absolute Dynamik aller Bundesländer.

In Gesamtösterreich wurden um -2,1 % bzw. -863 weniger Gründungen (inklusive Personenbetreuer) gezählt. Hohe Rückgänge gab es in den Bundesländern Burgenland (-12,5 %), Kärnten (-8,8 %) und Niederösterreich (-3,5 %). Die Steiermark lag mit einer Ausweitung um +0,7 % bzw. +43 an dritter Stelle hinter Tirol (+2,7 %) und Vorarlberg (+2,6 %).

Die steirische Gründungsdynamik wurde, wie auch in den vergangenen Jahren, von Einzelunternehmensgründungen dominiert. Mit 5.634 Neugründungen (+1,0 %) entfielen 90,2 % des steirischen Gründungsgeschehens auf diese Gruppe. Österreichweit betrug der Anteil der Einzelunternehmensgründungen 86,5 % (-2,5 % auf 34.570).

⁹ Über das Gründungsgeschehen der „Neuen Selbstständigen“ gibt es anhand der Verwaltungsdaten der Gewerblichen Sozialversicherung (SVA) keine Informationen. Da der Begriff Gründer bzw. Gründerin in der Statistik nicht vorhanden ist, könnte diese Größe nur über zusätzliche Berechnungsschritte und Annahmen bestimmt werden.

¹⁰ Durch Hinzurechnung der selbstständigen Personenbetreuer in die Gründungsstatistik besteht ab 2008 ein Zeitreihenbruch. Vorjahresvergleiche vor 2008 sind daher nicht aussagekräftig. Die Tätigkeit der selbstständigen Personenbetreuung wurde im Jahr 2007 ausdrücklich in der Gewerbeordnung geregelt; dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Mitglieder- und Gründungszahlen im Jahr 2008. Bei der Aufschlüsselung der Gründungszahlen nach Wirtschaftsbereichen durch die Wirtschaftskammer kann es aufgrund der statistischen Schätzungen zu leichten Abweichungen der Zahlen kommen. So definiert die Gewerbeberechtigung die Zugehörigkeit zum Wirtschaftsbereich, bei mehreren Gewerbeberechtigungen kommt es zu einer Doppelzählung, die Daten werden näherungsweise mittels Schwerpunktzuordnung korrigiert

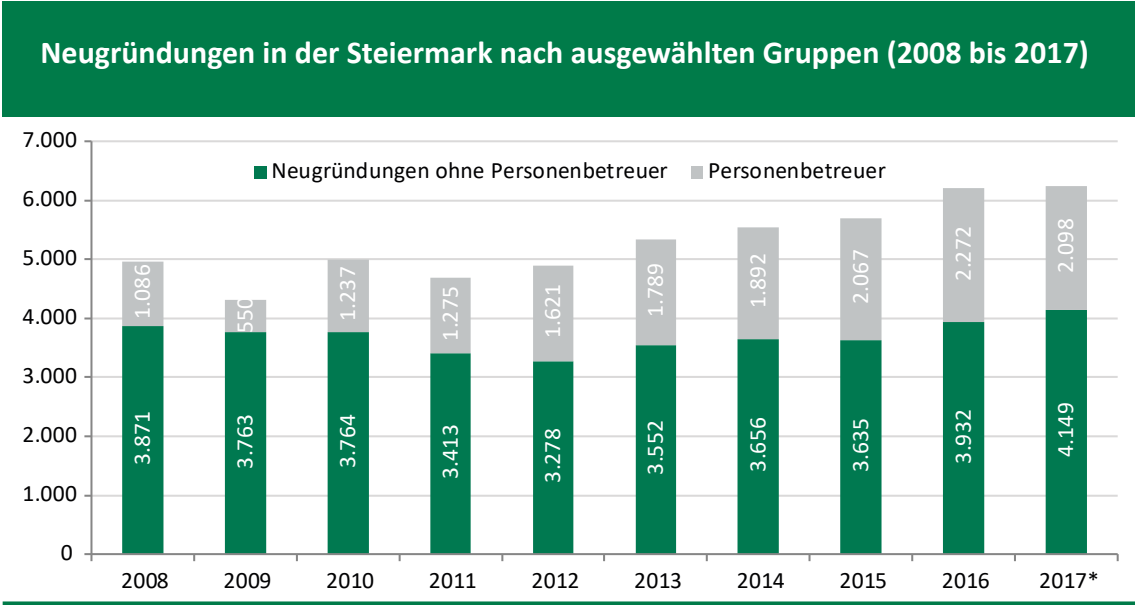


Abbildung 37 Quelle: Wirtschaftskammer Steiermark, Gründungsstatistik; * vorläufige Zahlen.

Im Jahr 2017 wurden in der Steiermark 613 Gesellschaften neu gegründet, ein Rückgang von -2,2 % bzw. -14. In Österreich hingegen stieg die Zahl der Gesellschaftsneugründungen um +0,8 % auf 5.395, getragen von den Bundesländern Wien (+5,4 %) und Vorarlberg (+12,7 %).

Der Anteil der steirischen Unternehmensneugründungen im Jahr 2017 an den gesamten österreichischen Gründungen betrug 15,6 % (dritter Rang im Bundesländerranking). Der höchste Anteil entfiel auf Wien (22,6 %), gefolgt von Niederösterreich (21,1 %). Vorarlberg (3,4 %) und Burgenland (4,3 %) stellten 2017 wiederum die geringsten Anteile am österreichischen Gründungsgeschehen.

Die spartenbezogene Analyse des steirischen Gründungsgeschehens 2017 zeigt deutlich, dass die Dynamik von den Sparten Industrie (+57,1 % bzw. +4 Gründungen), Transport und Verkehr (+33,3 % bzw. +54), Information und Consulting (+1,5 % bzw. +10) und Gewerbe und Handwerk (+0,6 % bzw. +23) getragen wurde. Die Sparten Tourismus (-6,8 % bzw. -23) und Handel (-2,2 % bzw. -25) verzeichneten hingegen Rückgänge. In der Sparte Bank und Versicherung wurden, wie bereits in den Jahren davor, keine Unternehmen neu gegründet.

Im Jahr 2017 entfielen 62,9 % (3.928) der Unternehmensgründungen in der Steiermark auf die Sparte Gewerbe und Handwerk. An zweiter Stelle lag die Sparte Handel mit 17,4 % (1.088), gefolgt von der Sparte Information und Consulting mit 11,0 % (690).

Der Zentralraum Graz war 2017 für beinahe 40 % des steirischen Gründungsgeschehens verantwortlich. Die Bezirke Graz-Stadt und Graz-Umgebung stellten mit einer vorläufigen Zahl von 2.318 Neugründungen 37,1 % der steirischen Unternehmensneugründungen. Der Großteil entfiel mit 1.428 Neugründungen auf die Stadt Graz selbst, welche damit auch eine Gründungsintensität von 5,0 Neugründungen je 1.000 Einwohner auswies. Der gründungsstärkste Bezirk, gemessen an der Gründungsintensität, war erneut, wie bereits seit 2014, der Bezirk Murtal (6,7; 487 Neugründungen). Steiermarkweit lag die Gründungsintensität 2017 wie auch schon 2016 bei 5,0 Neugründungen und österreichweit bei 4,6.

Die Träger des steirischen Gründungsgeschehens 2017 waren vor allem die Sparten Transport und Verkehr, Gewerbe und Handwerk sowie Information und Consulting.

Nach vorläufigen Zahlen konnte der Bezirk Hartberg-Fürstenfeld mit einem Zuwachs von +15,9 % auf 554 Neugründungen die höchste Dynamik verbu-

chen. Auf den Plätzen zwei und drei lagen die Bezirke Graz-Umgebung mit +11,8 % bzw. 890 und Voitsberg mit +4,6 % und 250 Neugründungen. Die stärksten relativen Rückgänge wurden in den Bezirken Liezen (-22,4 % auf 291), Murau (-12,2 % auf 108) und Deutschlandsberg mit -6,7 % bzw. 305 Neugründungen gezählt.

2.318 bzw. 37,1 % der steirischen Unternehmensneugründungen entfielen 2017 auf den Zentralraum Graz.

Der Frauenanteil am (vorläufigen) steirischen Gründungsgeschehen der Einzelunternehmen ging im Jahr 2017 auf 65,7 % zurück (nach 66,1 % im Jahr 2016). In der Steiermark lag der Frauenanteil aber erneut deutlich über dem Österreichdurchschnitt von

59,9 %. In der Steiermark legten die Neugründungen der Frauen um +0,5 % auf 3.703 zu, während sich bei den Männern eine deutlichere Dynamik zeigte (+2,1 %). Die steirischen Gründer/-innen waren im Vorjahresvergleich im Durchschnitt etwas jünger, ein Trend, der sich auch für Österreich beobachten ließ.

Der Frauenanteil am steirischen Gründungsgeschehen sank geringfügig, ebenso wie das Durchschnittsalter der Gründer/-innen.

Das durchschnittliche Gründungsalter in der Steiermark betrug 39,9 Jahre (Österreich: 40,0 Jahre). Im Bundesländervergleich waren die Gründer/-innen im Burgenland am ältesten (43,8 Jahre) und in Wien am jüngsten (38,1 Jahre).

Neugründungen und Gründungsintensitäten je 1.000 Einwohner im Jahr 2017 nach Bezirken (vorläufige Werte)

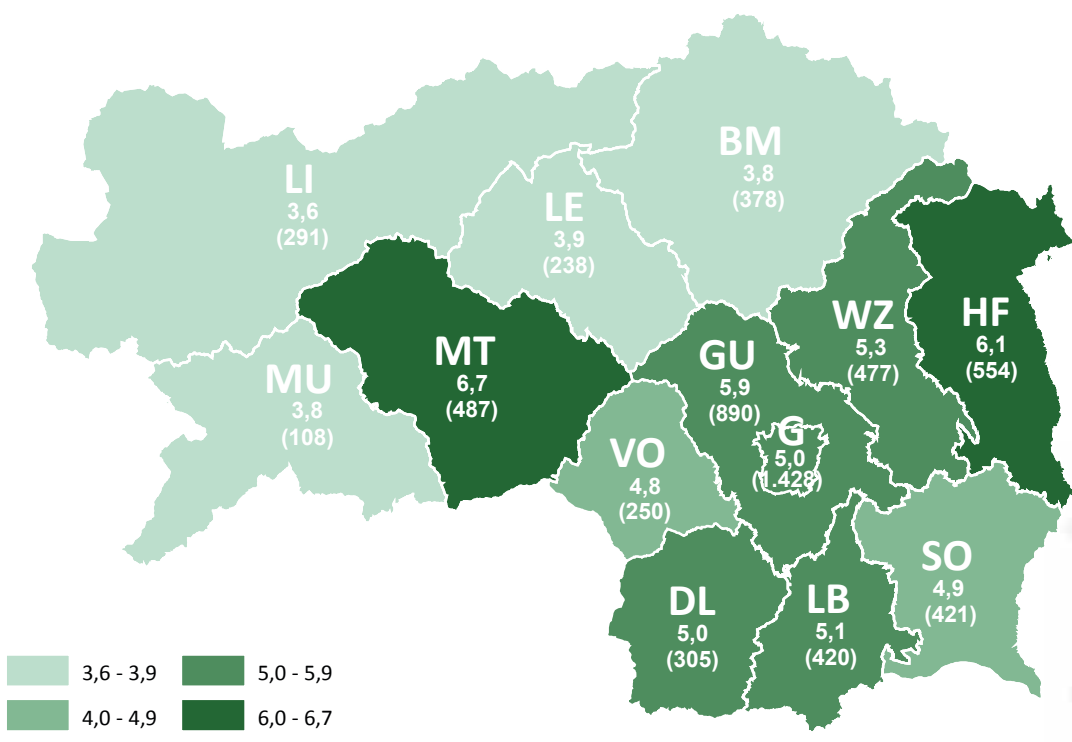


Abbildung 38 Quelle: WKO-Gründungsstatistik, Darstellung der Abteilung 12; Datenstand Februar 2018.

2.9 Internationale Wirtschaftsverflechtungen

Das Jahr 2017 war ein Rekordjahr für den österreichischen Warenaußenhandel dank der dynamischen internationalen Konjunktur, von der die heimische Sachgüterindustrie stark profitieren konnte. Neben der Produktion und der Kapazitätsauslastung wurde auch die Beschäftigung in der Industrie stark ausgeweitet. Die Steiermark konnte von dieser nationalen Entwicklung überproportional profitieren und damit auch die eigene wirtschaftliche Entwicklung kräftig vorantreiben. Durch die stark international vernetzte steirische Wirtschaft ist deren Erfolg auch maßgeblich von exogenen Faktoren bzw. von der wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Handelspartner abhängig. Den Kern der Betrachtung internationaler Wirtschaftsverflechtungen bilden die Außenhandelsströme, d. h. die nominellen Warenimporte und Warenexporte auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene.

Der Gesamtwert der Warenimporte Österreichs lag im Jahr 2017 laut vorläufigen Ergebnissen von STATISTIK AUSTRIA nominell mit € 147,62 Mrd. um +8,8 % über dem Vorjahreswert, die Warenexporte legten um +8,2 % auf € 141,92 Mrd. zu. Das Defizit der Warenhandelsbilanz belief sich auf € 5,70 Mrd. (2016: € 4,54 Mrd.). Für die Steiermark liegen Daten für das erste Halbjahr 2017 vor. Demnach stiegen die Warenexporte um +5,7 % (Österreich: +8,0 %). Berücksichtigt man die überproportionale Entwicklung der Steiermark, insbesondere im Bereich des Fahrzeug-

baus in der zweiten Jahreshälfte 2017, so kann nach Schätzung der Abteilung 12 im Jahresverlauf mit einer Dynamik der Steiermark im Österreichdurchschnitt von +8,2 % gerechnet werden. Es wird daher mit einem nominellen Warenexportvolumen der Steiermark für 2017 von annähernd € 20,9 Mrd. gerechnet.

Die geschätzte Warenexportquote der Steiermark für das Jahr 2017 betrug 45 %, wodurch die zentrale Stellung des Warenaußenhandels für die Steiermark wie auch für Österreich unterstrichen wird. Die Warenexportquote Österreichs legte im Jahr 2017 um +1,3 %-Punkte zu und betrug 38,4 % des Bruttoinlandsproduktes. Ausschlaggebend für den starken Zuwachs der Exportquote war, dass die Warenexporte um +8,2 % zulegten, auch das nominelle BIP vergrößerte sich um +4,5 %.

Die Warenexporte Österreichs

Nachdem die Warenexporte Österreichs im Jahr 2016 um -0,3 % im Vergleich zum Vorjahr schrumpften, kam es im Jahr 2017 nach den vorläufigen Ergebnissen der Warenaußenhandelsstatistik der STATISTIK AUSTRIA zu einer starken Ausweitung von +8,2 % auf einen Rekordwert von € 141,92 Mrd. Im Gegensatz zu den Vorjahren kamen starke Exportimpulse aus allen Regionen der Welt. Die Warenexporte nach Amerika konnten um +12,2 % auf € 13,5 Mrd. gesteigert

Nomineller Warenaußenhandel 2012 bis 2017* in der Steiermark und in Österreich in Mrd. €

Jahr	Steiermark		Österreich	
	Mrd. €	Veränderung in %	Mrd. €	Veränderung in %
2017*	20,9	8,2	141,9	8,2
2016	19,3	-2,1	131,1	-0,3
2015	19,7	1,6	131,5	2,7
2014	19,4	1,8	128,1	1,8
2013	19,1	0,8	125,8	1,8
2012	18,9	6,3	123,5	1,5

Tabelle 11

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierung und Wirtschaftskammerorganisation;
* vorläufige Werte für Österreich, Steiermark-Schätzung und -Berechnung der Abteilung 12.

werden und stellten somit 9,5 % der österreichischen Warenausfuhren. Die Verkäufe nach Australien/Ozeanien wurden um +11,2 % gesteigert und betragen € 1,3 Mrd. bzw. 0,9 % der gesamten österreichischen Warenexporte. Europa ist weiterhin mit einem Anteil von 79,3 % an den gesamten Warenexporten die Zielregion Nummer eins. Hier konnte ein Zuwachs von +7,9 % auf € 112,6 Mrd. verbucht werden. Warenexporte nach Asien stellten mit einem Zuwachs von +7,5 % auf € 12,8 Mrd. erneut 9,1 % aller Warenausfuhren. Der Export nach Afrika konnte im Vorjahr mit der allgemeinen Dynamik nicht mithalten. Der Waren-

exportanstieg auf € 1,7 Mrd. brachte einen Zuwachs von +2,7 %.

Innerhalb der EU-28 konnte das Exportvolumen überdurchschnittlich (+8,6 %) gesteigert werden. Trotz der anhaltenden Sanktionen der EU gegen Russland konnten die Warenexporte gegenüber dem Vorjahr um +16,1 % gesteigert werden. Insgesamt kann ein deutlich positives Bild bezüglich des Warenaußenhandels gezeichnet werden. In allen Zielregionen gab es, mit kleinen Ausnahmen, ein deutliches Wachstum auch auf detaillierter Staatenebene.

Nominelle Warenexporte und Warenimporte der österreichischen Bundesländer im Jahr 2016

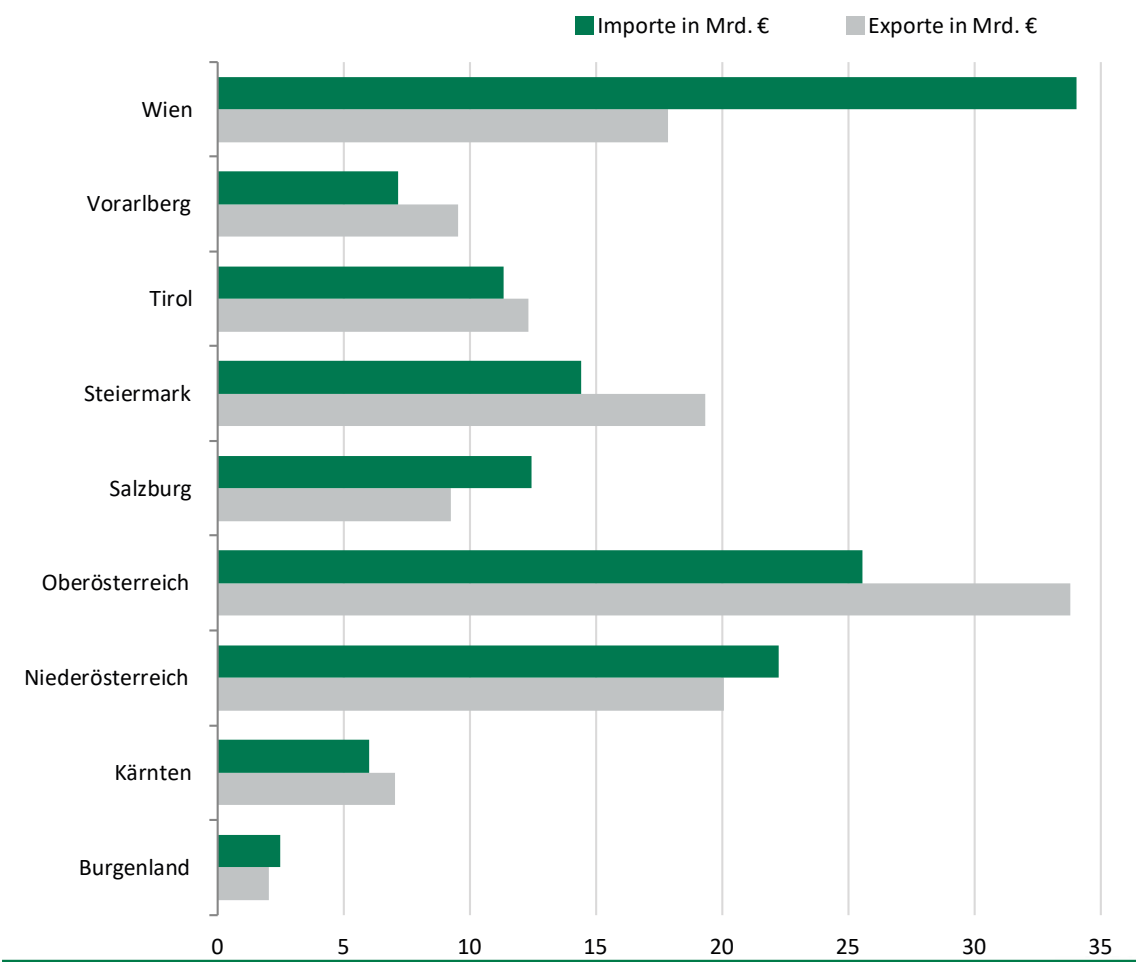


Abbildung 39 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierung und Wirtschaftskammerorganisation, Darstellung der Abteilung 12.

Nominelle Warenexporte der österreichischen Bundesländer, Veränderung zur Vorjahresperiode in %, 2016 und 1. Halbjahr 2017

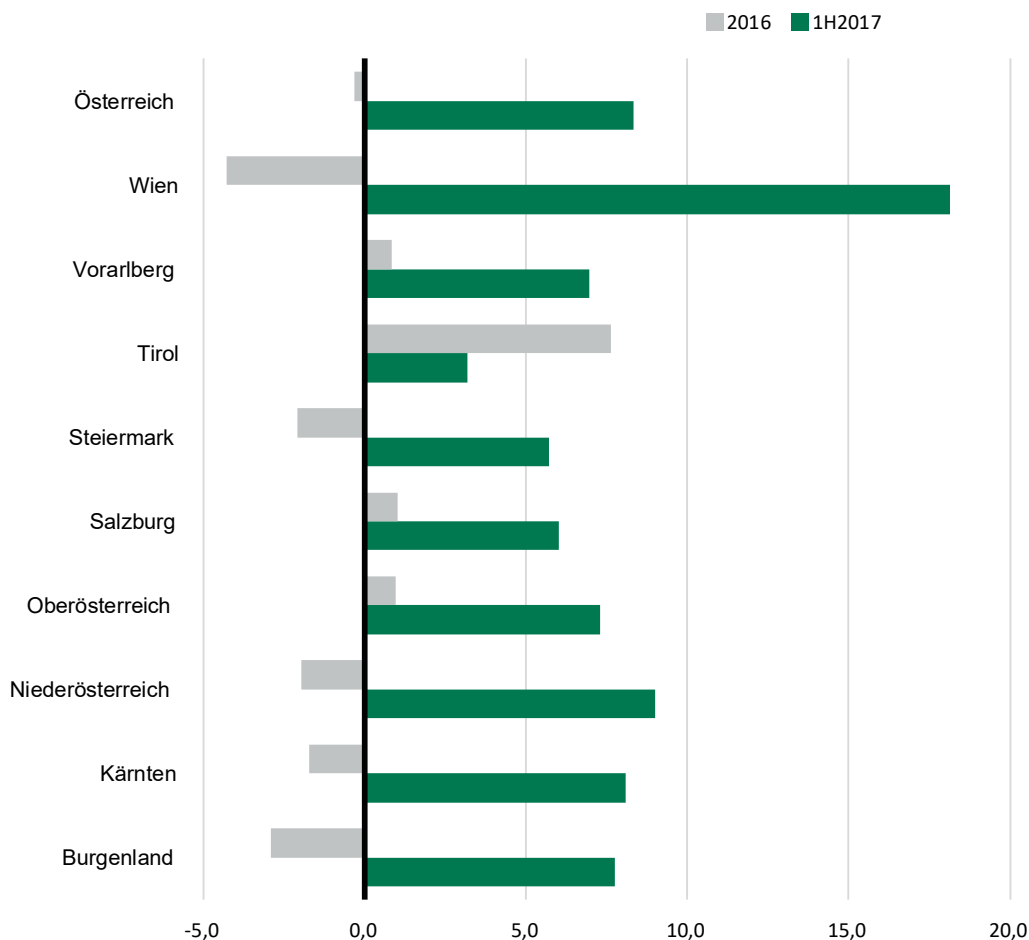


Abbildung 40 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Darstellung der Abteilung 12.

Der mit großem Abstand wichtigste Außenhandelspartner Österreichs war und ist traditionell weiterhin Deutschland. Im Jahr 2017 betrug der Anteil der Exporte nach Deutschland 30,1 % (2016: 30,5 %), der Anteil der Importe 36,8 % (2016: 37,2 %). Auf den nunmehr zweitstärksten Handelspartner USA entfiel ein Exportanteil von 6,8 % (2016: 6,7 %), gefolgt von Italien mit einem Exportanteil von 6,4 % (2016: 6,4 %). Einen Großteil des Außenhandels wickelte Österreich innerhalb der Europäischen Union ab. Im Jahr 2017 stieg der Anteil der Exporte in die EU-28 auf 69,8 % (2016: 69,5 %). Im Gegensatz dazu entfielen

70,9 % (2016: 70,9 %) der gesamten Warenimporte auf die EU-28. In der langfristigen Betrachtung gehen die Marktanteile der EU-28 bezüglich der Importe kontinuierlich zurück. Hinsichtlich der Exporte und Importe kam es 2017 erneut zu einer leichten Konsolidierung.

In Gesamtösterreich überstiegen die nominellen Importe die Exporte um € 5,7 Mrd. Damit vergrößerte sich der negative Warenbilanzsaldo gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel (2016: € 4,5 Mrd.).

Nominelle Warenimporte der österreichischen Bundesländer, Veränderung zur Vorjahresperiode in %, 2016 und 1. Halbjahr 2017

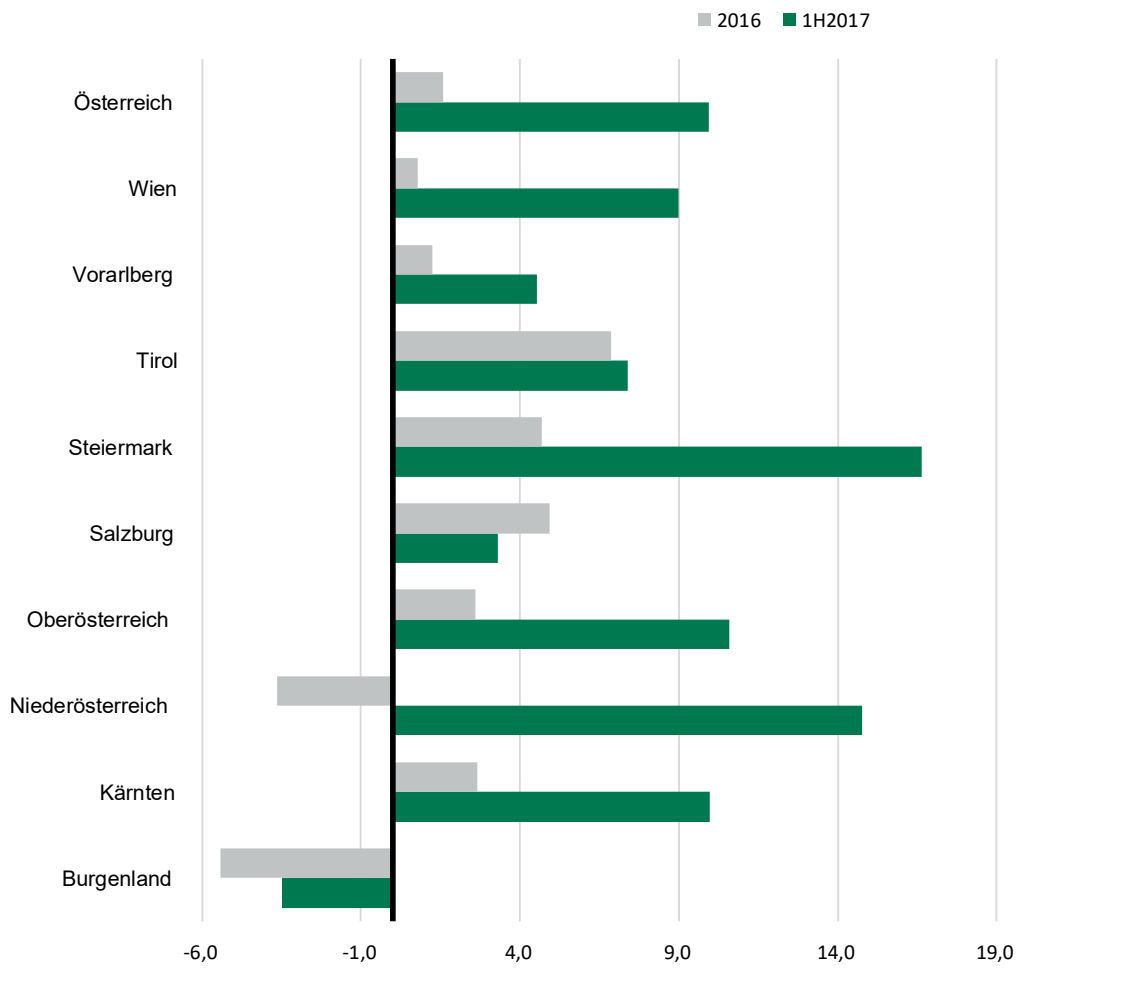


Abbildung 41 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Darstellung der Abteilung 12.

Stärkster Handelspartner Österreichs ist traditionell Deutschland, wichtigste Region die EU-28.

Entwicklung der steirischen Exportwirtschaft

Für die Bundesländer stehen aktuell detaillierte Warenaußenhandelsdaten für den Zeitraum 2010 bis 2016 sowie Schätzungen für das erste Halbjahr

2017 zur Verfügung. Die steirische Industrie konnte sich 2016 trotz der schwierigen Rahmenbedingungen am internationalen Markt behaupten und ihr Warenexportniveau weitgehend halten. Mit einem Warenexportrückgang von -2,1 % lag die Dynamik der steirischen Exporte 2016 aber unter dem nationalen Durchschnitt (-0,3 %). Innerhalb Österreichs zeigten sich klare Disparitäten: Während Tirol (+7,6 %) die mit Abstand höchste Dynamik aller Bundesländer verzeichnete, konnten nur Oberösterreich und Salzburg mit jeweils +1,0 % sowie Vorarlberg mit +0,9 % ihre Warenexporte ausbauen. Exporte aus dem Bundesland Wien gingen um -4,3 % zurück, gefolgt vom Burgenland mit -2,9 % und der Steiermark mit -2,1 %.

Die Bundesländer Niederösterreich (-1,9 %) und Kärnten (-1,7 %) erfuhren ebenfalls Rückgänge.

Der Anteil der Steiermark an den gesamtösterreichischen Warenexporten lag im Jahr 2016 mit 14,7 % an dritter Stelle im nationalen Vergleich, nach Oberösterreich (25,8 %) und Niederösterreich (15,3 %). Details sind der Abbildung 39 zu entnehmen.

Insgesamt standen in der Steiermark im Jahr 2016 Warenexporte von € 19,3 Mrd. Importen von € 14,4 Mrd. gegenüber. Die Steiermark erreichte somit einen positiven Warenbilanzsaldo von rund € 4,9 Mrd.

Dieser Warenbilanzsaldo wurde zu einem Großteil von Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Frankreich, Italien, Deutschland und Australien getragen. Importüberhänge waren hingegen mit der Tschechischen Republik, den Niederlanden, Bangladesch, der Ukraine, Vietnam und Uruguay zu verzeichnen.

Die negative Exportentwicklung des Jahres 2016 konnte in der Steiermark gestoppt werden. Laut vorläufigen Exportdaten für das 1. Halbjahr 2017 konnten die steirischen Exporte im Vorjahresvergleich um +5,7 % ausgeweitet werden, während die positive Ent-

Anteil der steirischen Warenexporte der 20 wichtigsten Güter sowie der österreichische Exportanteil in der jeweiligen Gütergruppe, 2016 in %

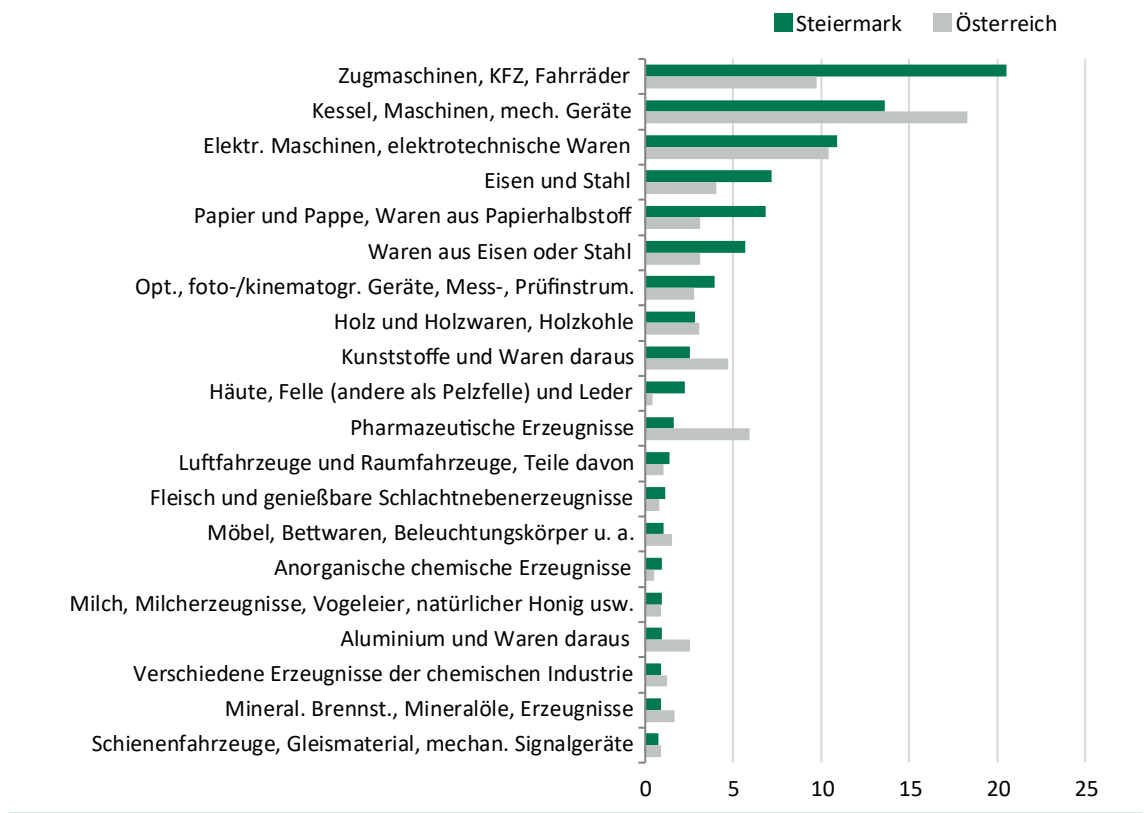


Abbildung 42 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Berechnungen der Abteilung 12.

wicklung österreichweit hingegen mit +8,0 % stärker ausfiel.

Die Dynamik der steirischen Importe des Jahres 2016 mit +4,7 % Zuwachs auf € 14,4 Mrd. lag deutlich über der Exportdynamik von -2,1 % Rückgang. Im Österreichvergleich stiegen die Importe weniger dynamisch (+1,6 %) als in der Steiermark. Im ersten

Halbjahr 2017 stiegen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2016 die Importe in allen Bundesländern außer dem Burgenland (-3,5 %). Die steirischen Importe erhöhten sich um +16,7 %, hier wurden insbesondere mehr Fahrzeugteile, Metalle (z. B. Eisen und Stahl bzw. Nickel), elektrotechnische Waren, Maschinen und Mineralstoffe importiert. Die gesamtösterreichischen Importe stiegen um +9,9 %.

Steirische Warenexporte und Warenimporte 2016 nach Gütergruppen in Mio. € (kombinierte Nomenklatur; KN)

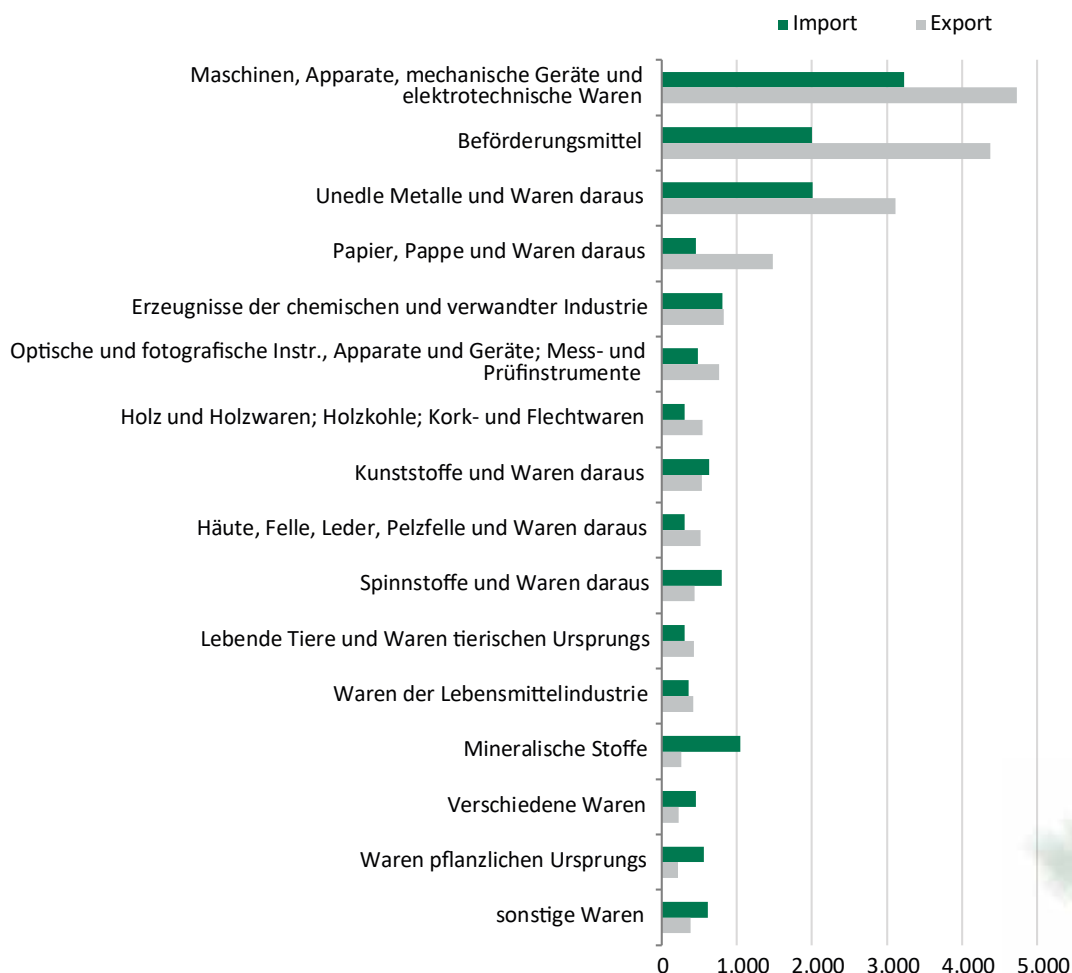


Abbildung 43 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation, Berechnungen der Abteilung 12.

Die wichtigsten Exportgüter

Der Vergleich der Warenexportstruktur der Steiermark mit Österreich zeigt klare regionale Unterschiede. Diese ergeben sich aus regionalen, für die Steiermark spezifischen Spezialisierungen. Zu den wichtigsten Exportgütern der Steiermark zählen neben KFZ und KFZ-Teilen Maschinen, elektronische und elektrotechnische Erzeugnisse, Waren aus Eisen und Stahl sowie Papier und Waren daraus. Diese Güter stellten im Jahr 2016 rund zwei Drittel (64,8 %) des Exportumsatzes der Steiermark. Österreichweit trugen diese Güter im Jahr 2016 zu rund der Hälfte (48,8 %) des Exportumsatzes bei (siehe Abbildung 42 zu den 20 wichtigsten Exportgütern der Steiermark und Österreich im Vergleich).

Die Steiermark weist klare Spezialisierungen im Bereich KFZ und KFZ-Teile, Metalle und Metallerzeugnisse sowie Maschinen auf.

Zu den wichtigsten Exportgütern nach Abschnitten der Kombinierten Nomenklatur (KN) zählten im Jahr 2016 die Abschnitte Maschinen, Apparate, mechanische Geräte (24,5 %), Beförderungsmittel (22,7 %) sowie unedle Metalle und Waren daraus (16,1 %). Zusammen stellten diese drei Gruppen 63,3 % der gesamten Exporte der Steiermark (die Güterabschnitte werden in Abbildung 43 aufgelistet). Auf der Importseite der Steiermark standen an erster Stelle Maschinen, Apparate, mechanische Geräte (22,4 %), unedle Metalle und Waren daraus (14,0 %) sowie Beförderungsmittel (13,9 %). Die drei wichtigsten Abschnitte stellten die Hälfte (50,2 %) der gesamten Warenimporte der Steiermark.

Die Wachstumsmärkte und Zielländer der Steiermark

Die Hauptabsatzmärkte der Steiermark liegen weiterhin traditionell in Europa. Die europäische Position wurde 2016 gestärkt, die Märkte Amerika und Asien sowie Afrika verloren an Gewicht. Im Jahr 2016 gingen drei Viertel aller Exporte (74,9 %) nach Europa und rund vier Fünftel aller Importe (81,7 %) in die Steiermark stammten aus Europa. In die EU-28 exportierte die Steiermark dabei 68,3 % der gesamten

Exporte. Zudem gingen 12,5 % der Exporte nach Asien und 9,5 % nach Amerika.

Haupthandelspartner der Steiermark ist traditionell Deutschland. Im Jahr 2016 gingen 29,9 % der steirischen Exporte nach Deutschland. Der zweitwichtigste Handelspartner war Italien mit 7,2 %, gefolgt von den Vereinigten Staaten mit 7,1 % und China mit 4,8 %. Bei den Warenimporten zeigte sich ein ähnliches Bild. Deutschland stellte 37,7 % der Warenimporte der Steiermark. 6,8 % der Warenimporte stammten aus Italien, 6,1 % aus China und 3,8 % aus der Tschechischen Republik.

Exportanteile der 20 wichtigsten Exportzielländer der Steiermark und Österreich im Jahr 2016 in %

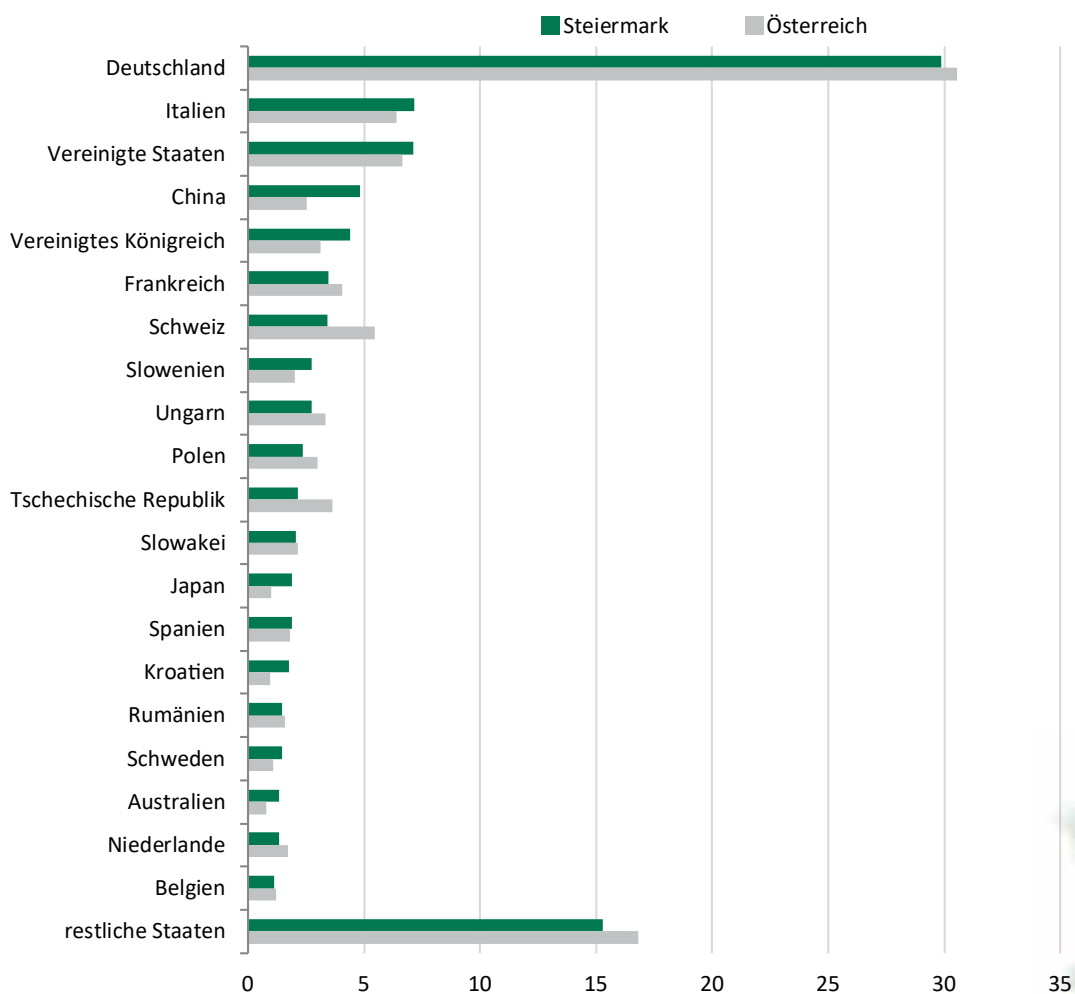


Abbildung 44

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Darstellung der Abteilung 12.

Der Rückgang der steirischen Warenexporte um -2,1 % im Jahr 2016 wurde zu einem Großteil von den größten Handelspartnern getragen. Die Steiermark konnte im Jahr 2016 die Exportumsätze zwar nach Deutschland, Slowenien, Ungarn oder Polen erhöhen, aber musste teilweise massive Rückgänge nach Italien, in die Vereinigten Staaten (-15,6 %), nach China (-8,5 %), in das Vereinigte Königreich, nach Frankreich und in die Schweiz hinnehmen (siehe Tabelle 12).

Im ersten Halbjahr 2017 konnten die steirischen Exporte hingegen um +5,7 % bzw. € +562 Mio. auf € 10,4 Mrd. gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres gesteigert werden. Starke relative Zuwächse innerhalb der Haupthandelspartner konnten vor allem Warenexporte in die Vereinigten Staaten (+20,4 %) und nach Slowenien (+12,3 %) verbuchen. Die höchsten absoluten Zuwächse des ersten Halbjahres 2017 verzeichneten die Vereinigten Staaten (€ +144 Mio. bzw. +20,4 %), Korea (€ +139 Mio. bzw. +141,4 %) und

Importanteile der 20 wichtigsten Importländer der Steiermark und Österreich im Jahr 2016 in %

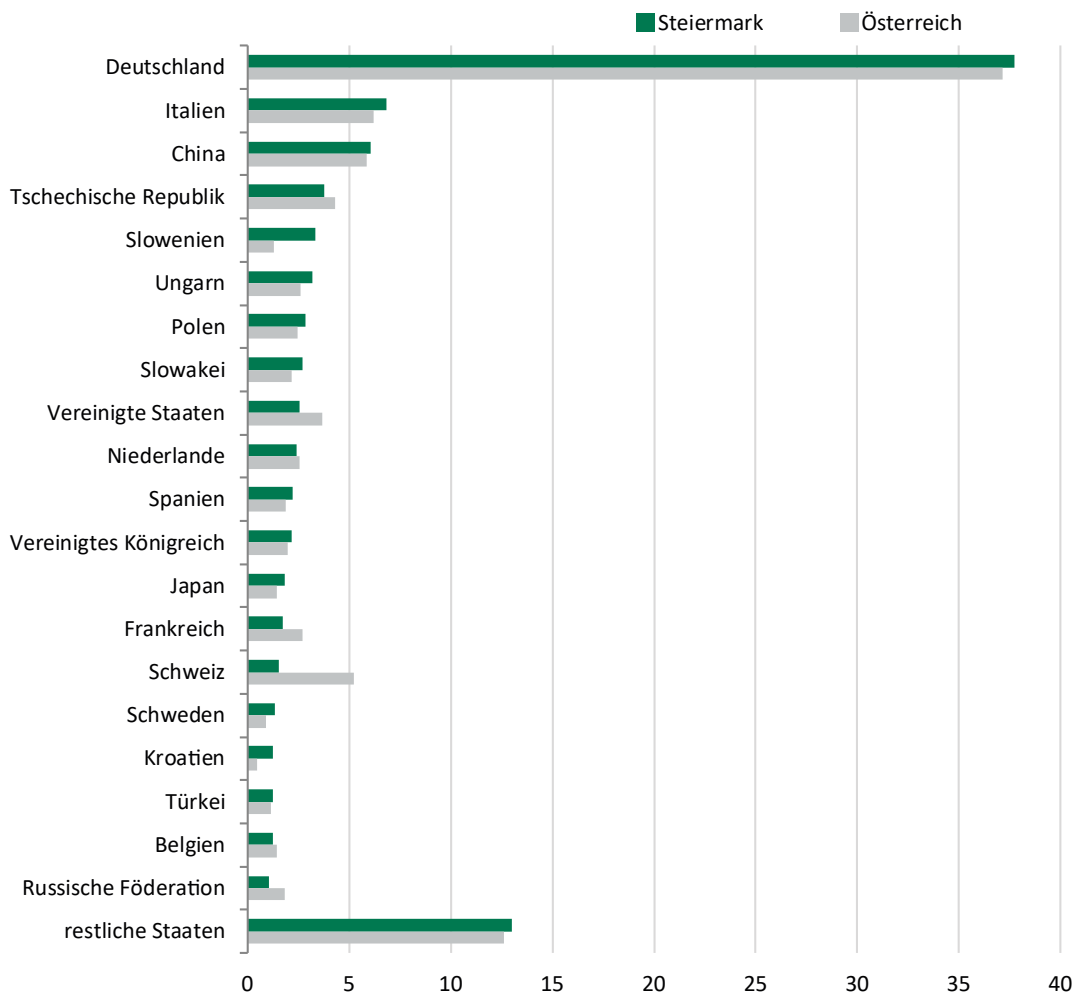


Abbildung 45

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Darstellung der Abteilung 12.

Warenexporte und Warenimporte der Steiermark nach Haupthandelspartner (2016) im Jahr 2016 und 1. Halbjahr 2017, Veränderung zum Vorjahr in %

Export in Mio. €	2016	Veränderung zu 2015 in %	Anteil in %	1. HJ 2017	Veränderung zum 1. HJ 2016 in %
Deutschland	5.767	1,1	29,9	3.069	4,3
Italien	1.382	-0,7	7,2	693	-5,5
Vereinigte Staaten	1.376	-15,6	7,1	851	20,4
China	934	-8,5	4,8	409	-14,3
Vereinigtes Königreich	850	-6,6	4,4	422	-7,2
Frankreich	666	-7,0	3,4	342	-4,2
Schweiz	662	-1,4	3,4	360	8,9
Slowenien	533	7,7	2,8	289	12,3
Ungarn	528	1,6	2,7	269	2,4
Polen	456	8,3	2,4	246	5,5
sonstige Staaten	6.151	-1,4	31,9	3.458	11,9
Gesamt	19.305	-2,1	100,0	10.409	5,7
Import in Mio. €	2016	Veränderung zu 2015 in %	Anteil in %	1. HJ 2017	Veränderung zum 1. HJ 2016 in %
Deutschland	5.435	11,0	37,7	2.468	23,2
Italien	987	-1,3	6,8	490	12,4
China	876	11,9	6,1	406	11,1
Tschechische Republik	544	7,1	3,8	261	10,4
Slowenien	480	6,4	3,3	226	12,2
Ungarn	457	0,6	3,2	215	33,3
Polen	411	0,1	2,9	195	23,6
Slowakei	387	-15,9	2,7	189	7,7
Vereinigte Staaten	367	-6,5	2,5	192	30,5
Niederlande	349	-4,2	2,4	178	21,4
sonstige Staaten	4.119	1,8	28,6	2.046	8,9
Gesamt	14.413	4,7	100,0	6.864	16,7

Tabelle 12

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Berechnung der Abteilung 12.

Deutschland (€ +126 Mio. bzw. +4,3 %). Beinahe drei Viertel des Exportzuwachses (72,8 %) gingen auf diese drei Staaten zurück.

Die nachfolgenden Abbildungen stellen die steirischen Exporte und Importe unterteilt nach Kontinenten für das Jahr 2016 dar. Das Exportvolumen der Steiermark innerhalb Europas betrug rd. € 14,5 Mrd., dies entsprach 13,9 % der gesamtösterreichischen Exporte nach Europa. Den höchsten Anteil an den österreichischen Exporten nahm die Steiermark mit 23,8 %

(€ 277 Mio.) nach Australien ein, gefolgt von Afrika mit 20,6 % (€ 330 Mio.) und Asien mit 20,2 % (€ 2,4 Mrd.).

Bei den Importen zeigte sich ein differenzierteres Bild. Das Importvolumen der Steiermark innerhalb Europas betrug rd. € 11,8 Mrd., dies entsprach 10,7 % der gesamtösterreichischen Importe aus Europa. Den höchsten Anteil an den österreichischen Importen nahm die Steiermark mit 22,4 % (€ 293 Mio.) aus Südamerika ein, gefolgt von Europa mit 10,7 % (€ 11,8 Mrd.) und Asien mit 10,5 % (€ 1,8 Mrd.).

Anteile der Steiermark in % an den gesamtösterreichischen Warenexporten nach Kontinenten im Jahr 2016

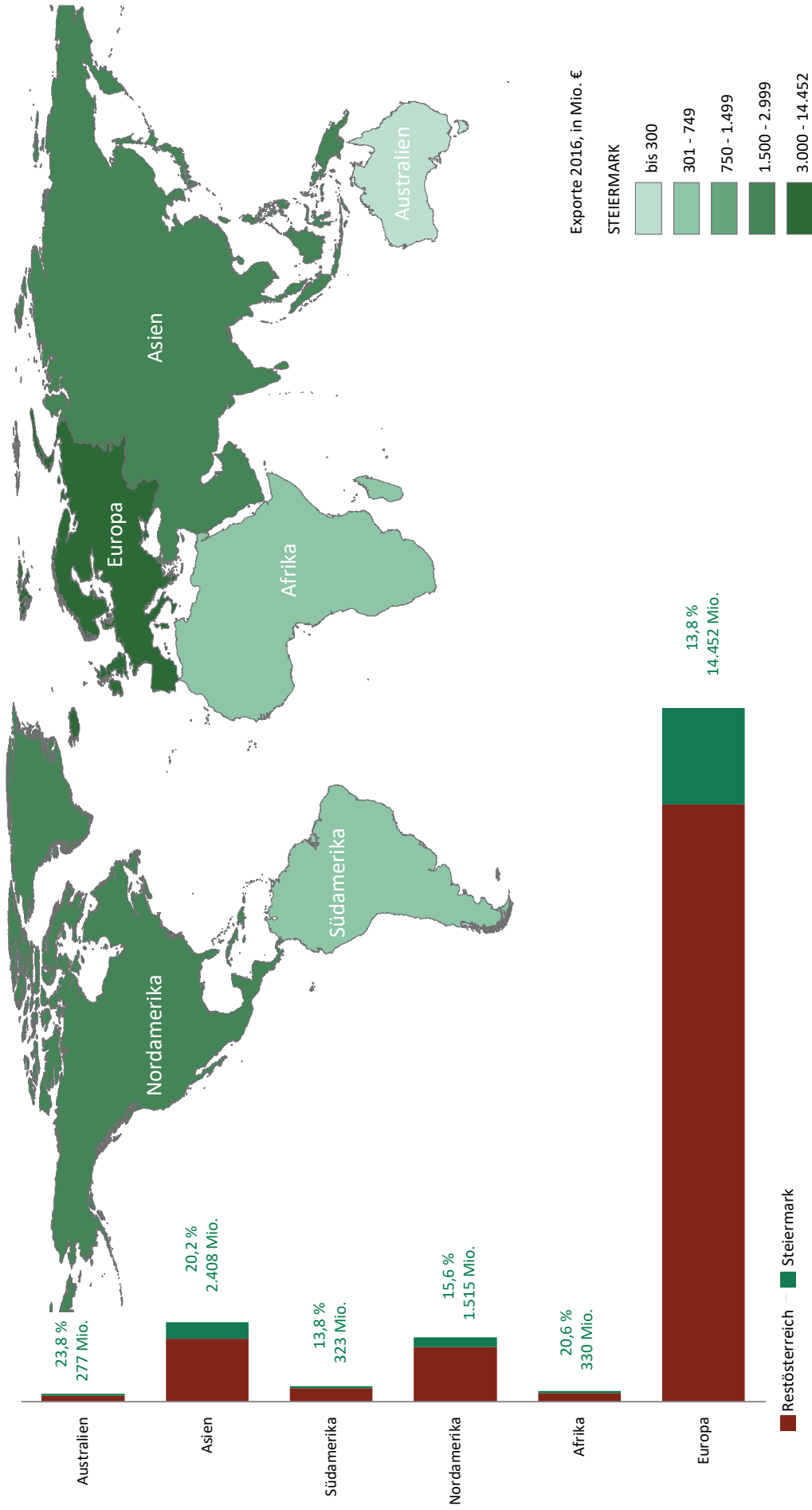


Abbildung 46

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisationen, Darstellung der Abteilung 12.

Anteile der Steiermark in % an den gesamtösterreichischen Warenimporten im Jahr 2016

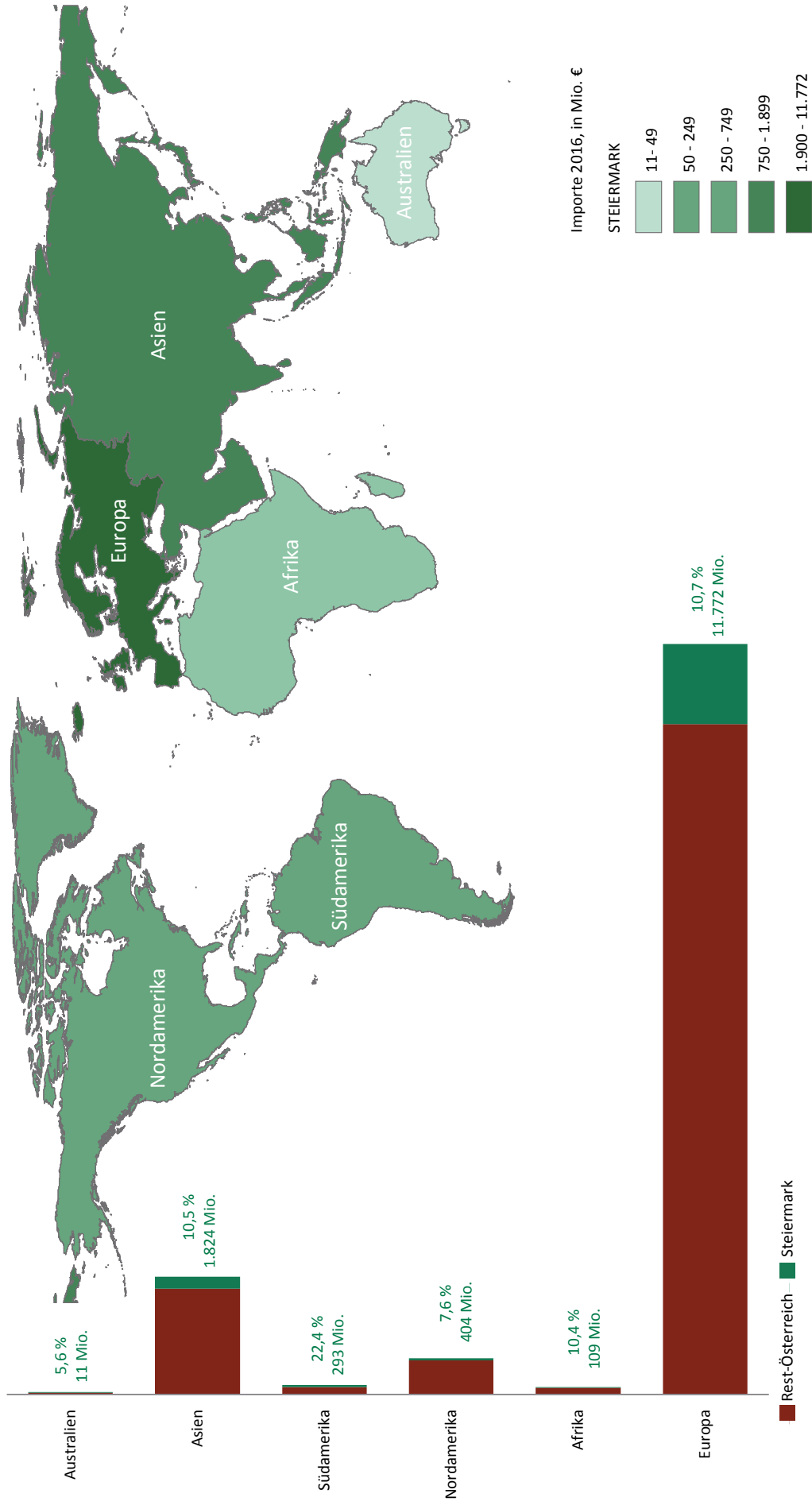


Abbildung 47

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisationen, Darstellung der Abteilung 12.

Aktive und passive Direktinvestitionen¹¹

Seit dem EU-Beitritt Österreichs nahmen die internationalen Verflechtungen der Steiermark wie auch von Österreich, gemessen an den Investitionen Österreichs im Ausland (aktive Direktinvestitionen) und den Investitionen des Auslands in Österreich (passive Direktinvestitionen), deutlich zu. Zwischen 1995 und 2015 (dies sind die aktuellsten Jahreswerte) stiegen

die aktiven Direktinvestitionen von € 8,7 Mrd. auf € 189,3 Mrd. (+8,2 % gegenüber 2014) und die passiven von € 15,7 Mrd. auf € 147,3 Mrd., ein Zuwachs von +2,7 % gegenüber 2014.

Der Wert der aktiven Direktinvestitionen wie auch die Zahl der damit direkt verbundenen Beschäftigten in der Steiermark nahm 2015 überdurchschnittlich zu.

Entwicklung der aktiven und passiven Direktinvestitionen (DI) in der Steiermark von 2005 bis 2015 in Mio. €

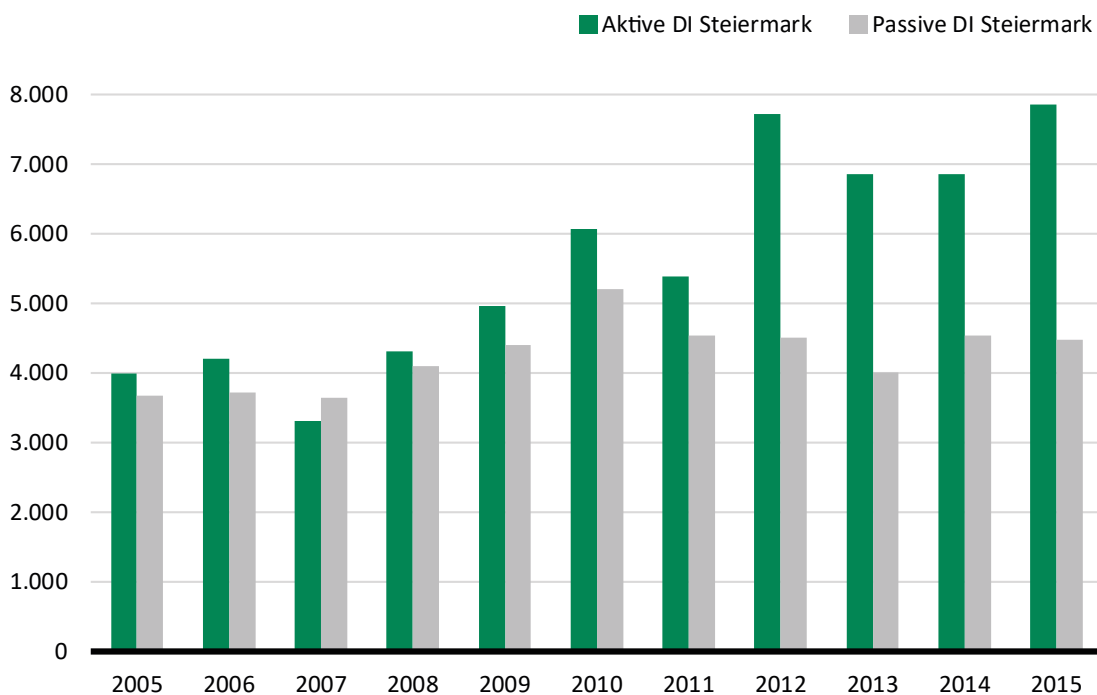


Abbildung 48

Quelle: OeNB.

¹¹ Aktive Direktinvestitionen sind Beteiligungen von steirischen bzw. österreichischen Unternehmen im Ausland, passive Direktinvestitionen sind Beteiligungen von ausländischen Unternehmen in der Steiermark bzw. in Österreich.

In der Steiermark konnte im Jahr 2015 der Wert der aktiven Direktinvestitionen deutlich gesteigert werden (+14,4 %), die passiven Direktinvestitionen wurden hingegen um -1,2 % reduziert. Zum 31.12.2015 wies die Steiermark aktive Direktinvestitionen in der Höhe von € 7,9 Mrd. (+14,4 % gegenüber 31.12.2014) aus. Demgegenüber standen passive Direktinvestitionen im Umfang von € 4,5 Mrd. (-1,2 %). Gleichzeitig stieg die Zahl der damit verbundenen Beschäftigten bei aktiven Direktinvestitionen auf 44.728 Beschäftigte (+6,0 %) und bei passiven auf 14.888 (+9,8 %). Die Steiermark war im Jahr 2015 Nettosender von Direktinvestitionen (siehe Abbildung 48).

Die Steiermark, wie auch Österreich, war auch 2015 weiterhin stark im europäischen Raum engagiert. Der Anteil der Steiermark an den gesamtösterreichischen aktiven Direktinvestitionen zum 31.12.2015 betrug 4,1 % (2014: 3,9 %).

Deutschland war, wie auch bereits in den Vorjahren, für die Steiermark Hauptziel getätigter aktiver Direktinvestitionen. Die Investitionen der Steiermark in Deutschland betragen 2015 insgesamt € 1,7 Mrd. und somit um +13,0 % mehr als im Vorjahr. Zudem nahm der Anteil Deutschlands an den gesamten aktiven

Direktinvestitionen von 22,6 % auf 22,3 % ab. Starke Zuwächse gab es bei den aktiven Direktinvestitionen in Italien (+51,7 %), in der Schweiz (+48,6 %) und in der Tschechischen Republik (+17,9 %). Hingegen fielen die steirischen Aktivitäten in Ungarn (-8,9 %) und Kroatien (-7,3 %) schwächer aus als im Jahr davor.

Österreichweit fiel der Bestand an aktiven Direktinvestitionen in Deutschland um +3,0 % höher aus als 2014, der Anteil an den gesamten aktiven Direktinvestitionen ging geringfügig auf 12,7 % zurück (2014: 13,1 %). 6,9 % der aktiven Direktinvestitionen gingen nach Tschechien (2014: 6,7 %).

Die ausländischen passiven Direktinvestitionen betragen in der Steiermark zum 31.12.2015 rund € 4,5 Mrd. Innerhalb Europas bestanden weiterhin starke, steigende Verflechtungen mit Deutschland, kamen doch 27,2 % der Direktinvestitionen von dort. Das Unternehmensvermögen Deutschlands in Österreich betrug rund € 41,8 Mrd., eine Zunahme um +11,6 % im Vergleich zu 2014.

Der Anteil der Steiermark an den gesamtösterreichischen passiven Direktinvestitionen zum 31.12.2015 betrug 3,0 % (2014: 3,1 %).

2.10 Der Technologie- und Innovationsstandort Steiermark

Forschung und Entwicklung

Indikatoren zu Forschung und Entwicklung haben in den letzten Jahren einen zentralen Stellenwert in der Wirtschaftsbeobachtung eingenommen. So hat sich Europa mit der 2020-Strategie neben drei Wachstumszielen (intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum) auch fünf Kernziele gesetzt, die bis 2020 erreicht werden sollen, darunter auch die Bedingungen für Innovation, Forschung und Entwicklung zu verbessern: Ziel ist es, dass die öffentlichen und privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung bei drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. Aktuell liegt die EU-28 bei einem Wert von 2,03 % (2016). Es kam zwar in den letzten Jahren innerhalb der EU-28 zu einer ständigen Erhöhung der F&E-Ausgaben, dennoch scheint die Zielvorgabe beim gegebenen Wachstumspfad als nicht erreichbar. Die Schätzungen für die Jahre 2017 und 2018 für Österreich gehen von einer F&E-Quote von 3,16 % bzw. 3,19 % aus. Österreich hatte 2016 mit 3,09 % (Quelle: Eurostat) die zweithöchste F&E-Quote innerhalb

der EU-28. Nur Schweden hatte 2016 mit 3,25 % die gestellte Zielvorgabe der EU-28 ebenfalls bereits erreicht. Hinter Österreich lag Deutschland mit 2,94 % auf Rang drei, gefolgt von Dänemark mit 2,87 % und Finnland mit 2,75 %.

Die Steiermark erreichte 2015 eine F&E-Quote von 5,14 % und lag damit erneut unangefochten auf Platz 1 im Bundesländer-ranking und deutlich über dem Österreich-durchschnitt von 3,05 %.

Die jährlich durchgeführte Globalschätzung der STATISTIK AUSTRIA für die österreichweiten Bruttoinlandsausgaben für F&E (die letzte für das Jahr 2018 wurde am 19.4.2018 veröffentlicht) ergab geschätzte Ausgaben von rund € 12,34 Mrd. (+5,6 % gegenüber 2017). Die daraus resultierend geschätzte F&E-Quote von 3,19 % (ESVG 2010) bedeutete einen marginalen Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Die F&E-Quote be-

F&E-Quote in % des Bruttoregionalprodukts und F&E-Ausgaben in Mio. € (2015)

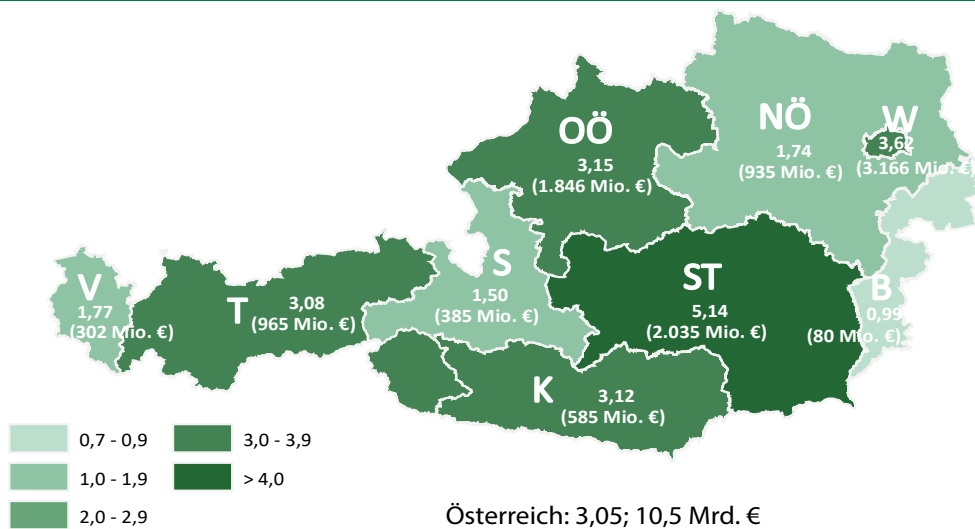


Abbildung 49

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Forschungsstandortkonzept.

F&E-Ausgaben und F&E-Quote 2015 (Standortkonzept) nach Durchführungssektoren in den österreichischen Bundesländern

Bundesland	F&E-Ausgaben 2015 in Mio. €			F&E-Quote in %		
	Öffentl. u. Privater gemeinnütziger Sektor	Unternehmenssektor	Gesamt	Öffentl. u. Privater gemeinnütziger Sektor	Unternehmenssektor	Gesamt
Österreich	3.000,7	7.498,5	10.499,2	0,87	2,18	3,05
Burgenland	11,1	68,6	79,7	0,14	0,86	0,99
Kärnten	50,4	534,9	585,3	0,27	2,85	3,12
Niederösterreich	184,5	750,9	935,4	0,34	1,40	1,74
Oberösterreich	165,4	1.681,0	1.846,3	0,28	2,87	3,15
Salzburg	137,3	247,3	384,7	0,53	0,96	1,50
Steiermark	543,2	1.691,9	2.235,1	1,25	3,89	5,14
Tirol	351,8	613,5	965,3	1,12	1,96	3,08
Vorarlberg	21,7	279,8	301,6	0,13	1,64	1,77
Wien	1.535,3	1.630,5	3.165,8	1,75	1,86	3,62

Tabelle 13

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

schreibt die Ausgaben für F&E in Relation zur Wirtschaftsleistung und dient als Indikator für die internationale Vergleichbarkeit von Forschungsleistungen. Die Steigerung der F&E-Ausgaben im Jahr 2018 beruhte im Wesentlichen auf einer Ausweitung aller Finanzierungssektoren (Bund, Bundesländer, Unternehmen, Ausland und sonstige Institutionen). Die stärksten Zuwächse verzeichneten dabei der Unternehmenssektor (+6,8 %), die Bundesländer (+5,4 %), das Ausland (+4,7 %) und der Bund (+4,1 %).

Die Finanzierung der geschätzten Bruttoinlandsausgaben für das Jahr 2017 für F&E verteilte sich folgendermaßen: 49,5 % entfielen auf den Unternehmenssektor, 28,9 % auf den Bund, 15,8 % auf das Ausland, 4,3 % auf die Bundesländer und 1,5 % auf sonstige Einrichtungen.

Auf der regionalen Ebene der Bundesländer stehen aktuelle Daten für das Berichtsjahr 2015 zur Verfügung. Dabei beliefen sich die steirischen Ausgaben für F&E nach Durchführungssektoren und Forschungsstandortkonzept auf € 2,24 Mrd. (+11,6 % gegenüber 2013; Österreich: +9,7 %). Daraus resul-

tierte für die Steiermark eine F&E-Quote (nach der Neuberechnung des BIP und BRP nach ESVG 2010) von 5,14 % (Österreich: 3,05 %) gemessen am Bruttoregionalprodukt (BRP) der Steiermark (+0,3 %-Punkte gegenüber 2013).

Damit lag die Steiermark im Berichtsjahr 2015 bei der F&E-Quote erneut mit großem Abstand an erster Stelle im Bundesländerranking und konnte sich wiederum als der Forschungs- und Entwicklungsstandort Österreichs behaupten. Mit über dem Österreichdurchschnitt (3,05 %) liegenden Quoten folgten Wien (3,62 %), Oberösterreich (3,15 %), Kärnten (3,12 %) und Tirol (3,08 %). Die weiteren Bundesländer verzeichneten Quoten, die deutlich unter dem Österreichdurchschnitt lagen. Die Steiermark liegt mit der aktuellen F&E-Quote weiterhin im Spitzenfeld der europäischen Regionen. Die Abbildung 49 zeigt die F&E-Quote in Prozent des Bruttoregionalprodukts und die F&E-Ausgaben in Mio. Euro für das Berichtsjahr 2015 auf Bundesländerebene nach dem Forschungsstandortkonzept.

Die Betrachtung der F&E-Ausgaben nach Durchführungssektoren (im Gegensatz zu den Finanzierungsbereichen) ergibt für die Steiermark, Österreich und die Bundesländer folgendes Bild.

Nachdem im Jahr 2013 die F&E-Leistungen der steirischen Standorte erstmals die € 2,0 Mrd. überschritten, wurden im Jahr 2015 bereits F&E-Leistungen in der Höhe von € 2,24 Mrd. erbracht, ein Zuwachs von +11,6 % gegenüber 2013.

Der steirische Unternehmenssektor steigerte seine F&E-Aufwendungen überdurchschnittlich um +12,9 % und investierte € 1,69 Mrd. Damit wurden

mehr als drei Viertel (75,7 %) der F&E-Leistungen in der Steiermark vom Unternehmenssektor getätigt. Die F&E-Intensität des Unternehmenssektors gilt als wichtiger Bestimmungsgrund des wirtschaftlichen Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Auch hier wies die Steiermark mit einer F&E-Quote im Unternehmenssektor von 3,89 % Rang 1 in Österreich auf, mit deutlichem Abstand zu Oberösterreich (2,87 %) und Kärnten (2,85 %). Der österreichische Durchschnitt lag hier bei 2,18 %. Die Tabelle 13 zeigt die Höhe der F&E-Ausgaben sowie die F&E-Quote in den Durchführungssektoren für Österreich und die Bundesländer.

Beschäftigte in F&E 2013 und 2015 (Standortkonzept) im Unternehmenssektor, gerundet					
Bundesland	Beschäftigte in F&E (Kopfzahl) absolut		Beschäftigte in F&E (Kopfzahl) in %		Veränderung absolut 2013/2015
	2013	2015	2013	2015	
Österreich	65.320	71.008	100,0	100,0	5.688
Burgenland	972	1.038	1,5	1,5	66
Kärnten	3.385	3.722	5,2	5,2	337
Niederösterreich	7.321	8.075	11,2	11,4	754
Oberösterreich	14.145	15.814	21,7	22,3	1.669
Salzburg	2.711	2.858	4,2	4,0	147
Steiermark	14.630	16.004	22,4	22,5	1.374
Tirol	4.364	4.566	6,7	6,4	202
Vorarlberg	2.584	3.035	4,0	4,3	451
Wien	15.208	15.896	23,3	22,4	688

Tabelle 14

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Eckdaten zum Forschungs- und Entwicklungsstandort Steiermark im österreichischen Vergleich – 2015 nach Durchführungssektoren

Indikator	Steiermark	Österreich
F&E-Quote 2015 in %	5,14	3,05
BRP 2015 in € Mio.	43.464	344.493
Anteil am BIP in Österreich (%)	12,6	100,0
BRP-Wachstum 2013–2015 (%)	5,2	6,4
Ausgaben für F&E (2015) in € Mio.	2.235	10.499
Anteil an den österreichischen Ausgaben für F&E (%)	21,3	100,0
davon Unternehmenssektor	75,7	71,4
davon öffentlicher und privater Sektor	24,3	28,6
Wachstum der Ausgaben für F&E 2013–2015 (%)	11,6	9,7
davon im Unternehmenssektor	12,9	10,6
davon im öffentlichen und privaten Sektor	7,8	7,4
Beschäftigte im Bereich F&E (in Vollzeitäquivalenten)	14.286	71.396

Tabelle 15

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen; Datenstand 6.12.2017.

Neben den Ausgaben für F&E sind auch die Beschäftigten in F&E ein Indikator für die Innovationskraft einer Region bzw. Nation. Im Rahmen der F&E-Erhebung 2015 wurden die Beschäftigten in F&E im Unternehmenssektor (Standortkonzept) erhoben. Hierbei ist anzumerken, dass hier die Tätigkeit der Person und nicht die Zuordnung zu einer Wirtschaftsklasse ausschlaggebend ist.

Im Jahr 2015 waren in der Steiermark 16.004 Personen im Unternehmenssektor im Bereich der F&E beschäftigt. Das entsprach einem Österreichanteil von 22,5 %. Der Zuwachs betrug gegenüber 2013 +9,4 % (Österreich: +8,7 %).

Die Steiermark nahm damit im Bundesländervergleich erstmals den ersten Rang ein. Dahinter lagen

Wien (15.896 Personen) und Oberösterreich (15.814 Personen). Alle anderen Bundesländer wiesen deutlich weniger Personal in F&E im Unternehmenssektor auf. Die Beschäftigung in F&E im Unternehmenssektor konnte in den Jahren 2013 bis 2015 in der Steiermark um +1.374 Personen ausgeweitet werden. Das bedeutete im Österreichvergleich absolut betrachtet den zweithöchsten Zuwachs hinter Oberösterreich mit +1.669 Personen. Die Tabelle 14 zeigt die Zahl der Beschäftigten in F&E im Unternehmenssektor (Standortkonzept) für die Jahre 2013 und 2015 auf Bundesländerebene.

Tabelle 15 zeigt den Struktur- und Dynamikvergleich bezüglich ausgewählter F&E-Indikatoren für die Steiermark und Österreich im Jahr 2015 nach der Revision des ESG 2010.

Abschließend bleibt anzumerken, dass die F&E-Quote ein Inputindikator ist. Direkte Rückschlüsse auf die aktuelle Performance einer Region oder eines Landes sind nur bedingt möglich. Die Höhe der F&E-Quote indiziert das Potenzial einer Region im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation. Das langfristige Wachstum korreliert positiv mit den Ausgaben für F&E, wobei die tatsächliche wirtschaftliche Dynamik von zahlreichen weiteren Faktoren getrieben wird. Durch die F&E-Quote ist eine Vergleichbarkeit auf europäischer Ebene möglich. Die Höhe der F&E-Quote ermöglicht Rückschlüsse auf die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen, insbesondere wenn diese, wie auch die Steiermark, stark exportorientiert sind.

F&E-Finanzierung in der Steiermark 2015

Neben der Betrachtung der Durchführungssektoren bringt die Betrachtung entlang der Finanzierungssektoren auch die Finanzierungsströme zum Vorschein. Diese Betrachtungsform ist allerdings nur auf Unternehmensebene möglich, da Finanzdaten nur auf dieser Ebene vorhanden sind. So umfasst in dieser Darstellung der Unternehmenssektor nicht wie bisher € 1,69 Mrd., sondern nur € 1,52 Mrd. Die Abweichungen bei den anderen Bereichen sind nur marginal. Insgesamt gesehen wurden die gesamten F&E-Ausgaben im Jahr 2015 in der Steiermark nach dem Unternehmensstandortkonzept in der Höhe von € 2.067 Mio.

zu rund 38 % (€ 794 Mio.) vom Unternehmenssektor, zu rund 32 % (€ 652 Mio.) vom öffentlichen Bereich und zu 29 % (€ 569 Mio.) vom Ausland finanziert. Damit wird deutlich, dass die Finanzierung von einem nicht unwesentlichen Teil der F&E-Ausgaben von ausländischen Geldgebern abhängt. Weniger als 1 % der Finanzierung fiel insgesamt auf den Hochschulsektor und den privaten Sektor. Die Verteilung der Finanzierungsbereiche hat sich insgesamt betrachtet seit 2013 nur marginal verändert. Die Betrachtung der unterschiedlichen Durchführungssektoren entlang der Finanzierungssektoren zeigt, dass die F&E-Ausgaben des Hochschulsektors in der Höhe von € 487 Mio. zu rund 85 % vom öffentlichen Sektor finanziert wurden. Rund 8 % der Mittel stammten vom Unternehmenssektor, 3 % vom Hochschulsektor selbst und rund 4 % aus dem Ausland. Im Bereich Sektor Staat und privater gemeinnütziger Bereich (€ 56 Mio.) wurden 95 % vom öffentlichen Sektor finanziert. Der steirische Unternehmenssektor finanzierte seine F&E-Ausgaben in der Höhe von € 1,52 Mrd. rund zur Hälfte (49,5 %) selbst, zu 12 % kam die Finanzierung vom öffentlichen Sektor und rund 38 % stammten vom Ausland. Somit ist in der Steiermark die Abhängigkeit vom Ausland bei der Finanzierung der F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors deutlich stärker ausgeprägt als in Österreich (20,6 %). Auch insgesamt gesehen betrug der Finanzierungsanteil im Jahr 2015 aus dem Ausland nur 16,6 %. Details sind der nachfolgenden Abbildung zu entnehmen.

Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung (F&E) 2015 nach Durchführungssektoren und Finanzierungssektoren in der Steiermark (Unternehmensstandortkonzept)

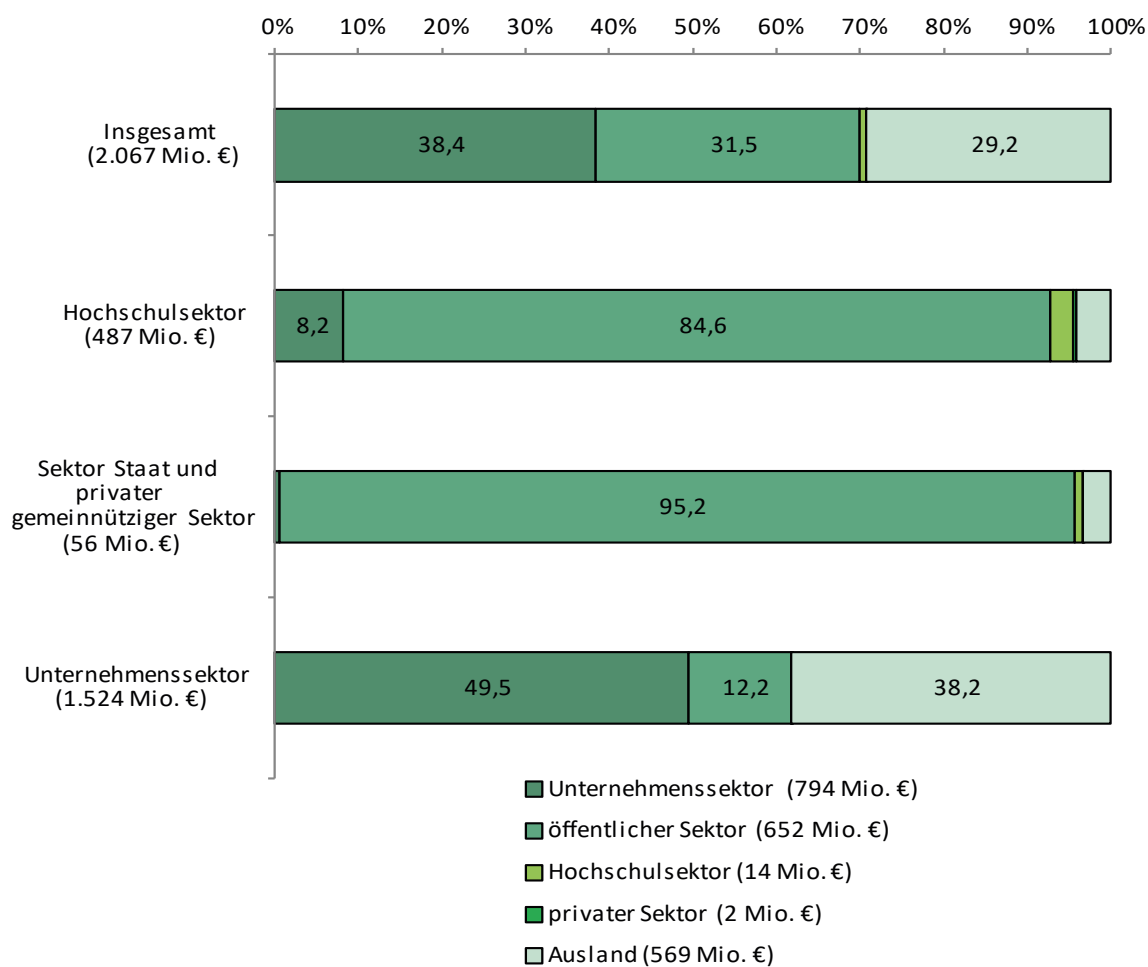


Abbildung 50

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Forschungsstandortkonzept.

2.11 Das COMET-Programm

Das Land Steiermark setzt – ganz nach dem Motto der Wirtschaftsstrategie „Wachstum durch Innovation“ – in seiner Wirtschaftspolitik auf eine starke strategische und langfristige finanzielle Unterstützung von kooperativen Projekten zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Das Bundesförderungsprogramm COMET (Competence Centers for Excellent Technologies) ist dabei ein wesentlicher Eckpfeiler der regionalen Forschungsförderung. Seit Beginn des COMET-Programms im Jahr 2006 ist die Steiermark das führende Bundesland in Bezug auf Beteiligungen am COMET-Programm und damit in der „Innovation Leader“-Position in Österreich.

Die weiterhin starke Beteiligung am COMET-Programm sichert zusätzlich nachhaltig den Forschungsstandort Steiermark.

Das COMET-Programm ist ein gemeinsames Förderungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) und des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW). Alle neun Bundesländer haben sich entschieden, dieses Förderungsprogramm anteilig mitzufinanzieren. Es wird von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) abgewickelt.

Das COMET-Programm hat das Ziel, die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft zu stärken und den Aufbau gemeinsamer Forschungskompetenzen sowie deren wissenschaftliche und wirtschaftliche Verwertung zu forcieren. Herzstück ist dabei ein von Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam definiertes Forschungsprogramm auf höchstem Niveau. Durch das COMET-Programm wird exzellente, industrieorientierte Forschung an den Kompetenzzentren gefördert und internationales Forschungs-Know-how eingebunden, um so die Technologieführerschaft der Unternehmen zu sichern und den Forschungsstandort zu stärken.

Das COMET-Programm umfasste 2017 insgesamt drei Programmlinien (COMET-Zentren K2 und K1 sowie COMET-Projekte), die sich hinsichtlich Anspruchsniveau, Höhe der öffentlichen Förderung sowie Laufzeit unterscheiden.

COMET-Zentren (K2) sind institutionalisierte Forschungszentren, die mit einer langfristigen Perspektive die Forschungsk Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auf höchstem Niveau ermöglichen. Ziel ist eine langfristige Stärkung und deutliche Erhöhung der internationalen Attraktivität des Forschungsstandortes Österreich. COMET-Zentren (K2) sind europaweit sichtbare Leuchttürme der kooperativen Forschung.

In COMET-Zentren (K1) wird ein zwischen Wissenschaft und Wirtschaft abgestimmtes Forschungsprogramm mit einer mittel- bis langfristigen Perspektive auf hohem Niveau umgesetzt. Der Fokus liegt auf wissenschaftlich-technologischen Entwicklungen und Innovationen im Hinblick auf zukunftsrelevante Märkte.

Mit COMET-Projekten soll die Flexibilität des COMET-Programms erhöht werden und Konsortien die Möglichkeit gegeben werden, hochqualitative Forschung mit einer mittelfristigen Perspektive und einem künftigen Entwicklungspotenzial auszuüben.

Neue COMET-Zentren und COMET-Projekte 2017

Die Steiermark ist an drei der sieben im Rahmen des 4. K1-Zentren-Calls genehmigten COMET-Zentren (K1) beteiligt, die im Laufe des Jahres ihren Betrieb aufgenommen bzw. fortgeführt haben:

- PCCL-K1 (K1-Center in Polymer Engineering and Science)
Das PCCL-K1 mit Sitz in Leoben ist ein bereits bestehendes COMET-Zentrum (K1) und wurde für eine weitere Förderungsperiode verlängert. Das PCCL-K1 ist der österreichweite Forschungsmittelpunkt für die Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden, Technologien und Tools für die Entwicklung auf dem Gebiet der Kunststofftechnik und Polymerwissenschaften.

- **Pro2Future (Products and Production Systems of the Future)**
Pro2Future wurde als neues COMET-Zentrum (K1) genehmigt und beginnt bundesländerübergreifend mit Standorten in Oberösterreich und der Steiermark mit der Umsetzung des Forschungsprogramms zu Produktionssystemen der Zukunft.
- **VRVis-Center (VRVis K1 Centre for Visual Computing)**
Das VRVis-Center wurde ebenfalls als bereits bestehendes COMET-Zentrum (K1) wiedergenehmigt. Von Wien aus wird an der Entwicklung der Integration von visuellen Methoden für komplexe Entscheidungsprozesse unter verschiedensten Daten-, Umgebungs- und Randbedingungen geforscht.

Im Rahmen des 6. COMET-Projekte-Calls wurden acht COMET-Projekte genehmigt, davon ist die Steiermark an sieben beteiligt, die alle 2017 ihre ambitionierten Forschungsprogramme gestartet haben.

Die sieben K-Projekte sind:

- **CC FLOW (Center for Continuous Flow Synthesis & Processing)**
Konsortialführung: Research Center Pharmaceutical Engineering GmbH, Graz
Thema: Intensivierung und Vernetzung auf den Gebieten der Durchflusschemie
- **DeSSnet (Dependable, secure and time-aware sensor networks)**
Konsortialführung: JOANNEUM RESEARCH Forschungsgesellschaft mbH, Graz
Thema: Sensortechnik und Kommunikationstechnologie
- **Flipp^r2 (Future Lignin and Pulp Processing Research PROCESS INTEGRATION)**
Konsortialführung: Papierholz Austria GmbH, Frantschach-St. Gertraud
Thema: Gewinnung von Rohstoffen aus Nebenprodukten der Papier- und Zellstoffindustrie
- **PolyTherm (Polymer Composites for Thermally Demanding Applications)**
Konsortialführung: Polymer Competence Center Leoben GmbH (PCCL), Leoben
Thema: Simulation des thermischen und mechanischen (sowie auch des elektrischen) Verhaltens von Verbundwerkstoffen in Elektronik und Elektrotechnik
- **ReWaste4.0 (Recycling and Recovery of Waste 4.0)**
Konsortialführung: Montanuniversität, Leoben
Thema: Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Richtung Kreislaufwirtschaft, mit speziellem Fokus auf vernetzte Recycling- und Verwertungsprozesse
- **SafeBattery (Safe Lithium-Based Traction Batteries)**
Technische Universität, Graz
Thema: Batterieforschung, Crashesicherheit, Produktlebenszyklus
- **WoodCAR (Wood for Automotive Applications)**
Konsortialführung: Weizer Energie-Innovations-Zentrum GmbH, Weiz
Thema: Holz im strukturellen Fahrzeugbau

Calls 2017

Im Rahmen des 7. COMET-Projekte-Calls, der Anfang November 2017 zu Ende gegangen ist, wurden von der Steiermark zwölf Konsortien mit einem LOC ausgestattet. Die Entscheidung, welche COMET-Projekte tatsächlich eine Förderung erhalten, fällt im Juni 2018.

Im Jahr 2017 wurden im dritten Call für COMET-Zentren (K2) drei bereits bestehende COMET-Zentren (K2) für eine weitere Förderung verlängert. Zwei dieser drei Forschungszentren haben ihren Hauptsitz in der Steiermark und werden mit Beginn 2018 nahtlos ihre Forschungsarbeit fortführen können.

- **IC-MPPE (Integrated Computational Materials, Process and Product Engineering)**
Trägergesellschaft: Materials Center Leoben Forschung GmbH
Hauptsitz: Leoben
Das Forschungsprogramm des in Leoben sitzenden COMET-Zentrums (K2) ist fokussiert auf integrierte computergestützte Entwicklung von Werkstoffen, Verarbeitungsprozessen und Produkten. Die Aktivitäten beinhalten die Verwendung von anspruchsvollen Computermodellen zur Digitalisierung und Virtualisierung von Design, Prozessen und Produktanwendungen.

- K2 Digital Mobility (K2 Digital Mobility – Context-Embedded Vehicle Technologies)
 Trägersgesellschaft: Kompetenzzentrum – Das virtuelle Fahrzeug, Forschungsgesellschaft mbH
 Hauptsitz: Graz
 Das seit 2008 als COMET-Zentrum (K2) bestehende Forschungszentrum hat sich zum Ziel gesetzt, zukünftige Mobilität effizienter, sicherer, kostengünstiger und für den Nutzer attraktiver zu machen. Dabei setzt das Forschungszentrum auf die Entwicklung kooperativer integraler Sicherheit sowie die Förderung der disruptiven Digitalisierung und eine höhere Leistungsfähigkeit von automatisierten und elektrifizierten Fahrzeugen.

lich die COMET-Zentren (K1), die mit den COMET-Modulen im Rahmen einer 80%-Förderquote und unter Initiierung von besonders risikoreicher Forschung neue Themenfelder erschließen sollen.

Zeitgleich wird ein letztes Mal ein Call für COMET-Zentren (K2) stattfinden. Neben den COMET-Projekten wird es dann nur mehr COMET-Zentren geben, die mit den COMET-Modulen ihre Forschungsbereiche erweitern können.

Bereits Ende des letzten Jahres wurde der 5. Call für COMET-Zentren (K1) gestartet, der noch bis 4. Mai 2018 geöffnet ist. Nachdem bei diesem Call keine laufenden COMET-Zentren (K1) zur Verlängerung anstehen, ist dies eine günstige Gelegenheit für neue Konsortien, zum Zug zu kommen.

Ausblick 2018

Im Jahr 2018 gibt es einige Neuerungen für das COMET-Programm. So werden voraussichtlich ab April 2018 erstmals die COMET-Module ausgeschrieben werden. Zielgruppe dieses Calls sind ausschließ-

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Kompetenzzentren der Steiermark, die im Jahr 2017 aktiv waren.

Aufstellung steirischer Kompetenzzentren 2017			
	Name	Langtitel	Aufgabenbereiche
K2-Zentren	ACIB	Austrian Centre of Industrial Biotechnology	Industrielle Biotechnologie, Biokatalyse, Biopharmazeutika, Systembiotechnologie, Bioverfahrenstechnik
	K2 Mobility	K2 Mobility – Sustainable Vehicle Technology	Entwicklung neuer wissenschaftlicher Methoden und Technologien zur „Optimierung des Gesamtfahrzeuges als System“
	MPPE	Integrated Research in Materials, Processing and Product Engineering	Werkstoffe, Prozesse, Produkte, Charakterisierung, Entwicklung & Optimierung
K1-Zentren Hauptsitz Stmk.	BE 2020_2.0	Bioenergy 2020+	Biomasseverbrennung, Biomassevergasung, synthetische Biotreibstoffe, Biokonversion, Versorgungsketten
	CBMed	Austrian COMET K1 Center for Biomarker Research	Identifikation, Validierung, Biomarker, personalisierte Medizin, translationale Biomarkerforschung, Daten, Technologie, Stoffwechselerkrankungen, Krebs, Entzündungen
	Know-Center	Know-Center Research Center for Data-driven Business	Big Data Management and Analytics
	LEC EvoLET	LEC Evolutionary Large Engines Technology for the Next Generation of Gas and Dual Fuel Engines	Zwei-Brennstoff-Motoren, Großmotoren, Gasmotoren, Forschung, Simulation, Validierung, Spezialgase
	PCCL-K1	Competence Center in Polymer Engineering and Science	Polymerchemie, Kunststoffverarbeitung, Polymere in Strukturanwendungen, Polymeroberflächen
	RCPE	Research Center Pharmaceutical Engineering	Arzneimittelentwicklung, pharmazeutische Herstellung, Simulation, analytische Prozesstechnologie

Tabelle 16

Quelle: FFG, Darstellung der Abteilung 12.

Aufstellung steirischer Kompetenzzentren 2017

	Name	Langtitel	Aufgabenbereiche	
K1-Zentren Nebensitz Stmk.	ASSIC	Austrian Smart Systems Integration Research Center	Mikrosystemtechnik, heterogene Integration, Aufbau- und Verbindungstechnik, intelligente Systemtechnik, Systemeinbindung	
	K1-Met	Competence Center for Excellent Technologies in Advanced Metallurgical and Environmental Process Development	Metallurgie, Umwelt, Prozesstechnologie, Industrieanlagen	
	Pro2Future	Products and Production Systems of	Metallurgie, Umwelt, Prozesstechnologie, Industrieanlagen	
	VRVis K1	VRVis K1 Centre for Visual Computing	Visual Analytics, interaktive Visualisierung, Visual Computing	
K-Projekte Hauptsitz Stmk. (mit Ausnahme FLIPPR ² und ZPT+)	ASD	Acoustic Sensing & Design	Computing	bis 3/17
	CC FLOW	Center for Continuous Flow Synthesis & Processing	Flow Chemistry, Mikroreaktoren, aktive pharmazeutische Bestandteile, kontinuierliche Prozesse, organische Synthese	
	DeSSnet	Dependable, secure and time-aware sensor networks	Industrie 4.0, Automotive, Produktion, Data Analytics	
	ECO-COOL	Development of the first fully integrated and controlled cooling cycle for the usage in household cooling appliance	Entwicklung eines vollelektronisch geregelten Kühlkreislaufs für hocheffiziente Haushaltskühlgeräte	bis 6/17
	EcoPower-Drive-2	Emission & Fuel Consumption Reduction of Small Propulsion Systems under Real World Conditions	Nachhaltige Mobilität, Verbrennungsmotoren	
	FLIPPR	Future Lignin and Pulp Processing Research	Verbesserung der Ressourceneffizienz bei der Erzeugung von Zellstoff, Steigerung der Qualität der Fasern durch individuelle Funktionalisierung und Modifikation, stoffliche Nutzung von Lignin	bis 3/17
	PolyTherm	Polymer Composites for Thermally Demanding Applications	Polymer-Chemie, polymerbasierte Verbundstoffe, thermo-mechanische Eigenschaften, Polymer-Mechanik & Simulation, dialektische Eigenschaften	
	ReWaste4.0	Demanding Applications	Abfall, Recycling, Gewinnung, Industrie 4.0, Kreislaufwirtschaft, Abfallverwertungstechnologie, Digital Investigation and Sorting Technology, zukünftige Prozesse zur Wiedergewinnung	
	SafeBattery	Safe Lithium-Based Traction Batteries	Lithium-Ionen-Batterie, Crashesicherheit, Produktlebenszyklus (Alterung, Vibration, Unfälle), automotiver Einsatz	
	Vision +	Integrating visual information with independent knowledge	Visualisierungssysteme	bis 6/17
	WoodCAR	Wood for Automotive Applications	Crash Simulation, Engineered Wood Components, Engineered Wood, Products, Virtual Engineering	
	FLIPPR ²	Future Lignin and Pulp Processing Research PROCESS INTEGRATION	Lignin, Zellulose, Verbundstoffe, biotechnisches Engineering, Bioraffinerie	
ZPT+	K-Projekt für zerstörungsfreie Prüfung und Tomografie Plus	Zerstörungsfreies Testverfahren, Materialwissenschaften, Qualitätskontrolle, Messungstechnologien/Bewertungstechnologien		

Tabelle 16

Quelle: FFG, Darstellung der Abteilung 12.

Wirtschaftsförderung in der Steiermark



3 Wirtschaftsförderung in der Steiermark

3.1 Rahmenbedingungen auf EU-Ebene

1. Jänner 2017: Die Peoples Bank of China erweiterte im Rahmen ihrer Wechselkurspolitik den Währungskorb von 13 auf 24 Währungen, um die Handelsbeziehungen besser abzubilden. Dadurch sank der Anteil des Dollars um 4 Prozentpunkte auf 22,4 %, der des Euro von 21,4 % auf 16,3 %.

17. Jänner 2017: Die britische Premierministerin May stellte in einer Grundsatzrede die Rahmenbedingungen zum Austritt aus der EU mit einem Ausstieg aus sämtlichen europäischen Institutionen und Verträgen einschließlich des Binnenmarktes dar. Mit diesem „harten Brexit“ strebte sie einen umfassenden Freihandelsvertrag und ein neues Zollabkommen an, eine deutliche Verringerung der Zuwanderung aus der EU, eine Abkoppelung von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, Kooperation im Kampf gegen Terrorismus, keine weiteren Beitragszahlungen an den EU-Haushalt, eine Abstimmung des britischen Parlaments über die Verhandlungsergebnisse mit der EU und eine Beziehung zu Irland, die die britische Grenzsicherung erlaubt, ohne den Verkehr in dieser Region zu behindern.

17.–20. Jänner 2017: Anlässlich der 47. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums Davos (World Economic Forum) wurden die politischen Risiken, die Folgen des Brexit und die Gründe des Erfolges populistischer Politik erörtert. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Lagarde, führte diesen Erfolg auf die problematische Position der Mittelschicht zurück. Diese würde zugleich wachsen und schrumpfen. In den Entwicklungs- und Schwellenländern habe sich ein Mittelstand entwickelt, in den Industrieländern werde dieser kleiner, verbunden mit Angst vor dem Abstieg und Desillusionierung. Die Einkommensschere zwischen den Ländern schließe sich, innerhalb der Länder zeige sich ein anderes Bild.

21. Jänner 2017: Der US-Präsident Trump erließ per Dekret den Ausstieg der USA aus dem transpazifischen Handelsabkommen (TPP). Das Abkommen war erst im Februar 2016 von Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den USA und Vietnam unterzeichnet worden. Der Präsident strebte auch eine baldige Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA an.

7. Februar 2017: Der Internationale Währungsfonds hielt eine Erleichterung der Schuldenlast Griechenlands durch die Euro-Länder für notwendig, da die Schulden für das Land unhaltbar seien. Der für 2018 angestrebte Haushaltsüberschuss von 3,5 % des BIP sei unrealistisch und solle mit 1,5 % angenommen werden.

8. Februar 2017: Zwei Wochen nach der Entscheidung des britischen Höchstgerichts, dass für den Antrag Großbritanniens auf EU-Austritt die Zustimmung des Parlaments notwendig sei, stimmte dieses den Plänen der Regierung zum Austritt aus der EU zu. Die Regionalparlamente von Schottland, Wales und Nordirland hatten kein Mitspracherecht.

13. Februar 2017: Die Schweizer Bevölkerung lehnte in einer Abstimmung die Unternehmenssteuerreform III ab, die eine Neuregelung der Steuerprivilegien von Unternehmen vorgesehen hätte.

15. Februar 2017: Das Europäische Parlament stimmte dem Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) zu.

1. März 2017: Der Präsident der Europäischen Kommission, Juncker, stellte ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vor. Darin werden fünf Szenarien aufgezeigt, wie sich die 27 Mitgliedsländer gemeinsam als Union bis 2025 entwickeln könnten: 1. keine Änderung, 2. Reduktion auf dem Binnenmarkt, 3. Koalition der Willigen, 4. weniger, aber effizienter, 5. viel mehr gemeinsames Handeln.

7. März 2017: Der französische Autokonzern PSA Peugeot Citroën kaufte für € 1,3 Mrd. Opel und Vauxhall von General Motors und wurde damit zum zweitgrößten Autohersteller in Europa nach Volkswagen.

9.–10. März 2017: Der Europäische Rat wählte Donald Tusk für eine zweite Amtszeit bis 30. November 2019 zu seinem Präsidenten. Einzig die polnische Ministerpräsidentin Szydło sprach sich gegen die Wahl ihres Landsmannes aus. Aufgrund des Protestes von Polen wurde keine einstimmige Schlusserklärung verfasst.

13. März 2017: Die EU verlängerte die Sanktionen gegen Russland wegen der Verletzung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine bis 15. September 2017.

16. März 2017: Die Notenbank der USA erhöhte den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate lag somit in einer Spanne von 0,75 % bis 1 %, die Discount Rate (Primary Credit Rate) zwischen 1 % und 1,5 %.

17. März 2017: Saudi-Arabien und China unterzeichneten ein Investitionsabkommen im Ausmaß von \$ 65 Mrd. Vorgesehen ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen und Raumfahrt.

17.–18. März 2017: Die Finanzminister der G20 diskutierten in Baden-Baden die Bedeutung des Freihandels. In der Abschlusserklärung der Industrie- und Schwellenländer fehlte wegen des Widerstandes der USA ein Bekenntnis zum Freihandel und zum Kampf gegen den Klimawandel.

21. März 2017: Im aktuellen Wirtschaftsausblick für China warnte die OECD vor der hohen Verschuldung chinesischer Unternehmen, von denen fast zwei Drittel im Eigentum des Staates stehen. Die Verschuldung mit 170 % des BIP war die höchste unter den führenden Volkswirtschaften.

25. März 2017: In Rom fand ein Gipfeltreffen der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländer zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge statt. In der „Erklärung von Rom“ bekannten sich die Mitgliedsländer zu einer gemeinsamen Zukunft nach dem Austritt Großbritanniens.

29. März 2017: Mit der Übergabe der Erklärung der britischen Premierministerin May zur Aktivierung von Art. 50 des Lissabon-Vertrages an Ratspräsident Tusk begannen die für höchstens zwei Jahre vorgesehenen Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der Europäischen Union. Die verbleibenden 27 EU-Länder wollten bei den Austrittsverhandlungen mit einer Stimme sprechen und diese Vorgangsweise bei einem Sondergipfel Ende April 2017 festlegen.

Der Zusammenschluss der Deutschen Börse AG (DBAG) mit der London Stock Exchange Group (LSEG) wurde von der Europäischen Kommission abgelehnt. Ein Zusammenschluss würde für das Clearing festverzinslicher Finanzinstrumente den Wettbewerb erheblich einschränken.

21.–23. April 2017: Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank bestätigten die gute Entwicklung der Weltwirtschaft und den Fortschritt der Konsolidierungsbemühungen der Banken, verwiesen jedoch auf die wachsenden politischen Risiken. IWF-Direktorin Lagarde plädierte für die Globalisierung, da diese den ärmsten Entwicklungsländern eine Chance zum wirtschaftlichen Aufholen gab. Vor dem Hintergrund angekündigter protektionistischer Maßnahmen der USA äußerte sich der deutsche Finanzminister Schäuble gegen Protektionismus und für den freien Welthandel als wichtigste Voraussetzung, damit alle Länder vom Wirtschaftswachstum profitieren könnten. Der IWF prognostizierte für die USA unter der – bisher nicht üblichen – Berücksichtigung einer bisher nur beabsichtigten Steuerreform ein höheres Wachstum des BIP. Die USA beabsichtigten ab 2018 die Ausgaben für internationale Zusammenarbeit zu kürzen. Die Zahlungen an die Weltbank würden damit in den Jahren 2017 bis 2019 insgesamt um \$ 650 Mio. geringer ausfallen.

26. April 2017: US-Präsident Trump beschloss, das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) mit Kanada und Mexiko neu zu verhandeln, nachdem er zunächst einen Ausstieg der USA aus dem Vertrag mittels Dekret angekündigt hatte.

29. April 2017: Anlässlich der Sondertagung des Europäischen Rates zu Art. 50 EU-Vertrag wurden die Leitlinien für die „Brexit“-Verhandlungen festgelegt. Die 27 Mitgliedsländer würden während der Verhandlungen ihre Einheit wahren. Sie bekräftigten den Wunsch, Großbritannien möge ein enger Partner bleiben; für die künftige Einigung müsse ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Rechten und Pflichten bestehen und faire Wettbewerbsbedingungen seien sicherzustellen. Die vier Freiheiten des Binnenmarktes müssten gewahrt bleiben und seien unteilbar. Ein Nicht-Mitgliedsland könne nicht dieselben Rechte haben und dieselben Vorteile genießen wie ein Mitgliedsland. In der ersten Verhandlungsphase sollten Klarheit und Rechtssicherheit geschaffen werden, um Großbritannien aus der EU herauszulösen. Der Europäische Rat werde entscheiden, wann zur nächsten Verhandlungsphase übergegangen werden kann. Eine Übereinkunft über die künftigen Beziehungen könne erst geschlossen werden, wenn Großbritannien ein Drittland ist, d. h. nach der Verhandlungsfrist, die mit 29. März 2019 endet. Der Rat betonte die Wichtigkeit eines geordneten Austrittes vor allem unter Wahrung der Rechte der Bürger und Bürgerinnen, die vom Brexit betroffen sind. Die Entstehung eines Rechtsvakuum für die Wirtschaft müsse vermieden werden. Eine einheitliche Finanzregelung solle sicherstellen, dass die EU und Großbritannien ihren Verpflichtungen nachkommen. Bis zum Verlassen der Union bleibe Großbritannien ein volles Mitglied der Europäischen Union mit allen Rechten und Pflichten. Die Austrittsverhandlungen werden getrennt von den laufenden Unionsgeschäften geführt.

14. Mai 2017: In Peking fand ein Gipfeltreffen zur Initiative „Neue Seidenstraße“ statt. Das Projekt soll 65 Länder aus Asien, Afrika und Europa – 70 % der Weltbevölkerung – durch den Bau moderner Verkehrswege und Infrastruktur für den Warenaustausch verbinden. Investitionen im Umfang von \$ 900 Mrd. sind geplant.

29. Mai 2017: In der Schweiz wurde in einer Volksabstimmung ein Energiegesetz, das den Bau weiterer Atomkraftwerke verbietet, mit 58 % angenommen.

31. Mai 2017: Die Europäische Kommission stellte ein Reflexionspapier zur Wirtschafts- und Währungsunion vor, wonach drei zentrale Maßnahmen anzustreben sind: die Vollendung einer echten Finanzunion, eine stärkere Integration der Wirtschafts- und Fiskalunion sowie die Verankerung demokratischer Rechenschaftspflicht und die Stärkung der Institutionen des Euro-Raumes.

1. Juni 2017: US-Präsident Trump verkündete, dass sich die USA mit sofortiger Wirkung nicht mehr an die Zusagen zum Pariser Klimaabkommen gebunden fühlen; die USA würden weder die Vereinbarung zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2025 noch die finanzielle Verpflichtung gegenüber Entwicklungsländern einhalten. Neuverhandlungen über Nachbesserungen würden angestrebt. Das Abkommen schade den USA, während China und Indien ihren Kohlektor ausbauen dürften. 25 bedeutende Unternehmen aus den USA sowie einige Städte kündigten an, die Klimaziele weiterhin anzustreben. Der Prozess der Kündigung des Pariser Abkommens wird bis zu vier Jahre dauern.

1.–2. Juni 2017: Das Gipfeltreffen zwischen der EU und China endete in Brüssel ohne gemeinsame Schlusserklärung. Aus Sicht der EU herrscht vor allem im Bereich der Direktinvestitionen keine Reziprozität: 2016 stiegen die Direktinvestitionen Chinas in der EU um 77 % auf € 40 Mrd., während umgekehrt die Direktinvestitionen aus der EU in China um 23 % auf 8 Mrd. sanken, da China ausländischen Investoren Hürden in den Weg lege.

6. Juni 2017: Die neue französische Regierung unter Präsident Macron kündigte an in den nächsten 18 Monaten eine „Renovierung des Sozialmodells“ durchzuführen. Eine Arbeitsrechtsreform soll durch Verordnung umgesetzt werden. Eine Obergrenze für die Abfindung bei missbräuchlicher Entlassung, die bisher von Schiedsgerichten individuell festgelegt wurde, soll eingeführt werden. Zusätzliche Regelungen zur Problemlösung auf Betriebsebene sowie Reformen der Arbeitslosenversicherung und bei der Berufsausbildung, insbesondere im Lehrlingswesen, sind vorgesehen. Eine Ausweitung der Arbeitslosenversicherung auf Selbstständige, eine Reform des

Pensionssysteme und des Schulsystems sollen über den Sommer erarbeitet werden.

7. Juni 2017: Das von der OECD initiierte BEPS-Abkommen (Base Erosion and Profit Shifting) wurde von 67 Staaten unterzeichnet und soll die aggressive Steuergestaltung von Konzernen begrenzen, indem es international die Möglichkeiten zur Steueroptimierung verringert.

Die spanische Bank Santander übernahm die spanische Banco Popular um einen symbolischen Kaufpreis von 1 Euro, nachdem die Europäische Zentralbank diese als nicht überlebensfähig eingestuft hatte. Als führender Kreditgeber für Klein- und Mittelbetriebe verwaltete die Bank mit Ende 2016 Einlagen in der Höhe von € 96,6 Mrd. und hatte 1.800 Filialen und 12.000 Beschäftigte. Aufgrund der neuen EU-Abwicklungsrichtlinie (Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD), die seit Anfang 2016 in Kraft ist, wurden keine Steuergelder für die Abwicklung der Krisenbank aufgebracht. Für die Übernahme der Krisenbank musste Santander ihr Kapital um € 7 Mrd. erhöhen.

15. Juni 2017: Nach monatelangen Verhandlungen zwischen den Geber-Institutionen und Griechenland über weitere Hilfszahlungen und Unstimmigkeiten zwischen dem Internationalen Währungsfonds und einigen Euro-Ländern über spürbare Schuldenerleichterungen genehmigten die Euro-Länder eine weitere Tranche von € 8,5 Mrd. aus dem dritten Hilfspaket. Der IWF beteiligte sich an diesem Hilfspaket, jedoch sind nach Ansicht des Währungsfonds Schuldenerleichterungen der EU notwendig. Die Auszahlung erfolgt, nachdem die Euro-Länder ihre nationalen Verfahren zur Genehmigung der Auszahlung abgeschlossen haben.

In der Europäischen Union entfielen die Roaming-Gebühren zwischen Mobilfunkunternehmen. Eine Missbrauchsklausel soll verhindern, dass Konsumenten und Konsumentinnen in einem Land, in dem sie nicht ansässig sind, einen Vertrag mit niedrigerer Gebühr abschließen.

16. Juni 2017: Der Europäische Rat stellte auf Empfehlung der Europäischen Kommission das Defizitverfahren gegen Portugal und Kroatien ein, da der Finanzierungssaldo des Staates in beiden Ländern laut Prognose der Kommission die Grenze von 3 % des BIP unterschreiten würde.

Die Notenbank der USA erhöhte den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate lag damit in einer Bandbreite zwischen 1 % und 1,25 %.

Präsident Trump beschloss neue Einschränkungen für den Handel und Tourismus mit Kuba. Finanztransaktionen mit dem kubanischen Tourismuskonzern wurden verboten, Reisen für Staatsangehörige der USA nach Kuba erschwert. Er setzte damit Vereinbarungen, die Präsident Obama mit Kuba getroffen hatte, außer Kraft.

19. Juni 2017: Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien über den EU-Austritt Großbritanniens begannen. Festgelegt wurden die Organisation, der Zeitplan sowie die Schwerpunkte der Verhandlungen. In der ersten Phase werden die Bedingungen des Austrittes erörtert, erst danach werden Gespräche über die künftigen Beziehungen zwischen den Verhandlungspartnern aufgenommen. In drei Verhandlungsgruppen werden die gegenseitigen Niederlassungsrechte der 3,2 Mio. Staatsangehörigen von EU-Ländern in Großbritannien und der 1,5 Mio. britischen Staatsangehörigen in der EU, die finanziellen Aspekte und andere Trennungsfragen erörtert. Ein vierwöchiger Verhandlungszyklus wurde vereinbart. Zu Irland und Nordirland wird ein eigener Dialog geführt werden. Großbritannien wird sowohl aus dem Binnenmarkt als auch aus der Zollunion austreten. Beide Seiten streben ein faires Verhandlungsergebnis an. Der Austritt muss bis 31. März 2019 vollzogen werden. Die Verhandlungen sollen im Herbst 2018 abgeschlossen sein, da die Ergebnisse im Anschluss vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat ratifiziert werden müssen.

Die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim wurden um ein Jahr bis 23. Juni 2018 verlängert.

20. Juni 2017: Der Allgemeine Rat der EU setzte neue Prioritäten bei der Halbzeitüberprüfung des EU-Haushaltsrahmens 2014–2020: Die Bereiche Wachstum und Beschäftigung werden mit zusätzlich € 2,08 Mrd., Migrationsproblematik und Sicherheit sowie Verstärkung der Kontrolle mit zusätzlich € 2,55 Mrd. und die Bekämpfung von Migrationsursachen mit zusätzlich € 1,39 Mrd. ausgestattet.

25. Juni 2017: Im Jahresbericht der Bank for International Settlements (BIS) wurde auf die erheblichen

Risiken der seit 30 Jahren steigenden weltweiten Verschuldung aller Sektoren bei sinkenden Zinssätzen hingewiesen. Der Anstieg der Zinssätze durch eine notwendige Normalisierung der Geldpolitik könnte besonders für hochverschuldete Länder prekär werden.

26. Juni 2017: Nachdem die italienischen Banken Banca Popolare di Vicenza und Veneto Banca von der Europäischen Zentralbank als „wahrscheinlich nicht mehr überlebensfähig“ eingestuft worden waren, übernahm die in Mailand ansässige Banca Intesa Sanpaolo die beiden Kreditinstitute. Intesa Sanpaolo wird einen Großteil der 960 Filialen schließen und 3.900 der 10.800 Beschäftigten entlassen. Für die Sanierung wurden über € 5 Mrd. an staatlichen Finanzmitteln zur Abfindung der Beschäftigten und € 12 Mrd. zur Absicherung der in eine Bad Bank übernommenen riskanten Kredite bereitgestellt. Ein Krisenplan, mit dem die ebenfalls in Schwierigkeiten geratene Banca Monte dei Paschi di Siena zur Sanierung € 6,6 Mrd. an staatlicher Unterstützung erhält, wurde von der EU gebilligt.

27. Juni 2017: Die Europäische Wettbewerbskommission verhängte über den Internetkonzern Google (USA) eine Geldstrafe von € 2,42 Mrd. wegen Missbrauches der Marktmacht: Google habe Ergebnisse des eigenen Preisvergleichsdienstes Google Shopping höher gereiht dargestellt als Konkurrenzdienste. Google prüft eine Anfechtung der Entscheidung.

28. Juni 2017: Die Notenbank der USA ist mit der Kapitalplanung von 33 der 34 in einem Stresstest geprüften Banken zufrieden. Seit dem I. Quartal 2009 hatte sich das harte risikogewichtete Eigenkapital von 5,5 % auf 12,5 % erhöht (von \$ 750 Mrd. auf \$ 1,2 Bio.). Capital One Financial Corporation musste im nächsten Halbjahr einen überarbeiteten Kapitalplan vorlegen.

29. Juni 2017: Der französische Rechnungshof kritisierte in einem Bericht die Budgetschätzungen des Stabilitätsprogrammes. Die Staatseinnahmen würden um rund € 8 Mrd. überschätzt, die Ausgaben um € 5,9 Mrd. unterschätzt. Ohne Korrekturmaßnahmen werde die Maastricht-relevante Neuverschuldung 3,2 % des BIP erreichen. Die Europäische Kommission erklärte mehrfach, dass eine neuerliche Überschreitung des 3%-Zieles nicht mehr toleriert werde. 2016 betrug Frankreichs Staatsschulden 96 % des BIP.

1. Juli 2017: Estland übernahm den Vorsitz des Europäischen Rates.

6. Juli 2017: Auf dem EU-Japan-Gipfel wurde die grundsätzliche Einigung über das Japan-EU Free Trade Agreement (JEFTA) bekanntgegeben. Das seit 2013 verhandelte Abkommen regelt den schrittweisen Abbau der gegenseitigen Zölle (derzeit jährlich € 1 Mrd.) sowie die Aufhebung der nichttarifären Handelsschranken. Europa strebt die Öffnung des japanischen Marktes für Lebensmittel an, im Gegenzug werden die Zölle auf Autos aus Japan aufgehoben.

7.–8. Juli 2017: In Hamburg fand das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsoberhäupter der G20 statt. In der Abschlusserklärung bekannten sich die Länder zu einem starken, nachhaltigen, ausgewogenen und inklusiven Wachstum als gemeinsames Ziel mit höchster Priorität. Als Herausforderungen sahen sie den Kampf gegen Terrorismus, Vertreibung, Armut, Hunger und Gesundheitsgefahren, die Schaffung von Arbeitsplätzen, den Umgang mit Klimawandel, Energiesicherheit und Ungleichheit einschließlich der Ungleichheit der Geschlechter. 19 Länder sahen das Pariser Klimaabkommen als unumkehrbar an; die USA bestätigten, aus dem Klimaabkommen auszutreten.

Durch die G20-Afrika-Partnerschaft sollen Initiativen in den Bereichen Investitionsförderung, Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energie, Jugendbeschäftigung im ländlichen Raum, digitale Bildung für Mädchen und Frauen sowie Steuergerechtigkeit unterstützt werden. Drei Säulen der Umsetzung wurden festgehalten:

- Verbesserung der Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen über individuell zugeschnittene Investitionspartnerschaften mit interessierten afrikanischen Ländern („Compact with Africa“)
- Investitionen in die Nutzung erneuerbarer Energie und zur Steigerung der Widerstandskraft gegen Klimaveränderungen in Afrika
- Beschäftigung und Berufsbildung für inklusives Wachstum in Afrika

In einer gemeinsamen Erklärung gaben der EU-Kommissionspräsident Juncker und der kanadische Premierminister Trudeau bekannt, dass das Freihandelsabkommen CETA ab 21. September 2017 wirksam wird.

10.–11. Juli 2017: Anlässlich des Treffens der Mitglieder der Euro-Gruppe wurde die staatliche Unterstützung der italienischen Banken bei der Liquidation und Rekapitalisierung im Rahmen der Bankenunion thematisiert. Die Vertreter der Euro-Länder erörterten die nationalen Insolvenzrahmen und einigten sich auf den Entwurf eines Aktionsplanes zum Abbau von Non-Performing Loans (NPL), die EU-weit fast € 1.000 Mrd. pro Jahr betragen. Der Plan umfasst die Durchführung von Bad Banks, die Entwicklung eines Sekundärmarktes für NPL, einen Auftrag an die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA zur Entwicklung von EU-Leitlinien für den Umgang der Banken mit NPL und eine Änderung von Eigenkapitalregeln.

18. Juli 2017: Als Grundlage für Neuverhandlungen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA, das 1994 zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft trat, legten die USA ein Positionspapier vor. Länder sollen den Kurs ihrer Währung nicht mehr manipulieren können, um Handelsvorteile zu erzielen. Vor allem von Mexiko fordern die USA strengere arbeitsrechtliche und Umweltstandards.

28. Juli 2017: Das Verwaltungsgericht in Stuttgart gab einer Klage der Deutschen Umwelthilfe statt und verpflichtete die Landeshauptstadt Stuttgart zur schnellstmöglichen Einhaltung der NO_x-Grenzen nach dem Luftreinhalteplan der Stadt. In 90 deutschen Städten übersteigt die Stickoxidbelastung regelmäßig den Grenzwert, hauptsächlich durch Emissionen von Pkw und anderen Fahrzeugen mit Dieselmotor. Das Gericht in Stuttgart fand eine Nachrüstung der Software für Dieselfahrzeuge nicht ausreichend, da diese Maßnahme die Überschreitung der Schadstoffgrenze um nur 9 % verringert. Ein Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge droht.

2. August 2017: In Berlin fand der deutsche „Diesel-Gipfel“ statt. Die Bundesregierung, die Industrie und die Länder vereinbarten die freiwillige Nachrüstung von rund 5,3 Mio. Pkw mit Dieselmotor der Schadstoffklassen Euro 5 oder Euro 6 durch die Autoindustrie mit einer aktualisierten Software, um die Stickoxidbelastung zu verringern; davon wurden bereits 2,5 Mio. Fahrzeuge seit 2016 nachgerüstet. An der Umstellung beteiligen sich der Volkswagen-Konzern (VW, Audi und Porsche), Daimler, BMW und Opel, jedoch keine ausländischen Hersteller. Für die Förderung der Umstellung von Taxi- und Busflotten stellte die Bundesregierung € 250 Mio. bereit. Durch die

Umrüstung sollten die NO_x-Emissionen um 25 % bis 30 % gesenkt werden, um ein generelles Fahrverbot zu verhindern.

15. August 2017: Die deutsche Fluggesellschaft Air Berlin stellte einen Insolvenzantrag.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht setzte das Verfahren zum Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank (EZB) aus und legte es dem Gerichtshof der Europäischen Union vor. Geprüft wird, ob das Anleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP) gegen das Gebot der monetären Staatsfinanzierung verstößt und die Deutsche Bundesbank deshalb daran nicht teilnehmen darf.

23. August 2017: Die Neuverhandlung des Freihandelsabkommens NAFTA zwischen den USA, Kanada und Mexiko (NAFTA 2.0) wurde aufgenommen.

24.–26. August 2017: Auf der internationalen Tagung der Notenbankpräsidenten in Jackson Hole (USA) verteidigte die Notenbankpräsidentin der USA, Yellen, die Bankenregulierung, die nach der Finanzmarktkrise das System sicherer und widerstandsfähiger gemacht habe, ohne die Kreditvergabe einzuschränken und das Wirtschaftswachstum zu behindern. Die von der Regierung Trump geforderte Deregulierung solle, wenn überhaupt, behutsam durchgeführt werden.

3. September 2017: Anlässlich des Gipfeltreffens der BRICS-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) rief China die Vertreter zum freien Handel auf.

4. September 2017: Die Europäische Kommission billigte einen Überbrückungskredit von € 150 Mio., den die deutsche Bundesregierung der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin bereitstellte. Die Kommission begründete ihre Entscheidung damit, dass der Kredit zeitlich begrenzt sei und der geordneten Abwicklung diene.

6. September 2017: Der Kongress der USA einigte sich auf eine Übergangsfiananzierung des Haushaltes und eine Erhöhung der Schuldenobergrenze bis 15. Dezember 2017. Zur Behebung der durch den Hurrikan Harvey in Texas verursachten erheblichen Schäden wurden \$ 7,85 Mrd. bereitgestellt.

9. September 2017: In einem Brief an den Rat der Europäischen Kommission forderten die Finanzminister von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, einen Gesetzgebungsvorschlag der Kommission zur Einführung der Umsatzbesteuerung von Internetkonzernen wie Google, Amazon oder Facebook zu erarbeiten. Derzeit sind die Regeln zur Gewinnbesteuerung an die physische Präsenz (permanente Betriebsstätte) eines Unternehmens in einem Land gebunden; das erschwert die Besteuerung von im Internet tätigen Konzernen.

13. September 2017: In der jährlichen Rede des Kommissionspräsidenten zur Lage der Europäischen Union hob Juncker die Chance hervor, im Aufschwung neue Impulse zu setzen. Bis zum Ende seiner Amtszeit 2019 möchte er die Handelsagenda stärken und Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland aufnehmen. Ein europäischer Rahmen zur Überprüfung von Investitionen (Investment Screening) wurde vorgeschlagen. Um soziale Fragmentierung und Sozialdumping zu beenden, sollen in allen Mitgliedsländern EU-Sozialstandards als Säule sozialer Rechte in der EU gelten. Auf dem EU-Gipfeltreffen in Göteborg im November wird das Thema aufgegriffen werden. Angedacht wurde die Einrichtung einer EU-Arbeitsbehörde, die gegen Lohndumping vorgehen soll. Die Währungsunion soll durch den Ausbau des Krisenfonds EMS zu einem Europäischen Währungsfonds gestärkt werden. Juncker strebt die Vergrößerung der Währungsunion an; alle EU-Länder mit Ausnahme von Großbritannien, Dänemark und Schweden wurden bereits vertraglich verpflichtet, nach der Erfüllung der Konvergenzkriterien den Euro als Währung zu übernehmen. Möglichst alle EU-Länder sollten der Bankenunion beitreten. Juncker forderte eine Ausweitung der finanziellen Mittel für den EU-Haushalt, um den Aufgaben gerecht zu werden, und ein eigenes Budget für die Eurozone im Rahmen des EU-Budgets. Um die Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken, soll ein EU-Wirtschafts- und -Finanzminister die Funktionen des Wirtschaftskommissars und des Vorsitzenden der Euro-Gruppe übernehmen. Er sprach sich gegen die Zerteilung der EU in einen stärker integrierten Kern und periphere Mitgliedsländer aus und forderte eine Ausweitung der Kooperation im Bereich der Verteidigung. Der Präsident schlug weiters eine Vereinigung des Amtes des Kommissionspräsidenten und des Ratspräsidenten vor und kündigte eine

Taskforce zum Thema Subsidiarität an. Nach dem geplanten Brexit am 29. März 2019 soll ein Sondergipfel stattfinden. Ein Beitritt der Türkei wurde in absehbarer Zeit ausgeschlossen.

13. September 2017: Die Übernahme des Chipherstellers Lattice (USA) durch die chinesische Beteiligungsgesellschaft Canyon Bridge wurde von US-Präsident Trump gestoppt, da sie die nationale Sicherheit der USA gefährden würde.

17. September 2017: Anlässlich der Tagung der EU-Finanzminister schlossen sich Bulgarien, Griechenland, Österreich, Portugal, Rumänien und die Slowakei dem Plan zur Umsatzbesteuerung von Internetkonzernen an. Ein Gesetzesentwurf soll bis zum Frühjahr 2018 ausgearbeitet werden.

20. September 2017: Die Notenbank der USA ließ die Leitzinssätze unverändert, ab 1. Oktober 2017 werden jedoch auslaufende Staatsanleihen und Hypothekarkredite durch Neuankäufe nicht mehr vollständig ersetzt.

21. September 2017: Die Rating-Agentur Standard & Poors senkte die Kreditwürdigkeit Chinas aufgrund des anhaltend hohen Kreditwachstums um eine Stufe auf A+.

22. September 2017: Großbritanniens Premierministerin May forderte in einer Grundsatzrede eine zweijährige Übergangsphase für die Abkoppelung von der EU. Während dieser Phase würde Großbritannien weiterhin in den EU-Haushalt einzahlen und die Niederlassung von EU-Staatsangehörigen gewähren.

26. September 2017: Das Defizitverfahren der EU gegen Griechenland wurde auf Beschluss des EU-Ministerrates eingestellt, da das Land erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einem langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt gemacht hatte. 2009 hatte Griechenland ein Defizit von 15,1 % des BIP ausgewiesen, 2016 wurde ein Überschuss von 0,7 % erreicht. Die Defizitverfahren gegen Frankreich, Spanien und Großbritannien blieben aufrecht.

26. September 2017: Anlässlich einer Rede an der Pariser Universität Sorbonne befürwortete der französische Präsident Macron eine stärkere Integration der Währungsunion mit einem eigenen Wirtschaftsminis-

ter und einem Finanzminister, die vom Europäischen Parlament kontrolliert werden, und ein umfangreiches Budget dieser Institutionen. Er trat für einen differenzierten Integrationsprozess mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten ein.

4. Oktober 2017: Die Europäische Kommission forderte Luxemburg auf, vom Internethändler Amazon € 250 Mio. an Steuern und Zinsen einzufordern, da die Minderbesteuerung des multinationalen Konzerns gegen die Beihilfenregeln der Europäischen Union verstoße. Aufgrund von steueramtlichen Vorbescheiden zahlt Amazon auf drei Viertel seiner Gewinne keine Steuern. Rechtliche Schritte vor dem Europäischen Gerichtshof sind auch gegen Irland geplant, da sich die Regierung weigert, vom Computerkonzern Apple € 13 Mrd. an Steuerzahlungen für den Zeitraum 2003–2014 zu fordern.

Zur Eindämmung des Mehrwertsteuerbetruges in der EU – der Schaden für die öffentlichen Haushalte wird derzeit auf € 50 Mrd. geschätzt – schlug die Europäische Kommission vor, in Zukunft auch auf den derzeit steuerbefreiten grenzüberschreitenden Handel den für den Verkäufer geltenden Steuersatz zu erheben. Die Steuerbehörde des Herkunftslandes würde die Steuereinnahmen an die Steuerbehörde des Bestimmungslandes weiterleiten.

8. Oktober 2017: Um den Binnenmarkt vor unlauterer Konkurrenz aus Brasilien, Russland, der Ukraine und dem Iran zu schützen, verhängte die EU auf bestimmte Produkte der Eisen- und Stahlindustrie Anti-dumpingzölle von bis zu € 96,50 pro Tonne.

12. Oktober 2017: Die deutsche Fluglinie Lufthansa übernahm unter Vorbehalt große Teile der insolventen Fluglinie Air Berlin. Nach einem Überbrückungskredit des deutschen Staates von € 150 Mio. zur Aufrechterhaltung des Betriebes von Air Berlin übernahm Lufthansa 300 Beschäftigte und 50 % der Flotte. Die Europäische Kommission untersuchte die Fusion.

14. Oktober 2017: Anlässlich der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds betonte Direktorin Lagarde die wichtigsten Ziele ihrer Institution: Globalisierung, Freihandel, Wachstum und Wohlstand in möglichst vielen Ländern und die Bekämpfung des Klimawandels. Diese stünden im Gegensatz zur offiziellen „America First“-Politik des Präsidenten der USA.

19. Oktober 2017: Im Zuge der Tagung des Europäischen Rates wurde berichtet, dass das Konzept der vollständigen Kontrolle der EU-Außengrenzen Erfolg zeige und die Migrationsströme abnehmen. Der Rat bekannte sich uneingeschränkt dazu, in der Migrationsfrage mit der Türkei zusammenzuarbeiten. Hervorgehoben wurde die Bedeutung der Rückführung von Migrantinnen und Migranten, des Einsatzes der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Bekämpfung von Menschenhandel und Schleusennetz sowie der Intensivierung des Informations- und Datenaustausches zwischen den Mitgliedsländern und anderen Partnern. Langfristig müssten die Ursachen der Migration in den Herkunftsländern durch Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten bekämpft werden. Die Einrichtung des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung soll Investitionen in Afrika und Nachbarländern der EU unterstützen. Der Rat bekannte sich zum Schengen-Abkommen und will die Grenzkontrollen möglichst bald wieder zurücknehmen. Die Fortschritte der Reform des Asylsystems in der EU wurden begrüßt.

Weiters beschäftigte sich der Rat mit dem Thema „digitales Europa“ als Chance zur Steigerung von Innovationen, Wachstum und Beschäftigung. Erforderlich seien dazu

- ein öffentlicher Sektor, der beispielhaft digitale Technologien anwendet,
- zukunftsorientierte Regulierungsmaßnahmen für den digitalen Binnenmarkt,
- eine erstklassige Infrastruktur und Kommunikationsnetze,
- ein gemeinsames Konzept für die Cyber-Sicherheit,
- Anstrengungen zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität im Internet,
- an das digitale Zeitalter angepasste Arbeitsmärkte und Bildungs- und Ausbildungssysteme,
- Anstrengungen in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovationen,
- ein Bewusstsein für die Dringlichkeit der Auseinandersetzung mit neuen Trends und

- ein wirksames, faires und an das digitale Zeitalter angepasstes Steuersystem.

26. Oktober 2017: Die Europäische Zentralbank gab bekannt, dass sie das monatliche Volumen der Ankäufe von Wertpapieren auf € 30 Mrd. halbieren und bis Ende September 2018 weiterführen werde.

2. November 2017: Die Bank of England erhöhte den Leitzinssatz (bank rate) von 0,25 % auf 0,5 %.

9. November 2017: Anlässlich eines offiziellen Besuchs des US-Präsidenten Trump in China wurden Wirtschaftsabkommen im Umfang von \$ 250 Mrd. unterzeichnet.

17. November 2017: Beim Sozialgipfel in Göteborg wurde die europäische Säule sozialer Rechte beschlossen. Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu vertiefen und fairer zu gestalten, sollen die Bürgerinnen und Bürger neue und wirksame Rechte zu 20 Themen erhalten:

- Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang (allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, Gleichstellung der Geschlechter, Chancengleichheit, aktive Unterstützung für Beschäftigung)
- Faire Arbeitsbedingungen (sichere und anpassungsfähige Beschäftigung, Löhne und Gehälter, Informationen über Beschäftigungsbedingungen und Kündigungsschutz, sozialer Dialog und Einbeziehung der Beschäftigten, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, gesundes, sicheres und geeignetes Arbeitsumfeld und Datenschutz)
- Sozialschutz und soziale Inklusion (Betreuung und Unterstützung von Kindern, Sozialschutz, Leistungen bei Arbeitslosigkeit, Mindesteinkommen, Alterseinkünfte und Ruhegehälter, Gesundheitsversorgung, Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Langzeitpflege, Wohnraum und Hilfe für Wohnungslose, Zugang zu essenziellen Dienstleistungen)

17. November 2017: Der deutsche Siemens-Konzern kündigte an, weltweit 6.900 Arbeitskräfte abzubauen. Aufgrund des Strukturwandels in der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern entstünden besonders im Bereich der Gasturbinen und der Stromerzeugungs-

dienste Überkapazitäten. Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein operativer Gewinn von annähernd € 10 Mrd. ausgewiesen.

21. November 2017: Minister der 27 EU-Länder wählten Paris als neuen Sitz für die Europäische Bankenaufsicht (European Banking Authority – EBA) und Amsterdam für die Europäische Arzneimittelbehörde (European Medicines Agency – EMA). Die bisher in London ansässigen Behörden müssen aufgrund des Brexit in ein Mitgliedsland verlegt werden.

22. November 2017: Wie die Überprüfung nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigte, entsprechen die Budgetpläne 2018 von Deutschland, Finnland, Lettland, Litauen, Luxemburg und den Niederlanden den Vorgaben; die Pläne von Estland, Irland, Malta, der Slowakei, Spanien und Zypern entsprechen diesen weitgehend. Für Belgien, Frankreich, Italien, Österreich, Portugal und Slowenien besteht ein Risiko, die Vorgaben zu verfehlen. Vor allem für Belgien und Italien wird die Nichterfüllung prognostiziert.

27. November 2017: Der Ministerpräsident der Volksrepublik China, Li Keqiang, nahm in Ungarn am Jahrestreffen der 16 ostmitteleuropäischen Länder teil. Der Aufbau eines internationalen Verkehrsnetzes („neue Seidenstraße“, „One Belt, One Road“) soll für diese Region neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten eröffnen. Für Projekte zum Ausbau der Infrastruktur wurden der Region Mittel von € 3 Mrd. in Aussicht gestellt. Das Projekt der neuen Seidenstraße eröffnet den europäischen Ländern Alternativen zu den Märkten in Europa.

November 2017: Über 13 Mio. aus Bermuda stammende Dokumente („Paradise Papers“) belegten Praktiken von Unternehmen und prominenten Personen zur Steuervermeidung in dieser Offshore-Region.

4. Dezember 2017: Die Euro-Gruppe wählte den portugiesischen Finanzminister Mário Centeno zu ihrem neuen Präsidenten (Amtszeit 2,5 Jahre, ab 13.1. 2018).

5. Dezember 2017: Die Finanzminister der EU entließen Großbritannien aus dem Defizitverfahren, da die jährliche Neuverschuldung unter 3 % des BIP gesunken war. Eine gesonderte Haushaltskontrolle gilt weiterhin für Spanien und Frankreich, die der Währungsunion angehören.

6. Dezember 2017: Die Europäische Kommission schlug vier Punkte zur Reform der Wirtschafts- und Währungsunion vor:

Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) nach dem Vorbild des IWF könnte aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) entstehen und Kredite an Not leidende Euro-Länder gewähren sowie als zusätzliche Sicherheit für den Bankenabsicherungsfonds (Single Resolution Fund – SRF) zur Verfügung stehen. Die Funktionen des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und des Vorsitzenden der Euro-Gruppe sollen in einer Person – einem europäischen Minister bzw. einer Ministerin für Wirtschaft und Finanzen – zusammengelegt werden. Um die Stabilität des Euro-Raumes stärker abzusichern, könnten auf Antrag von Mitgliedsländern Strukturreformen mit Mitteln aus dem EU-Haushalt gefördert und technische Unterstützung bereitgestellt werden. Im Falle von asymmetrischen Schocks könnten EU-Länder, die in die Währungsunion eintreten, Konvergenzförderungen in Anspruch nehmen, um öffentliche Investitionen nicht einschränken zu müssen. Darlehen aus dem EU-Haushalt und dem EWF sollen stabilisierend eingesetzt werden. Der rechtlich zwischenstaatlich festgelegte Fiskalpakt soll in EU-Recht übernommen werden.

10. Dezember 2017: Richard Thaler (USA) erhielt für seine Forschung zur Verhaltensökonomie den Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften.

13. Dezember 2017: Die Notenbank der USA erhöhte den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Spanne der Federal Funds Rate wurde somit auf 1,25 % bis 1,5 % erhöht, die Discount Rate stieg von 1,75 % auf 2 %.

14. Dezember 2017: Die 2012 in den USA eingeführten Regeln zur Netzwerkneutralität wurden von der neuen Regierung rückgängig gemacht. Anbieter von Internetdiensten können damit wieder selektiv Webseiten und Apps auf ihren Netzen beschleunigen, verlangsamen oder blockieren. Diese Einflussnahme muss jedoch für Kunden transparent sein.

14.–15. Dezember 2017: Die Staats- und Regierungsoberhäupter der verbleibenden 27 EU-Länder stellten ausreichende Fortschritte in den Brexit-Verhandlungen fest und beschlossen, in die zweite

Etappe der Verhandlungen einzutreten. Das Vereinigte Königreich erklärte die Absicht, nach einem Übergangszeitraum nicht mehr an der Zollunion und am Binnenmarkt teilzunehmen. Der Rat nahm den Wunsch des Vereinigten Königreiches nach einem Übergangszeitraum von zwei Jahren bis zum vollständigen Austritt zur Kenntnis und setzte Leitlinien fest. Übergangsregeln müssten eindeutig festgelegt und zeitlich begrenzt werden. In diesem Zeitraum würde das Vereinigte Königreich bei der Beschlussfassung der EU-Organe wie ein Drittstaat behandelt, jedoch bleiben Strukturen und Instrumente zur Durchsetzung und Regelung aller Bereiche sowie die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes in Kraft. Es bestehe die Bereitschaft, in den Bereichen Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Terrorbekämpfung, Sicherheit und Verteidigung eine Partnerschaft zu schaffen. Das Vereinigte Königreich wurde aufgefordert, seinen Standpunkt bezüglich der künftigen Beziehungen zu präzisieren.

18. Dezember 2017: Die Europäische Kommission leitete eine rechtliche Prüfung der steuerlichen Behandlung des Möbelkonzerns IKEA in den Niederlanden ein. Die Gewährung von Steuervorbescheiden könnte dem Konzern selektive Steuervorteile verschafft haben.

20. Dezember 2017: Die Europäische Kommission eröffnete gegen Polen ein Verfahren nach Art. 7 EU-Vertrag wegen schwerwiegender Verletzung der Rechtsstaatlichkeit: Die Umsetzung einer Justizreform stellt die Justiz unter politische Kontrolle und verstößt damit gegen die Grundwerte der Europäischen Union. Ein solches Verfahren wurde erstmals gegen ein Mitgliedsland eingeleitet.

Das Repräsentantenhaus der USA stimmte für die vom Präsidenten vorgeschlagene Steuerreform, die mit Jahresbeginn 2018 in Kraft treten wird. Der Körperschaftsteuersatz wird permanent von 35 % auf 21 % herabgesetzt. Die Einkommensteuerreform gilt bis 2026 und sieht neue Steuerklassen mit niedrigeren Steuersätzen sowie die Abschaffung verschiedener persönlicher Abzugsmöglichkeiten vor. Vor allem die Einkommen der obersten Perzentile profitieren von der Reform. Die Belastung der öffentlichen Haushalte durch den Entfall an Steuereinnahmen wird bis 2026 auf \$ 1,45 Bio. geschätzt.

21. Dezember 2017: Bei den regionalen Parlamentsneuwahlen in Katalonien erzielten die separatistischen Parteien eine Mehrheit von 52 %. Der politische Konflikt um die Unabhängigkeit der autonomen Region von Spanien hatte in den letzten Monaten bereits zahlreiche Unternehmen und Banken zur Abwanderung in andere Regionen Spaniens bewogen.

Nach der Fusionskontrolle genehmigte die Europäische Kommission den geplanten Erwerb bestimmter Vermögenswerte der Air Berlin durch die Lufthansa, da diese die geplante Übernahme der NIKI Luftfahrt GmbH fallengelassen hatte.

3.2. Rahmenbedingungen auf Bundesebene

11. Jänner 2017: Bundeskanzler Kern stellte das Programm der SPÖ „für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune“ („Plan A“) vor. Es enthielt Lösungsvorschläge zu einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaft und stellte das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt.

16. Jänner 2017: Finanzminister Schelling stellte seine Überlegungen für ein Arbeitsprogramm, den „Pakt für Österreich“ („Plan B“), vor. Österreich habe ein Problem im Bereich der öffentlichen Ausgaben, nicht der Einnahmen, und er werde keine neuen Steuern einführen. Substanzsteuern und die Wertschöpfungsabgabe lehnte er ab. Der Plan sah vor, die Staatsschuldenquote bis 2021 unter 70 % des BIP zu senken und einen Budgetüberschuss zu erwirtschaften.

30. Jänner 2017: Die Bundesregierung präsentierte das Arbeitsprogramm 2017/18 „Für Österreich“ und aktualisierte damit das Arbeitsprogramm der Regierungskoalition aus dem Jahr 2013. Ziele sind die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Industrie. Das Programm soll zusätzlich (über die Beschäftigungseffekte der Konjunkturbelebung hinaus) 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Alle Vorhaben stünden unter der Prämisse einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote und seien mit einem konkreten Zeit- und Umsetzungsplan versehen. Die kumulierten Gesamtkosten werden auf € 4 Mrd. geschätzt und sollen über den Bundesfinanzrahmen gegenfinanziert werden. € 2,8 Mrd. sollen durch Einsparungen, Minderausgaben und Umschichtungen wie Effizienzsteigerungen

in der Verwaltung und im Förderwesen, Priorisierungen, e-Government sowie Einsparungen in ausgegliederten Einheiten und Sachkosten erbracht werden. Die verbleibenden € 1,2 Mrd. sollen durch zusätzliche Einnahmen aufgrund der erwarteten Konjunktur- und Beschäftigungseffekte finanziert werden. Die insgesamt 44 Maßnahmen umfassen 23 Vorhaben zur Zukunft der Arbeit und des Standortes (u. a. Beschäftigungsbonus, Vermeidung von Gewinnverschiebung, Halbierung der Flugabgabe, Milderung des Effektes der kalten Progression, Erhöhung der Forschungsprämie, Erweiterung der vorzeitigen Abschreibung, ein Wohnpaket, Arbeitszeitflexibilisierung, Indexierung der exportierten Familienbeihilfe, Einführung eines Mindestlohnes, Arbeitsmarktmaßnahmen wie die Beschäftigungsaktion „20.000“ und eine Änderung des Insolvenzrechtes). Die vier Maßnahmen des Kapitels „Bildung/Innovation“ umfassten die Einführung eines Studienplatzfinanzierungsmodells, eines zweiten verpflichtenden Gratiskindergartenjahres und der Schulautonomie sowie eine Steigerung der Forschungsquote auf 3,76 % des BIP. Zu den sechs Punkten im Kapitel „Energie und Nachhaltigkeit“ gehörten u. a. die Novellierung der Ökostromförderung und eine Zukunftsstrategie für den ländlichen Raum. Unter den sieben Vorhaben zur „Sicherheit und Integration“ fand sich neben sicherheitspolitischen und Integrationsmaßnahmen sowie migrationsdämpfenden Maßnahmen auch eine verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten von Großunternehmen. Im Anschluss an die vier Projekte zum Thema „Staat und Gesellschaft modernisieren“ wurde die Rolle Österreichs in Europa und der Welt ausgeführt.

21. Februar 2017: Der Ministerrat beschloss den Beschäftigungsbonus: Unternehmen, die für beim Arbeitsmarktservice gemeldete Arbeitslose oder von einer österreichischen Ausbildungseinrichtung abgehende Personen neue Arbeitsplätze schaffen, wird für die Dauer von drei Jahren die Hälfte der entsprechenden Lohnnebenkosten erlassen. Die Förderung gilt ab einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten, auch für Personen, die im Besitz einer Rot-Weiß-Rot-Karte sind, jedoch nicht für Neuzugewanderte. Diese Maßnahme wird im Bundeshaushalt mit € 2 Mrd. dotiert und nach Ablauf von zwei Jahren evaluiert.

28. März 2017: Der Ministerrat beschloss das Kommunalinvestitionsgesetz. Mit € 175 Mio. will der Bund 2017 und 2018 zusätzliche Investitionen der Gemeinden in Kinder- und Seniorenbetreuung, Verkehr und Wasserversorgung oder Freizeiteinrichtungen im Ausmaß von bis zu 25 % des Projektvolumens unterstützen. 2017 standen € 87 Mio. an Fördermitteln zur Verfügung, die, falls sie nicht ausgeschöpft würden, 2018 zusätzlich vergeben werden könnten. Das Programm soll rund € 800 Mio. an Investitionen auslösen, womit bis zu 8.500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

29. März 2017: Der Nationalrat beschloss ein Spekulationsverbot sowie die Anwendung des Grundsatzes der risikoaversen Finanzgebarung für den Bund, seine Rechtsträger und die Sozialversicherungen ab 2018. Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) erhielt erweiterte Aufgaben als Finanzdienstleister. 2018 wird die Flugabgabe halbiert. In Österreich abfliegende Passagiere zahlen ab 2018 für einen Kurzstreckenflug € 3,50, für einen Mittelstreckenflug € 7,50 und für einen Langstreckenflug € 17,50. Der mittelfristige Finanzrahmen wird 2017 und 2018 statt wie bisher im April zusammen mit dem bis Mitte Oktober vorzulegenden jährlichen Bundesvoranschlag verabschiedet. Nach Abschluss der derzeit laufenden Evaluierung der Haushaltsrechtsreform wurde über die endgültige Verschiebung in den Herbst entschieden. Ersatzweise wird im Frühjahr eine makroökonomische Generaldebatte abgehalten, die an das bis Ende April 2017 an die Europäische Kommission zu übermittelnde Stabilitätsprogramm anknüpft.

30. März 2017: Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission wies für das Jahr 2016 ein öffentliches Defizit von € 5,4 Mrd. bzw. 1,6 % des

Bruttoinlandsproduktes aus, das damit leicht über dem von der Bundesregierung prognostizierten Wert von 1,4 % des BIP lag. Der öffentliche Schuldenstand betrug Ende 2016 € 295,7 Mrd. bzw. 84,6 % des BIP (0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

19. April 2017: Der Ministerrat beschloss das Stabilitätsprogramm für die Jahre 2016 bis 2021. Das Maas-tricht-Defizit soll von 2016 bis 2021 von -1,6 % auf -0,3 % des BIP zurückgehen, das strukturelle Defizit von -1 % auf -0,3 %. Die Schuldenquote soll von 84,6 % auf 71 % des BIP sinken. Das Stabilitätsprogramm ist zugleich der nationale mittelfristige Haushaltsplan, der laut Art. 4 der „Twopack“-Verordnung 473/2013 an die Europäische Kommission zu übermitteln ist. Der mittelfristige Finanzrahmen des Bundes, der ebenfalls im April 2017 zu beschließen wäre, soll in den Jahren 2017 und 2018 ausnahmsweise erst im Herbst zusammen mit den Bundesvoranschlägen für das jeweils nächste Jahr vorgelegt werden.

3. Mai 2017: Der Finanzausschuss des Parlamentes beschloss, für die Gemeinden 2017 und 2018 zusätzlich € 175 Mio. zur Förderung von Bauprojekten in den Bereichen Kindergärten, Schulen, Seniorenbetreuung, Sportstätten, thermische Sanierung, öffentlicher Verkehr, Wohnraum, Abfallentsorgung, Kläranlagen oder Breitbandnetze bereitzustellen.

17. Mai 2017: Die sechs Parlamentsfraktionen einigten sich vor Ablauf der Gesetzgebungsperiode auf die vorzeitige Auflösung des Nationalrates.

22. Mai 2017: Gemäß den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für Österreich müssen die haushaltspolitischen Ziele im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes weiterverfolgt werden, um die mittelfristigen Ziele 2018 unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Gesundheits- und Pensionssystems zu erreichen. Die Rationalisierung und Neuausrichtung der staatlichen Verwaltung soll die Finanzierungs- und Ausgabenverantwortung bündeln. Eine Verbesserung für Frauen auf dem Arbeitsmarkt durch Bereitstellung eines Vollzeitbetreuungsangebotes für Kinder und Ausbildungsmöglichkeiten für benachteiligte Jugendliche mit Migrationshintergrund wurden empfohlen, ebenso die Stärkung von Investitionen im Dienstleistungssektor durch Abbau von administrativen Hürden und Erleichterung des Markteintrittes.

27. Juni 2017: Der Rechnungshof legte dem Nationalrat den Bundesrechnungsabschluss 2016 vor. Das Nettovermögen des Bundes betrug demnach € 91,653 Mrd. per Jahresende 2016. Diesem standen Fremdmittel von € 253,351 Mrd. gegenüber. Damit ergab sich ein negatives Nettovermögen von € 161,698 Mrd. Im Jahr 2016 verschlechterte sich das Nettoergebnis um € 9,47 Mrd., vor allem durch die Verschlechterung des Nettovermögens um € 8,342 Mrd. (-5,4 % gegenüber dem Vorjahr). Der Nettofinanzierungssaldo war mit € 4,995 Mrd. um 8 % höher als im Voranschlag angenommen. Dabei lagen die Einnahmen mit € 71,314 Mrd. um 0,7 %, die Ausgaben mit € 76,452 Mrd. um 0,2 % unter dem Voranschlag. Die bereinigten Finanzschulden des Bundes waren um € 8,6 Mrd. (4,3 %) höher als 2015 und erreichten € 207,7 Mrd. (59,5 % des BIP).

Die Gesamthaftungsobergrenze von € 197 Mrd. wurde im Jahr 2016 mit € 102,375 Mrd. ausgenutzt. Der Bund würde bei Ausschöpfung der festgelegten Obergrenze Haftungen im Ausmaß von etwa zwei Dritteln des BIP eingehen. Dies hätte Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen.

Der Rechnungshof wies auf den dringenden Handlungsbedarf zur Verbesserung der finanziellen Lage des Bundes hin und verwies nachdrücklich auf die erforderlichen Strukturreformen sowie auf die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

28. Juni 2017: Der Nationalrat beschloss die Erhöhung des Budgets der Universitäten für die Periode der Leistungsvereinbarung 2019/2021 um € 1,35 Mrd. auf € 11,07 Mrd. ohne Einführung einer Studienplatzfinanzierung, für die ein Gesetzesentwurf vorlag. Bis Ende Jänner 2018 soll die Regierung Vorschläge für eine kapazitätsorientierte, studienbezogene Universitätsfinanzierung vorlegen.

29. Juni 2017: Der Nationalrat stimmte für die Abschaffung des „Pflegereregrees“: Den Ländern ist es damit ab 2018 untersagt, zum Ersatz der Kosten stationärer Pflege auf das Vermögen der Betroffenen oder ihrer Angehörigen bzw. Erbberechtigten zuzugreifen. Im Gegenzug erhalten die Länder zusätzlich zum Pflegefonds jährlich € 100 Mio.

Weiters stimmte der Nationalrat für eine Novelle der Gewerbeordnung, für die Mitte Mai 2017 keine Zweidrittelmehrheit gefunden wurde. Die Zahl der regulierten Gewerbe wird von 80 auf 75 gesenkt, die Teilgewerbe entfallen. Mit einer einheitlichen Gewerbeberechtigung („Single License“) kann in Zukunft jedes der 440 freien Gewerbe ausgeübt werden. Wird der Umsatz in einem anderen freien Gewerbe um 30 % überschritten, so muss dies im Gewerbeinformationssystem GISA angezeigt werden und es wird eine Grundumlage fällig. Ausübende eines reglementierten Gewerbes dürfen bis zu 15 % der Auftragssumme in einem anderen reglementierten Gewerbe ohne zusätzliche Gewerbeberechtigung erwirtschaften. Die Anmeldung eines Gewerbes ist gebührenfrei. Eine Entbürokratisierung des Betriebsanlageverfahrens wurde beschlossen.

Mit Zweidrittelmehrheit wurde die „kleine Ökostromnovelle“ beschlossen. Sie ermöglicht 2018 und 2019 zusätzliche Förderungen von € 30 Mio. für Anlagen und Speicher im Bereich Fotovoltaik und eine Sonderförderung für Kleinwasserkraftwerke von insgesamt € 3,5 Mio. Für effiziente Biogasanlagen der zweiten Generation werden fünf Jahre lang € 11,7 Mio. pro Jahr bereitgestellt. Der Förderung von Windkraftanlagen dient ein Sonderkontingent von € 45 Mio.

Im Rahmen der haushaltsrechtlichen Ermächtigung, mit der Vorbelastungen von € 2,234 Mrd. bis 2023 begründet werden können, werden der Beschäftigungsbonus und die Investitionszuwachsprämie umgesetzt. Für den für drei Jahre geplanten Beschäftigungsbonus werden € 2 Mrd. zur Verfügung stehen, der Staat trägt hier für neu eingestellte Arbeitskräfte drei Jahre lang die Hälfte der Lohnnebenkosten. Anträge können ab 1. Juli 2017 bei der Austria Wirtschaftsservice GesmbH (AWS) eingebracht werden. Aus der Investitionszuwachsprämie sollen kleine und mittlere Unternehmen bis zu € 142,5 Mio. und große Unternehmen bis zu € 90,7 Mio. erhalten.

Mit 1. Jänner 2018 wird die Forschungsprämie von 12 % auf 14 % der prämiengünstigten Forschungsaufwendungen angehoben.

Der Nationalrat beschloss auch eine zusätzliche Dotierung der Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung von € 300 Mio. im Zeitraum 2018–2020.

Aktien eines Unternehmens können künftig durch Gründung einer Mitarbeiterbeteiligungsstiftung bis zu einem Wert von € 4.500 steuer- und sozialversicherungsfrei an die Beschäftigten übertragen werden.

Das beschlossene Mittelstandsfinanzierungsgesetz ermöglicht die Gründung einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft, mit der Klein- und Mittelbetriebe einfachen Zugang zu Eigenkapital erhalten, mit dem Ziel, auch einen Impuls für den heimischen Risikokapitalmarkt zu setzen.

Der Bund verzichtete per Gesetzesbeschluss auf die voraussichtlich uneinbringliche Summe von € 1,71 Mrd. zur endgültigen Abwicklung der HETA Asset Resolution AG.

Mit der Änderung des Börsengesetzes wird ein Rückzug von Emittenten aus der Börse ermöglicht. Die Finanzmarktaufsicht kann den Verkauf bedenklicher Produkte einschränken und durch Setzen eines Positionslimits die höchste Zahl der Wertpapiere, die eine Person oder Gruppe zu einem Zeitpunkt hält, bestimmen.

29. Juni 2017: Der Verfassungsgerichtshof hob das Erkenntnis des Bundesverwaltungsgerichtes gegen die vom Flughafen Wien-Schwechat geplante dritte Piste als verfassungswidrig auf, da das Bundesverwaltungsgericht vor allem den Klimaschutz und den Bodenverbrauch in einer verfassungswidrigen Weise in seine Interessensabwägung einbezogen habe. Auch seien die CO₂-Emissionen fehlerhaft berechnet worden. Die Rechtssache wurde an das Bundesverwaltungsgericht zurückverwiesen.

30. Juni 2017: In einer Generalvereinbarung einigten sich die Sozialpartner auf die Umsetzung des Mindestlohnes von monatlich € 1.500 brutto bis zum Jahr 2020 in den Kollektivverträgen. Eine Einigung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit kam nicht zustande.

22. August 2017: Der Ministerrat beschloss die Pensionsanpassung 2018. Die Erhöhung beträgt für Pensionen bis € 1.500 monatlich 2,2 %, über € 1.500 bis € 2.000 monatlich € 33 und über € 2.000 bis € 3.355 monatlich 1,6 %. Für Pensionen über € 3.355 bis € 4.980 sinkt der Prozentsatz der Erhöhung linear von 1,6 % bis 0 %. Höhere Pensionen werden nicht angepasst. Im Gesetzesentwurf wurden die Mehrkosten für die öffentliche Hand mit € 136 Mio. angegeben.

20. September 2017: Der Nationalrat genehmigte den Bundesrechnungsabschluss 2016. Beschlossen wurde ein Bundesgesetz, das die Bundesländer ab 2018 autorisiert, die Höhe und Einhebung der Wohnbauförderung selbst zu gestalten.

12. Oktober 2017: Der Nationalrat beschloss in seiner letzten Sitzung vor den Parlamentswahlen ein Paket von Gesetzesänderungen. Ab Juli 2018 wird das Einkommen eines Partners bzw. einer Partnerin für die Höhe der Notstandshilfe nicht mehr berücksichtigt. Arbeiter bzw. Arbeiterinnen und Angestellte werden rechtlich gleichgestellt, etwa hinsichtlich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (ab Juli 2018) und des Kündigungsschutzes (bis 2021). Künftig entfällt die Entrichtung der Mietvertragsgebühr. Das Kinderbetreuungsgeld wird 2018 durch die Bereitstellung von € 52,5 Mio. weiter ausgebaut, die Länder leisten eine Kofinanzierung von 35 %. Eine gestaffelte Pensionserhöhung kann 2018 in Kraft treten. Für die Erhebung einer Schuldenbremse in den Verfassungsrang kam keine Zweidrittelmehrheit zustande. Auch der Antrag auf eine Volksbefragung über die Handelsabkommen TTIP und CETA fand keine Mehrheit. Die Einhebung von Bankomatgebühren wird beschränkt; Banken müssen bei Ausgabe von Bankomatkarten auch ein Pauschalangebot für Abhebungen anbieten.

13. Oktober 2017: Die österreichische Fluggesellschaft NIKI Luftfahrt GmbH, ein Tochterunternehmen der Air Berlin, reichte in Deutschland einen Insolvenzantrag ein, da der Eigentümer Lufthansa die Überbrückungsfinanzierung frühzeitig einstellte. Die Übernahme von Air Berlin und NIKI durch die Lufthansa wurde von der EU-Wettbewerbsbehörde kar-

tellrechtlich untersucht. Von 80 Strecken würden 50 ausschließlich vom Lufthansa-Konzern geflogen (siehe Kapitel 3.1, „12. Oktober“).

15. Oktober 2017: Bei der Nationalratswahl erhielt die SPÖ 26,9 % der Stimmen (52 Mandate), die ÖVP 31,5 % (62 Mandate), die FPÖ 26 % (51 Mandate), die NEOS 5,3 % (10 Mandate) und die Liste Pilz 4,4 % (8 Mandate). Die Wahlbeteiligung lag bei 80 %.

25. Oktober 2017: Die Aktie der BAWAG Group AG wurde an die Wiener Börse gebracht und in den Leitindex ATX aufgenommen. Die Haupteigentümer Cerberus und Golden Tree brachten 40 % ihrer Aktien im Gegenwert von € 2 Mrd. ein. Der Ausgabepreis wurde mit € 48 festgesetzt.

18. Dezember 2017: Der Bundespräsident nahm die Angelobung von Sebastian Kurz (ÖVP) als Bundeskanzler und der neuen Mitglieder der Bundesregierung vor:

- Heinz-Christian Strache, Vizekanzler, Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport
- Mag. Gernot Blümel, MBA, Bundesminister im Bundeskanzleramt für EU, Kunst, Kultur und Medien
- Mag. Dr. Juliane Bogner-Strauß, Bundesministerin im Bundeskanzleramt für Frauen, Familien und Jugend
- Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
- Mag. Beate Hartinger-Klein, Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz
- Ing. Norbert Hofer, Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie
- Herbert Kickl, Bundesminister für Inneres

- Dr. Karin Kneissl, Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres
- Elisabeth Köstinger, Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus
- Mario Kunasek, Bundesminister für Landesverteidigung
- Hartwig Löger, Bundesminister für Finanzen
- Dr. Josef Moser, Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz
- Dr. Margarete Schramböck, Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
- Mag. Karoline Edtstadler, Staatssekretärin im Bundesministerium für Inneres
- MMag. DDr. Hubert Fuchs, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen

Das Regierungsprogramm sieht die folgenden wirtschaftspolitisch relevanten Ziele vor:

Zur Senkung der Abgabenquote und Annäherung an 40 % des BIP sollen etwa ein Steuerabsetzbetrag („Familienbonus“) pro Kind und Familie von € 1.500 jährlich gewährt und die Arbeitslosenversicherungsbeiträge gesenkt werden, der Tourismus soll durch Steuerentlastungen gestärkt werden. 2020 ist eine Reform der Einkommensteuer mit dem Ziel einer deutlichen Vereinfachung sowie u. a. einer Entlastung der niedrigen und mittleren Einkommen geplant; daneben soll die Ausschaltung der kalten Progression geprüft werden. Eine Senkung der Körperschaftsteuer wird ebenfalls angekündigt. Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung sollen über Bürokratieabbau, Zusammenführung der Sozialversicherungsträger auf fünf Körperschaften, eine Nulllohnrunde für Politikerinnen und Politiker, eine Evaluierung von effizienzsteigernden Maßnahmen in den Ministerien, eine Aufgabenreform, die Zusammenlegung von Bundesbehörden, eine Neuordnung der Kompe-

tenzen von Bund und Ländern, die Abschaffung der Verteilung von Grundsatzgesetzgebung (Bund) und Ausführungsgesetzgebung (Länder), eine Transparenzdatenbank für Förderungen mit Sanktionen im Zuge des Finanzausgleiches und die Kürzung der Verwaltungskosten in den Ressorts um 5 % erfolgen. Die Erhebung einer Schuldenbremse in den Verfassungsrang ist vorgesehen.

Die Reformvorschläge im Sozialbereich umfassen eine Kürzung der Mindestsicherung für bestimmte Bezugsgruppen und eine Deckelung für Bedarfsgemeinschaften mit € 1.500. Die Mindestpension nach 40 Beitragsjahren soll auf € 1.200 bzw. für Paare auf € 1.500 erhöht werden. Pensionsprivilegien im staatlichen und halbstaatlichen Bereich sollen abgeschafft werden. Eine Anhebung des Pflegegeldes ab der 4. Stufe ist vorgesehen. Um die innere Sicherheit gewährleisten zu können, sollen in dieser Legislaturperiode zusätzlich 2.100 Polizisten und Polizistinnen eingestellt werden. Durch Beschleunigung des Breitbandausbaues soll eine moderne digitale Infrastruktur sichergestellt werden. Die Forschungsausgaben sollen jährlich kontinuierlich erhöht werden, um eine Forschungsquote von 3,76 % des BIP zu erreichen (2017: 3,14 %). Eine nationale Klima- und Energiestrategie soll gewährleisten, dass Strom ab 2030 zu 100 % aus erneuerbarer Energie erzeugt wird. Im Neubau sollen Kohle- und Ölheizungen verboten werden. Geplant sind ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr und die Einführung einer Bildungspflicht. Die Regierung strebt eine Verringerung der Zuwanderung in das Sozialsystem an, Anspruch auf

Sozialleistungen soll erst nach fünf Jahren bestehen. Außerdem soll die Mindestsicherung für Asylberechtigte gekürzt und die Familienbeihilfe im Ausland indexiert werden. Eine Zuwandererdatenbank mit Informationen zu Aufenthaltsstatus, Sozialleistungsbezug und Integrationsfortschritten ist für den effizienten Datenaustausch zwischen den Behörden im Fremden- und Sozialwesen geplant. Eine Harmonisierung, Neuausrichtung und Weiterentwicklung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und bedarfsorientierter Mindestsicherung ist vorgesehen. Die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld soll von der Dauer der Beitragsleistung abhängig gemacht und die Auszahlung degressiv gestaltet werden, mit dem Ziel, auch die Notstandshilfe zu integrieren.

21. Dezember 2017: Der Nationalrat beschloss ein gesetzliches Budgetprovisorium 2018.

30. Dezember 2017: Nach der Entscheidung des deutschen Masseverwalters übernahm die International Airlines Group (IAG), der Mutterkonzern der British Airways, um € 20 Mio. die insolvente Fluglinie NIKI. 750 der rund 1.000 Beschäftigten behielten ihren Arbeitsplatz.

31. Dezember 2017: Der Ministerrat beschloss die Sistierung der „Aktion 20.000“ mit Ende 2017 und eine Beendigung des Beschäftigungsbonus zum 31. Jänner 2018.



3.3 Die direkte Wirtschaftsförderung des Bundes

Nachdem die Austria Wirtschaftsservice GmbH (AWS) im Jahr 2016 einen deutlichen Rückgang an Förderungszusagen von beinahe -25 % erfuhr, konnte dieser im Jahr 2017 mehr als nur wettgemacht werden. Die Zusagen stiegen österreichweit um +40,9 % auf 5.396 und lagen damit auch deutlich höher als im Jahr 2015. In beinahe selber Höhe (+40,0 %) stiegen auch die Finanzierungsleistungen auf € 1,1 Mrd.¹² im abgelaufenen Jahr 2017 für Zuschüsse, Garantien sowie Kredite und Darlehen. Auch die Steiermark trug zu dieser günstigen Entwicklung bei. Die Zusagen stiegen um +41,6 % auf 647 und umfassten eine Förderungsleistung von € 93,6 Mio. (+21,2 % gegenüber 2016). Somit konnte die Steiermark 8,5 % (2016: 9,8 %) der gesamten österreichischen Förderungsleistung für sich verbuchen. Der Barwert der gesamten österreichischen Förderungsleistung des Jahres 2017 erhöhte sich um +151,5 % gegenüber 2016 auf insgesamt € 246 Mio. (2016: € 98,0 Mio.). Der steirische Barwert erfuhr beinahe eine Verdreifachung (+180,9 %) gegenüber 2016 auf € 29,1 Mio. für das Jahr 2017.

Die Steiermark verbuchte im Jahr 2017 einen Förderungsbarwert von der AWS in der Höhe von € 29,1 Mio. (+180,9 %) und liegt somit im Bundesländervergleich an vierter Stelle.

Das Leistungsspektrum der Austria Wirtschaftsservice GmbH zeigte dabei für die Steiermark 2017 folgendes Bild: Im Leistungsbereich „Garantien“ verzeichnete die Steiermark 138 Förderungszusagen (-3,5 %) bei einer gleichzeitigen Steigerung des Förderungsvolumens von +21,1 % auf € 32,5 Mio. bzw. 34,7 % des gesamten steirischen Förderungsvolumens. Der Leistungsbereich „Kredite und Darlehen“ mit 95 Förderungszusagen (+8,0 %) verbuchte mit einer Förderungsleistung von € 33,9 Mio. einen Rückgang von -13,0 %, dennoch stellte er mit 36,2 % den höchsten Anteil des auf die Steiermark fallenden Förderungsvolumens. Der Bereich „Zuschüsse“ umfasste 409 Förderungszusagen, fast eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr (+86,8 %). Die Förderungsleistung im Bereich „Zuschüsse“ stieg mit € 26,8 Mio. auf fast das Dreieinhalbfache (+243,4 %) des Vorjahreswertes. Da die Zuschüsse direkt in Barwerte umgerechnet werden, lieferte dieser Bereich 92,2 % des gesamten auf die Steiermark fallenden Barwertes.

Mit Ausnahme des Bundeslandes Kärnten konnten alle Bundesländer das Förderungsvolumen im Rahmen der AWS im Vorjahresvergleich steigern. Im Bundesländervergleich lag die Steiermark mit einem Förderungsvolumen von € 93,6 Mio. und einem Zuwachs von +21,2 % an vierter Stelle hinter Oberösterreich (€ 435,2 Mio.; +39,1 %), Niederösterreich (€ 201,4 Mio.; +48,6 %) und Wien (€ 113,6 Mio.; +64,9 %). Bezüglich des Förderungsbarwertes ergab

¹² Diese Zahlen umfassen nur die Förderungen, die auf die Bundesländer aufgeteilt werden konnten.

sich für die Steiermark mit € 29,1 Mio. (+180,9 %) ebenfalls der vierte Rang hinter Oberösterreich (€ 73,6 Mio.; +196,0 %), Niederösterreich (€ 44,0 Mio.; +150,2 %) und Wien (€ 43,2 Mio.; +89,3 %).

Beginnend mit dem Berichtsjahr 2015 stellt die Forschungsförderungsgesellschaft des Bundes (FFG) die Gesamtstatistik ihrer Tätigkeiten zur Verfügung. Daraus ergibt sich für diesen Bericht ein Bezug auf den vollständigen Bereich „Basisprogramme“ statt eines eingeschränkten Blicks auf bestimmte Teile. Daher sind die aktuellen Ergebnisse nur bedingt mit den Auswertungen vor dem Berichtsjahr 2015 vergleichbar.

Die Steiermark erhielt im Jahr 2017 FFG-Förderungsmittel im Rahmen des „Basisprogramms“ in der Höhe von € 81,5 Mio. (+21,5 % gegenüber dem Vorjahr). Bezüglich des Förderungsbarwertes von € 48,6 Mio. (+23,8 %) belegte die Steiermark wieder den ersten Platz im Bundesländer-rankig vor Oberösterreich und Wien.

Im Rahmen des Bereichs „Basisprogramme“ der FFG konnten im Jahr 2017 österreichweit die Förderungsmittel abermals gesteigert werden (+5,6 % gegenüber dem Vorjahr). Es wurden damit Förderungsmittel in der Höhe von € 307,3 Mio. vertraglich gebunden. Der dahinterstehende Barwert erfuhr ei-

nen Zuwachs von +6,8 % auf € 179,1 Mio. Auch die Anzahl der geförderten Beteiligungen erhöhte sich um ein Fünftel (+19,9 %) auf 2.042. Insgesamt wurde ein Projektvolumen von € 606,4 Mio. (+7,8 %) gefördert.

Im Jahr 2017 verzeichnete die Steiermark im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Ausweitung in allen hier betrachteten Größen innerhalb des Basisprogrammes der FFG. So stieg die Anzahl der Beteiligungen um +5,6 % auf 397 und die geförderten Projektkosten erreichten € 167,5 Mio. (+25,9 %). Die damit verbundene Gesamtförderung von € 81,5 Mio. stieg um mehr als ein Fünftel (+21,5 %). Der daraus resultierende Barwert nahm beinahe um ein Viertel (+23,8 %) auf € 48,6 Mio. zu.

Die Steiermark belegte, wie auch bereits die Jahre davor, bezüglich des Barwertes der Förderungen erneut den ersten Platz im Bundesländer-rankig vor Oberösterreich (€ 42,1 Mio.) und Wien (€ 30,9 Mio.). Diese drei Bundesländer erzielten 67,9 % des gesamten österreichischen Förderungsbarwertes. Alle anderen Bundesländer stellten auch 2017 Österreich-anteile von jeweils deutlich unter 10 %, wobei das Burgenland mit einem Barwert von € 2,2 Mio. den geringsten Förderungsbarwert bzw. Bundesländeranteil (1,2 %) verbuchte.

3.4 Ausgewählte monetäre Förderungen des Landes Steiermark

3.4.1 Die Steirische Wirtschaftsförderung im Überblick

Von der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG) wurden im Jahr 2017 2.326 Förderungsfälle mit einem genehmigten Förderungsvolumen von insgesamt € 40,2 Mio. abgewickelt. Im Vergleich zum Jahr 2016 ergab sich eine Steigerung bezüglich der Förderungsfälle um +2,6 % bei gleichzeitiger marginaler Reduktion des Förderungsvolumens um -1,4 %. Die Ausrichtung der Förderungen entlang der Wirtschaftsstrategie des Landes, deren

Überarbeitung 2016 durch den Landtag Steiermark beschlossen wurde, wurde erneut strikt beibehalten: Insbesondere innovativen Unternehmen bzw. Projekten wurde eine Förderungszusage erteilt. Die Entwicklung des Förderungsvolumens gegenüber 2016 wurde von einem Rückgang der volumenmäßig größten Kernstrategie 2 (Innovations- und F&E-Förderung) von -8,5 % bei einer gleichzeitigen unterschiedlichen Ausweitung der anderen Kernstrategien getragen.

Förderungsaktivitäten im zeitlichen Vergleich 2013–2017, Förderungen in € (ohne Tourismusförderungsfonds)

		SFG (inkl. EU-Ko-finanzierungsanteile) ¹⁾	A12 ²⁾ , diverse wirtschafts-bezogene Förderungen	GESAMT
2013	Fälle	1.468	105	1.573
	Förderung	41.776.000	1.769.739	43.545.739
2014	Fälle	1.796	95	1.891
	Förderung	35.655.618	2.130.834	37.786.452
2015	Fälle	1.914	88	2.002
	Förderung	45.552.617	2.067.239	47.619.856
2016	Fälle	2.266	94	2.360
	Förderung	40.736.794	1.799.161	42.535.956
2017	Fälle	2.326	88	2.414
	Förderung	40.184.968	1.563.992	41.748.960

Tabelle 17

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Abteilung 12.

1) Darin sind auch jene Förderungen enthalten, die im Rahmen des „Beschäftigungs- und Wachstumspakets“ vergeben wurden.

2) Die Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport wurde im Rahmen der Organisationsreform der Landesverwaltung mit dem 1.8.2012 gebildet.

Auch im Jahr 2017 stellten Projekte der Kernstrategie 2 (Innovations- und F&E-Förderung) mit 53,9 % des Förderungsvolumens (€ 21,7 Mio.) und der Kernstrategie 1 (Standortentwicklung und Standortmanagement) mit 34,4 % (€ 13,8 Mio.) zusammen 88,3 % bzw. € 35,5 Mio. der gesamten steirischen Wirtschaftsförderung. Die Förderungsaktion „Groß!Tat / Wachstums!Schritt“ war mit € 15,5 Mio. (67 Förderungsfälle) die am höchsten dotierte des Jahres 2017. Das zweithöchste Förderungsvolumen wurde für die „Kompetenzzentren“ (8 Förderungsfälle) in Höhe von € 7,4 Mio. bzw. 18,5 % des steirischen Förderungsvolumens aufgewendet. Das Förderungsprogramm „Cluster“ stellte mit 3,9 Mio. bzw. 9,7 % das dritthöchste Förderungsvolumen. An vierter Stelle folgte das Förderungsprogramm „Spitzen!Leistung“ mit einem Förderungsvolumen von € 1,7 Mio. (5 Förderungsfälle).

Zusammen umfassten diese vier Förderungsaktionen rd. 71,1 % des 2017 genehmigten Förderungsvolumens der SFG.

Die Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung entwickelte im Rahmen ihrer Förderungstätigkeit 88 wirtschaftsbezogene Förderungsfälle¹³ mit einem Förderungsvolumen von rund € 1,6 Mio. ab.

Tabelle 17 zeigt einen Überblick über den zeitlichen Verlauf der Förderungsaktivitäten der hier ausgewählten Förderungen für den Zeitraum 2013 bis 2017. Insgesamt wurden 2017 von der SFG und der Abteilung 12 zusammen 2.414 Förderungsfälle mit einem Förderungsvolumen von € 41,7 Mio. genehmigt.

¹³ Tourismusförderungsdaten werden gesondert im Tourismusbericht publiziert.

3.4.2 Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025

Das erklärte Ziel der steirischen Wirtschaftspolitik ist es, das Land Steiermark zu einer führenden europäischen Region für den Wandel hin zu einer wissensbasierten Produktionsgesellschaft und zu einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft zu machen. „Wachstum durch Innovation“ lautet daher der Leitgedanke der im Mai 2011 im Landtag Steiermark beschlossenen Wirtschaftsstrategie Steiermark 2020 (WIST 2020).

2015 hatte die WIST 2020 die Hälfte ihrer Laufzeit erreicht, sie war daher einer intensiven Reflexion vor dem Hintergrund der geänderten Rahmenbedingungen zu unterziehen. Hierzu zählen neben den weiter bestehenden Megatrends wie demografischer Wandel und Klimawandel insbesondere auch strukturelle Veränderungen in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise, veränderte globalisierte Wertschöpfungsketten, aber auch neue Formen der Innovation wie z. B. Open-Innovation und Crowdsourcing sowie unter den relevanten Technologietrends insbesondere natürlich die Digitalisierung. Diese wird nicht nur das Leben der Menschen beeinflussen, sondern auch Produktionsprozesse und ganze Industrien nachhaltig verändern.

Wirtschaftsstrategie 2025 (WIST 2025)¹⁴

Auf der Basis dieser Veränderungsprozesse wurde die Wirtschaftsstrategie des Landes Steiermark angepasst und greift diese Herausforderungen auf. Die neue Strategie wird dazu beitragen, dass die Steiermark einen Weg der konstanten Erneuerung und Anpassung an die sich rasch verändernden Rahmenbedingungen einschlägt.

Dabei bleibt auch in der neuen Wirtschaftsstrategie „Steiermark 2025 – Wachstum durch Innovation“ nicht nur der Leitgedanke der Wirtschaftspolitik weiterhin bestehen, auch die Konzentration auf Leitthemen und technologische Kernkompetenzen, Kernstrategien und aktive Standortentwicklung wird fortgesetzt.

Konkret setzt die Wirtschaftspolitik auch in Zukunft in der Standortentwicklung auf die drei Leitthemen Mobility, Green-Tech sowie Health-Tech und orientiert sich dabei an folgenden fünf Kernstrategien:

- Standortentwicklung und Standortmanagement
- Innovations- und F&E-Förderung
- Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen
- Qualifizierung und Humanpotenzial
- Internationalisierung von Unternehmen und Standort

¹⁴ Für detaillierte Informationen wird auf die öffentlich zugängliche Publikation der Wirtschaftsstrategie 2025 verwiesen (http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/11685083_74838386/ff7e3290/Wirtschaftsstrategie2025_DE.pdf).

Die wesentlichen Anpassungen der neuen Wirtschaftsstrategie WIST 2025 stellen sich wie folgt dar:

- In der Kernstrategie 1 „Standortentwicklung und -management“ erfolgt eine angepasste Darstellung der technologischen Kernkompetenzen der Steiermark – insbesondere wurde der stark zunehmenden Bedeutung der Digitaltechnologien Rechnung getragen, die Rolle der Kreativwirtschaft im Bereich des Innovationssupport geschärft und die Funktion der dualen Ausbildung umfassender dargestellt.
- In der Kernstrategie 2 „Innovations- und F&E-Förderung“ wurde insbesondere ein Stufenbau der Innovationsförderung etabliert, der mehr Orientierung bietet und die angestrebte Förderungskette sowie das Instrumentenportfolio nochmals schärft.
- Die Kernstrategie 3 „Unternehmertum & Wachstum junger Unternehmen“ erfährt insgesamt einen offensiven Ausbau und basiert auf den drei Kernelementen 1. Junge wissensintensive Unternehmen mit Wachstumspotenzial stärken; 2. Förderung von Unternehmertum ganzheitlich denken sowie 3. Unternehmensnachfolge weiterführen.
- In der Kernstrategie 4 „Qualifizierung und Humanpotential“ erfolgte eine weitere Fokussierung auf den Bereich der bedarfsgerechten Qualifizierung sowie Attraktivierung der dualen Ausbildung und Nachwuchssicherung im technischen/naturwissenschaftlichen Bereich.
- Deutlich hervorgehoben wurde nunmehr in der Kernstrategie 5 „Internationalisierung von Unternehmen und Standort“ die hohe Bedeutung eines klaren, authentischen und gut kommunizierbaren Profils der Steiermark. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Stärkung der Exportfähigkeit von Unternehmen, welche insbesondere vom Internationalisierungszentrum Steiermark (ICS) getragen wird.
- Des Weiteren wurde der Bereich der Prozesssteuerung und Erfolgskontrolle zur WIST 2025 um die Elemente der Operationalisierung der Ziele durch geeignete Indikatoren sowie die Verbindung zu den Wirkungszielen des Landeshaushaltes weiter ausgebaut.
- Insgesamt wurde nochmals über sämtliche Kernstrategien hinweg auf die Bereiche KMU sowie die in der Steiermark vorhandenen regionalen Potenziale ein Schwerpunkt gesetzt. Beide Bereiche werden hier über spezielle Förderungsprogramme bzw. Instrumente und auch durch die Ausnützung beihilfenrechtlicher Spielräume zusätzlich adressiert.

Die fünf Kernstrategien der Wirtschaftsstrategie 2025

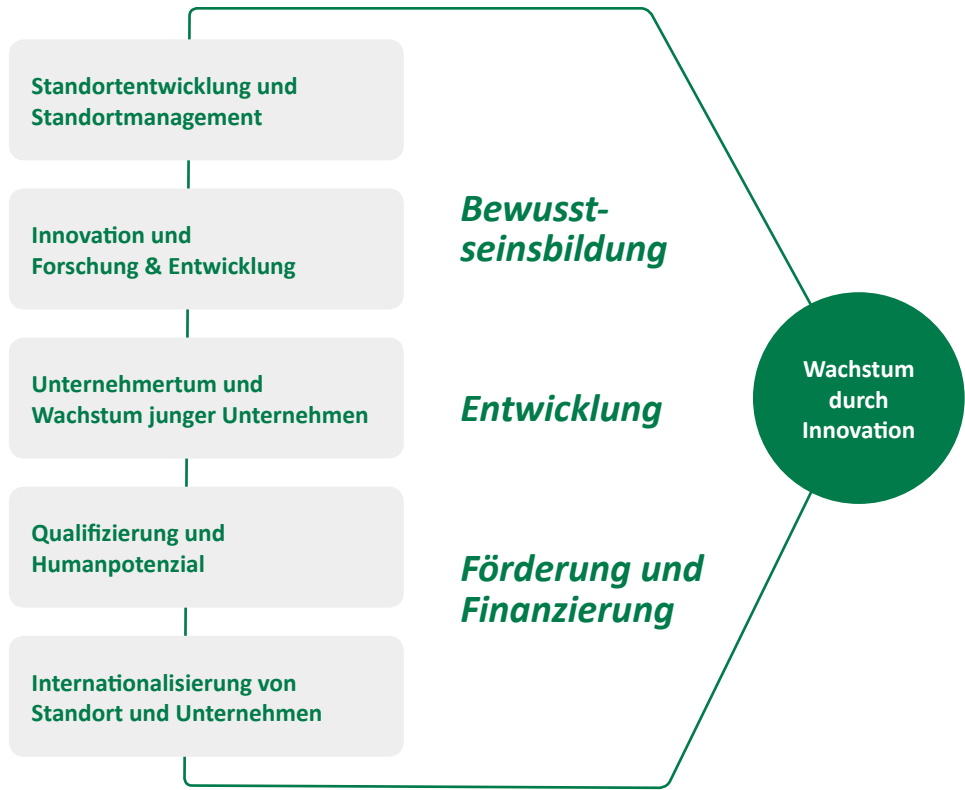


Abbildung 51 Quelle: Land Steiermark, Wirtschaftsstrategie 2025.

Die folgende Tabelle gibt einen detaillierten Überblick über die Förderungsaktivitäten des Jahres 2017 sowohl der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH als auch der Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport (Referat Wirtschaft und Innovation). Die Förderungsfälle und das entsprechende Förderungsvolumen stellen zentrale Indikatoren der Wirtschaftsförderung dar.

Die Kernstrategie 1 (Standortentwicklung und Standortmanagement) mit € 13,8 Mio. und die Kernstrategie 2 (Innovations- und F&E-Förderung) mit einem tatsächlichen Förderungsvolumen von € 21,7 Mio. stellten im abgelaufenen Jahr, wie auch bereits in der Vergangenheit, bezüglich des Förderungsvolumens die beiden stärksten Bereiche dar.

Förderungsaktivitäten des Jahres 2017 nach Kernstrategien (KS 1–5) sowie Förderungsprogramme im Detail

Förderungsprogramme	Fälle	Förderungsvolumen in €
Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG)		
KS 1 Standortentwicklung und Standortmanagement	69	13.827.849
Highway 2020	37	424.025
Cluster	9	3.896.576
Erlebniswelt Wirtschaft	6	279.839
Kompetenzzentren	8	7.448.121
Beteiligungsinitiative KMU	4	710.000
Stille Beteiligung für Innovationsprojekte	3	920.000
Sonstige	2	149.288
KS 2 Innovations- und F&E-Förderung	192	21.660.994
Coole!Betriebe	4	220.740
Geistes!Blitz	2	276.138
Groß!Tat / Wachstums!Schritt	67	15.544.252
Ideen!Reich	98	1.542.356
F&E Call	7	775.655
Spitzen!Leistung	5	1.688.531
Steiermark!Bonus	6	968.369
Stille Beteiligung für Innovationsprojekte	1	500.000
Sonstige	2	144.954
KS 3 Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen	1.259	2.905.754
Lebens!Nah	1.183	1.670.058
Start!Klar	70	567.297
Sonstige	6	668.400
KS 4 Qualifizierung und Humanpotenzial	731	883.971
Profi!Lehre	7	45.493
Weiter!Bilden / Erfolgs!Kurs	366	362.431
Winterbau	355	293.037
Sonstige	3	183.011
KS 5 Internationalisierung von Unternehmen und Standort	75	906.399
Spitzen!Leistung	1	589.000
Welt!Markt	74	317.399
KS 1–5 Zwischensumme	2.326	40.184.968
Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport		
Div. Förderungsfälle (Standortmarketing, Winterbauoffensive, sonstige gewerbliche Förderungen)	88	1.563.992
Förderzusagen Gesamtsumme	2.414	41.748.960

Tabelle 18

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Land Steiermark, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Breitbandstrategie Steiermark „Highway 2020“

Im Herbst 2014 wurde die Breitbandstrategie Steiermark „Highway 2020“ in der Steiermärkischen Landesregierung und im Landtag Steiermark einstimmig beschlossen. Damit wurden die strategischen Ziele für den weiteren Ausbau der Breitbandversorgung in der Steiermark festgelegt. Diese Ziele lauten folgendermaßen:

- Bis 2018 sollen leistungsfähige und schnelle Breitbandanschlüsse von bis zu 30 Megabit pro Sekunde für alle Haushalte und Unternehmen in der Steiermark verfügbar gemacht werden.
- Bis 2020 sollen in allen steirischen Gemeinden Glasfaserzugangspunkte bereitgestellt werden.
- Bis 2022 sollen alle Haushalte und Unternehmen in der Steiermark mit hochleistungsfähigen und ultraschnellen Anschlüssen mit Übertragungsraten von bis zu 100 Mbit/s versorgt werden.

Mit einstimmigen Regierungsbeschlüssen vom 31. März 2016, 30. Juni 2016, 17. November 2016 und 16. März 2017 wurden vier Informationsberichte betreffend die Breitbandumsetzungsmaßnahmen auf Bundes- und Landesebene zur Breitbandinitiative Steiermark „Highway 2020“ zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die aktuelle Situation in der Steiermark stellt sich folgendermaßen dar:

74 % der steirischen Hauptwohnsitze (900.717) gelten mit Download-Datenraten von über 30 Mbit/s als versorgt, 26 % der Hauptwohnsitze (319.015) gelten als Förderungsgebiet, da die möglichen

Datenraten hier darunterliegen. 4 % davon (53.270 Hauptwohnsitze) gelten als besonders schlecht versorgt (unter 2 Mbit/s). Den größten Anteil an Förderungsgebieten haben die beiden NUTS-3-Regionen Oststeiermark sowie West- und Südsteiermark.

Um die Breitbandversorgung zu verbessern und weiter auszubauen, wurden von der Abteilung 12 als Breitbandkoordinationsstelle des Landes Steiermark verschiedenste Maßnahmen zum Erreichen der Ziele der Breitbandstrategie „Highway 2020“ in Zusammenarbeit mit anderen Stellen getroffen.

Unter diesen Maßnahmen sollen folgende beispielhaft hervorgehoben werden:

- Wiederauflage der Förderungsaktion der Steirischen WirtschaftsförderungsgesmbH (SFG) „Highway 2020 – schnelles Internet für Unternehmen“ ab Oktober 2016. Diese Förderungsaktion ist ein Last-Mile-Förderungsprogramm für die Anschlusskosten von Unternehmen zum nächstgelegenen Knotenpunkt eines Netzbetreibers. Gefördert werden 50 % der Kosten. Seit Beschlussfassung der steirischen Breitbandstrategie im Herbst 2014 wurden von der SFG 71 Gemeinde- und Unternehmensprojekte mit einem Förderungsvolumen von € 3,2 Mio. genehmigt.
- Abschluss einer Kooperationsvereinbarung für den Bereich Breitbandinfrastrukturausbau zwischen dem Land Steiermark und der Energie Steiermark AG im November 2016. Es handelt sich dabei um eine ressortübergreifende Initiative des Wirtschaftsressorts mit dem Verkehrs- und dem Gemeinderessort, durch das verstärkt Breitband-

projekte, vor allem für den ländlichen Raum, generiert werden und auch die bisher nicht zur Gänze beanspruchten Mittel aus der Breitbandmilliarde des Bundes für die Steiermark intensiver angesprochen werden sollen. Aus der ersten Tranche an Bundesmitteln von € 200 Mio. konnten bisher Projektförderungen in der Höhe von rund € 48 Mio. in die Steiermark geholt werden. Der indikative Anteil der Steiermark an der Breitbandmilliarde des Bundes beträgt ca. 24 %, somit rund € 240 Mio. gesamt.

- Generierung von Pilotprojekten mit der Energie Steiermark: Das erste Pilotprojekt mit der Gemeinde Birkfeld wurde beim 3. Leerrohr-Call des BMVIT Ende März 2017 eingereicht und genehmigt.
- Das zweite Pilotprojekt mit der Gemeinde Lang wurde im August 2017 eingereicht und im Herbst 2017 genehmigt. Dabei wird die Volksschule an schnelles Internet angebunden. In beiden Fällen beteiligt sich auch das Gemeinderessort in finanzieller Hinsicht. Die neu entwickelte Kabelverlegefräse („LayJet“) der Abteilung 7 wird dabei ebenfalls eingesetzt.
- Bildung von Regionalteams auf NUTS-3-Ebene von Vertretern der Energie Steiermark und des Gemeindestraßenreferates der Abteilung 7 als erste Ansprechpartner für Gemeinden für geplante Breitbandausbauten. Diese Teams wurden von einem Breitbandexperten des BMVIT geschult und den Gemeinden am 30. März 2017 bei einer großen Informationsveranstaltung vorgestellt.
- Definition von besonders förderwürdigen Gebieten in der Steiermark im Rahmen der Breitbandförderung aus dem EU-Programm für die ländliche Entwicklung 2014–2020. Diese Gebiete können im Rahmen des Bundesförderungsprogramms Access (Flächenförderung) mit der maximalen Förderungshöhe von 75 % unterstützt werden. Der 1. Access-ELER-Call wurde Ende März 2017 mit einer Überzeichnung von rund 20 % beendet. Der 2. Access-ELER-Call wird Mitte 2018 stattfinden.
- Enge Kooperation mit dem Gemeinde- und dem Verkehrsressort bezüglich der Erschließung der noch schlecht mit Breitband versorgten steirischen Gebiete. Dazu wurde von der Abteilung 7 eine spezielle Kabelverlegefräse („LayJet“) entwickelt, die bei Gemeindeprojekten eingesetzt werden kann.
- Änderung des Steiermärkischen Baugesetzes in Bezug auf notwendige hochgeschwindigkeitsfähige Infrastrukturen für elektronische Kommunikation bei Neubauten und größeren Renovierungen ab 1.1.2017 (Zuständigkeit A13 – Umwelt und Raumordnung).
- Laufende bewusstseinsbildende Maßnahmen für steirische Regionen, Provider und Gemeinden, damit die für die Steiermark zur Verfügung stehenden Finanzmittel aus der Breitbandmilliarde des Bundes besser ausgenutzt werden (z. B. durch Masterpläne im Bezirk Weiz und der westlichen Obersteiermark). Als Best-Practice-Beispiel kann hier der Breitband-Masterplan des Regionalmanagements Westliche Obersteiermark herangezogen werden, in dessen Rahmen einzelne Projekte beim letzten Leerrohr-Call und beim 1. Access-ELER-Call z. B.

von den Stadtwerken Murau und Judenburg bzw. der Gemeinde Neumarkt eingereicht und genehmigt wurden.

- Die Abteilung 17 Landes- und Regionalentwicklung hat Ende 2017 am Beispiel des Breitband-Masterplans der NUTS-3-Region Westliche Obersteiermark im Rahmen des Steiermarkteils des IWB-Programms 2014–2020 einen Call für derartige Masterpläne für die Regionalmanagementstellen durchgeführt. Es ist vorgesehen, dass diese Pläne auf Landesebene zusammengefasst werden, um ein steiermarkweites Bild zu erhalten.
- Forderungen an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie betreffend die

Vereinfachung der Bundesförderungsprogramme, der Ausnutzung der maximalen Förderungssätze und der besseren Kontrolle der Meldungen der Provider für den Online-Breitbandatlas Österreich. Dazu wurde auch eine gemeinsame Länderstellungnahme erarbeitet, die im Mai 2017 in der Landeswirtschaftsreferentenkonferenz beschlossen wurde.

Diese Auswertung zeigt, dass der Großteil der bisher genehmigten Fördergelder aus der Breitbandmilliarde in jene Gebiete geflossen ist, die bisher auch am schlechtesten versorgt waren. Die Oststeiermark liegt hier mit rund 29 % an der Spitze vor der Westlichen Obersteiermark mit 23 %.

Neutrale landeseigene Breitbandinfrastrukturgesellschaft

Mit Grundsatzbeschluss der steiermärkischen Landesregierung vom 7. Dezember 2017 wurde die Gründung und finanzielle Ausstattung (€ 20,5 Mio. für die Periode 2018–2023) einer landeseigenen neutralen Breitbandinfrastrukturgesellschaft beschlossen. Deren Vorteile liegen in der Generierung von eigenen Projekten, um die Fördergelder aus

der Breitbandmilliarde des Bundes (vor allem aus dem Leerrohrprogramm) besser abholen zu können. Diese Breitbandinfrastrukturgesellschaft soll dort Infrastruktur errichten (Layer 1), wo kein Provider aus wirtschaftlichen Gründen bauen würde und somit Marktversagen herrscht (sog. „Weiße Flecken“).

Der Betrieb dieser Infrastruktur (Layer 2) soll dann öffentlich ausgeschrieben werden. Dieses Netz soll dann auf der Ebene der Dienste (Layer 3) allen interessierten Diensteanbietern offenstehen.

Die aktuelle Verteilung der bisherigen genehmigten Fördermittel aus der Breitbandmilliarde für die

Steiermark auf die einzelnen Regionen stellt sich folgendermaßen dar:

Genehmigte Fördermittel in € aus der Breitbandmilliarde für die Steiermark		
NUTS-3-Region	Förderbetrag lt. Vertrag in €	Förderbetrag lt. Vertrag in %
Graz	4.500.661	9,28
Liezen	5.359.445	11,05
Östliche Obersteiermark	5.065.072	10,45
Oststeiermark	14.464.829	29,83
West- und Südsteiermark	8.111.877	16,73
Westliche Obersteiermark	10.982.044	22,65
Gesamtergebnis	48.483.928	100

Tabelle 19

Quelle: BMVIT, eigene Darstellung der Abteilung 12.

3.4.3 EU-Programmplanungsperiode 2014–2020 – Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014–2020“

Für die Steiermark begann mit dem Zeitraum 2014 bis 2020 die nunmehr vierte EU-Strukturfondsperiode seit dem Beitritt Österreichs im Jahr 1995. Mit Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 17.05.2013 wurde festgelegt, dass an die Stelle der bisherigen neun Länderprogramme nunmehr ein gemeinsames österreichweites EFRE-Programm tritt. In den anderen Strukturfondsbereichen wie dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER) oder dem Europäischen Sozialfonds (ESF) existieren bereits seit 1995 österreichweite Programme.

Das gemeinsame Operationelle Programm wurde von der Europäischen Kommission mittels Beschluss am 16.12.2014 genehmigt und stellt die Voraussetzung für Finanzierungen aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) dar. Alle neun Bundesländer, so auch die Steiermark, tragen mit ihren jeweiligen finanziellen und strategischen Bereichen zur Umsetzung des Programms bei.

Thematische Schwerpunkte | Prioritätsachsen und Investitionsprioritäten

Das Operationelle Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014–2020“ verfolgt grundsätzlich das Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der langfristigen Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in

Österreich. Dies soll vor allem durch die Förderung des allgemeinen Innovationsklimas und durch die Verbreiterung der Innovationsbasis, durch Förderung von Forschung und Entwicklung, durch Aufbau neuer Wachstumsfelder, durch die Stärkung der Innovationskraft der Regionen sowie durch innovative Projekte mit entsprechender Impulswirkung erfolgen. Aufgrund der thematischen Konzentration in den neuen EU-Verordnungen wurden für stärker entwickelte Regionen wie Österreich die folgenden sechs Prioritäten für das Operationelle Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014–2020“ definiert:

- Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
- Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft
- Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung
- Unterstützung der Stadt-Umland-Entwicklung und lokaler Entwicklungsstrategien
- Technische Hilfe

Mit diesen sechs Prioritäten wird für Gesamtösterreich ein EFRE-Mittelvolumen in der Höhe von rund € 536 Mio. abgewickelt. Mit € 130.648.257 EFRE-Mittel für die Förderungsperiode 2014–2020 weist die Steiermark mit 24,4 % der Mittel den größten Anteil am gesamtösterreichischen Programm auf.

Prioritätsachsen und Investitionsprioritäten im Programm IWB/EFRE Österreich 2014–2020

IWB/EFRE Österreich 2014–2020

Prioritätsachsen (P) und Investitionsprioritäten (IP)

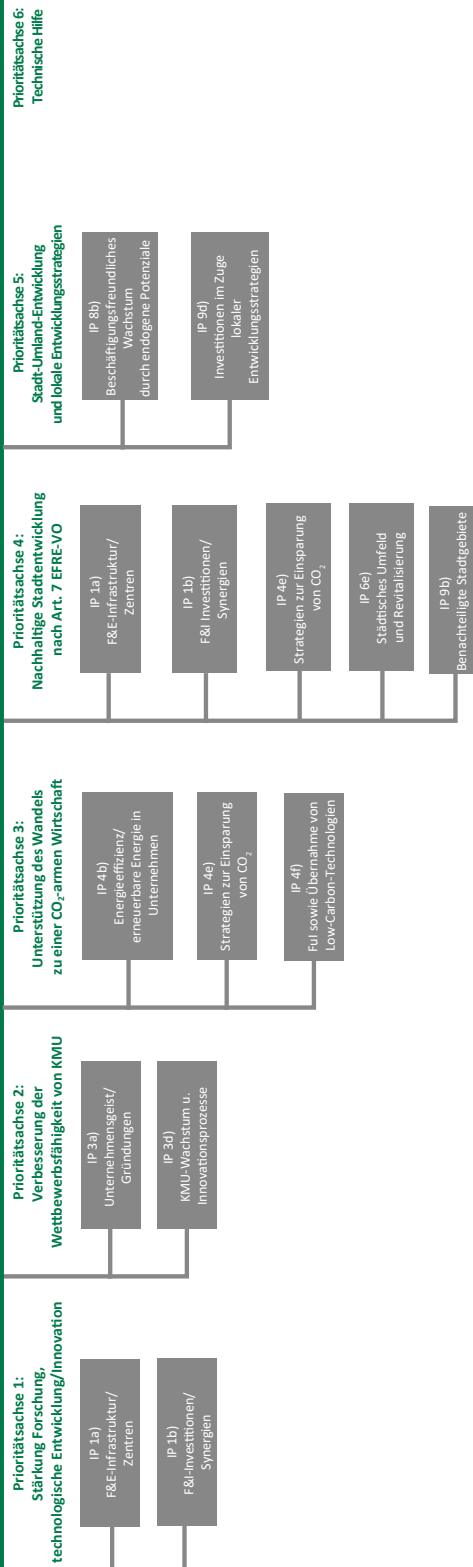


Abbildung 52 Quelle: Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus und Sport.

Die Prioritätsachse 1 „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ des Programms wird auf zwei Investitionsprioritäten aufgeteilt. In der Investitionspriorität 1a werden im Wesentlichen wirtschaftsnahe FTI-Infrastrukturen sowie eine neue Generation bzw. die Weiterentwicklung von Impulszentren unterstützt. Die Investitionspriorität 1b fokussiert sich auf die F&E-Förderung von Unternehmen sowie betriebliche technologieorientierte Investitionen in Unternehmen.

Für die Steiermark werden beide Investitionsprioritäten angesprochen und sowohl von Bundes- als auch Landesförderungsstellen abgewickelt. Für die Steiermark stehen in dieser Prioritätsachse € 42,42 Mio. EFRE-Mittel zur Verfügung.

Die Prioritätsachse 2 „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU“ ist komplementär zur Prioritätsachse 1 anzusehen und unterstützt Wachstums- und Innovationsprozesse von und in Unternehmen. Dabei werden in KMU innovations- und wachstumsorientierte Investitionen unterstützt.

Für den steirischen Teil wird von den zwei angebotenen Investitionsprioritäten eine finanziell dotiert. Die Steiermark konzentriert sich auf die Investitionspriorität 3d mit den beiden Maßnahmen Förderung von Wachstums- und Innovationsprozessen sowie Internationalisierungstätigkeiten von KMU mit einem EFRE-Mitteleinsatz in der Höhe von € 43,04 Mio.

Die Prioritätsachse 3 „Unterstützung des Wandels zu einer CO₂-armen Wirtschaft“ beinhaltet Investitionsprioritäten, welche einen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz einschließlich der Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien in Unternehmen leisten. Da der betriebliche Sektor beim Endenergieverbrauch wie auch für Treibhausgasemissionen einen gewichtigen Faktor darstellt, wurde diese Priorität für den EFRE aufgenommen.

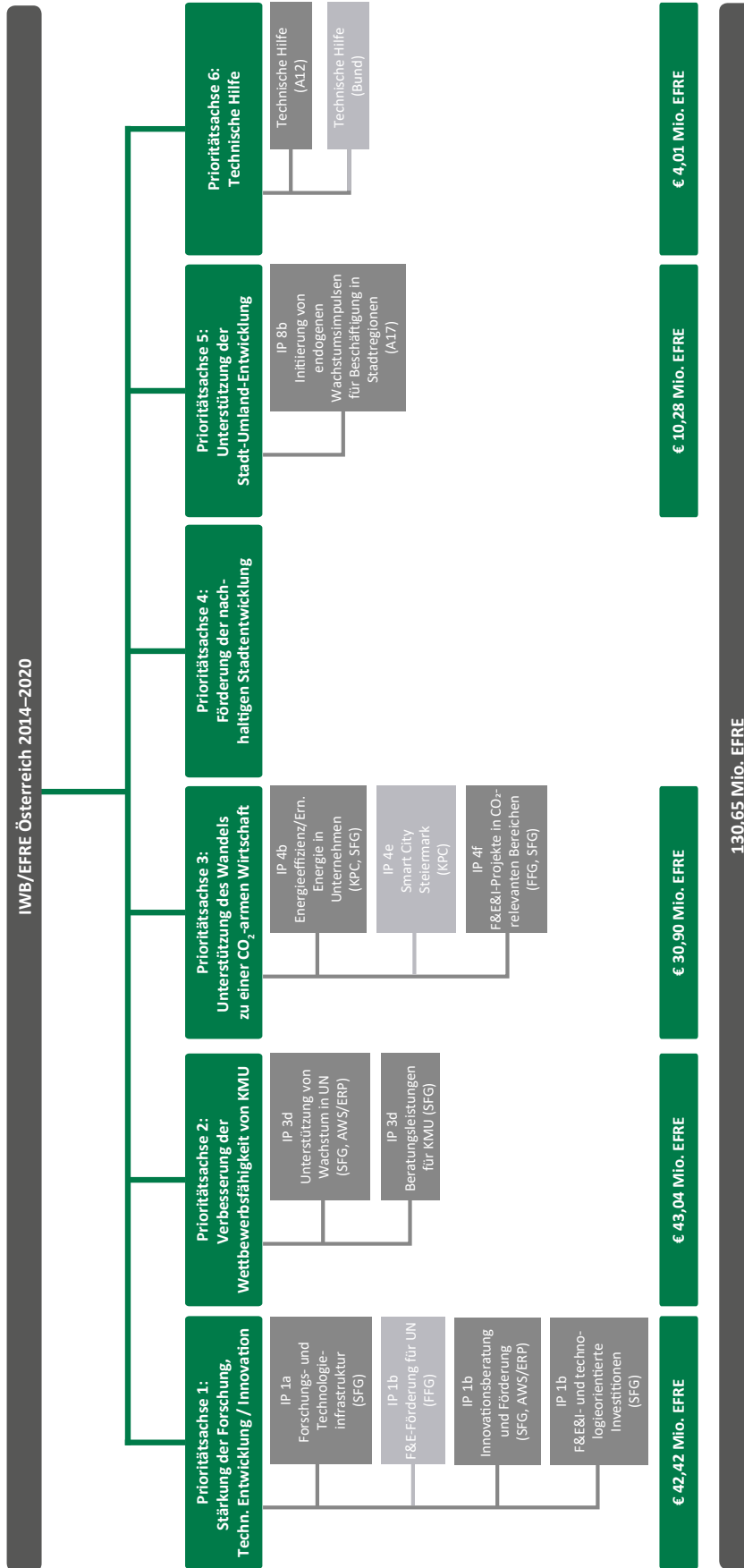
Die Steiermark dotiert in dieser Prioritätsachse die Investitionsprioritäten für die Förderung der Energieeffizienz, der Nutzung erneuerbarer Energie in Unternehmen, der Unterstützung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur CO₂-Reduktion im Unternehmensbereich sowie einer eigenen Maßnahme für Smart-City-Ansätze. Die Investitionsprioritäten werden von Bundes und Landesförderungsstellen abgewickelt und sind mit € 30,90 Mio. EFRE-Mittel dotiert.

Bei der Prioritätsachse 4 „Förderung der nachhaltigen Stadtentwicklung“ handelt es sich um eine gemischte Prioritätsachse, in der mehrere Investitionsprioritäten und Themen bezüglich der städtischen Dimension unterstützt werden können. Diese Prioritätsachse wurde so konzipiert, dass hier jene Maßnahmen nach Art. 7 der EFRE-Verordnung abgewickelt werden, die dazu beitragen, das 5%-Ziel der Europäischen Kommission für städtische Maßnahmen zu erreichen. Diese Maßnahmen werden von der Stadt Wien und dem Land Oberösterreich abgewickelt.

Die Prioritätsachse 5 „Unterstützung der Stadt-Umland-Entwicklung und lokaler Entwicklungsstrategien“ betrifft den Bereich der integrierten Regionalentwicklung. Hier sind für den steirischen Teil Unterstützungsmöglichkeiten zur Umsetzung von (Investitions-)Vorhaben im Kontext funktionaler Stadtregionen geplant und unter der Investitionspriorität „Beschäftigungsfreundliches Wachstum durch endogene Potenziale“ abgebildet. Diese Maßnahme wird mit einem EFRE-Volumen von € 10,28 Mio. dotiert.

Die Prioritätsachse 6 „Technische Hilfe“ beinhaltet die Aufwendungen der strategischen und inhaltlichen Programmsteuerung sowie der operativen Umsetzung des Programms. In dieser Prioritätsachse werden im Wesentlichen die Arbeiten der Verwaltungsbehörde (angesiedelt bei der Österreichischen Raumordnungskonferenz — ÖROK) sowie der programmverantwort-

Prioritätsachsen und Investitionsprioritäten im steirischen Programmteil IWB/EFRE Österreich 2014–2020



A17: Abteilung 17 Landes- und Regionalentwicklung
 A12: Abteilung 12 Wirtschaft, Tourismus, Sport
 KPC: Kommunalkredit Public Consulting
 SFG: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft
 AWS/ERP: Austria Wirtschaftsservice; ERP-Fonds
 Bund: Bundeskanzleramt, Österreichische Raumordnungskomferenz

Abbildung 53

Quelle: Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus und Sport.

lichen Länderstelle (Abteilung 12) finanziert, welche auf Basis der EU-Verordnungen für das Programm zu leisten sind. Dies sind beispielsweise Informationen an die Öffentlichkeit, Evaluierungen der Programmumsetzung sowie Datenmodule für den elektronischen Austausch zwischen den Förderungsstellen, der Verwaltungsbehörde, der programmverantwortlichen Länderstelle und der Europäischen Kommission.

Der Abbildung 53 ist die Aufteilung der EFRE-Mittel auf die einzelnen Prioritätsachsen des Steiermarkanteils zu entnehmen. Darüber hinaus ist daraus ersichtlich, in welchen der einzelnen Prioritätsachsen bzw. Maßnahmen welche Förderungsstellen auf Landes und Bundesebene verantwortlich tätig sein werden. Die Maßnahmen mit der Beteiligung von Landesförderungsstellen sind dabei grau hinterlegt.

Umsetzung

Mit Stichtag 5.2.2018 wurden dem Programmteil Steiermark für die Prioritätsachsen 1 bis 5 EFRE-Mittel in der Höhe von € 27,6 Mio. genehmigt. Rund 40 % dieser Mittel wurden im Rahmen der Priorität 2 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen zugewiesen. Die Priorität 1 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung, technologische Entwicklung und Innovation konnte rund 35 % der genehmigten EU-Mittel für sich verbuchen. 15 % entfielen auf die Priorität 3 – Förderung der Verringerung der CO₂-Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft und rund 9 % auf die Priorität 5 – Stadt-Umland-Entwicklung & CLLD. Insgesamt wird mit diesen EU-Mitteln ein Investitionsvolumen von € 159,6 Mio. in der Steiermark ausgelöst. Insgesamt wurden mit Stichtag 5.2.2018 rund € 7,5 Mio. an EU-Mitteln bereits ausbezahlt. Details sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.

Umsetzung des Programms „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung Österreich 2014–2020“ in der Steiermark, Stand 5.2.2018; Werte in €				
Genehmigungen nach Prioritätsachse	EU-kofinanzierte Kosten	EU-Mittel	Nationale öffentliche Finanzierung	Eigenmittel Begünstigter
Priorität 1 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung, technologische Entwicklung und Innovation	53.820.818	9.785.613	8.391.378	35.643.827
Priorität 2 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen	83.664.177	11.103.766	3.495.527	69.064.885
Priorität 3 – Förderung der Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	16.930.623	4.208.157	434.642	12.287.824
Priorität 5 – Stadt-Umland-Entwicklung & CLLD	5.217.270	2.499.297	2.717.972	0
IWB EFRE Österreich 2014–2020	159.632.888	27.596.833	15.039.520	116.996.536
Auszahlungen nach Prioritätsachse				
Priorität 1 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung, technologische Entwicklung und Innovation	23.840.881	2.430.447	607.712	20.802.721
Priorität 2 – Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen	27.470.107	3.292.505	867.426	23.310.175
Priorität 3 – Förderung der Verringerung der CO ₂ -Emissionen in allen Branchen der Wirtschaft	5.672.461	1.569.854	174.429	3.928.178
Priorität 5 – Stadt-Umland-Entwicklung & CLLD	410.229	196.729	213.500	0
IWB EFRE Österreich 2014–2020	57.393.677	7.489.536	1.863.067	48.041.074

Tabelle 20

Quelle: Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

3.4.4 Förderungen der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG)

Genehmigungen

Die SFG bewilligte im Jahr 2017 insgesamt 2.326 Förderungsfälle (+2,6 % gegenüber 2016) mit einem dazugehörigen genehmigten Förderungsvolumen von € 40,2 Mio. (-1,4 %). Die damit verbundenen Investitionen betragen in Summe € 284,7 Mio. (+13,1 %).

Das Jahr 2017 zeigte erneut die zentrale Fokussierung der Förderungsmittel auf die Kernstrategie 1 (Standortentwicklung und Standortmanagement) mit € 13,8 Mio. (Anteil: 34,4 % des gesamten Förderungsvolumens der SFG) sowie auf die Kernstrategie 2 (Innovations- und F&E-Förderung) mit € 21,7 Mio. (53,9 %). Insgesamt umfasste das Förderungsvolumen dieser beiden Kernstrategien 88,3 % der gesamten steirischen Wirtschaftsförderung.

Das höchste Förderungsvolumen der Kernstrategie 1 wurde für die Kompetenzzentren (€ 7,4 Mio.) genehmigt. Die volumenmäßig größten Förderungsaktionen der Kernstrategie 2 waren „Groß!Tat / Wachstums!Schritt“ (€ 15,5 Mio.), obwohl diese Förderungsaktion um rund ein Viertel (-25,7 %) geringer ausfiel als im Vorjahr, und „Spitzen!Leistung“ (€ 1,7 Mio.). Die Kernstrategie 3 (Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen) mit einem Förderungsvolumen von rund € 2,9 Mio. (Anteil: 7,2 %) wurde im Vergleich zum Jahr 2016 gleich stark (+0,2 %) nachgefragt. Die Kernstrategie 4 (Qualifizierung und Humanpotenzial) lag mit rund € 0,9 Mio. (+20,0 %) deutlich über dem Niveau des Jahres 2016. Auf die Kernstrategie 5 (Internationalisierung von Unternehmen und Standort) entfielen rund € 0,9 Mio. (Anteil: 2,3 %). Dies bedeutete einen Zuwachs von +319,1 % gegenüber dem Vorjahr.

Bezogen auf die Anzahl der Förderungsfälle hatte die Kernstrategie 3 mit 1.259 Förderungsfällen (2016: 1.151) den größten Zuspruch. Hier stellten die Förderungsaktionen „Lebens!Nah“ (1.183) und „Start!Klar“ (70) die meisten Fälle. An zweiter Stelle lag die Kernstrategie 4 mit 731 Fällen (2016: 819), wobei die Förderungsaktionen „Weiter!Bilden“ (366) und Winterbau (355) am häufigsten vertreten waren.

Innerhalb der Kernstrategie 2 mit 192 Förderungsfällen (2016: 197) stellten die Programme „Ideen!Reich“ (98) und „Groß!Tat / Wachstums!Schritt“ (67) die größten Gruppen. An vierter Stelle lag die Kernstrategie 1 mit 69 Förderungsfällen (2016: 38), hier war das Programm „HIGHWAY 2020“ (37) am stärksten vertreten. Die Kernstrategie 5 umfasste im Jahr 2017 die Programme „Welt!Markt“ mit 74 Förderungsfällen und „Spitzen!Leistung“ mit einem Förderungsfall.

Rund die Hälfte (48,8 %) der Projektkosten des Jahres 2017 von € 284,7 Mio. wurden von der Förderungsaktion „Groß!Tat / Wachstums!Schritt“ (Kernstrategie 2) getragen. An zweiter Stelle liegen die der Kernstrategie 1 zuzuordnenden „Kompetenzzentren“ mit 30,3 % der gesamten Projektkosten, gefolgt vom Programm „Cluster“ mit 4,1 % der gesamten Projektkosten. Das Förderungsprogramm „Lebens!Nah“ (Kernstrategie 3) stellte 3,1 % der gesamten steirischen Projektkosten. Zusammen fielen auf die vorgenannten Förderungsaktionen 86,3 % der gesamten Projektkosten.

Die folgende Tabelle gibt einen detaillierten Überblick über die Förderungsaktivitäten nach Förderungsprogrammen der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH im Jahr 2017 entlang der fünf Kernstrategien (KS) der Wirtschaftsstrategie 2025.

Förderungen der SFG 2017 nach Kernstrategien (KS 1–5) und Förderungsprogrammen

Projekte	Fälle		Projektkosten in €	
	absolut	in %	absolut	in %
KS 1 Standortentwicklung und Standortmanagement	69	3,0	105.946.151	37,2
HIGHWAY 2020	37	1,6	801.139	0,3
Cluster	9	0,4	11.572.237	4,1
Erlebnisswelt Wirtschaft	6	0,3	868.208	0,3
Kompetenzzentren	8	0,3	86.275.464	30,3
Beteiligungsoffensive KMU	4	0,2	3.642.000	1,3
Stille Beteiligung für Innovationsprojekte	3	0,1	2.190.000	0,8
Sonstige	2	0,1	597.104	0,2
KS 2 Innovations- und F&E-Förderung	192	8,3	160.746.884	56,5
Cooler!Betriebe	4	0,2	778.978	0,3
Geistes!Blitz	2	0,1	6.351.954	2,2
Groß!Tat / Wachstums!Schritt	67	2,9	138.946.417	48,8
Ideen!Reich	98	4,2	3.895.868	1,4
F&E-Call	7	0,3	1.292.758	0,5
Spitzen!Leistung	5	0,2	2.605.249	0,9
Steiermark!Bonus	6	0,3	4.841.845	1,7
Stille Beteiligung für Innovationsprojekte	1	0,0	1.350.000	0,5
Sonstige	2	0,1	683.815	0,2
KS 3 Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen	1.259	54,1	14.422.544	5,1
Lebens!Nah	1.183	50,9	8.764.152	3,1
Start!Klar	70	3,0	2.254.454	0,8
Sonstige	6	0,3	3.403.938	1,2
KS 4 Qualifizierung und Humanpotenzial	731	31,4	2.336.946	0,8
Profi!Lehre	7	0,3	67.870	0,0
Weiter!Bilden / Erfolgs!Kurs	366	15,7	1.276.550	0,4
Winterbau	355	15,3	625.403	0,2
Sonstige	3	0,1	367.123	0,1
KS 5 Internationalisierung von Unternehmen und Standort	75	3,2	1.207.209	0,4
Spitzen!Leistung	1	0,0	589.000	0,2
Welt!Markt	74	3,2	618.209	0,2
Gesamt	2.326	100,0	284.659.733	100,0

Tabelle 21

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

absolut	Förderungsvolumen in €			Median	
	in %	Durchschnitt			
13.827.849	34,4	200.404	20.000		Standortentwicklung und Standortmanagement KS 1
424.025	1,1	11.460	4.517		HIGHWAY 2020
3.896.576	9,7	432.953	595.000		Cluster
279.839	0,7	46.640	62.770		Erlebnisswelt Wirtschaft
7.448.121	18,5	931.015	691.473		Kompetenzzentren
710.000	1,8	177.500	200.000		Beteiligungsoffensive KMU
920.000	2,3	306.667	220.000		Stille Beteiligung für Innovationsprojekte
149.288	0,4	74.644	74.644		Sonstige
21.660.994	53,9	112.818	50.250		Innovations- und F&E-Förderung KS 2
220.740	0,5	55.185	52.921		Cooler!Betriebe
276.138	0,7	138.069	138.069		Geistes!Blitz
15.544.252	38,7	232.004	152.073		Groß!Tat / Wachstums!Schritt
1.542.356	3,8	15.738	5.000		Ideen!Reich
775.655	1,9	110.808	79.227		F&E-Call
1.688.531	4,2	337.706	515.287		Spitzen!Leistung
968.369	2,4	161.395	105.341		Steiermark!Bonus
500.000	1,2	500.000	500.000		Stille Beteiligung für Innovationsprojekte
144.954	0,4	72.477	72.477		Sonstige
2.905.754	7,2	2.308	1.000		Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen KS 3
1.670.058	4,2	1.412	1.000		Lebens!Nah
567.297	1,4	8.104	5.000		Start!Klar
668.400	1,7	111.400	125.000		Sonstige
883.971	2,2	1.209	690		Qualifizierung und Humanpotenzial KS 4
45.493	0,1	6.499	6.671		Profi!Lehre
362.431	0,9	990	900		Weiter!Bilden / Erfolgs!Kurs
293.037	0,7	825	395		Winterbau
183.011	0,5	61.004	62.911		Sonstige
906.399	2,3	12.085	4.000		Internationalisierung von Unternehmen und Standort KS 5
589.000	1,5	589.000	589.000		Spitzen!Leistung
317.399	0,8	4.289	4.000		Welt!Markt
40.184.968	100,0	17.276	1.000		Gesamt

Die Verteilung der genehmigten Förderungsfälle nach Betriebsgrößenklassen zeigt, dass die Förderungen in allen Größenklassen¹⁵ ankamen. Der Fokus lag 2017 weiterhin auf den KMU, denen 93,6 % der Förderungsfälle zugeordnet werden konnten. 72 % der Fälle waren der Gruppe der Kleinstbetriebe (weniger als zehn Mitarbeiter) zuzuordnen und 5,6 % wurden von Großbetrieben getragen, auf diese entfielen dabei

14,1 % der Projektkosten. In Bezug auf das tatsächliche Förderungsvolumen wiesen Großunternehmen einen Anteil von 16,2 % auf, mittlere Unternehmen (23,7 %) und Kleinunternehmen (17,5 %) hatten darüber hinaus einen höheren Anteil am Förderungsvolumen. 14,0 % des Förderungsvolumens entfielen auf Kleinstunternehmen.

Förderungen der SFG 2017 nach Betriebsgrößenklassen (inkl. nicht zuordenbarer Förderungsfälle)

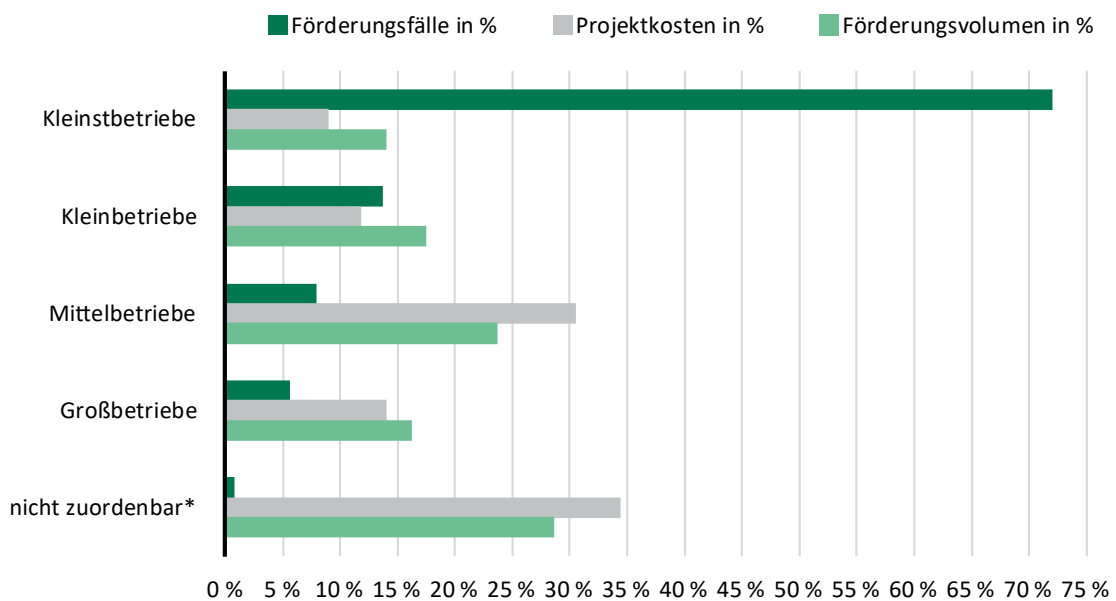


Abbildung 54

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Darstellung der Abteilung 12. * Unter „nicht zuordenbar“ werden hier vor allem Cluster und Kompetenzzentren subsumiert. Angaben über die Anzahl der Mitarbeiter/-innen ist in diesen Fällen nicht möglich.

¹⁵ 0,8 % der Fälle bzw. 28,6 % des Förderungsvolumens waren 2017 keiner Betriebsgrößenklasse zuordenbar (o. A.). Darunter sind vor allem Förderungen für Cluster und Kompetenzzentren zu verstehen, für die keine eindeutige Mitarbeiteranzahl angegeben werden kann.

Förderungen der SFG 2017 nach Betriebsgrößenklassen

Betriebsgrößenklassen	Fälle		Projektkosten in €		Förderungsvolumen in €			Fälle in % ohne o. A.*	Volumen in % ohne o. A.*
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	pro Fall		
0–9 MA	1.675	72,0	25.742.132	9,0	5.620.451	14,0	3.355	72,6	19,6
10–49 MA	318	13,7	33.722.062	11,8	7.015.020	17,5	22.060	13,8	24,5
50–249 MA	185	8,0	87.043.166	30,6	9.537.206	23,7	51.552	8,0	33,2
ab 250 MA	130	5,6	40.046.694	14,1	6.512.807	16,2	50.099	5,6	22,7
o. A.*	18	0,8	98.105.679	34,5	11.499.484	28,6	638.860	----	----
Gesamt	2.326	100,0	284.659.733	100,0	40.184.968	100,0	17.276	100,0	100,0

Tabelle 22

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen. * Diese Gruppe beinhaltet vor allem Cluster und Kompetenzzentren.

Abbildung 54 zeigt die Zuordnung des tatsächlichen Förderungsvolumens nach den fünf Kernstrategien der Wirtschaftsstrategie. Unabhängig von der Betriebsgrößenklasse dominierte die Kernstrategie 2 „Innovations- und F&E-Förderung“ in allen Betriebsgrößen und stellte überall beinahe die Hälfte des jeweiligen Förderungsvolumens. Bei den Kleinstbetrieben stellte die Kernstrategie 3 „Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen“ das zweithöchste Förderungsvolumen, für Mittelbetriebe und Großbetriebe war dies für die Kernstrategie 1 „Standortentwicklung und Standortmanagement“ der Fall. Die zwei jeweils volumenmäßig größten Kernstrategien umfassten bei den Kleinstbetrieben 86,0 %, bei den Kleinbetrieben 94,4 %, bei den Mittelbetrieben 97,3 % und bei den Großbetrieben 81,4 % des jeweiligen Förderungsvolumens.

Im Jahr 2017 war die Aufteilung des Förderungsvolumens zwischen dem produzierenden Bereich und dem Dienstleistungssektor weitgehend ausgeglichen. So waren 50,2 % des gesamten Förderungsvolumens dem Dienstleistungssektor zuzurechnen. 47,3 % entfielen auf den produzierenden Bereich und 2,5 % auf die Land- und Forstwirtschaft.

Die höchsten Förderungsvolumen entfielen auf die Branchen Forschung und Entwicklung mit 17,6 % des steirischen Förderungsvolumens, gefolgt von der Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen mit 14,1 %, der Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g. mit 11,5 % und dem Aggregat Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen mit 8,2 %. In Summe vereinen diese vier Aggregate knapp die Hälfte (49,6 %) des gesamten steirischen Förderungsvolumens in sich.

Im Dienstleistungssektor, auf diesen entfielen 50,2 % des gesamten Förderungsvolumens der SFG, waren beinahe drei Viertel (74,4 %) der Branchen-Gruppe der Wirtschaftsdienste zuzurechnen. Der Handel dominierte im Dienstleistungssektor mit 46,8 % aller Förderungsfälle. Weitere Details zu diesen Ausführungen sind der Tabelle 25 zu entnehmen.

Die Darstellung der förderbaren Projektkosten im Rahmen der steirischen Wirtschaftsförderung zeigt, dass sich 88,1 % der Projektkosten auf die drei Kostenarten „Gesamtkosten“ (39,4 %), „Bau“ (26,4 %) und „Maschinen / maschinelle Anlagen“ (22,3 %) verteilen. Weitere Details sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Verteilung des Förderungsvolumens der SFG 2017 nach Betriebsgrößenklassen und Kernstrategien (KS 1–5)

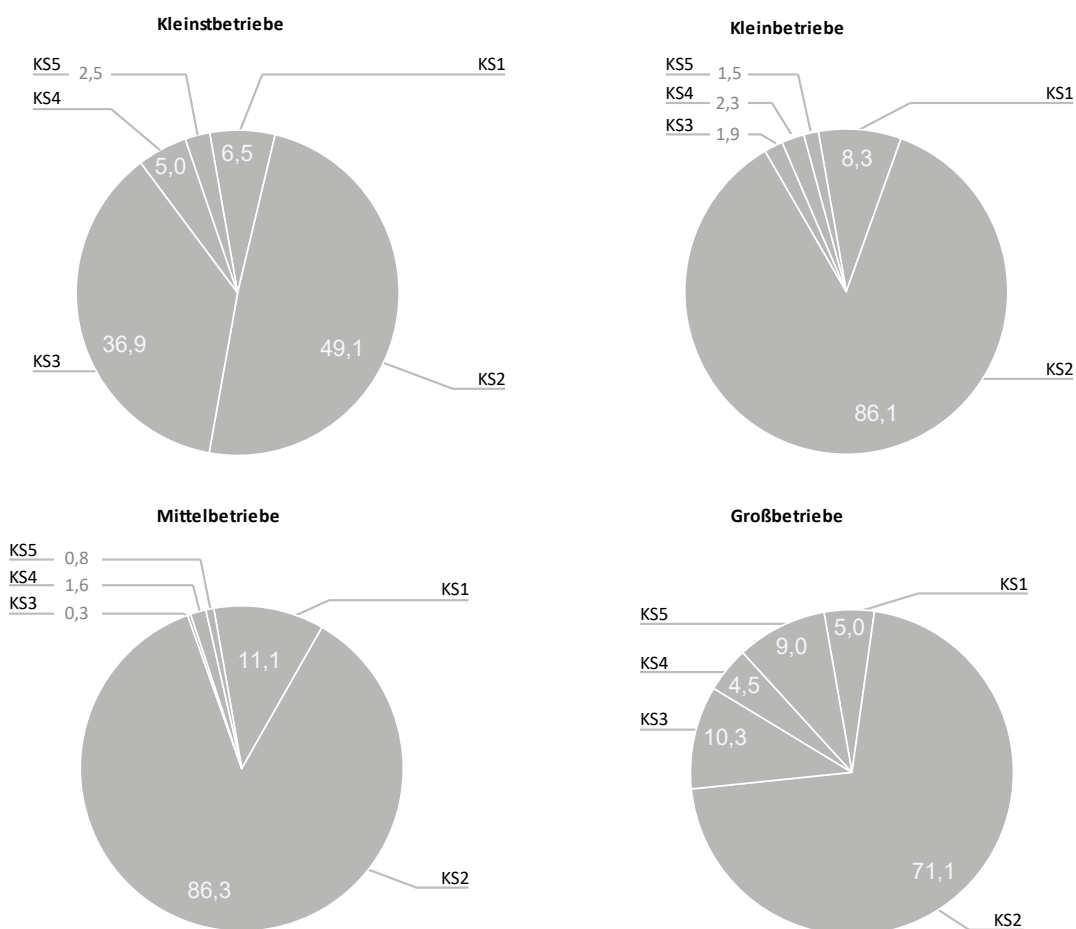


Abbildung 55 Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Darstellung der Abteilung 12.

Förderungen der SFG 2017 nach Branchen

ÖNACE 2008		Fälle	Projektkosten in €		Förderungsvolumen in €	
			gesamt	pro Fall	gesamt	pro Fall
A-S	INSGESAMT	2.326	284.659.733	122.382	40.184.968	17.276
A	PRIMÄRSEKTOR	7	1.916.872	273.839	999.616	142.802
B-F	SEKUNDÄRSEKTOR, DAVON:	1.099	140.915.272	128.221	18.993.559	17.283
B-E	INDUSTRIE	451	137.317.733	304.474	18.120.261	40.178
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	14	171.026	12.216	50.481	3.606
C	Verarbeitendes Gewerbe	425	134.904.079	317.421	17.799.650	41.882
10-12	Nahrungs-, Futtermittel-, Getränkeherstellung und Tabakverarbeitung	58	8.027.162	138.399	1.254.405	21.628
13/14	Textilien und Bekleidung	12	10.454.100	871.175	1.062.021	88.502
15	Leder, Lederwaren und Schuhe	4	25.549	6.387	10.555	2.639
16	Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	33	15.939.253	483.008	876.815	26.570
17	Papier, Pappe und Waren daraus	1	800.000	800.000	100.000	100.000
18	Druckereierzeugnisse, Vervielfältigung von Datenträgern	4	5.320.165	1.330.041	555.183	138.796
19-21	Mineralölverarbeitung, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	8	784.580	98.073	511.658	63.957
22	Gummi- und Kunststoffwaren	10	10.555.894	1.055.589	1.464.717	146.472
23	Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	34	8.360.546	245.898	617.799	18.171
24/25	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	104	30.504.701	293.314	5.677.389	54.590
26/27	Elektrotechnik und Elektronik	27	4.548.750	168.472	413.740	15.324
28	Maschinenbau	22	9.554.434	434.292	1.729.133	78.597
29/30	Fahrzeugbau, sonst. Fahrzeugbau	11	909.699	82.700	173.589	15.781
31-33	Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	97	29.119.247	300.198	3.352.647	34.563
D/E	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Rückgewinnung	12	2.242.629	186.886	270.129	22.511
F	Bauwesen	648	3.597.539	5.552	873.299	1.348
G-S	TERTIÄRSEKTOR, DAVON:	1.220	141.827.589	116.252	20.191.793	16.551
G	Handel, Reparatur	571	21.113.960	36.977	2.735.608	4.791
H	Verkehr und Lagerei	18	160.995	8.944	45.295	2.516
I	Beherbergung und Gastronomie	6	79.650	13.275	29.757	4.960
J	Information und Kommunikation	107	2.885.276	26.965	974.879	9.111
K	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	12	358.056	29.838	234.028	19.502
L-N	Wirtschaftsdienste	357	115.141.741	322.526	15.026.427	42.091
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	47	1.574.811	33.507	162.928	3.467
72	Forschung und Entwicklung	22	82.582.226	3.753.738	7.091.694	322.350
77	Vermietung von beweglichen Sachen	7	89.804	12.829	12.702	1.815
	Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ohne 68, 72, 77	281	30.894.900	109.946	7.759.103	27.612
O-Q	Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen	15	467.146	31.143	187.526	12.502
R-S	Erbringung von sonstigen privaten Dienstleistungen	134	1.620.765	12.095	958.272	7.151

Tabelle 23

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, Berechnung der Abteilung 12.

Die Darstellung der förderbaren Projektkosten im Rahmen der steirischen Wirtschaftsförderung zeigt, dass sich 88,1 % der Projektkosten auf die drei Kostenarten „Gesamtkosten“ (39,4 %), „Bau“ (26,4 %)

und „Maschinen / maschinelle Anlagen“ (22,3 %) verteilten. Weitere Details sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Förderbare Projektkosten der SFG 2017 nach Kostenart		
Kostenarten	Kosten in €	Anteil in %
Gesamtprojektkosten ¹⁾	112.288.174	39,4
Bau	75.116.433	26,4
Maschinen/maschinelle Anlagen	63.347.203	22,3
Personalkosten	10.209.698	3,6
Geschäftsausstattung	9.577.873	3,4
Beratung/externe Dienstleistungen	6.630.590	2,3
Sachkosten	5.057.548	1,8
Immaterielle Investitionen	2.094.214	0,7
Sonstige Kosten	338.000	0,1
Gesamt	284.659.733	100,0

Tabelle 24

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

¹⁾ Die Kostenart „Gesamtprojektkosten“ umfasst alle Förderungsprogramme, in denen die Aufteilung auf einzelne Kostenarten nicht vorgesehen ist.

3.4.5 Die regionale Betrachtung der steirischen Wirtschaftsförderung

Bezirksbetrachtung der Wirtschaftsförderung

Die regionale Betrachtung innerhalb der Steiermark zeigt auf, dass der Landeshauptstadt Graz in der Absolutbetrachtung mit € 13,6 Mio. rund ein Drittel des Förderungsvolumens (33,8 %) zugerechnet wurde, gefolgt von den Bezirken Hartberg-Fürstenfeld mit € 4,3 Mio. (10,8 %), Weiz mit € 4,1 Mio. (10,1 %) und Leoben mit 4,0 Mio. (10,0 %). Die meisten Förde-

rungsfälle wurden in der Landeshauptstadt Graz mit 522 und in den Bezirken Graz-Umgebung (252) und Hartberg-Fürstenfeld Weiz (241) gezählt. Bezüglich des Förderungsvolumens je Einwohner in € zeigte sich, dass der Bezirk Leoben mit 66 €/EW mit Abstand am meisten Förderungsmittel erhielt, gefolgt von Graz-Stadt und Hartberg-Fürstenfeld mit 48 €/EW sowie Deutschlandsberg mit 46 €/EW und Weiz mit 45 €/EW. Alle anderen Bezirke erhielten Förderungen unterhalb des Landesdurchschnitts von 32 €/EW.

Förderungen der SFG 2017 nach Bezirken

Bezirke	Fälle		Projektkosten		Förderungsvolumen in €		
	absolut	in %	absolut in Mio. €	in %	absolut in Mio. €	in %	in € je EW
Graz-Stadt	522	22,4	100,0	35,1	13,6	33,8	48
Deutschlandsberg	117	5,0	19,0	6,7	2,8	6,9	46
Graz-Umgebung	252	10,8	13,0	4,6	2,9	7,2	19
Leibnitz	182	7,8	7,1	2,5	1,5	3,6	18
Leoben	81	3,5	34,5	12,1	4,0	10,0	66
Liezen	122	5,2	13,9	4,9	1,7	4,3	22
Murau	60	2,6	1,1	0,4	0,4	0,9	13
Voitsberg	100	4,3	1,5	0,5	0,3	0,6	5
Weiz	201	8,6	26,5	9,3	4,1	10,1	45
Murtal	152	6,5	4,0	1,4	1,3	3,2	18
Bruck-Mürzzuschlag	107	4,6	13,5	4,7	2,0	5,0	20
Hartberg-Fürstenfeld	241	10,4	32,1	11,3	4,3	10,8	48
Südoststeiermark	189	8,1	18,6	6,5	1,4	3,4	16
Steiermark	2.326	100,0	284,7	100,0	40,2	100,0	32

Tabelle 25

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Betrachtung der Wirtschaftsförderung auf NUTS-3-Ebene

Die Betrachtung auf NUTS 3-Ebene zeigt für das Jahr 2017, dass insbesondere der Zentralraum Graz mit € 16,5 Mio. und 774 Förderungsfällen sowie die Oststeiermark mit € 9,8 Mio. und 631 Förderungsfällen

angesprochen wurden. In Bezug auf die Förderung je Einwohner wiesen die Regionen Graz und die östliche Obersteiermark mit jeweils 38 €/EW und die Oststeiermark mit 37 €/EW Werte über dem Landesdurchschnitt von 32 €/EW auf. Mit 16 €/EW wurde der geringste Wert in der westlichen Obersteiermark realisiert (siehe folgende Tabelle).

Förderungen der SFG 2017 nach NUTS-3-Regionen

NUTS-3-Ebene	Fälle		Projektkosten		Förderungsvolumen		
	absolut	in %	absolut in Mio. €	in %	absolut in Mio. €	in %	in € je EW
Graz	774	33,3	113,0	39,7	16,5	41,1	38
Liezen	122	5,2	13,9	4,9	1,7	4,3	22
Östl. Obersteiermark	188	8,1	47,9	16,8	6,0	15,0	38
Oststeiermark	631	27,1	77,2	27,1	9,8	24,3	37
West- und Südsteiermark	399	17,2	27,6	9,7	4,5	11,2	23
Westl. Obersteiermark	212	9,1	5,0	1,8	1,7	4,1	16
Steiermark	2.326	100,0	284,7	100,0	40,2	100,0	32

Tabelle 26

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

Indikatoren des Wirtschaftsradars für die Steiermark

Wirtschaftsindikatoren	2005	2006	2007
KS 1: Standortentwicklung und Standortmanagement			
Bruttoregionalprodukt (BRP) nominell in Mio. € ¹⁾	32.520	34.121	36.539
Bruttoregionalprodukt nominell je EinwohnerIn in €	27.100	28.400	30.400
Wertschöpfung nominell in Mio. €	28.913	30.458	32.631
Beschäftigung (Erwerbstätige laut RGR)	588.800	592.600	603.600
Anteil der Unternehmen mit Breitband-Internetzugang in % ²⁾	62,9	70,0	68,8
Anteil der Haushalte mit Breitband-Internetzugang in % ³⁾	39,9	56,7	76,1
KS 2: Innovations- und F&E-Förderung			
F&E-Ausgaben (der Unternehmen) ges. in Mio. € (Standortkonzept) ⁴⁾	**	1.265 (903)	1.460 (1.077)
Forschungsquote in % des BRP	**	3,72	4,01
F&E-Förderungen des Bundes ⁵⁾			
Anteil Steiermark am Förderbarwert in %	24,3	22,8	22,4
Betriebe	144	146	159
Projekte	180	179	192
Veranschlagte Kosten der eingereichten Vorhaben in Mio. €	144,7	184,7	218,5
Förderbarwert in Mio. €	35,0	35,8	36,8
Beteiligungen am 7. F&E-Rahmenprogramm (2007–2013) ⁶⁾			79
Anzahl der Patentanmeldungen und Gebrauchsmusteranmeldungen ⁷⁾	564	578	475
KS 3: Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen			
Zahl der Unternehmensgründungen insgesamt (davon EPU rund 60 %) ⁸⁾	4.020	3.602	3.730
Gründungsrate in % der aktiven Wirtschaftskammermitglieder	8,6	7,4	7,5
Anteil technologieorientierter Gründungen an den Gesamtgründungen in % ⁹⁾	2,8	3,4	2,9
Selbstständigenquote ohne LW in % der Erwerbstätigen ¹⁰⁾	8,6	8,5	8,5
KS 4: Qualifizierung und Humanpotenzial			
Zahl der Teilnehmer/-innen bei Qualifizierungen (Weiterbildungsintensität) ¹¹⁾	31.347	16.169	11.212
Hochqualifizierte Beschäftigte (Matura und darüber) ¹²⁾	114.100	117.500	122.100
Mittelqualifizierte Beschäftigte (Fachschule oder Lehre bzw. Meisterprüfung)	244.600	247.300	251.400
Niedrigqualifizierte Beschäftigte (Pflichtschulabschluss bzw. keine abgeschlossene Ausbildung)	68.000	68.900	70.200
KS 5: Internationalisierung von Unternehmen und Standort			
Anzahl der exportierenden Unternehmen in der Steiermark gesamt ¹³⁾	**	6.350	6.660
Exportquote: Exporte zum BRP in % ¹⁴⁾	**	**	**
Exportumsätze gesamt in Mio. € ¹⁵⁾	**	**	**
Investitionen steir. Unternehmen im Ausland (Auslandsverflechtung) in Mio. € ¹⁶⁾	3.991	4.203	3.307
Investitionen ausländischer Unternehmen in der Steiermark in Mio. €	3.674	3.727	3.645

Tabelle 27

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Wirtschaftskammer Steiermark, WIBIS-Steiermark, KMU-Forschung Austria, SFG, FFG, OeNB, Österreichisches Patentamt, HVSU, AMS, Außenwirtschaftsinformationssystem-Datenbank (AWIS), Berechnungen der Abteilung 12; *noch nicht vorliegend; **nicht erhoben; ***ab 2015 nicht mehr verfügbar. Diverse Daten (z. B. BRP, Wertschöpfung) unterliegen laufenden Revisionen.

- ¹⁾ Quelle: STATISTIK AUSTRIA, das nominelle Bruttoregionalprodukt (BRP), das regionale Äquivalent zum nominellen Bruttoinlandsprodukt (BIP), die Bruttowertschöpfung sowie die Erwerbstätigen werden im Rahmen der regionalen Gesamtrechnung (RGR) für die Bundesländer publiziert. Das Jahr 2017 wurde von der Abteilung 12 fortgeschrieben. Die Zahl der Erwerbstätigen wird auch in der Land- und Forstwirtschaft, wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen, in Beschäftigungsverhältnissen angegeben.
- ²⁾ Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Europäische Erhebungen über E-Commerce 2000/2001 bis 2004/2005, Europäische Erhebungen über den IKT-Einsatz in Unternehmen 2006, 2007. Der Prozentsatz bezieht sich auf Unternehmen mit Internetzugang. Ab 2008 stehen keine regionalen Auswertungen auf Bundeslandebene zur Verfügung.
- ³⁾ Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Europäische Erhebungen über den IKT-Einsatz in Haushalten 2003–2009. Der Prozentsatz bezieht sich auf die Haushalte, die über einen Internetanschluss verfügen.
- ⁴⁾ Quelle: STATISTIK AUSTRIA, F&E-Erhebungen 2004, 2006, 2007, 2009, 2011, 2013 und 2015; Datenstand: Jänner 2018.
- ⁵⁾ Quelle: Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (FFG).

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
	37.601	36.635	37.576	39.467	40.956	41.304	42.675	43.464	44.283	46.497
	31.200	30.400	31.200	32.700	33.900	34.100	35.000	35.500	35.800	37.600
	33.589	32.645	33.479	35.175	36.444	36.804	38.073	38.770	39.444	41.400
	617.300	610.600	616.500	629.000	631.300	632.300	636.800	637.900	647.600	660.400
	**	**	**	**	**	**	**	**	**	**
	78,9	78,1	**	**	**	**	**	**	**	**
	**	1.487 (1.058)	**	1.737 (1.263)	**	2.002 (1.499)	**	2.235 (1.692)	**	*
	**	4,09	**	4,41	**	4,87	**	5,14	**	*
	22,2	24,2	24,2	25,8	24,5	21,9	24,8	26,5	23,4	27,1
	143	159	153	177	166	166	159	***	***	***
	177	202	185	198	184	197	196	***	***	***
	205,3	222,2	225,4	207,8	179,2	201,1	214,0	146,2	133	167,5
	33,7	43,1	38,8	42,9	35,6	36,9	41,4	41,9	39,2	48,6
	112	186	246	322	417	518	518	***	***	***
	469	478	496	454	414	439	399	439	457	450
	4.957	4.313	5.001	4.688	4.899	5.341	5.548	5.702	6.204	6.247
	9,7	8,0	9,0	8,2	8,3	8,8	8,7	8,6	9,1	8,9
	2,2	2,3	2,1	2,4	2,2	1,5	1,7	1,6	1,4	1,6
	8,5	8,8	9,0	9,1	9,2	9,5	9,8	10,1	10,2	10,3
	12.279	12.255	14.515	9.782	8.979	7.978	4.506	2.266	2.684	3.648
	127.300	127.800	124.500	127.800	130.300	129.700	130.900	133.200	136.400	138.400
	257.000	247.900	245.400	246.100	246.100	247.000	260.217	250.200	251.800	260.100
	71.300	70.300	81.400	87.800	91.100	92.300	93.500	94.300	96.400	98.200
	6.850	6.755	6.758	*	*	*	*	*	*	*
	**	**	41	45	46	46	45	45	44	45
	**	**	15.360	17.795	18.918	19.062	19.403	19.716	19.305	20.890
	4.316	4.961	6.073	5.389	7.725	6.854	6.861	7.851	*	*
	4.103	4.404	5.205	4.543	4.508	4.002	4.540	4.484	*	*

- 6) Quelle: Europäische Kommission, Berechnungen PROVISIO, Stand April 2008, November 2008 bis 2013, Juni 2014.
- 7) Quelle: Österreichisches Patentamt; Anmeldungen von Personen mit Wohnsitz in Österreich.
- 8) Quelle: Gründungsstatistik der Wirtschaftskammer Steiermark; 2017 vorläufiger Wert, Zeitreihenbruch 2008, da hier erstmals selbstständige Personenbetreuer/-innen als Wirtschaftskammermitglieder aufschienen und auch dementsprechend in die Gründungsstatistik aufgenommen wurden.
- 9) Quelle: Berechnungen der Abteilung 12 nach Wirtschaftskammerfachgruppenzugehörigkeit.
- 10) Anteil der Selbstständigen (ohne Landwirtschaft) an den unselbstständig Aktivbeschäftigten laut HVSU und den selbstständig Erwerbstätigen (ohne Landwirtschaft) in %.
- 11) Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei betrieblichen Qualifizierungen (Daten AMS, SFG, Abteilung 12); Wert für 2014 korrigiert.
- 12) Quelle: Rohdaten AMDB, WIBIS-Steiermark, unselbstständig Aktivbeschäftigte laut HVSU, Schätzungen der Abteilung 12; Stand April 2018, gerundete Werte.
- 13) Quelle: STATISTIK AUSTRIA: Sonderauswertung der Statistik der Umsatzsteuervoranmeldung.
- 14) Berechnungen der Abteilung 12; Warenexporte um regionale Verzerrungen korrigiert.
- 15) Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Werte vor 2010 nicht verfügbar; 2017 Schätzwert der Abteilung 12.
- 16) Quelle: OeNB (Österreichische Nationalbank).

Überblick Programmindikatoren 2017

Kernstrategie 1 Standortentwicklung und -management	Kernstrategie 2 Innovations- und F&E-Förderung	Kernstrategie 3 Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen	Kernstrategie 4 Qualifizierung und Humanpotenzial	Kernstrategie 5 Internationalisierung von Unternehmen & Standort
<ul style="list-style-type: none"> 21 Betriebsansiedlungsprojekte mit Projektvolumen € 3,9 Mio., 123 geplante Arbeitsplätze 10 Betriebsweitererungen mit Projektvolumen € 488 Mio., 3.064 geplante Arbeitsplätze 5 Cluster und 1 Netzwerk 440 Unternehmen in Impulszentren (aufgeteilt in: 164 UN in den Impulszentren der SFG, 88 UN in Impulszentren mit Beteiligung der SFG, rund 188 UN in Impulszentren ohne Beteiligung der SFG) Keine geförderten Impulszentrenprojekte 2014, daher kein MitarbeiterInneneneffekt für 2017 auswertbar 1.076 MitarbeiterInnen in COMET-Kompetenzzentren in der Steiermark 8 neu beschlossene Kompetenzzentrenprojekte, SFG-Förderungsanteil € 86.275.464,00 	<ul style="list-style-type: none"> 191 positive Beschlüsse in den Innovations- und F&E-Förderungsaktionen, gefördertes Projektvolumen € 159.396.884,00 Förderungssumme € 21.160.994,00 442 F&E-MitarbeiterInnen in Unternehmen mit geförderten F&E-Projekten inkl. SteiermarkIBonus 	<ul style="list-style-type: none"> 70 innovative Gründungsprojekte (Start!Klar) und 1.183 Projekte in der Förderungsaktion Lebens!Nah 12 steirische Unternehmen haben sich vor HBM Partners und Start!Up-Schule 2016/17 teil 5 steirische HTLs mit 200 SchülerInnen nahmen am Projekt EPU-Erfolgstag: rd. 700 BesucherInnen 	<ul style="list-style-type: none"> 1 bewusstseinsbildende Maßnahme für techn./naturwissenschaftliche Berufe (103 UN, 91 Schulen, 3.408 SchülerInnen, davon 2.424 m und 984 w, 180 Betriebsbesuche) 731 positive Beschlüsse in den Qualifizierungsförderungsaktionen 934 TeilnehmerInnen (davon 806 m und 128 w) bei Qualifizierungen 542 Betriebe, die an Qualifizierungen teilgenommen haben 	<ul style="list-style-type: none"> 284 Unternehmen mit Förderungs- und Finanzierungsberatungen betreut 192 Neoexporteure betreut und beraten 1 ICS-Exporttag mit 300 TeilnehmerInnen durchgeführt 31 ICS-Veranstaltungen mit 777 TeilnehmerInnen durchgeführt 74 Beschlüsse in der Aktion Welt!Markt mit einem Beschlussvolumen i. H. v. € 329.939,- gefasst SFG: 5 geförderte Ansiedlungsprojekte mit 36 geplanten, neuen Arbeitsplätzen

Programmindikatoren

Tabelle 28

Quelle: SFG, Abteilung 12, ICS, Darstellung der Abteilung 12.

Executive Summary



4 Executive Summary

The present Economic Report Styria 2017 provides an overview of the World economic activity, the economic development in Austria and focuses on the regional economic performance of Styria. In addition to regional labour market dynamics, recent developments in entrepreneurship research and innovation activities in Styria are provided on firm-level.

The Styrian employment clearly increased in 2017, while unemployment decreased also clearly. A job increase of +2.5 percent led to a total number of 496,719 workers (Austrian average: +2.0 percent). The dynamic process was mainly driven by manufacture of motor vehicles, manufacture of furniture and other manufacturing, electronic industry, business services, information and communication, accommodation, research & development and food and beverage services. A slightly negative performance was observed in manufacture of basic metals and fabricated metal products.

In 2017, unemployment in Austria decreased (-4.9 percent compared to 2016), while unemployment in Styria decreased faster (-9.5 percent). During 2017, on average 40,189 people were unemployed in Styria. Men were more affected by unemployment than women (26,985 men; -8.3 percent); however, a decrease of unemployment was also observed among women (+7.7 percent; 17,320 women). In 2017, the Styrian unemployment rate¹⁶ (7.3 percent) was below the national average of 8.5 percent. Sub-regional Styrian unemployment rates ranged between 11.9 percent (in the City of Graz) and 4.6 percent (in Weiz). In terms of on-the-job training activities, in Styria 8,341 persons participated. Compared to the previous year, those activities were increased by +4,8 percent (Austria: +7.3 percent).

¹⁶ By national definition.

The number of Styrian business start-ups increased by +0.7 percent to a total number of 6,247 new businesses – a new all-time record.

In the field of research and development (R&D), Styria took an exceptional position in Austria: R&D expenditures rose to 5.14 percent of Gross Regional Product in 2015, which was the highest ratio among all Austrian provinces, clearly exceeding the national average (2015; 3.05 percent).

The Styrian economy is driven by external trade. The global demand for regionally produced goods is depending intensely on numerous exogenous impacts. The economic growth in specific target countries (main trade partners) plays a decisive role. The export industry is well positioned, highly specialized and makes use of its comparative advantages.

Total Austrian exports in 2017 increased by +8.2 percent. The value of total Austrian exports summed up to € 141.9 bn. The main trade region of Austria (and also of Styria) is the European Union (EU-28). On national level, the most important trade partners are Germany and the USA. In terms of export growth, Styrian exports increased by +8.2 percent in 2017 (first estimation).

The total value of economic funding Styria received in 2017 (from the Austria Business Service Company, AWS) summed up to € 93.6 million (+21,2 percent compared to 2016).

The Austrian Research Promotion Agency (FFG) promoted total fundings of € 81.5 million (+21,5 percent) in 2017. In addition, the Styrian Business Promotion Agency (SFG) promoted 2,326 projects (+2.6 percent), total funding summed up to € 40.2 million (-1.4 percent).

Quellenverzeichnis



5 Quellenverzeichnis

Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des BMASK (2018): www.arbeitsmarktdatenbank.at, diverse Datenbankabfragen.

Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) (2018): <http://www.ams.at/>.

AWS – austria wirtschaftsservice (2018): Leistungsbericht 2017.

EK (04/2018): European Economic Forecast Winter 2017. Europäische Kommission, April 2018.

Eurostat (2018a): <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, Datentabelle namq_10_gdp; Download am 13.4.2018.

Eurostat (2018b): <http://ec.europa.eu/eurostat/data/database>, Datentabelle une_rt_a; Download am 13.4.2018.

FFG – Österreichische Forschungsförderungsgesellschaft mbH (2018): Förderungsstatistik 2018.

IHS (2018): Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2019, Konjunktur auf dem Höhepunkt, 16. März 2018, Wien.

IWF (2018): World Economic Outlook, Update April 2018, Internationaler Währungsfonds, April 2018, Washington D.C.

Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HVSV) (2017): Verteilung der beitragspflichtigen Arbeitseinkommen nach Regionen (NUTS), Berichtsjahr 2016.

Hauptverband der Sozialversicherungsträger (HVSV) (2018): Beschäftigtenstatistik 2017.

Kieler Konjunkturberichte (2017): Weltkonjunktur im Winter 2017, NR. 37 (2017 | Q4), Institut für Weltwirtschaft (IfW).

Österreichische Nationalbank (2017): <http://www.oenb.at/>.

Österreichisches Patentamt (2018): Daten zu Patent- und Gebrauchsmusteranmeldungen.

STATISTIK AUSTRIA (2017a): Demografisches Jahrbuch 2016.

STATISTIK AUSTRIA (2017b): Bevölkerungsprognose 2017–2100, Hauptvariante, erstellt am 12. Oktober 2017.

STATISTIK AUSTRIA (2017c): Lohnsteuerstatistik 2016.

STATISTIK AUSTRIA (2018a): Regionale Warenaußenhandelsstatistik; Finanzierung durch Landesregierungen und Wirtschaftskammerorganisation; Berichtsjahre 2010 bis 2016.

STATISTIK AUSTRIA (2018b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1995 – 2017, Hauptergebnisse; Stand 28.2.2018.

STATISTIK AUSTRIA (2018c): Diverse Abfragen im Rahmen der Datenbank STATcube.

STATISTIK AUSTRIA (2018d): Konjunkturerhebung auf Betriebsebene, Primärerhebung.

STATISTIK AUSTRIA (2018e): Warenaußenhandelsstatistik 2017 für Österreich.

STATISTIK AUSTRIA (2018f): Globalschätzung 2018: Bruttoinlandsausgaben für F&E.

Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG) (2018): Förderungen 2017.

Stmk. Landesregierung, Abt. 12, Graz: <http://www.wibis-steiermark.at>.

WIFO (2017a): Monatsberichte 4/2017, Wirtschaftschronik I. Quartal 2017.

WIFO (2017b): Monatsberichte 7/2017, Wirtschaftschronik II. Quartal 2017.

WIFO (2017c): Monatsberichte 10/2017, Wirtschaftschronik III. Quartal 2017.

WIFO (2018a): Monatsberichte 1/2018, Wirtschaftschronik IV. Quartal 2017.

WIFO (2018b): Prognose für 2018 und 2019: Österreichs Wirtschaft weiter auf Expansionskurs, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), 16. März 2018, Wien.

Wirtschaftskammer Österreich (WKO) (2018): Neugründungsstatistik und Mitgliederstatistik, <http://portal.wko.at>.

Wirtschaftspolitisches Berichts- und Informationssystem Steiermark, im Auftrag der Stmk. Landesregierung: www.wibis-steiermark.at.

Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025: http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/11685083_74838386/ff7e3290/Wirtschaftsstrategie2025_DE.pdf.

Glossar



6 Glossar

**Abgesetzte Produktion =
Realisierter Umsatz**

Die abgesetzte Produktion (AP) ist die im Berichtszeitraum vom produzierenden Betrieb veräußerte (fakturierte) Menge an Gütern und Leistungen (Umsatz ohne Umsatzsteuer).

Arbeitslosenquote (ALQ) in %

Die nationale Arbeitslosenquote (Registerarbeitslosenquote) wird wie folgt errechnet: Die Anzahl der beim AMS (Arbeitsmarktservice) vorgemerkten arbeitslosen Personen wird durch das Arbeitskräftepotenzial dividiert. Das Arbeitskräftepotenzial ergibt sich aus der Summe der vorgemerkten Arbeitslosen laut AMS und der Gesamtsumme aller in der Beschäftigtenstatistik des HVSV gezählten Beschäftigungsverhältnisse. Das Label „vorgemerkt arbeitslos“ erhält jede Person, die beim AMS gemeldet ist und in keiner Schulung, Stiftung oder vorwiegend lehrstellensuchend ist.

**Bruttoregionalprodukt (BRP) bzw.
Bruttoinlandsprodukt (BIP)**

Das Bruttoregionalprodukt (BRP) ist die regionale Entsprechung zu einem der wichtigsten Aggregate der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP). Das BRP ergibt sich aus den regionalen Bruttowertschöpfungen der durch wirtschaftliche Tätigkeit zusätzlich geschaffenen Werte. Das BRP wird wie das BIP zu Marktpreisen bewertet.

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung ergibt sich aus dem Gesamtwert der im Produktionsprozess von gebietsansässigen Einheiten erzeugten Waren und Dienstleistungen (Output = Produktionswert) vermindert um die im Produktionsprozess verbrauchten, verarbeiteten oder umgewandelten Waren und Dienstleistungen (Input = Vorleistungen). Im aktuellen System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR-System) wird die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen bewertet. „Brutto“ bedeutet vor Abzug der Abschreibungen. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Produzent je Einheit der von ihm produzierten Waren oder Dienstleistungen vom Käufer erhält, abzüglich der Gütersteuern, zuzüglich aller Gütersubventionen. Die Bewertung zu Herstellungspreisen ermöglicht eine vom nationalen Steuersystem unabhängige Messung der Produktionsprozesse als z. B. die Marktpreise.

Einkommensdaten laut HVSV

Die beitragspflichtigen Arbeitseinkommen nach Regionen (NUTS) werden vom HVSV ermittelt. Es wird das mittlere Monats-Bruttoeinkommen einschließlich Sonderzahlungen aller sozialversicherten Arbeiter/-innen und Angestellten dargestellt – ausgenommen sind Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte und Beamtinnen und Beamte.

Hauptverband der Sozialversicherungen – Quelle der Beschäftigungsdaten

Datengrundlage für die Beschäftigtenstatistiken sind die Datenbanken des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger (HVSV). Aus diesem Datenbestand wird die monatliche Beschäftigtenstatistik erstellt. Gezählt werden Beschäftigungsverhältnisse und nicht beschäftigte Personen. Eine Person, die z. B. gleichzeitig bei zwei Dienstgebern beschäftigt ist, wird doppelt gezählt. Erfasst werden alle Personen, deren Beschäftigungsverhältnis aufrecht ist, zuzüglich Beschäftigte mit freiem Dienstvertrag gemäß § 4 Abs. 4 ASVG. Geringfügig Beschäftigte werden nicht erfasst.

Konjunkturerhebung (KE)

Die Konjunkturerhebung wird als Konzentrationsstichprobe von der STATISTIK AUSTRIA monatlich durchgeführt, um v. a. Kleinunternehmen von statistischen Verpflichtungen so weit wie möglich zu entlasten. Es werden nur Unternehmen (aus ÖNACE B–F) mit mehr als einer vordefinierten Beschäftigtenzahl von 20 Beschäftigten einbezogen. Ziel der KE ist es aber, zumindest 90 % der Produktion je Wirtschaftsklasse zu erfassen.

Lohnsteuerstatistik

Die Lohnsteuerstatistik ist die einzige Quelle für vollständige Informationen über das Einkommen von Personen aus unselbständiger Beschäftigung und aus Pensionen und damit eine wichtige Informationsquelle für die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die sozialstatistische Einkommensberichterstattung.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine Stichprobenerhebung, bei der pro Quartal rund 22.500 zufällig ausgewählte Haushalte in ganz Österreich befragt werden. Die Haushalte der Stichprobe werden aber nicht jedes Vierteljahr komplett ausgetauscht, sondern jeder Haushalt bleibt für insgesamt fünf Quartale in der Stichprobe.

ÖNACE

ÖNACE ist die in der Wirtschaftsstatistik anzuwendende österreichische Version der europäischen Klassifikation der Wirtschaftstätigkeiten (NACE), die von allen Mitgliedsstaaten verbindlich anzuwenden ist. Mit dem Berichtsjahr 2008 wurde die ÖNACE 2003 (NACE Rev. 1.1) durch die ÖNACE 2008 (NACE Rev. 2) ersetzt. Da die ÖNACE 2008 eine echte Revision der Wirtschaftssystematik darstellt, ist der direkte Vergleich mit den Vorjahren nur mehr in sehr aggregierter Form gewährleistet. Zum Beispiel wechselten einzelne Wirtschaftstätigkeiten vom Dienstleistungsbereich in den produzierenden Bereich (z. B. die Abfallentsorgung), im Gegenzug wechselten große Teile des Verlagswesens in den Dienstleistungsbereich.

Abbildungs- und Tabellenanhang



Unselbstständige Aktivbeschäftigung in der Steiermark

		Steiermark		Stmk.	Österr.	Stmk.	Österr.
		2017	17/16 abs.	17/16 in %		Ø 17/13 in %	
A–U	INSGESAMT	496.719	12.103	2,5	2,0	1,4	1,3
A	PRIMÄRSEKTOR	4.703	298	6,8	1,7	1,3	2,9
B–F	PRODUKTIONSSEKTOR	145.242	4.141	2,9	2,6	0,8	0,7
B–E	INDUSTRIE	110.076	4.028	3,8	3,0	0,9	0,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.175	86	7,9	4,5	1,5	1,0
C	Verarbeitendes Gewerbe	102.556	3.887	3,9	3,2	0,8	0,7
10–12	Nahrungs-, Futtermittel-, Getränkeherstellung und Tabakverarbeitung	10.523	362	3,6	3,8	2,3	1,4
13/14	Textilien und Bekleidung	1.276	-97	-7,0	-4,5	-2,3	-4,4
15	Leder, Lederwaren und Schuhe	1.757	93	5,6	1,2	-1,5	-1,4
16	Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	5.063	309	6,5	3,0	-1,1	-0,4
17	Papier, Pappe und Waren daraus	4.527	323	7,7	1,8	-0,4	-0,5
18	Druckereierzeugnisse, Vervielfältigung von Datenträgern	829	34	4,2	-2,8	-2,2	-3,7
19–21	Mineralölverarbeitung, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2.568	134	5,5	1,7	4,7	1,9
22	Gummi- und Kunststoffwaren	2.758	46	1,7	1,4	-2,5	0,4
23	Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4.806	142	3,0	0,8	-0,5	-0,9
24/25	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	22.527	-665	-2,9	2,5	0,9	1,4
26/27	Elektrotechnik und Elektronik	13.973	389	2,9	3,3	3,6	1,7
28	Maschinenbau	12.965	689	5,6	2,0	1,4	1,0
29/30	Fahrzeugbau, sonst. Fahrzeugbau	11.383	1.683	17,3	16,5	-0,8	2,3
31–33	Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	7.600	448	6,3	3,8	0,1	-0,3
D/E	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Rückgewinnung	6.344	56	0,9	-0,8	1,0	0,2
F	Bauwesen	35.167	113	0,3	1,7	0,6	0,6
G–U	DIENSTLEISTUNGSSEKTOR	346.774	7.663	2,3	1,8	1,7	1,5
G	Handel, Reparatur	70.430	42	0,1	0,4	0,2	0,6
H	Verkehr und Lagerei	23.177	414	1,8	2,5	0,6	1,5
I	Beherbergung und Gastronomie	23.969	534	2,3	1,0	1,6	1,8
J	Information und Kommunikation	9.365	696	8,0	3,9	7,6	3,7
K	Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	11.863	-106	-0,9	-2,1	-0,6	-0,9
L–N	Wirtschaftsdienste	59.326	4.596	8,4	5,4	4,6	2,8
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	4.597	128	2,9	0,9	1,7	-0,3
72	Forschung und Entwicklung	3.783	896	31,0	16,0	10,8	4,8
77	Vermietung von beweglichen Sachen	857	33	3,9	0,7	1,6	1,4
	sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ohne 68, 72, 77	50.089	3.539	7,6	5,6	4,5	3,2
O–U	Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, sonst. Dienstl.	148.644	1.487	1,0	1,5	1,5	1,6

Tabelle 29

Quelle: HVSV; Aktivbeschäftigte inklusive freier Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.

Durchschnittliche Veränderung der Aktivbeschäftigung im verarbeitenden Gewerbe 2017/2013 in % (Gegenüberstellung Steiermark und Österreich)

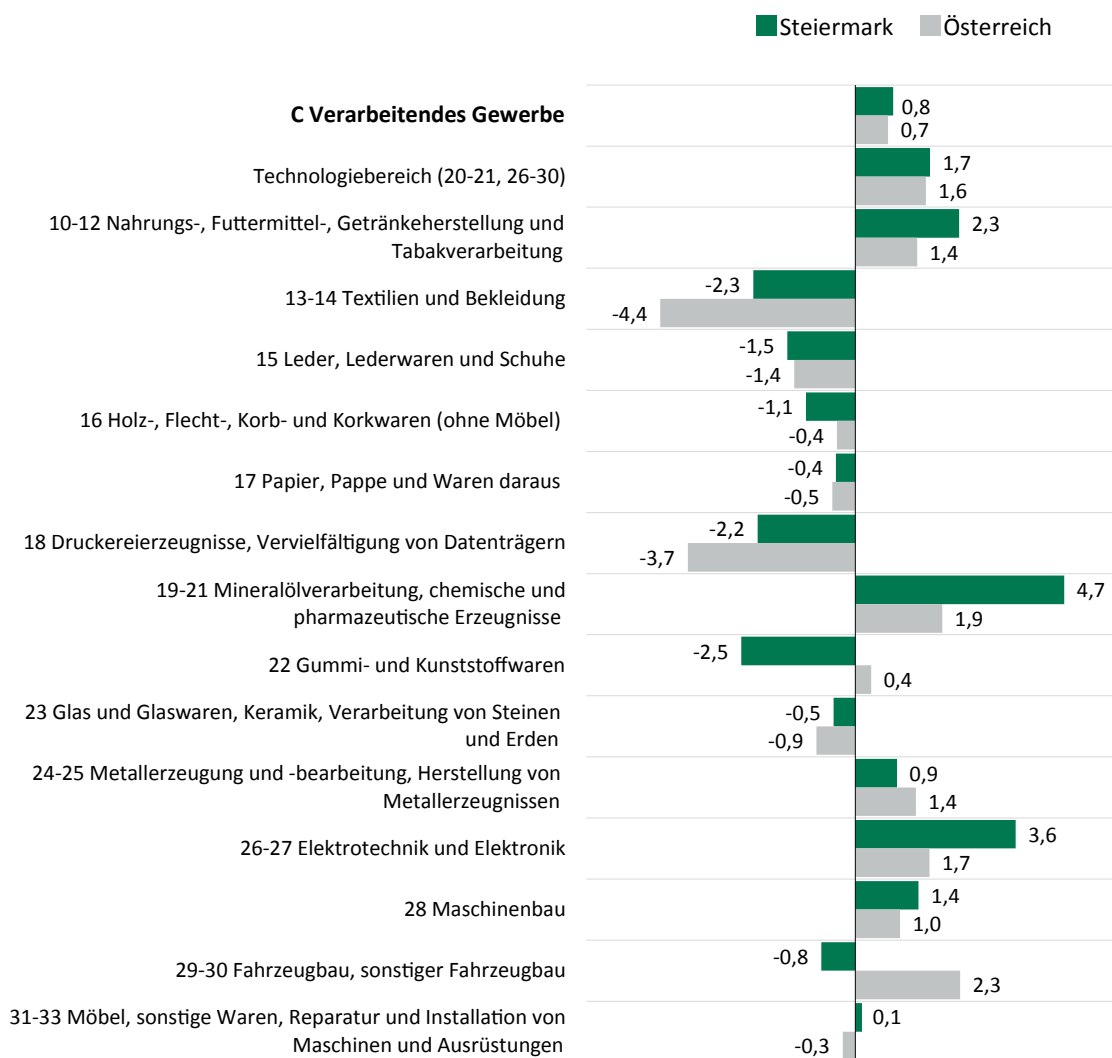


Abbildung 56 *Quelle: Berechnungen der Abteilung 12, Aktivbeschäftigte inklusive freier Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.*



Unselbstständig aktivbeschäftigte Frauen in der Steiermark im Jahr 2017 – Frauenanteile

		Steiermark			Österreich
		Gesamt	Frauen	Frauenanteil in %	Frauenanteil in %
A–U	INSGESAMT	496.719	223.726	45,0	45,7
A	PRIMÄRSEKTOR	4.703	1.786	38,0	36,0
B–F	PRODUKTIONSSEKTOR	145.242	29.538	20,3	21,1
B–E	INDUSTRIE	110.076	25.063	22,8	24,5
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.175	165	14,1	13,1
C	Verarbeitendes Gewerbe	102.556	23.548	23,0	25,0
10–12	Nahrungs-, Futtermittel-, Getränkeher- stellung und Tabakverarbeitung	10.523	4.923	46,8	44,7
13/14	Textilien und Bekleidung	1.276	664	52,1	57,8
15	Leder, Lederwaren und Schuhe	1.757	708	40,3	50,0
16	Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel)	5.063	955	18,9	16,7
17	Papier, Pappe und Waren daraus	4.527	759	16,8	20,0
18	Druckereierzeugnisse, Vervielfältigung von Datenträgern	829	312	37,6	32,0
19–21	Mineralölverarbeitung, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	2.568	1.089	42,4	34,4
22	Gummi- und Kunststoffwaren	2.758	886	32,1	26,2
23	Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbei- tung von Steinen und Erden	4.806	669	13,9	19,4
24/25	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	22.527	3.314	14,7	16,6
26/27	Elektrotechnik und Elektronik	13.973	3.527	25,2	26,8
28	Maschinenbau	12.965	2.193	16,9	15,7
29/30	Fahrzeugbau, sonst. Fahrzeugbau	11.383	1.720	15,1	16,3
31–33	Möbel, sonstige Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	7.600	1.830	24,1	24,8
D/E	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und Rückgewinnung	6.344	1.350	21,3	19,1
F	Bauwesen	35.167	4.474	12,7	12,3
G–U	DIENSTLEISTUNGSSEKTOR	346.774	192.403	55,5	54,1
G	Handel, Reparatur	70.430	40.445	57,4	54,6
H	Verkehr und Lagerei	23.177	4.647	20,0	20,5
I	Beherbergung und Gastronomie	23.969	15.244	63,6	56,5
J	Information und Kommunikation	9.365	2.950	31,5	33,1
K	Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	11.863	5.893	49,7	50,3
L–N	Wirtschaftsdienste	59.326	25.633	43,2	48,2
68	Grundstücks- und Wohnungswesen	4.597	2.660	57,9	58,4
72	Forschung und Entwicklung	3.783	1.066	28,2	39,9
77	Vermietung von beweglichen Sachen	857	253	29,5	34,3
	sonstige wirtschaftliche Dienstleistun- gen ohne 68,72,77	50.089	21.654	43,2	47,7
O–U	Öffentliche Verwaltung, Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen, sonst. Dienstl.	148.644	97.591	65,7	64,0

Tabelle 30

Quelle: HVSV; Aktivbeschäftigte inklusive freier Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer.

Ausgewählte Arbeitsmarktindikatoren für die Steiermark und Österreich im Jahresdurchschnitt 2017

Arbeitsmarktindikator	Steiermark			Österreich			
	2017	Veränderung gegenüber Vorjahr		2016	Veränderung gegenüber Vorjahr		
		absolut	in %		absolut	in %	
Vorgemerkte Arbeitslose (AL)	Gesamt	40.189	-4.198	-9,5	339.976	-17.337	-4,9
	Frauen	17.230	-1.442	-7,7	147.150	-5.705	-3,7
	Männer	22.960	-2.756	-10,7	192.825	-11.633	-5,7
	Jugendliche unter 25 Jahren	4.539	-1.090	-19,4	37.756	-6.402	-14,5
	50 und älter	12.442	-97	-0,8	102.090	2.637	2,7
	Länger als 1 Jahr arbeitslos	7.167	138	2,0	58.537	2.988	5,4
Schulungsteilnehmer/-innen	Gesamt	8.341	380	4,8	72.098	4.888	7,3
	Frauen	4.316	74	1,8	35.297	2.431	7,4
	Männer	4.025	305	8,2	36.801	2.458	7,2
Vorgemerkte AL plus Schulungsteilnehmer/-innen	Gesamt	48.531	-3.819	-7,3	412.074	-12.449	-2,9
	Frauen	21.546	-1.368	-6,0	182.448	-3.274	-1,8
	Männer	26.985	-2.451	-8,3	229.626	-9.175	-3,8
Arbeitslosenquote in %	Gesamt	7,3	-0,9 %-Punkte		8,5	-0,5 %-Punkte	
	Frauen	6,8	-0,7 %-Punkte		7,9	-0,4 %-Punkte	
	Männer	7,7	-1,1 %-Punkte		9,0	-0,7 %-Punkte	

Tabelle 31

Quelle: AMS Österreich.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen in einzelnen Branchengruppen in der Steiermark ¹⁾

Jahreswerte ÖNACE-2008-Abschnitte		in Mio. €, laufende Preise 2015	Anteile in % 2015	durchschnittliche jährliche Veränderung in % 2015–2011
A–T	Insgesamt	39.444	100,0	2,0
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	769	1,9	-4,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	131	0,3	2,2
C	Herstellung von Waren	9.062	23,0	0,0
D	Energieversorgung	610	1,5	-1,4
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	455	1,2	1,3
F	Bau	2.826	7,2	3,3
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	3.954	10,0	0,5
H	Verkehr und Lagerei	1.715	4,3	2,4
I	Beherbergung und Gastronomie	1.691	4,3	4,5
J	Information und Kommunikation	825	2,1	6,8
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1.381	3,5	2,3
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	3.844	9,7	3,7
M–N	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	3.486	8,8	4,7
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.019	5,1	2,3
P	Erziehung und Unterricht	2.538	6,4	1,9
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3.123	7,9	3,8
R–T	Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.015	2,6	2,7

Tabelle 32

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

¹⁾ Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen = BWS zu Marktpreisen abzüglich sonstige Gütersteuern, zuzüglich sonstige Gütersubventionen. Datenstand: Regionalwirtschaftliche Gesamtrechnung (RGR) vom Dezember 2017.

Bruttoanlageinvestitionen in einzelnen Branchengruppen in der Steiermark²⁾

Jahreswerte ÖNACE-2008-Abschnitte		in Mio. €, laufende Preise 2015	Anteile in % 2015	durch- schnittliche jährliche Veränderung in % 2015–2011
A–T	Insgesamt	9.856	25,0	2,1
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	374	0,9	-5,7
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	22	0,1	-7,5
C	Herstellung von Waren	2.236	5,7	7,3
D	Energieversorgung	251	0,6	-17,3
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	139	0,4	0,2
F	Bau	198	0,5	6,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	486	1,2	1,3
H	Verkehr und Lagerei	832	2,1	1,4
I	Beherbergung und Gastronomie	156	0,4	14,1
J	Information und Kommunikation	240	0,6	2,2
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	229	0,6	7,1
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	2.488	6,3	1,2
M–N	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	533	1,4	-0,3
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	388	1,0	0,3
P	Erziehung und Unterricht	653	1,7	5,8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	429	1,1	5,0
R–T	Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	203	0,5	10,1

Tabelle 33 Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

²⁾ Werte für die Regionen werden von der STATISTIK AUSTRIA immer mit einer Verzögerung von zwei Jahren publiziert. Der aktuellste Wert, der im Dezember 2017 veröffentlicht wurde, bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 2015.

Arbeitnehmerentgelt in einzelnen Branchengruppen in der Steiermark³⁾

Jahreswerte ÖNACE-2008-Abschnitte		in Mio. €, laufende Preise 2015	Anteile in % 2015	durch- schnittliche jährliche Veränderung in % 2015–2011
A–T	Insgesamt	21.389	54,2	2,9
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	137	0,3	6,4
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	72	0,2	0,0
C	Herstellung von Waren	5.330	13,5	3,0
D	Energieversorgung	258	0,7	2,5
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	171	0,4	6,1
F	Bau	1.534	3,9	3,1
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	2.371	6,0	2,8
H	Verkehr und Lagerei	942	2,4	1,4
I	Beherbergung und Gastronomie	732	1,9	4,7
J	Information und Kommunikation	519	1,3	8,1
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	834	2,1	2,0
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	177	0,4	3,5
M–N	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	2.037	5,2	5,2
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1.521	3,9	1,4
P	Erziehung und Unterricht	1.916	4,9	0,6
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2.219	5,6	3,3
R–T	Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	620	1,6	2,5

Tabelle 34

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, Berechnung der Abteilung 12; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

³⁾ Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich zusammen aus Bruttolöhnen und -gehältern und Sozialbeiträgen der Arbeitgeber. Werte für die Regionen werden von der STATISTIK AUSTRIA immer mit einer Verzögerung von zwei Jahren publiziert. Der aktuellste Wert, der im Dezember 2017 veröffentlicht wurde, bezieht sich auf das Wirtschaftsjahr 2015.

Ergebnisse der regionalen Gesamtrechnung für die Steiermark

Jahreswerte		BWS zu Herstellungspreisen ¹⁾ in Mio. €; laufende Preise	Bruttoanlageinvestitionen ²⁾ in Mio. €; laufende Preise	Arbeitnehmer/-innenentgelt ³⁾ in Mio. €; laufende Preise	Erwerbstätige ⁴⁾
ÖNACE-2008-Abschnitte		2016	2015	2015	2015
A–T	Insgesamt	39.444	9.856	21.389	637.900
A	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	769	374	137	50.500
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	131	22	72	1.400
C	Herstellung von Waren	9.062	2236	5.330	105.000
D	Energieversorgung	610	251	258	4.300
E	Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	455	139	171	4.000
F	Bau	2.826	198	1.534	41.100
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von KFZ	3.954	486	2.371	86.800
H	Verkehr und Lagerei	1.715	832	942	25.300
I	Beherbergung und Gastronomie	1.691	156	732	37.800
J	Information und Kommunikation	825	240	519	11.900
K	Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1.381	229	834	14.400
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	3.844	2.488	177	9.200
M–N	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftl., techn. und sonstigen wirtschaftl. Dienstleistungen	3.486	533	2.037	70.600
O	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	2.019	388	1.521	34.100
P	Erziehung und Unterricht	2.538	653	1.916	44.600
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	3.123	429	2.219	69.300
R–T	Kunst, Unterhaltung und Erholung, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.015	203	620	27.500

Tabelle 35

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, regionale Gesamtrechnung; Datenstand: Dezember 2017. Rundungsdifferenzen wurden nicht ausgeglichen.

Erläuterungen: Werte bezüglich der Bruttowertschöpfung, der Bruttoanlageninvestitionen, des Arbeitnehmerentgeltes sowie der Zahl der Erwerbstätigen für die Regionen werden von der STATISTIK AUSTRIA mit einer Verzögerung von zwei Jahren publiziert. Der aktuellste Wert, der im Dezember 2017 veröffentlicht wurde, beschreibt das Wirtschaftsjahr 2015.

- 1) Bruttowertschöpfung (BWS) zu Herstellungspreisen = BWS zu Marktpreisen abzüglich sonst. Gütersteuern, zuzüglich sonst. Gütersubventionen.
- 2) Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen folgende Kategorien: Nutztiere (z. B. Milchvieh) und Nutzpflanzungen (z. B. Obstbäume u. a.), Wohnbauten und Nichtwohnbauten, Ausrüstungen (Fahrzeuge, Maschinen und Einrichtungen) und immaterielle Anlagegüter (Computerprogramme).
- 3) Das Arbeitnehmerentgelt setzt sich aus Bruttolöhnen und -gehältern sowie Sozialbeiträgen der Arbeitgeberbetriebe zusammen.
- 4) Die Zahl der Erwerbstätigen umfasst Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen inklusive geringfügig Beschäftigter sowie Selbstständige. Es werden Beschäftigungsverhältnisse gezählt; eine Person, die zwei Tätigkeiten ausführt, wird auch doppelt gezählt.

Überblickstabelle zu Beschäftigung und Einkommen in der Steiermark								
Jahreswerte	Bruttomedian- einkommen ¹⁾ je Monat in €	Unselbstständig Aktiv- beschäftigte ²⁾	Anzahl der Arbeitgeberbetriebe in der Steiermark im Jahr 2017 nach ausgewählten Beschäftigtengrößenklassen; Quelle: WIBIS-Steiermark				Einpersonen- unternehmen (EPU) ³⁾	
			ÖNACE-2008-Wirtschaftsabschnitte	2016	2017	1–9 Besch.		10–49 Besch.
A–T	INSGESAMT	2.483	496.719	32.696	5.552	1.031	250	44.417
A	PRIMÄRSEKTOR	1.496	4.703	1.930	74	6		
B	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	3.239	1.175	41	21	4	1	
C	Herstellung von Waren	3.143	102.556	2.088	733	233	82	
D	Energieversorgung	3.980	3.311	140	26	12	2	
E	Entsorgung und Rückgewinnung	2.374	3.033	140	52	7	2	
F	Bauwesen	2.847	35.167	2.729	757	77	10	
G	Handel, Reparatur	2.060	70.430	6.654	1.178	139	26	
H	Verkehr und Lagerei	2.391	23.177	1.112	295	55	14	
I	Beherbergung und Gastronomie	1.657	23.969	4.341	477	47	4	
J	Information und Kommunikation	3.275	9.365	895	155	31	4	
K	Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	3.442	11.863	584	92	38	7	
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	2.060	4.597	1.391	62	11	1	
M	Erbringung von freiberufli- chen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	2.825	25.125	3.371	430	44	5	
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleis- tungen	2.285	29.604	1.183	277	82	22	
O	Öffentliche Verwaltung, Ver- teidigung; Sozialversicherung	2.911	80.312	625	347	107	29	
P	Erziehung und Unterricht	1.674	15.513	421	89	20	9	
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	2.000	36.599	2.273	289	89	22	
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.029	4.069	565	64	8	3	
S	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	1.755	11.765	1.778	134	21	7	
T	Private Haushalte	1.126	386	435				

Tabelle 36

Quelle: HVSV, WIBIS Steiermark, Wirtschaftskammer; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

- 1) Das durchschnittliche Bruttomedianeinkommen laut HVSV (Hauptverband der Sozialversicherungsträger) umfasst alle beitragspflichtigen laufenden Bezüge einschließlich Sonderzahlungen eines Jahres aller sozialversicherten Arbeiter und Angestellten, ausgenommen Lehrlinge, geringfügig Beschäftigte und Beamte. Der Median ist der Wert jenes Einkommens, das genau in der Mitte steht, wenn man alle erzielten Einkommen der Größe nach ordnet.
- 2) Als Beschäftigte werden hier nur unselbstständig Aktivbeschäftigte inklusive freier Dienstnehmer über der Geringfügigkeitsgrenze gezählt, Jahresdurchschnitte.
- 3) WKO, EinzelunternehmerInnen und GmbH der gewerblichen Wirtschaft ohne unselbstständig Beschäftigte (auch ohne geringfügig Beschäftigte); Stand Dezember 2017.

Unselbstständig Aktivbeschäftigte in den Bezirken der Steiermark 2013–2017¹⁾

	2013	2014	2015	2016	2017
Österreich	3.391.705	3.415.529	3.448.745	3.502.431	3.573.088
Steiermark	469.088	472.790	477.477	484.617	496.719
Graz-Stadt	175.225	176.891	179.963	183.984	190.233
Deutschlandsberg	18.301	18.453	18.531	19.027	19.863
Graz-Umgebung	40.738	40.814	41.699	42.889	45.042
Leibnitz	20.216	20.397	20.598	20.737	20.800
Leoben	20.315	20.537	20.643	20.676	20.887
Liezen	26.754	26.966	26.901	26.967	27.101
Murau	6.968	6.861	6.848	6.902	6.955
Voitsberg	12.276	12.199	12.221	12.268	12.376
Weiz	31.444	31.871	32.583	32.978	33.730
Murtal	22.057	22.071	21.693	21.746	21.786
Bruck-Mürzzuschlag	33.453	33.786	33.631	33.872	34.828
Hartberg-Fürstenfeld	26.715	26.829	26.720	26.941	27.447
Südoststeiermark	24.765	25.261	25.557	25.744	25.792
Bezirksübergreifend	9.861	9.854	9.888	9.887	9.880

Tabelle 37

Quelle: HVSV, AMDB, WIBIS-Steiermark; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen, Beschäftigte ohne freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, Datenstand März 2018.

¹⁾ Detailliertere Informationen finden sich unter www.wibis-steiermark.at

Zahl der Gründungen in der Steiermark und Anteile der Bezirke am Gründungsaufkommen 2012–2017⁵⁾

Zahl der Gründungen	2012	2013	2014	2015	2016	2017 vorläufig
Österreich	35.638	36.946	37.054	38.636	40.828	39.965
Steiermark	4.899	5.341	5.548	5.702	6.204	6.247
Anteile der Bezirke in % am Gründungsaufkommen*	2012	2013	2014	2015	2016	2017 vorläufig
Steiermark	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Graz-Stadt	26,0	24,3	24,2	23,7	22,5	22,9
Deutschlandsberg	5,2	5,0	5,0	5,5	5,3	4,9
Graz-Umgebung	11,1	11,3	11,7	12,9	12,8	14,2
Leibnitz	5,7	6,5	6,2	6,5	6,6	6,7
Leoben	5,1	4,1	4,2	3,6	4,1	3,8
Liezen	5,5	6,2	6,5	5,9	6,0	4,7
Murau	1,9	2,1	2,1	2,0	2,0	1,7
Voitsberg	4,8	3,9	3,6	3,4	3,9	4,0
Weiz	6,9	7,8	7,7	7,0	7,7	7,6
Murtal	5,2	6,8	7,5	8,1	8,3	7,8
Bruck-Mürzzuschlag	6,3	6,6	6,3	6,7	6,0	6,1
Hartberg-Fürstenfeld	9,5	8,4	7,9	8,5	7,7	8,9
Südoststeiermark	6,8	6,8	7,0	6,3	7,2	6,7

Tabelle 38

Quelle: Wirtschaftskammer Steiermark, Berechnung der Abteilung 12.

* Gerundete Werte, Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.

⁵⁾ Ab 2008 erfolgte eine Hinzurechnung der selbstständigen Personenbetreuer in die Gründungsstatistik. Vorjahresvergleiche vor 2008 sind daher nicht aussagekräftig. Die Tätigkeit der selbstständigen Personenbetreuung wurde im Jahr 2007 ausdrücklich in der Gewerbeordnung geregelt; dies führte zu einem sprunghaften Anstieg der Mitglieder- und Gründungszahlen im Jahr 2008. Für die Neugründung eines Unternehmens sind oft Gewerbeberechtigungen (= Mitgliedschaften) nicht nur für mehrere Fachgruppen und Sparten notwendig, sondern auch dann, wenn mehrere Standorte (z. B. in verschiedenen Bezirken) gleichzeitig angemeldet werden. In diesem Fall wird die Gründung nur eines Unternehmens in mehreren Bezirken – also mehrfach – gezählt. Das Ergebnis der Auswertung von Neugründungen in der Gliederung nach Bezirken ist daher höher als das Ergebnis der Auswertung über alle Unternehmensneugründungen.

Auszahlungen der SFG (in Ergänzung zu Kapitel 3.4.4)

Auszahlungen der SFG in den Jahren 2013 bis 2017 in 1.000 €					
Förderungsprogramme	2013	2014	2015	2016	2017
EU-Kofinanzierung (2007–2013)	5.834	5.755	7.565	-	1.943
Unternehmen im Wachstum (Investitionen und Beratung)	2.671	1.763	3.338	11.391	9.130
Nahversorgung	529	648	742	937	1.225
Unternehmensgründungen u. Gründungssparen	802	948	812	766	490
Kompetenzzentren ab 2007	10.737	8.726	10.549	9.190	8.064
Regionen	376	-	-	-	-
F&E/Innovation	1.931	1.532	2.832	2.342	2.132
Qualifizierung	633	916	728	812	713
Sonstige	487	497	217	298	510
Sonderbedeckungen *	4.825	6.600	2.700	-	-
Internationalisierung	429	1.199	1.286	824	256
Breitband	-	148	299	1.314	982
Cluster/Netzwerke	2.518	1.943	3.037	3.067	4.131
Green Jobs	1.173	275	11	-	-
Bonitätsberatung	-	-	50	50	-
Zahlungen gesamt	32.945	30.941	34.166	30.991	29.577

Tabelle 39

Quelle: Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH; Rundungsdifferenzen nicht ausgeglichen.
* Ab 2016 in „Unternehmen im Wachstum“ & „F&E“ aufgeteilt.

Beteiligungsbericht 2017



8 Beteiligungsbericht 2017

Damit die finanziellen Mittel nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit optimal eingesetzt werden, hat die Abteilung 12 – Wirtschaft, Tourismus, Sport ein umfangreiches Controlling-System bei der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft (SFG) installiert und ist somit sowohl für das strategische als auch für das operative Controlling zuständig.

Der Wirtschaftsbericht wird seit dem Jahr 2011 um einen Beteiligungsbericht ergänzt, der Informationen über die Tätigkeiten der SFG liefert.

Steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (SFG)

Die SFG ist im Auftrag des Wirtschaftslandesrates tätig und orientiert sich an der „Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025 – Wachstum durch Innovation“. Demzufolge liegen ihre Hauptaufgaben in der Förderung und Finanzierung sowie in der Bewusstseinsbildung und Entwicklungsarbeit in den fünf Kernstrategien der Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025 (Standortentwicklung & -management, Innovation und Forschung & Entwicklung, Unternehmertum & Wachstum junger Unternehmen, Qualifizierung und Humanpotenzial sowie Internationalisierung von Standort und Unternehmen). Bei den von der SFG angebotenen Finanzierungsinstrumenten handelt es sich um typische bzw. atypische stille Beteiligungen an steirischen Unternehmen. Darüber hinaus besteht für die SFG die Möglichkeit, sich auch mit Venture Capital an steirischen Unternehmen direkt zu beteiligen.

Die SFG ist beteiligt an:

- Impulszentren
- Clustern/Netzwerken
- Grazer Messe (stille Beteiligung und Genossenschaftsanteil an der Messe Congress Graz – MCG e.gen.)
- Klein- und Mittelbetrieben (stille Beteiligungen)

Darüber hinaus hält die SFG Beteiligungen an der FH JOANNEUM Gesellschaft mbH und der ICS – Internationalisierungcenter Steiermark GmbH.

Im Jahr 2017 wurden von der SFG 2.326 Förderungsfälle (inkl. Finanzierungen) mit einem tatsächlichen Förderungsvolumen von insgesamt € 40.184.968,- abgewickelt.

Impulszentren

Impulszentren sind Technologie-, Gründer- und Wirtschaftsparks, die durch die räumliche Konzentration vieler kleiner innovativer Unternehmen in diesen Zentren mit thematischen Schwerpunktsetzungen zu positiven Synergie- und Motivationseffekten führen. Als Brücke zwischen Wirtschaft und Wissenschaft tragen Impulszentren zu einem funktionierenden Technologietransfer bei. Die Kooperationen von Unternehmen in den Zentren untereinander, mit regionalen Firmen sowie mit Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen fördern die Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Prozesse.

In den derzeit 30 Impulszentren (10 Zentren der SFG, 6 Zentren mit Beteiligung und 14 Zentren ohne Beteiligung) sind 440 Unternehmen mit 4.400 Beschäftigten angesiedelt. Das Investitionsvolumen beträgt rd. € 224 Mio.

Die SFG ist an den nachstehend angeführten Gesellschaften mit folgenden Schwerpunkten beteiligt:

Aktuelle Beteiligungen der SFG an Impulszentren

Impulszentren (IZ):	Schwerpunkte:	Beteiligungen:
Gründer- und Dienstleistungszentrum Wirtschaftspark Bruck GmbH	Produktionsnahe Dienstleistungen (Marketing, Beratung, EDV-Dienstleistungen)	40 %
Gründerzentrum Liezen Wirtschaftspark GmbH	Anlagen- und Elektromaschinenbau	40 %
Impulszentrum Auersbach GmbH	Lebensmitteltechnik	100 %
Technologiezentrum Kapfenberg Vermietungs GmbH	Industriennahe Dienstleistungen, neue Werkstoffe, Lasertechnik, industrieller Anlagenbau	51 %
Wirtschaftspark Kleinregion Fehring Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H.	Innovative Bautechnik	55,82 %
Zentrum für Wissens- und Technologietransfer in der Medizin GmbH (ZWT)	Kooperationsprojekte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere Life-Sciences	49 %

Tabelle 40

Quelle: Abteilung 12, SFG.

Cluster und Netzwerke

Cluster stellen eine geografische Konzentration von Unternehmen und Institutionen in einem bestimmten Arbeitsfeld (Branche) dar, deren Aktivitäten sich entlang einer oder mehrerer Wertschöpfungsketten ergänzen.

Netzwerke können als Unternehmenskooperationen unterschiedlicher Branchen auftreten und verfolgen damit das Ziel, sich gegenseitig zu ergänzen und somit als Komplettanbieter von Produkten oder Leistungen gemeinsam stärker zu werden. Andererseits werden in der Steiermark auch Netzwerke zur Themenentwicklung initiiert. In Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft werden dabei Wachstumspotenziale erhoben und Bewusstsein für neue Chancen geschaffen.

Die steirischen Cluster und Netzwerke

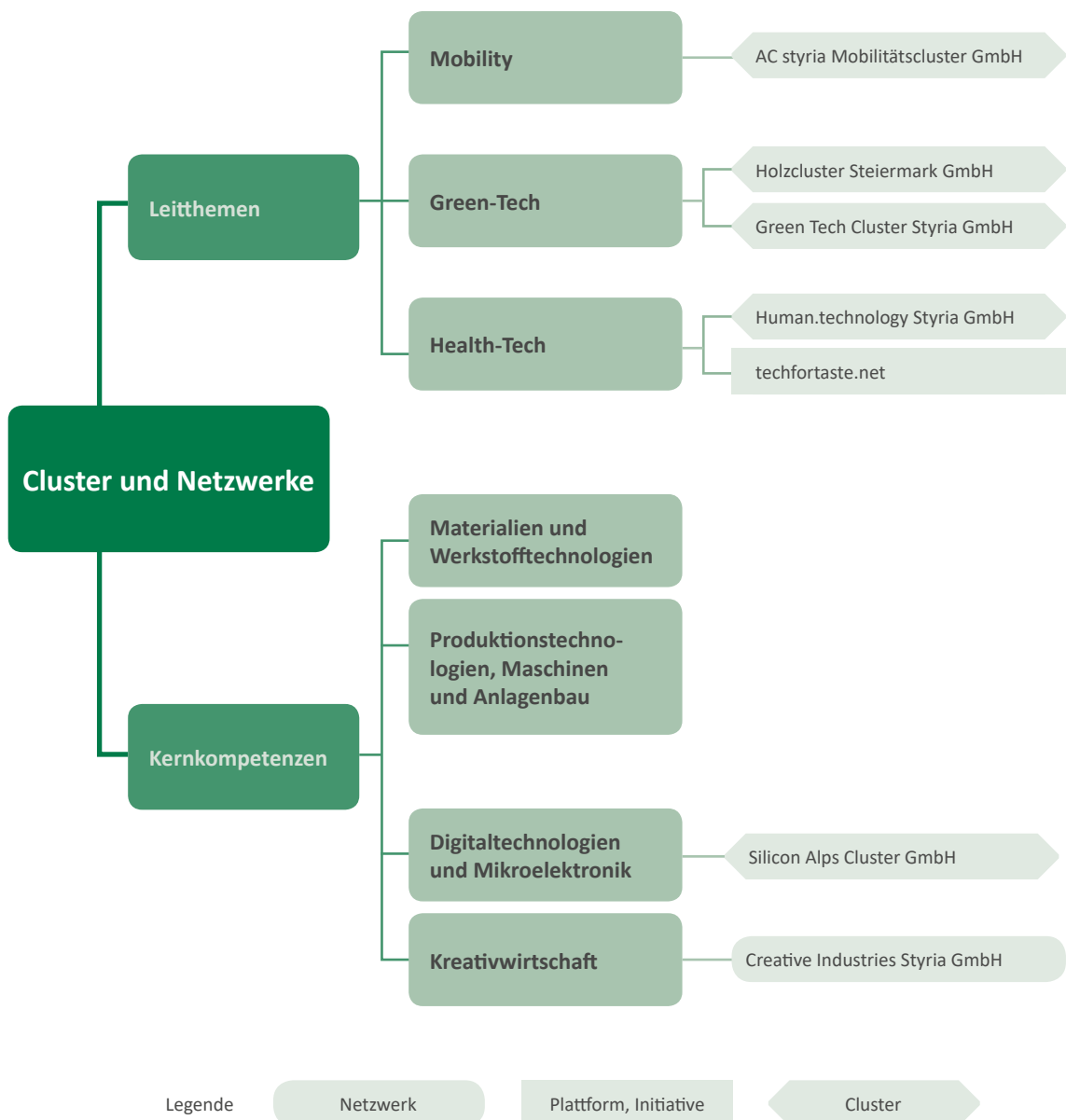


Abbildung 57

Quelle: Abteilung 12, SFG.

Aufstellung der steirischen Cluster¹⁾

Cluster	Partnerbetriebe	Arbeitsplätze gesamt	Arbeitsplätze branchenspezifisch
AC styria Mobilitätscluster GmbH (ACS)	285	50.000	nicht erhoben
Green Tech Cluster Styria GmbH (GTC)	205	51.035	21.606
Holzcluster Steiermark GmbH (HCS)	151	55.000	nicht erhoben
Human.technology Styria GmbH (HTS)	113	16.500	35.700
Silicon Alps Cluster GmbH (SAC)	80	nicht erhoben	nicht erhoben

Tabelle 41 Quelle: SFG.

¹⁾ Materialcluster Styria GmbH (MCS): Die ehem. Innofinanz stieg 2012 aus der Trägerorganisation aus. TECHFORTASTE.NET Gesellschaft mbH (TFT): Wurde 2014 mit der ehem. Innofinanz verschmolzen.

Die Abbildung 59 liefert einen Überblick über die steirischen Cluster und Netzwerke, eingeteilt nach den Leitthemen und Kernkompetenzen der Wirtschaftsstrategie Steiermark 2025.

Silicon Alps Cluster GmbH

Die 2016 gegründete Clusterorganisation Silicon Alps Cluster GmbH ist eine Public-Private-Partnership österreichischer Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Hand zur Entwicklung und Positionierung der Elektronik- und Mikroelektronikbranche mit dem regionalen Schwerpunkt Kärnten und Steiermark. Die Organisation wird länderübergreifend betrieben. Die Gesellschafter sind (Stand 31.12.2017):

- 5 % AT & S Austria Technologie & Systemtechnik Aktiengesellschaft
- 5 % AVL List GmbH
- 5 % CISC Semiconductor GmbH
- 5 % EPCOS OHG
- 26 % KWF
- 5 % Infineon Technologies Austria AG
- 5 % Intel Austria GmbH
- 4 % IV-Steiermark
- 4 % IV-Kärnten
- 5 % NXP Semiconductors Austria GmbH
- 5 % Ortner Cleanroom Engineering GmbH
- 26 % SFG

Creative Industries Styria GmbH

Die Creative Industries Styria (CIS) ist eine Netzwerkorganisation, die Bewusstsein für den kreativen Sektor auf regionaler und internationaler Ebene schaffen will.

CIS versteht sich als Impulsgeberin, Koordinatorin und Vernetzerin der Initiativen zur Entwicklung des Standorts Steiermark im Kreativbereich. Die SFG ist zu 80 % an der CIS beteiligt. Die übrigen Beteiligungsanteile werden von der Stadt Graz und der Wirtschaftskammer Steiermark zu je 10 % gehalten.

Regionales Netzwerk

Holzinnovationszentrum GmbH (HIZ)

Das Holzinnovationszentrum in Zeltweg bietet Betriebs- und Büroflächen sowie bei Bedarf die notwendige Infrastruktur für moderne Produktionen, neue Holz-Anwendungsgebiete und hochtechnologische Forschungs- und Entwicklungsbestrebungen an. Dabei wird auch die Neugründung von Betrieben mit umfangreichem Ansiedelungs- und Clustermanagement unterstützt. Das Ziel liegt darin, Synergien zu fördern und die Marktchancen, die der Rohstoff Holz bietet, gemeinsam zu nützen.

FH JOANNEUM Gesellschaft mbH

Die SFG ist mit 10 % an der FH JOANNEUM Gesellschaft mbH (Standort Graz: 8020 Graz, Alte Poststraße 149) beteiligt, die Fachhochschulen an drei Standorten – Graz, Kapfenberg und Bad Gleichenberg – betreibt.

Die FH JOANNEUM ist insbesondere im F&E-Bereich ein starker Impulsgeber für Innovationen, die im Einklang mit Nachhaltigkeit und den Bedürfnissen der Gesellschaft stehen und sich am Prinzip „von der Idee zur Umsetzung“ orientieren. Es findet ein permanenter Wissenstransfer zwischen Lehre und F&E statt.

Die Einbindung von Studierenden in Forschungsprojekte bildet dabei einen grundlegenden Erfolgsfaktor.

Internationalisierungszentrum Steiermark GmbH (ICS)

2005 wurde die Internationalisierungszentrum Steiermark GmbH über Veranlassung des Landes Steiermark mit den Gesellschaftern Steirische WirtschaftsförderungsgmbH (40 %), Wirtschaftskammer Steiermark (50 %) und Industriellenvereinigung Steiermark (10 %) gegründet.

Das Internationalisierungszentrum Steiermark in 8010 Graz, Lindweg 33, dient als One-Stop-Shop, um exportwilligen steirischen Unternehmen den Markteintritt in neue Zielmärkte zu erleichtern. Im Rahmen von sogenannten Fokusprogrammen wird ein Schwerpunkt auf bestimmte Regionen gelegt. 2017 standen die USA im Zentrum der Bemühungen, aus Vorperioden wurden vor allem noch Italien und der Iran bearbeitet. Das ICS führt Finanzierungs- und Förderungsberatungen im Kontext Internationalisierung, Exportberatungen, Veranstaltungen (auch regional) und Wirtschaftsmissionen in ausgewählte Zielländer durch.

SFG-Finanzierungen, Venture Capital, stille Beteiligungen und Garantien

Die Finanzierungsaktionen der SFG zielen überwiegend auf die Zielgruppe der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ab. Neben all den Stärken, die diese Unternehmen aufweisen, wie z. B. Flexibilität und Kundennähe, haben KMU auch strukturbedingte Schwächen. Eine davon ist die tendenziell niedrige Eigenkapitalausstattung. Eine solide Eigenkapitalausstattung ist jedoch enorm wichtig; sie verleiht in schwachen Konjunkturzyklen mehr Stabilität und ist als Bonitätskennzahl eine wichtige Bedingung für die Kreditvergabe von Banken. Dieses Faktum bekommt durch das Basel-III-Regime, dessen Regelungen eine restriktivere Kreditvergabe – insbesondere bei Unternehmen mit schlechter Eigenkapitalausstattung – vorsehen, noch höhere Bedeutung.

Die SFG stellt zur Stärkung des (wirtschaftlichen) Eigenkapitals drei Programme zur Unterstützung im Finanzierungsbereich zur Verfügung.

- Zielgruppe der Finanzierungsaktion „Venture Capital für DurchstarterInnen“ sind hochinnovative Start-up-Unternehmen. Im Rahmen einer zeitlich befristeten Unternehmensbeteiligung werden zur

Umsetzung innovativer Geschäftsmodelle bis zu € 1,25 Mio. als Startkapital zur Verfügung gestellt.

- Für entsprechende Innovations-/Expansionsprojekte (Investitionen, F&E, Markterschließung, Working-Capital-Bedarf sowie Unternehmens-Nachfolgeprojekte im Rahmen eines MBO oder MBI) von innovativen, etablierten und erfolgreichen Unternehmen bringt die SFG im Rahmen der Finanzierungsaktion „Stille Beteiligungen für Innovationsprojekte“ eigenkapitalähnliches Kapital/Mezzaninkapital in Form von stillen Beteiligungen in der Höhe von bis zu € 1,5 Mio. ein.
- Zielsetzung der Finanzierungsaktion „Beteiligungs-offensive KMU“ ist es, klein- und mittelständischen Gewerbe-, Dienstleistungs- sowie Handelsunternehmen, deren Gründung mindestens drei Jahre zurückliegt, bei der Ausfinanzierung wachstumsorientierter Projekte (Investitionen, Markterschließung, Working-Capital-Bedarf) durch die Bereitstellung von Beteiligungskapital in Form von stillen Beteiligungen mit Eigenkapitalcharakter in der Höhe von bis zu € 200.000,- zu unterstützen.

Im Bereich der Finanzierungsvergabe wurde im Jahr 2017 ein besonderer Schwerpunkt auf das Thema „Unternehmensnachfolge“ gelegt. Um die Awareness für den Einsatz der SFG-Finanzierungsinstrumente bei Unternehmens-Nachfolgeprojekten zu steigern, wurde auch eine spezifische Veranstaltung zum Thema MBO/MBI-Finanzierung organisiert. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass von den acht neuen Beteiligungsbeschlüssen im Jahr 2017 zwei Beschlüsse dem Thema Finanzierung von Unternehmensnachfolgen zuzuordnen waren.

Zum Stichtag 31.12.2017 war die SFG an 37 Unternehmen (bei zwei Unternehmen im Rahmen von zwei bzw. drei Projekten) in Form von stillen Beteiligungen beteiligt; das gesamte aushaftende Beteiligungsnominale betrug rd. € 7,3 Mio. Zusätzlich befinden sich im Rahmen des VC-Programms zwei Beteiligungen – im Jahr 2017 war ein erfolgreicher Exit einer VC-Beteiligung zu verzeichnen – im Portfolio, das aushaftende Beteiligungsnominale beläuft sich auf € 450.000,-.

Seit 2012 ist das Garantieprogramm „Zukunfts!Sicher“ hinsichtlich der Beschlussfassung neuer Projekte sistiert. Die übernommenen Garantien für derzeit noch insgesamt 6 steirische Unternehmen betragen per 31.12.2017 € 493.590,51.

Beteiligungen der SFG per 31.12.2017

Steirische Wirtschaftsförderungs GmbH per 31. Dezember 2017

FH JOANNEUM Gesellschaft mbH

ICS Internationalisierungcenter Steiermark GmbH

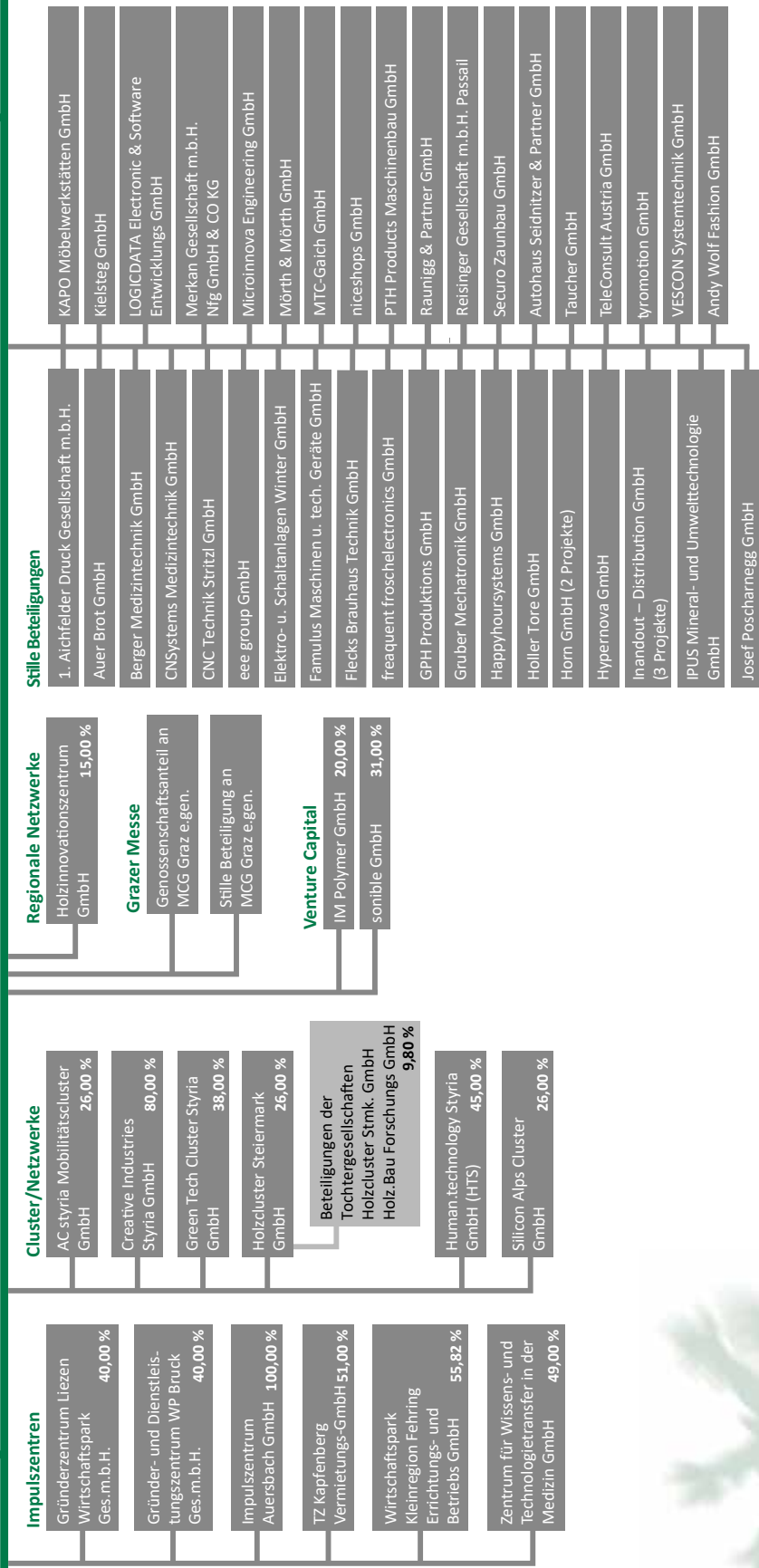


Abbildung 58 Quelle: SFG.



Das Land
Steiermark